

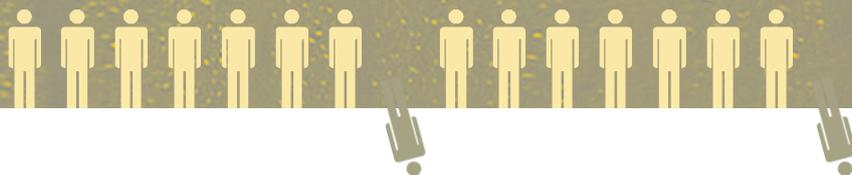
DOKUMENTATION

8. ARMUTSKONFERENZ

23. + 24. FEBRUAR 2010

GELD.MACHT.GLÜCKLICH.

Verteilungskämpfe, Verwirklichungschancen
und Lebensqualität in Zeiten der Krise.



Wir bedanken uns ...

... bei den FördergeberInnen der Achten Österreichischen Armutskonferenz:



... beim Vorbereitungsteam der Konferenz:

Eugen Bierling-Wagner (DIE ARMUTSKONFERENZ.)
Verena Fabris (Volkshilfe Österreich)
Martina Kargl (Caritas der ED Wien)
Michaela Moser (ASB Schuldnerberatungen)
Judith Pühringer (BDV)
Martin Schenk (Diakonie Österreich)
Hans Jörg Schlecher (Neustart)

... und allen weiteren MitarbeiterInnen, ReferentInnen, KünstlerInnen und ModeratorInnen.

Impressum:

Herausgeberin/Verlegerin: DIE ARMUTSKONFERENZ. Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung,
ZVR: 012358276
Redaktion: Josef Mauerlechner, Korrektorat: Iris Weißenböck
Illustrationen: Hunger auf Kunst und Kultur, DIE ARMUTSKONFERENZ.
Erscheinungsjahr: 2010
Layout: www.hias.at/Matthias_Fürpaß
Logo-Armutskonferenz: Hans Heribert Dankl
Druck: Druckerei Jentzsch, Wien

DIE ARMUTSKONFERENZ.
Gumpendorferstraße 83, A-1060 Wien
T +43 (1) 402 69 44-11, F +43 (1) 402 69 44-19
www.armutskonferenz.at

ISBN 978-3-200-01842-6

Editorial	4
FRAUEN-VOR!-KONFERENZ	
Von Frauenarmut und vom guten Frauenleben	6
BETROFFENEN-VOR!-KONFERENZ	
Sichtbar werden – und mitgestalten!	11
„Kein Kies zum Kurven Kratzen_ RELOADED“ von InterACT	13
Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.	
Gleichheit ist Glück. Ungleichheit macht Probleme Richard WILKINSON	14
Mit Fakten gegen Mythen: Empirische Argumentationshilfen für Reichtums- und Armutsdebatten.	
Empirische Argumentationshilfen für Armutsdebatten Martina KARGL	20
Empirische Argumentationshilfen für Reichtumsdebatten Martin SCHÜRZ	27
Wem gehört Österreich? Geld, Eliten und soziale Mobilität.	
Chancengleichheit ist Illusion – Interview mit Elitenforscher Michael HARTMANN	32
Die Netzwerke der (Ohn-)Macht Harald KATZMAIR	34
Ein gutes Leben für alle. Bedürftigkeit, Lebensqualität und Verwirklichungschancen.	
Armut im Lichte des Capability-Ansatzes Franz F. EIFFE	38
Wie entwickelt, wie verteilt und wie bemisst sich das „gute Leben für alle“? Friedrich HINTERBERGER	40
Aus der Fülle der Abhängigkeit schöpfen Ursula KNECHT-KAISER & Caroline KRÜGER	42
Jenseits von Wachstum und Profit. Eine Ökonomie des guten Lebens.	
Jenseits der Krisenökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften Adelheid BIESECKER	46
Von Kompressoren, Commons und unserem Coming-out. Friederike HABERMANN	53
„Momente des Wandels“ – Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens Rita TRATTNIGG	56
Schmutzige Geschäfte? Systemlogik versus Regelverstoß.	
Korruption – das unbekannte Wesen Walter GEYER	59
Ob und wie das moderne staatliche Recht sich des Themas Korruption annehmen kann Reinhard KREISSL	61
Nichts gelernt? Von der Weltwirtschaftskrise 1929 bis heute.	
Parallelen und Unterschiede: Ein Vergleich der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit heute Peter EIGNER	64
Effektivierung und Humanisierung im Zeitalter der globalen Krise Peter FLEISSNER	66
Nichts gelernt? Von der Weltwirtschaftskrise 1929 bis heute Helene SCHUBERTH	69
Weniger Konsum, mehr Lebensqualität? Vom un/freiwilligen Verzicht.	
Shopping gestern: „Politik mit der Einkaufstasche“ Konsum als politische Praxis Andrea ELLMEIER	74
Schulden in Österreich, Unfreiwilliger Konsumverzicht Cornelia AUER, Michaela MOSER, Ferdinand HERNDLER	78
Trend zum Guten Robert MISIK	79
Geld und Macht im Sozialstaat. Wer definiert, was andere brauchen?	
Die gesellschaftliche Macht des Geldes Heiner GANSSMANN	82
Referenzbudgets für notwendige Haushaltsausgaben Maria KEMMETMÜLLER	85
Sozialarbeit und Geld. Glück und Unglück der sozialen Arbeit Christian STARK	87
Nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren.	
Die milieuspezifische Heterogenität von Armut Uwe H. BITTLINGMAYER	91
Nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren Konstanze EPPENSTEINER	95
Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität. Globale und lokale Strategien.	
Kommentar zum Forum Maria MOSER	100
Jeder Mensch hat das Recht, frei von Hunger zu sein Gertrude KLAFFENBÖCK	101
Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität Irmi SALZER	102
Praktisch betrachtet Michi SCHÜTTE	103
Vom Sozialmarkt zum Solidarmarkt? Alexandra STRICKNER	104
Die Wiener Tafel – eine lokale Strategie Nadine ZIELONKE	105
Jetzt sind alle dran! Alternative Wege aus der Krise.	
Wege aus der Krise: „Zukunftsgeld“ Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren	106
Ein vorbildliches Sozialprojekt aus Kapfenberg Peter GACH	107
Nachdenken im Supermarkt Traude LEHNER	109
Meinungen der KundInnen zu Sozialmärkten oder „Sozialmärkte und andere Halbfertigprodukte“ Michi SCHÜTTE	110
Programm der 8. Armutskonferenz	112
Bücher	114
Die ARMUTSKONFERENZ	116
Initiativen & Kooperationen	119

Editorial

Den sozialen Verteilungskämpfen im Gefolge der Wirtschaftskrise widmete sich diese Armutskonferenz. Dabei lag der Fokus nicht nur auf der Verteilung von Geld, sondern auch auf sozialer Balance, Lebensqualität, Wohlbefinden, Chancen, Anerkennung, Gesundheit, Lebenserwartung und Verwirklichungschancen. Denn: Armut ist nicht nur ein Mangel an Geld und Gütern, sondern auch an Freiheiten und Möglichkeiten, die diese Güter in unserer Gesellschaft verschaffen. Armut ist ein Mangel an Verwirklichungschancen.

Die soziale Schere bringt mehr Gewalt, mehr Stress, weniger Leben und weniger Vertrauen

Geld macht zufrieden, aber nicht unbegrenzt. Wer arm ist und sich materiell verbessert, erhält einen deutlichen Anstieg der Zufriedenheit. Die Effekte sind bei Ärmern besonders stark. Insgesamt sind Menschen mit höherem Einkommen zufriedener und äußern höheres Wohlbefinden. Allerdings erfolgt ab einem gewissen Einkommen keine Steigerung mehr. Anders bei Gesundheit und Lebenserwartung: Gesundheit und Lebenserwartung steigen mit höherem Einkommen und sozialem Status linear. Die Bevölkerung unter der Armutsgrenze weist einen dreimal schlechteren Gesundheitszustand auf als hohe Einkommen. Und ist doppelt so oft krank wie mittlere Einkommen (Statistik Austria, 2007). Das gesteigerte Sterberisiko während Hitzeepisoden ist gerade in jenen ärmeren oder billigeren Bezirken Wiens am stärksten erhöht (Start Clim, 2009). Der Unterschied in der mittleren Lebenserwartung zwischen „billigstem“ und „teuerstem“ Bezirk beträgt fast 4 Jahre.

Noch mehr soziale Ungleichheit heißt noch mehr Krankheiten und noch geringere Lebenserwartung, mehr Teenager-Schwangerschaften, mehr Status-Stress, weniger Vertrauen, mehr Gewalt und mehr soziale Ghettos. Das Interessante: Eine sozial polarisierte Gesellschaft bringt Nachteile nicht nur für die Ärmsten, sondern auch für die Mitte. Es stehen nicht nur die unterprivilegierten Mitglieder schlechter da, sondern auch die Wohlhabenderen. Die soziale Schere schadet und zwar fast allen. Dazu gibt es eine erdrückende Beweislast an Studien, aktuell vom renommierten Gesundheitswissenschaftler Richard Wilkinson (2010), Professor an der Universität von Nottingham und des University College London. Im internationalen Vergleich

schneiden die skandinavische Länder sehr gut ab, Großbritannien, Portugal und USA sind abgeschlagen am Schluss, Österreich ist vorne dabei, aber nicht top.

Gesellschaften mit größeren Ungleichheiten in Einkommen, Arbeit und Wohnen weisen einen schlechteren gesundheitlichen Gesamtzustand auf als solche mit ausgewogener Verteilung von Einkommen und Lebenschancen. Sobald ein bestimmter Grad an Wohlstand erreicht ist, dürfte die relative Höhe des Einkommens ausschlaggebend für die gesundheitliche Situation sein. In den ärmeren Teilen der Erde ist mit höherer Wirtschaftsleistung pro Kopf eine höhere Lebenserwartung verbunden. In den reichen Ländern ist ein derartiger Zusammenhang nicht mehr nachweisbar. Es konnte aber ein erstaunlich hoher Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und dem Anteil am Volkseinkommen, den die ärmeren Haushalte beziehen, nachgewiesen werden. Die Ausgewogenheit von Einkommensverhältnissen und Statusunterschieden wurde als jener Faktor identifiziert, der am stärksten die höhere Erkrankung Ärmere erklärt. Der Anstieg der Lebenserwartung in einem Zeitraum fiel umso größer aus, je größer der relative Zuwachs an Einkommen der ärmeren Haushalte war. Nicht wie reich wir insgesamt sind, ist hier die Frage, sondern wie stark die Unterschiede zwischen uns sind.

Gesellschaften mit größerer Ungleichheit unterscheiden sich von denen mit weniger Ungleichheit auch in anderen Aspekten. Das Vertrauensniveau fällt geringer aus, Menschen sind weniger dazu bereit, anderen zu vertrauen. Und es gibt weniger Beteiligung an der Gemeinschaft. „Es liegt etwas im Argen mit den sozialen Beziehungen in sozial polarisierten Gesellschaften“, formulierte Wilkinson in seinem Vortrag auf der Armutskonferenz. Lerne ich den Geschmack vom zukünftigen Leben als Konkurrenz, Misstrauen, Verlassensein, Gewalt? Oder habe ich die Erfahrung qualitativvoller Beziehungen, Vertrauen und Empathie gemacht? Werde ich schlecht gemacht und beschämt oder geschätzt und erfahre Anerkennung? Ist mein Leben von großer Unsicherheit, Angst und Stress geprägt, oder von Vertrauen und Planbarkeit?

Eugen Bierling-Wagner
Verena Fabris
Michael Felten
Martina Kargl
Bernhard Litschauer-Hofer
Josef Mauerlechner
Michaela Moser
Judith Pühringer
Martin Schenk
Hans Jörg Schlechter

Die soziale Schere ist teuer und verursacht Kosten für alle

Mehr chronische Krankheiten, mehr Schulabbrecher, mehr Gefängnisinsassen, mehr Gewalt, mehr soziale Probleme verursachen auch volkswirtschaftliche Kosten. Mehr Armut und soziale Ungleichheit ist teuer. Eine höhere Schulabbrecher-Quote (IHS, 2009) beispielsweise verursacht durch steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten und entgangene Steuereinnahmen Kosten von 3 Milliarden Euro bei 10.000 Drop-Outs.

Soziale Investitionen zahlen sich aus. Für alle

Investition in Zukunftssektoren wie Kinder, Schule und Bildung sowie die Pflege am Lebensende zahlen sich aus. Soziale Dienstleistungen sind eine Produktivkraft (Wifo, 2008). Die Hilfen für die Pflege der Oma und der Betreuung des kleinen Sohns sorgen für Wachstum, stabilisieren die Wirtschaft und stiften sozialen Ausgleich. Sie haben Wachstumsfunktion bei Beschäftigung. Sie haben stabilisierende Funktion, weil sie Teilhabe sichern und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellen. Und sie erfüllen die Funktion des sozialen Ausgleichs. Besonders die Dienstleistungen in Pflege, Kinderbetreuung und Bildung reduzieren das Armutsrisiko und verteilen zu den Schwächeren um. Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegen gelassen wird.

Die soziale Schere droht nach Krisen weiter auseinander zu gehen – deshalb müssen wir gegensteuern

Die soziale Ungleichheit wird in und nach Wirtschaftskrisen größer, wie der britische Sozialwissenschaftler Tony Atkinson anhand von 40 Wirtschaftskrisen beobachtet hat. Wir sehen eine zunehmende Ungleichheit innerhalb der Arbeitseinkommen und gleichzeitig eine wachsende Schere durch wieder steigende Vermögenseinkommen bei wenigen ganz oben. Bei Reichtum ist vorrangig nicht Einkommen das Thema, sondern Vermögen. Der Gini-Koeffizient, ein Maß für Ungleichheit zwischen 0 und 1 (0 heißt, alle haben genau gleich viel, 1 heißt, einer hat alles) beträgt bei den Haushalteinkommen europaweit geringe 0,33. Da schlagen sich die sozialstaatlichen Sozial- und Dienstleistungen

nieder. Bei den Geldvermögen springt der Gini-Koeffizient auf hohe 0,66 hinauf, bei Immobilienvermögen auf 0,76, bei Unternehmensbeteiligungen auf 0,88 und bei der angeblichen Mittelschichtssache „Erb-schaften“ auf 0,94 (OeNB, 2009). Vererben tun ganz wenige fast alles an ganz wenige.

Wer Leistung belohnen will, muss Vermögen stärker besteuern und den Faktor Arbeit entlasten. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs. Während die Finanzmärkte sich wieder auf „Business as usual“ einstellen, soll die Bevölkerung aber nun mit Sparpaketen bezahlen, was das Finanzdesaster an Löchern in die öffentlichen Haushalte gerissen hat. Klar ist jedenfalls: Wie die Kosten der Krise verteilt werden, entscheidet über mehr oder weniger Armut in den nächsten Jahren. Was jedenfalls nicht hilft: Die Opfer der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit zu Schuldigen ihres Schicksals zu stempeln. Was nicht hilft für eine Gesellschaft mit sozialer Balance ist, die untersten Einkommensschichten aufeinander zu hetzen und die Verteilungsdebatte gegen die Ärmsten zu richten.

Das Ende der Krise ist nicht mit dem Steigen der Aktienkurse anzusetzen, sondern mit dem Sinken der Armut. Die Krise ist dann vorbei, wenn die Armut sinkt.

FRAUEN-VOR!-KONFERENZ

Wie gutes Frauenleben gelingen kann.



Von Frauenarmut und vom guten Frauenleben

Michaela MOSER

ist Mitarbeiterin der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen asb. Sie ist Mitglied des Koordinationsteams der Armutskonferenz und Vizepräsidentin des Europäischen Armutsnetzwerks. Dieser Beitrag wurde mit Unterstützung von **Margit APPEL, Gabriele GOTTWALD-NATHANIEL, Barbara KRAUS** und **Klaudia PAIHA** verfasst.

Seit Beginn der Armutskonferenz und damit schon 15 Jahre lang ist auch die **Arbeitsgruppe Frauen und Armut** aktiv. **Erfahrungs- und Wissensaustausch, gemeinsame Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und Strategieentwicklung zur Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut stehen im Zentrum der Aktivitäten. Wichtiges Vernetzungs- und Entwicklungsforum über den Kreis der ständigen AG-TeilnehmerInnen ist seit vielen Jahren die Frauen-Vor!-Konferenz.**

Die Armut ist weiblich, diese Erkenntnis ist weder neu noch originell und wird seit Jahren so stark verbreitet, dass sie eigentlich schon zur Floskel geworden ist. „Sloganzation“ nennen feministische Entwicklungstheoretikerinnen diesen Prozess, der scheinbar unvermeidlich ist, wenn versucht wird, feministische Ansätze und Anliegen dem politischen Mainstream schmackhaft zu machen und in institutionalisierte Politikbereiche zu implementieren. „Sloganzation“ geht Hand in Hand mit Simplifizierung, und fast immer sind die derart verbreiteten Botschaften richtig und falsch, wichtig und gefährlich zugleich¹.

Denn einerseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass überall auf der Welt Frauen häufiger und stärker von Armut betroffen sind als Männer, andererseits ist aber der daraus nicht selten gezogene Schluss „Frau = arm“ so gefährlich wie unrichtig und fügt sich obendrein noch allzu geschmeidig in gängige Geschlechterdichotomien und -stereotype.

Knackpunkt Intrahaushaltsverteilung

Dazu kommt, dass es eigentlich kaum verlässliche Daten zu Frauenarmut gibt. Zu den vielen Unzulänglichkeiten, die an herkömmlichen Armutsstatistiken generell zu kritisieren wären, kommt im Bezug auf die Frage nach verfügbaren Daten und Zahlen zu Frauenarmut ein weiteres Problem: So gut wie alle Armutsstatistiken werden auf Haushaltbasis erhoben, Aussagen über individuelle Armutsbetroffenheit werden nach wie vor und wider besseres Wissen unter der Annahme der Gleichverteilung des Haushaltseinkommens an alle im Haushalt vorhandenen Personen getroffen. Dass die so entstehenden Resultate nur wenig Aussagekraft haben und zu einer Verschleierung tatsächlicher Verhältnisse führen, ist SozialarbeiterInnen und

-aktivistInnen genauso klar wie den involvierten WissenschaftlerInnen und dürfte sich auch zu einigen PolitikerInnen bereits durchgesprochen haben.

Mit einiger Spannung dürfen deshalb die 2010 erstmals im Rahmen eines – leider wohl vorläufig auch einmaligen – Sondermoduls der EU-SILC-Studie zu Einkommen- und Lebensbedingungen zur Intrahaushaltsverteilung erhobenen Zahlen erwartet werden. Und es bleibt zu hoffen, dass diese zu weiteren Studien zur Ressourcenverteilung innerhalb von Haushalten führen werden.

Derzeit kann nämlich nur angemerkt werden, dass laut der aktuellsten Erhebung der Statistik Austria mindestens 281.000 Frauen in Österreich von Armut betroffen und wohl mehr als eine halbe Million Frauen als armutsgefährdet gelten müssen, als genaues Abbild der Realität dürfen diese Zahlen jedoch nicht verstanden werden. Das hat neben der Haushaltsbezogenheit auch mit deren Konzentration auf die Einkommenssituation zu tun. Zu den Indikatoren für Armutsbetroffenheit müsste jedoch zumindest auch der Faktor Zeit(armut) gezählt werden, ganz zu schweigen von den (nicht) vorhandenen Möglichkeiten kultureller und politischer Partizipation und Einflussnahme.

Arbeitszeitverkürzung und mehr

Wesentlicher Grund für die höhere Armutsbetroffenheit und -gefährdung von Frauen ist – neben bzw. verbunden mit hartnäckigen Einkommensdifferenzen am Arbeitsmarkt – die unentgeltliche Übernahme von Fürsorgeaufgaben. Nach wie vor gilt die unbezahlte Erledigung von Sorge-Tätigkeiten durch Mütter, (Schwieger-)Töchter, Ehefrauen, Schwestern, weitgehend als selbstverständlich, bleibt volkswirtschaftlich ungezählt und wird für viele Frauen zur Armutsfalle. Und

dort, wo es Frauen gelingt, sich davon zu „befreien“, werden Tätigkeiten und damit auch Armutsbetroffenheit oft schlicht auf andere Frauen – meist MigrantInnen – und einmal mehr zu schlechten Bedingungen „umgeschichtet“. Weniger das Geschlecht an sich ist dann ausschlaggebend, sondern die Übernahme von bestimmten damit verbundenen Rollen und Tätigkeiten. Auch die wenigen Männer, die entgegen herkömmlicher Rollenmuster ihren Job zugunsten von Kindererziehung oder Pflgetätigkeiten über lange Jahre hin „aufgeben“, werden nämlich am Ende des Tages – z.B. in Form mangelnder Arbeitslosenversicherungs- und Pensionszeiten – dafür bezahlen müssen.

Die Verteilung von Einkommen und Arbeit steht deshalb nach wie vor hoch auf der Agenda im Kampf gegen Frauenarmut. Seit vielen Jahren fordern die Frauen der Armutskonferenz eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Zur Diskussion stehen dabei vielfältige Modelle, wie etwa die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch verschiedene „Auszeiten“, etwa Sabbaticals, Bildungszeiten, Erziehungszeiten, etc. oder früheren Pensionsantritt, eine jährliche Arbeitszeitverkürzung z.B. durch eine weitere Urlaubswoche oder Bildungsfreistellung, aber auch wöchentliche und tägliche Arbeitszeitverkürzung durch Reduzierung der Normalarbeitszeit.

Zu erwarten wäre davon eine mehrfache Verteilungswirkung, nämlich hinsichtlich der Verteilung von bezahlter Arbeit zwischen (jetzt) Erwerbstätigen und (jetzt) Erwerbsarbeitslosen (bzw. geringfügig/Teilzeitbeschäftigten), der Verteilung von bezahlter und unbezahlter (Haus- und Familien-)Arbeit zwischen den Geschlechtern und einer gerechteren Verteilung zwischen Kapital (Unternehmungen) und Arbeit (Erwerbstätige), die selbstverständlich durch weitere „flankierende“ Maßnahmen (Kinderbetreuung, Beseitigung der Einkommensdiskriminierung von Frauen, Steuersystem, ...) voranzutreiben wäre.

Benachteiligungen am Arbeitsmarkt werden von Sozialleistungen, die sich am vorigen Arbeitsentgelt orientieren, fortgeschrieben bzw. verstärkt. Zwar belegen Studien, dass Frauen überproportional von wohlfahrtsstaatlichen Sozialleistungen profitieren, gleichzeitig wirken diese jedoch in ihrer Fortschreibung von Ungleichheiten am Arbeitsmarkt auch diskriminierend. Wer wenig verdient hat, bekommt niedriges Arbeitslosengeld, wer nur einen prekären Job hat, gar keines.

Noch immer spukt die patriarchale Fantasie vom männlichen Broterwerber durch sozialpolitische Systeme, wen wundert es da, dass diese nur unzureichende Wirkung in Bezug auf die Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut bringen.

Doch auch dort, wo die Bedeutung von Frauen als „breadwinners“ zunehmend erkannt wurde, sind die Aussichten nicht notwendig rosiger. So wurde im entwicklungspolitischen Diskurs und den entsprechenden Programmen zur Armutsbekämpfung in den letzten Jahren die bedeutende Rolle von Frauen erkannt und mit Slogans wie „wenn man in Frauen investiert, investiert man in die ganze Nation“ immer mehr auf „Investitionen in Frauen(arbeit)“ gesetzt. Beschäftigungs- und Mikrokreditprogramme für Kleinunternehmerinnen erfreu(t)en sich wachsender Beliebtheit, ohne freilich an den zentralen Fragen der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Macht zu rühren. „Arme“ Frauen wurden zu zentralen Hoffnungsträgerinnen für ökonomischen Aufschwung stilisiert, an den patriarchalen und neoliberalen Grundfesten muss(te) dabei praktischerweise nicht gerührt werden.

Wenn Frauenarmut – wie auch die Armut von Männern und Kindern – nachhaltig und effektiv bekämpft werden soll, da sind sich alle feministischen Expertinnen (und nicht nur diese) einig, müssen jedoch die ökonomischen und politischen Verhältnisse an sich auf den Prüfstand genommen und radikalen Veränderungen unterzogen werden.

Geld, Deutungsmacht, Verwirklichungschancen

Es geht also um mehr als um materielle Ressourcen. Wie die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum in ihren Arbeiten zu Gerechtigkeit und gutem Leben – und im Rekurs auf Aristoteles – deutlich macht, geht es mit Blick auf die Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut (wie auch von Armut generell), nicht (nur) um die Frage, was Frauen (Menschen) haben, sondern vor allem darum, was Frauen (Menschen) tun und sein können. Es geht also um umfassende innere und äußere Verwirklichungschancen. Damit ist mehr als die in politischer Rhetorik heute so beliebte blanke Chancengleichheit gemeint, die vorgeblich gleiche Ausgangspositionen schaffen will, ohne für weitere Entwicklungsprozesse und schon gar nicht etwaige Ergebnisse Verantwortung übernehmen zu wollen. Nussbaum zählt in einer gleichzeitig offenen wie nicht reduzierbaren

www.frauenarmut.at

Liste die Verwirklichungschancen auf, die als Grundbedingungen für gutes Leben verstanden werden können:

- körperliche Integrität, Gesundheit und Selbstbestimmung,
- psychisches/emotionales Wohlbefinden,
- Ausdrucks- und Entwicklungsmöglichkeiten – auch kulturelle, religiöse und politische,
- die Fähigkeit, sich spezifische Vorstellungen vom eigenen guten Leben zu machen zu können,
- mit anderen Lebewesen in vielfältigen wechselseitigen Beziehungen zu leben,
- an politischen Entscheidungen zu partizipieren,
- Arbeits- und Besitzverhältnisse mitbestimmen zu können
- und nicht zuletzt auch über Zeit und Muße für Spiel, Rekreation, Nichtstun verfügen zu können.

Die Frage materieller Ressourcenverteilung bleibt für die Umsetzung dieser Verwirklichungschancen freilich von Relevanz, aber es geht auch um Anerkennung, Selbstvertretung und Deutungsmacht.

Die Macht der Deutung von Armut liegt fast immer in den Händen jener, die nicht von Armut betroffen sind. JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, SozialexpertInnen, BeamtenInnen und PolitikerInnen beschreiben Hintergründe und skizzieren Auswege, Frauen mit Armutserfahrungen werden dabei häufig auf eine illustrierende Opferrolle beschränkt.

Doch nicht nur die Lösungsvorschläge betroffener Frauen fehlen, auch die alternativen Ansätze, die die Frauenbewegung und darin aktive feministische Ökonominen, Politologinnen, Ethikerinnen seit vielen Jahren hervorbringen, sind in den Debatten auf gespenstische Weise abwesend. Die teilweise seit Jahrzehnten erarbeiteten und diskutierten Ansätze der Care-Ethik beispielsweise haben in die Pflegedebatte bis heute nicht wirklich Eingang gefunden. Diskussionen um einen erweiterten Arbeitsbegriff und die notwendige Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern scheinen ebenso wie Fragen der Macht- und Einkommensverteilung, selbst die emanzipierteren und kritischeren unter den politischen EntscheidungsträgerInnen maximal oberflächlich gestreift zu haben. Oder sie wurden im Zuge der eingangs erwähnten ‚Slogifizierung‘ entweder bis zur Unkenntlichkeit entstellt oder aufs Größte simplifiziert (z.B. wenn nach wie

vor Frauenerwerbstätigkeit nahezu als „Allheilmittel“ gepriesen wird).

Es geht also weiterhin um ein Sichtbarwerden und Sichtbarmachen. Zunächst um das Sichtbarwerden von armutsgefährdeten Frauen als heterogene Akteurinnen und das Sichtbarmachen ihrer vielfältigen und durchaus unterschiedlichen Armutserfahrungen, Lebensgeschichten, aber eben auch ihrer Lösungsvorschläge und Vorstellungen vom guten Leben.

Vom guten Frauenleben

Was also ist zu tun? Zuallererst gilt es, auf die vielfältigen Realitäten, Erfahrungen und Lösungsvorschläge von Frauen mit Armutserfahrungen hinzusehen und hinzuhören.

Zudem zeigten nicht zuletzt die Diskussionen zu Modellen der Grundsicherung auf der Frauen-Vor!-Konferenz einmal mehr, dass nicht zuletzt die mit den unterschiedlichen Armutsbekämpfungskonzepten verbundenen Menschen- und Gesellschaftsbilder eine für Frauen zentrale Rolle spielen und deshalb stärker in der Debatte mitzuberücksichtigen sind.

Zu fragen wäre dabei unter anderem, in welchem Gesellschaftskontext es Bedingungslosigkeit braucht und ob eine solche im Kontext der bestehenden Arbeitsteilung nicht permanent Frauen überantwortet würde, die dann mit höherer Armutsgefährdung „zahlen“? Welche Existenz- und Teilhabesicherung, so die Folgefrage, würde also den vielfältigen Leistungen von Frauen am ehesten entsprechen, welche Grundsicherung es am besten ermöglichen Nein zu sagen, zu inakzeptablen Arbeitsangeboten, Arbeitsplätzen und Beziehungen? Welche Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Infrastrukturpolitik dient dem guten Frauenleben?

Erfahrungsaustausch, Analysen und Diskussionen wie zuletzt auf der Armutskonferenz bestätigen immer wieder, da es jedenfalls wohl eine Kombination von monetärer Grundsicherung auf Mindestniveau, die zur Abdeckung der Ausgaben für das Lebensnotwendige auch tatsächlich reichen muss, braucht, aber auch den Ausbau guter sozialer Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Bildungsangebote, Energiesicherung, sozialer Wohnbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Beratungsstellen, Frauenhäuser ...) sowie die Umgestaltung und Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. Letztere

müsste das „Ganze der Arbeit“, wie es die deutsche Ökonomin Adelheid Biesecker definiert hat, als Basis für neue Mittel und Wege in den Blick nehmen. Was derzeit als „typische Frauenbiografie“ gilt, nämlich die Kombination von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlten Tätigkeiten, müsste zur Normalität werden. Fürsorgetätigkeiten, Eigen- und Subsistenzarbeit, aber auch gesellschaftliches und politisches Engagement sind als Teil eines umfassenden Arbeitslebens zusammenzudenken. Nicht die Zukunft der Erwerbsarbeit muss im Zentrum politischer Debatten stehen, sondern die Möglichkeiten eines guten Lebens im Sinne der Verwirklichungschancen und damit das Ausloten der besten Möglichkeiten einer gelungenen Kombination verschiedener Arbeits- und Einkommensarbeiten. Erwerbsarbeitszeiten, so sieht es das Biesecker-Konzept vor, würden stark verkürzt, wodurch Zeit für Versorgungs-, Gemeinwesen-, Eigen- und politische Arbeit freigesetzt wird. Der durch die Arbeitszeitverkürzung bedingte Lohnverlust könnte durch ein bedingungsloses Grundeinkommen kompensiert werden, das seinerseits durch verstärkte Besteuerung von Überstunden, Kapitaltransaktionen und Naturverbrauch finanziert wird.

Der Staat bleibt in diesem Modell bedeutender, was nicht heißen soll unveränderter, Akteur. Effektive Armutsbekämpfung braucht eine neue Politik des Sozialen und damit auch demokratiepolitische Umbauarbeiten.

Zum einen soll er mit gut ausgebauter sozialer Infrastruktur dafür sorgen, dass Kindergärten, Gemeinschaftsküchen, neue Formen sozialen Wohnens, ... weiterhin und verstärkt für alle zur Verfügung stehen, zum anderen braucht es Impulse für Qualifizierung, Weiterbildung und Initiativen, die dabei helfen, die entstehenden Wahlmöglichkeiten und -freiheiten gut nutzen zu können.

Armutsbekämpfung und -vermeidung wird dabei auf doppelte Weise forciert. Zum einen durch die Erhöhung der Verwirklichungschancen des und der Einzelnen, zum anderen durch die Förderung der Mitgestaltungsgesellschaft von aufeinander bezogenen und füreinander sorgenden BürgerInnen.

Sorgend tätig werden

Der Ansatz von Biesecker ist nur einer von vielen, den FeministInnen in den letzten Jahren vorgelegt und diskutiert haben. Erwähnens-, beschreibens-, bedenkenswert wären auch viele weitere Ansätze von Subistenzdenkerinnen, Care-Ethikerinnen und Ökonominnen, Philosophinnen und vielen Aktivistinnen sozialer Organisationen und Bewegungen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie den Blick aufs Ganze lenken und damit sowohl auf soziale als auch ökonomische und demokratiepolitische Veränderungen und folglich auf eine erneuerte Politik des Sozialen, die weit über das enge Feld der üblichen Sozialpolitik hinausgeht.

Eine solche Politik müsste es auch ermöglichen, Abhängigkeit und Bedürftigkeit als menschlichen Normalzustand zu akzeptieren und die Norm einer scheinbar unabhängigen menschlichen Existenz genauso infrage zu stellen wie die derzeit bei vielen PolitikerInnen so beliebte wie undifferenzierte Forderung nach „mehr Eigenverantwortung“. Leitprinzip dieser Politik wäre vielmehr die Einsicht, dass wir alle nur leben können, wenn wir von anderen gefördert und unterstützt werden. Entsprechende Bedeutung könnte dann in der Folge dem Geben- und Nehmen-Können fürsorglicher Tätigkeiten zugesprochen werden. Dabei geht es nicht nur um Hausarbeit, pflegerische und sozialarbeiterische Tätigkeiten, sondern auch und vor allem um ein Handeln, das für das eigene Mit-anderen-in-der-Welt-Sein auf breite und vielfältige Weise Verantwortung übernimmt, Abhängigkeiten respektvoll gestaltet und wechselseitiges fürsorgliches Tätigsein unabhängig von tradierten Geschlechterrollen zu leben lernt.

Nicht zuletzt gilt es nach wie vor – und bei aller Notwendigkeit die Debatte in die breite Öffentlichkeit zu bringen – auch Frauenräume zu schaffen und zu pflegen. Wenn bahnbrechende Umwälzungen vorbereitet werden sollen, braucht es Freiräume zum vorbehaltlosen Denken und Träumen, zur Strategieentwicklung, zum Vernetzen und zum Kraft schöpfen, nicht nur, aber auch für Frauen unter sich.

1) Vgl. Andrea Cornwall, Elizabeth Harrison, Ann Whitehead, Introduction, in: Andrea Cornwall, Elizabeth Harrison, Ann Whitehead (eds.), *Feminisms in development: contradictions, contestations and challenges*, London: Zed Books 2007, 1–17, 4.

Kraft und Verbundenheit mit anderen Frauen

Virginia Woolf spricht in ihrem Buch „Ein eigenes Zimmer“ darüber, „dass wir allein gehen und daß wir Beziehung zur Welt der Wirklichkeit haben müssen ...“
 Ich stimme mit ihrer zweiten Behauptung durchaus überein und auch mit der ersten, im Sinn von Selbstverantwortlichkeit, aber das „Alleine-gehen-Können“ braucht die Stärkung durch solidarische Gemeinschaftlichkeit zwischen Frauen. Nichts ist schlimmer und aussichtsloser, als alleine zu sein, mit dem was eine bewegt und bewegen möchte. Wir Frauen brauchen jede Menge Mut, Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung und Unterstützung, damit wir aufhören können, dem patriarchalen Märchen unserer angeblichen Minderwertigkeit Glauben zu schenken. Ja, ich bin froh über die „eigenen Zimmer“ meines Lebens, die Orte, wo ich für mich und mit mir sein kann, um mich von den Herausforderungen, die dieses Leben an mich stellt, erholen kann. Aber ich brauche auch Orte, wo ich die Kraft und Verbundenheit mit anderen Frauen spüren und erleben kann. Und genau so ein Raum war die Frauenvorkonferenz für mich. In diesem Raum konnte ich anderen Frauen begegnen, ohne Angst und mit gegenseitigem Wohlwollen und Interesse. Ohne diese Frauenvorkonferenz hätte ich mich auf der Armutskonferenz vielleicht ziemlich alleine und aufgrund der Menschenmenge auch etwas überfordert gefühlt, aber immer wieder ergab sich im Verlauf der Armutskonferenz ein Blickkontakt, ein Gespräch, ein Lächeln, ein Lachen zwischen „uns Frauen“ und das hat mir ein warmes Gefühl von Willkommen-Sein geschenkt und mein „Alleine-Sein“ wurde durch das „Verbunden-Sein“ erweitert und transformiert. Gestärkt, beglückt, zufrieden, inspiriert, reich beschenkt und mit jeder Menge Zuversicht, Vertrauen und mit vielen neuen Ideen und freundschaftlichen Begegnungen habe ich die Armutskonferenz verlassen. Barbara Kraus, Künstlerin



Maria Stern

ist Singer-Songwriterin, Lehrerin und Alleinerzieherin. Sie war eine der Delegierten beim 9. Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrung. (Brüssel, Juni 2010)

Auf der Frauen-VOR-Konferenz spielte sie einige ihrer Lieder.

„ANNE“

Anne steht am Fenster, denkt nach,
 er überweist keine Alimente und ach,
 die Gerichte brauchen Zeit
 um alles zu prüfen, Anne ist es leid
 ihren Kindern ständig zu sagen:
 „Tut mir leid, hab kein Geld, hört auf zu fragen.“

Anne steht am Fenster, sieht hinaus,
 ohne Alimente geht sich überhaupt nichts aus.
 Die Kinder haben auf das Geld ein Recht!
 Doch der Staat hält zurück,
 tja, sie haben halt kein Glück,
 denn ohne Vorschub lebts sich schlecht.

Anne steht am Fenster und weint,
 sie dachte immer, die Welt sei ihr Freund,
 sie wollte die Kinder haben,
 konnte den Vater dann nicht mehr ertragen,
 der rächt sich, weil sie ihn verlassen hat,
 und der Sozialstaat schweigt, Anne hat es satt.

Anne steht am Fenster und schreit,
 denn sie ist einfach nicht bereit,
 zu verstehn, dass im siebtreichsten Land der Welt
 Kinder ein Grund sind, zu verarmen...

Es ist absolut beschissen ohne Geld.

BETROFFENEN-VOR!-KONFERENZ**Sichtbar werden! Sichtbar machen!****Sichtbar werden – und mitgestalten!****Ein Partizipationsprojekt der Armutskonferenz von und mit Menschen mit Armutserfahrungen**

„Wir sind keine Bittsteller, wir wollen Respekt!“, so haben die TeilnehmerInnen des ersten österreichischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen, das unter dem Titel „Sichtbar werden“ bereits 2006 in Wien stattfand, damals eine ihrer zentralen Forderungen formuliert. Seither haben zahlreiche weitere Treffen, Workshops und öffentliche Aktionen dafür gesorgt, dass aus dem Wunsch, sichtbarer zu werden, mehr und mehr Realität wird.

Erwerbsarbeitslose, MitarbeiterInnen von Straßenzeitungen, psychisch Erkrankte, Menschen mit Behinderungen, AlleinerzieherInnen und MigrantInnen kommen im Rahmen von „Sichtbar werden“ zusammen, um Strategien gegen Armut und Ausgrenzung zu diskutieren, ihre Anliegen, aber auch Lösungsansätze aufzuzeigen. Sichtbar werden sollen dabei Alltagserfahrungen, Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Lebenssituation, aber auch das eigene Können und Stärken von Menschen, deren Einkommen oft weit unter der Armutsgrenze liegt.

Nie werden Mängel und Lücken existierender Systeme besser deutlich als in der Auseinandersetzung mit den konkreten Erfahrungen, die den Alltag von Menschen prägen, die in Armut leben. Die fehlende Existenzsicherung durch die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen beispielsweise, die vorhandenen Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem und das Fehlen eines umfassenden Versicherungsschutzes für alle, die Unzulänglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik, die zahllosen Erfahrungen von Stigmatisierung und Beschämung auf Ämtern, bei ÄrztInnen, beim Einkaufen, durch NachbarInnen und in der Schule. Es gibt vieles, das Alltag und Zukunftsperspektiven von Menschen mit Armutserfahrungen einschränkt und einer breiten Öffentlichkeit von „Nicht-Betroffenen“, auch von jenen, die als ExpertInnen und PolitikerInnen oft weitreichende sozialpolitische Entscheidungen treffen, meist weder vorstellbar noch im Detail bekannt ist.

Die Macht der Deutung

Zentrales Anliegen des Projekts, das von der Armutskonferenz organisiert wird, ist es, Menschen mit Armutserfahrungen Raum und Ressourcen zur Verfügung zu stellen und damit Partizipationsprozesse zu fördern, die von direkter Öffentlichkeitsarbeit bis hin zum Mitwirken an politischen Entscheidungen führen sollen. Die Macht der Deutung soll dabei bei jenen bleiben bzw. zurück zu jenen kehren, um die es geht. Armutserfahrene Menschen werden von Objekten, z.B. des Sozialhilfevollzugs, eines Forschungsprojektes oder reißerischer Medienberichterstattung zu Subjekten, die ihre Kritik an den Verhältnissen diskutieren und direkt dort deponieren können, wo sie entstehen bzw. verbreitet werden.

Sowohl breite Öffentlichkeit als auch EntscheidungsträgerInnen werden dabei angesprochen, aber auch ArmutsforscherInnen und JournalistInnen, die den Diskurs zu Armut und Ausgrenzung wesentlich mitprägen. Und nicht zuletzt soll die Frage der Partizipation auch in und mit den Verantwortlichen sozialer Organisationen und Netzwerken (auch der Armutskonferenz selbst) diskutiert werden, die sich (je nachdem) als Fürsprecher, Lobby, Dienstleister, Mitstreiter von Menschen mit Armutserfahrungen verstehen.

So wurden im Rahmen von „Sichtbar werden“ etwa bereits Workshops mit JournalistInnen und MitarbeiterInnen der Statistik Austria organisiert, aber auch öffentliche Kundgebungen in Linz und Graz. Im Vorjahr wurden PolitikerInnen und VerantwortungsträgerInnen bzw. ExpertInnen unterschiedlicher Bereiche zu einem „Weltcafé“ eingeladen. Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeits- und Sozialminister Rudi Hundstorfer, der Chef des AMS Herbert Buchinger, Volksanwältin Terezija Stoisits und die ORF-Journalistin Barbara Stöckl folgten dieser Einladung, gemeinsam mit u.a. dem Leiter des Bundessozialamts und VertreterInnen von

Weitere Informationen über bisherige Treffen bzw. Aktivitäten im Projekt „Sichtbar werden“ auf www.armutskonferenz.at

mehreren Ministerien, der Sozialpartner, aus Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Im kleinen Kreis an runden Tischen stellten sie sich den Anliegen und Lösungsvorschlägen der TeilnehmerInnen von „Sichtbar werden“ und bekamen damit Gelegenheit, die konkreten und alltäglichen Realitäten kennenzulernen, die ihnen von ihren Schreibtischen und Podien aus meist verschlossen bleiben. Diese Realitäten zu kennen jedoch ist unerlässlich, denn „nur mit der Einbeziehung Betroffener kann Armut effektiv bekämpft werden“, wie Bundespräsident Fischer im Zuge der Veranstaltung auf den Punkt brachte, was von vielen der GästInnen rückgemeldet wurde.

Prozesse, wie sie im Rahmen von „Sichtbar werden“ in Österreich passieren, sind keine Einzelercheinung.

In ganz Europa suchen Selbsthilfegruppen, soziale Initiativen und Netzwerke gegen Armut deshalb verstärkt den direkten Dialog mit EntscheidungsträgerInnen und pochen darauf, als Menschen mit Armuts-erfahrungen in politische Entscheidungen einzubezogen werden.

Auf EU-Ebene fand im Juni 2010 bereits zum neunten Mal ein europäisches Treffen von Menschen mit Armuts-erfahrungen statt.

Europaweit und auf nationaler Ebene geht es dabei auch um eine Art Institutionalisation von Partizipation, also um strukturelle und effektive Einflussnahme. Nicht der einzelne Event, so spannend er auch sein mag, zählt, sondern die tatsächliche Wirkung, die Menschen mit Armuts-erfahrungen auf konkrete Entscheidungen, politische Maßnahmen und deren Umsetzung haben können.

Deshalb gehen Projekte wie „Sichtbar werden“ letztlich sehr weit über die reine Beteiligung von Menschen mit Armuts-erfahrungen hinaus. Sie müssen als wegweisende Schritte einer demokratiepolitischen Entwicklungen gesehen werden, der es um eine verstärkte Partizipation aller BürgerInnen an der Gestaltung ihres lokalen und globalen Lebensumfelds geht – und damit um die Neugestaltung einer Welt, in der alle gut leben können.

Die Verleihung der „SozialMarie“ an InterACT



Weitere Informationen,
Fotos und Videos auf
www.esreichtfueralle.at



Die Armutskonferenz setzt im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ Zeichen gegen Armut und Beschämung und will an vielen Orten zur öffentlichen Auseinandersetzung mit Fragen zu Armut, Reichtum und Verteilung anregen.

Wir organisieren Flash/Smartmobs in ganz Österreich. Smartmobs sind schnell und einfach durchzuführende und vor allem lustvolle Interventionen im öffentlichen Raum für ein politisches Anliegen. Löffel sind das gemeinsame Erkennungsmerkmal. Die Smartmobs 2010 wurden im Rahmen der Betroffenen-VOR-Konferenz entwickelt.

„Kein Kies zum Kurven Kratzen _RELOADED“ von InterACT

„Kein Kies zum Kurven Kratzen – Neuer Armut entgegenwirken“¹⁾ ist ein seit 2007 bestehendes, partizipatives Theater- und Forschungsprojekt von InterACT, das mit zahlreichen KooperationspartnerInnen durchgeführt wurde und wird. Es trägt mit Mitteln des Forumtheaters auf kreative Weise dazu bei, die Situation von Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen zu verbessern und Ideen und Vorschläge zur Armutsbekämpfung und -vermeidung an die Politik zu entwickeln und zu formulieren. Dabei spielen armutserfahrene Menschen eine besondere Rolle: Deren Erfahrungen, Perspektiven und Anliegen sind seit Anfang an in die Entwicklung des Projekts mit einbezogen, sie sind die Hauptakteurinnen und Hauptakteure. Methoden der Theaterarbeit waren und sind das Medium, mit denen Betroffene ihre Erfahrungen mit und die Auswirkungen von Armut thematisieren, zum Ausdruck bringen und kreativ bearbeiten. Auf diese Weise sollte gewährleistet sein, dass die entwickelten Aktionen und Szenen auf authentischen Lebenserfahrungen und realen, alltäglichen Situationen beruhen.

Nachdem das Projekt mit dem interaktiven Forumtheater „Kein Kies zum Kurven Kratzen“ bislang besonders in Graz und in der Steiermark wirksam war (einer Aufführung im Landhaus Steiermark im Juni 2008 folgte ein einstimmiger Beschluss im Landtag zur Abschaffung des Regresses bei der offenen Sozialhilfe, im Jahr 2009 fanden viele Ideen Aufnahme in das „Grazer Aktionsprogramm gegen Armut“), erhält es 2010 eine österreichweite Dimension: Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurde das Forumtheaterstück unter Mitwirkung von armutserfahrenen Menschen aus ganz Österreich im Frühjahr 2010 neu adaptiert und aktualisiert. So fand im April 2010 im Retzhof bei Leibnitz ein Theaterworkshop statt, an dem 22 armutserfahrene Menschen aus ganz Österreich teilgenommen haben. Ihre Ideen, Erfahrungen und Anliegen wurden zur wesentlichen Grundlage für „Kein Kies zum Kurven Kratzen _RELOADED“, einer aktualisierte Version, die möglichst hohe Relevanz für alle Bundesländer besitzt. Mitgewirkt am Proben und Entwicklungsprozess haben über offene Proben weitere armutserfahrene Menschen, sowie VertreterInnen und ExpertInnen von sozialen Einrichtungen und Behörden, die uns dabei unterstützten, die fachliche und rechtliche Grundlage zu schaffen. Alle im Stück gezeigten Szenen basieren letztlich auf realen und authentischen Erfahrungen.

Von Juni 2010 bis November 2010 wird „Kein Kies zum Kurven Kratzen _RELOADED“ in Kooperation mit der Armutskonferenz und lokalen MitveranstalterInnen in allen Bundesländern unter Beteiligung von Stakeholdern aus verschiedenen Bereichen, armutserfahrenen Frauen und Männern sowie der breiten Öffentlichkeit in allen Bundesländern aufgeführt. Dabei kann sich das Publikum am Geschehen unmittelbar beteiligen und an der Entwicklung von Ideen und Vorschlägen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mitwirken.



Die bei den Forumtheateraufführungen ausprobierten und geäußerten Ideen werden dokumentiert, mit JuristInnen und Betroffenen reflektiert. Sie bilden die Grundlage für die Vorschläge und Forderungen an die Politik zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut („Legislatives Theater“). Nach der Veranstaltungstour durch ganz Österreich werden bei einer abschließenden Veranstaltung im Parlament am 29.11.2010 (17.00–20.00 Uhr) die Ergebnisse des Projekts mit den politischen EntscheidungsträgerInnen diskutiert.

Michael WRENTSCHUR
ist Soziologe und Theater-schaffender; Künstlerischer Leiter von InterACT und Hochschullehrer am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz.

InterACT – Werkstatt für Theater und Soziokultur
Neubaugasse 94
8020 Graz
Tel- und Fax: 0316/720935
Mobil: 0650/7209350
www.interact-online.org

1) Das seit 2007 bestehende Projekt hat 2010 den 1. Preis bei der „SozialMarie 2010“ gewonnen, der seit 2005 jährlich von der Unruhe Privatstiftung für soziale Innovation vergeben wird. Dabei werden kreative und gestaltungsfreudige Projekte ausgezeichnet, die aktuelle soziale Probleme und Herausforderungen mit zukunftsweisenden Mitteln aufgreifen und sich im Umfeld gesellschaftspolitischer Veränderungsprozesse bewähren: „Eine gelungene Verbindung von engagiert-partizipativem Theater, fundierter gesellschaftspolitischer Kritik und zielführenden Aktionen, komplex und konkret zugleich. Möge die österreichweite Ausdehnung 2010 dieselben herzeigbaren Resultate bringen wie in der Steiermark!“ (Würdigung der Jury)

Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

Dass die Kluft zwischen Arm und Reich unseren Gesellschaften schadet, sei den meisten Menschen ohnehin klar, so der bekannte Epidemologe und Ungleichheitsforscher Richard Wilkinson. Auf der 8. Armutskonferenz hat Wilkinson zentrale Thesen seiner Forschungen vorgestellt und mit den TeilnehmerInnen diskutiert. Michaela Moser hat das Referat übersetzt und die wichtigsten Aussagen für den vorliegenden Beitrag verschriftlicht.

Richard Wilkinson

Gleichheit ist Glück. Ungleichheit macht Probleme

Richard WILKINSON

ist Wirtschaftshistoriker und em. Professor an der Universität von Nottingham. Internationale Forschungen zu Ungleichheit, Sozialkapital & Gesundheit. www.equalitytrust.org.uk

Die Erkenntnis, dass sozio-ökonomische Ungleichheit Gesellschaften spaltet und ihnen schadet, ist keine Neuheit. Menschen auf aller Welt ist dies seit Hunderten Jahren bewusst. Eine Vielzahl an Daten und Fakten bestätigt dieses intuitive Wissen und belegt auf beeindruckende Weise, dass mit steigender Ungleichheit auch gesundheitliche und soziale Probleme deutlich zunehmen.

Dies lässt sich quer durch verschiedene Länder belegen und ist eines der größten Menschenrechtsprobleme, mit dem unsere Gesellschaften konfrontiert sind.

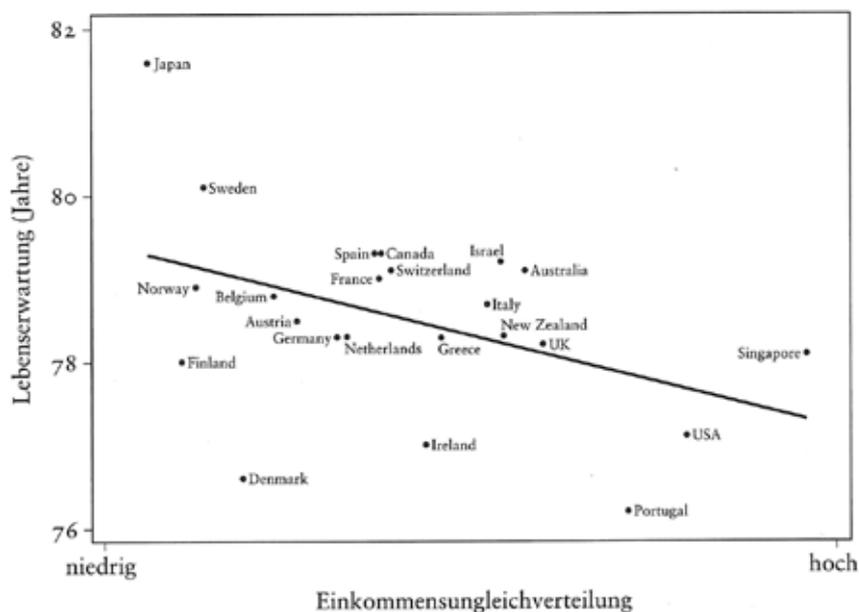
Im Gegensatz dazu steht das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen eines Landes in keinem vergleichbaren Zusammenhang mit der jeweiligen Lebenserwartung.

So sind die Menschen in Norwegen oder USA etwa im Schnitt doppelt so reich als beispielsweise in Israel oder Griechenland, trotzdem leistet dies nicht automatisch einen entsprechend höheren Beitrag zur Lebenserwartung.

Natürlich wissen wir, dass Menschen, die in den ärmsten Regionen der Welt leben im Hinblick auf ihren Gesundheitszustand besonders benachteiligt sind, aber es zeigt sich auch, dass es keinen wesentlichen Unterschied macht, wenn Gesellschaften insgesamt reicher wird.

Denn es kommt darauf an, in welchem sozio-ökonomischen Verhältnis die Menschen eines Landes zueinander stehen und welche Statusunterschiede sich daraus ergeben.

In den reichen Ländern zeigt sich eine Korrelation von Lebenserwartung und Einkommensgleichverteilung.



Wirtschaftswachstum und eine Verbesserung des Lebensstandards in den sogenannten Entwicklungsländern sind wichtig und führen auch zu einem Anstieg an Lebenserwartung und Gesundheit. Je mehr Wachstum und Lebensstandard zunehmen, desto geringer jedoch deren Einfluss auf unser Wohlbefinden. Je mehr unsere Wirtschaft wächst, desto weniger ist auch Glück – nach den Erkenntnissen der Glücksforschung – von Wachstum abhängig. Damit sind wir in den reichen Gesellschaften am Ende des Nutzens von Wachstum angelangt.

Zu betrachten gilt es in diesem Zusammenhang vor allem jene soziale Probleme, die uns heute in den reichen Gesellschaften viele Sorgen bereiten und täglich Schlagzeilen machen: Steigende Kriminalität, Gewalt, Drogenkonsum, die Überfüllung unserer Gefängnisse, etc. lassen uns fragen, wohin unsere Gesellschaften steuern. Und all diese Probleme nehmen mit steigenden Einkommensungleichheiten zu.

Um dies zu belegen, werden in den folgenden Beispielen internationale Daten herangezogen und dabei jeweils die Einkommensunterschiede zwischen dem einkommensreichsten und dem einkommensärmsten Fünftel der Bevölkerung verglichen.

In Ländern mit größerer Gleichheit, wie beispielsweise in Japan, Schweden, Norwegen oder Finnland ist das oberste Fünftel nur 3,4 bis viermal so reich wie das unterste Fünftel. In Ländern mit stärkerer Ungleichheit, wie etwa in den USA, Großbritannien, Australien oder Portugal sind

die reichsten 20% sieben- bis achtmal so reich wie die einkommensärmsten 20%. Österreich gehört tendenziell zu den Ländern mit größerer Gleichheit, wenn auch nicht zu den Spitzenreitern auf diesem Gebiet.

Ungleichheit macht Probleme

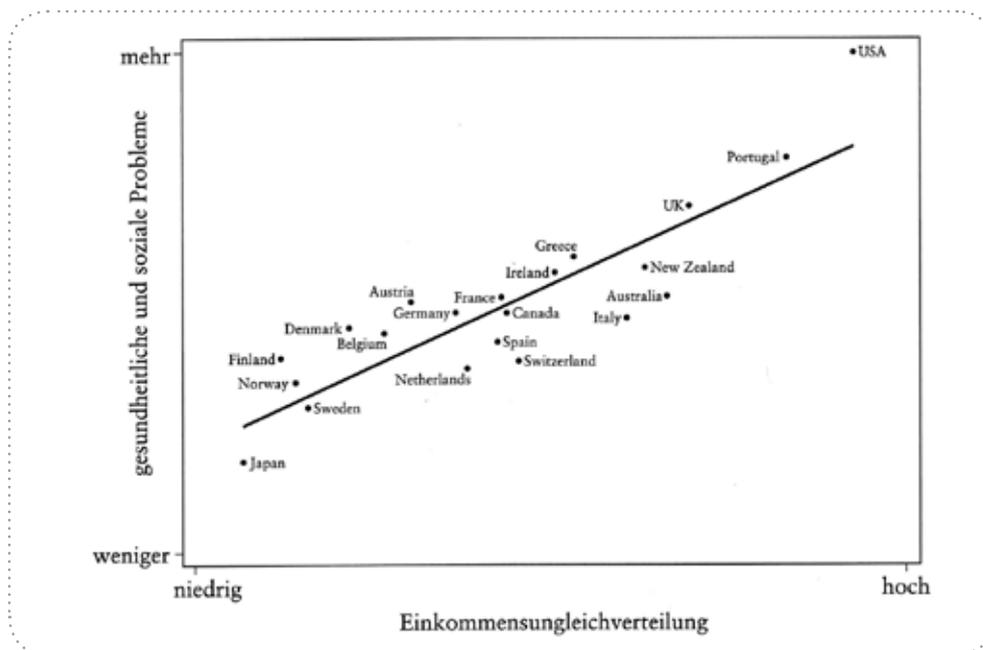
Die sozialen Konsequenzen ökonomischer Ungleichheit lassen sich anhand von Daten zu Lebenserwartung, Fähigkeiten in Mathematik, Lesen und Schreiben, Kindersterblichkeit, Mord- und Gefängnisraten, Übergewicht, Teenagerschwangerschaften, Vertrauenslevel, psychischen Krankheiten, einschließlich Drogen- und Alkoholkonsum (die im Rahmen von WHO-Studien im Kontext psychischer Krankheiten erhoben werden) und sozialer Mobilität belegen.

Meine Kollegin und Koautorin **Kate PICKETT** und ich haben all diese Daten kumuliert und in einem einzigen Index zusammengefasst, der in der Grafik abgebildet ist.

Diese Grafik zeigt deutlich, dass all die genannten Probleme in einem außergewöhnlich engen Zusammenhang zu Ungleichheit stehen.

Werden dieselben Daten einfach mit den nationalen Durchschnittseinkommen in Verhältnis gesetzt, lässt sich ein ähnlich enger Zusammenhang nicht finden.

Nun könnte man denken, wir hätten einfach jene Daten bzw. soziale Probleme ausgewählt, deren Ergebnisse unsere Thesen bestätigen. Deshalb haben wir auch ande-



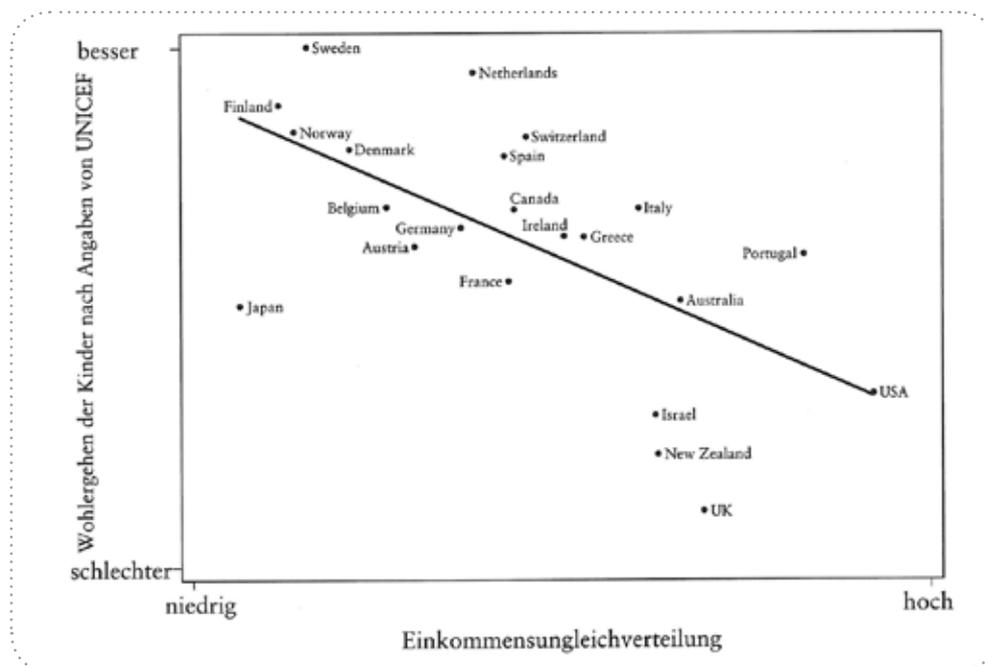
Im Vergleich der reichen Länder zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen Ungleichheit und gesundheitlichen und sozialen Problemen.

re Statistiken herangezogen, etwa jene, die die Basis der UNICEF-Berichte zum Wohlergehen der Kinder bilden. Diese Statistiken enthalten 40 verschiedenen Komponenten, darunter zum Beispiel die Frage, ob Kinder mit ihren Eltern reden können, ob sie in der Schule gemobbt werden, aber auch Impfraten und vieles andere. Praktisch alles, was mit dem Wohlergehen von Kindern zu tun haben kann, fand Eingang in diesen Index. Und obwohl keine dieser Komponenten von uns ausgewählt wurde, zeigt sich auch hier sehr klar die Tendenz, dass es um das Wohlergehen von Kindern in ungleicheren Gesellschaften weitaus schlechter bestellt ist.

Mehr Vertrauen, stärkere Sozialbeziehungen, bessere Gesundheit, weniger Morde

Je gleicher eine Gesellschaft, desto eher gehen Menschen davon aus, dass sie einander vertrauen können, die Unterschiede reichen dabei von nur 15–20% an gegenseitigem Vertrauen in den ungleicheren Ländern bis hin zu 60–65% in den gleicheren Ländern. In der Tat muss es sich sehr unterschiedlich anfühlen, in diesen Ländern in der Nacht allein auf der Straße unterwegs zu sein.

Das Wohlergehen der Kinder (nach Angaben von UNICEF) ist abhängig von der Ungleichheit.



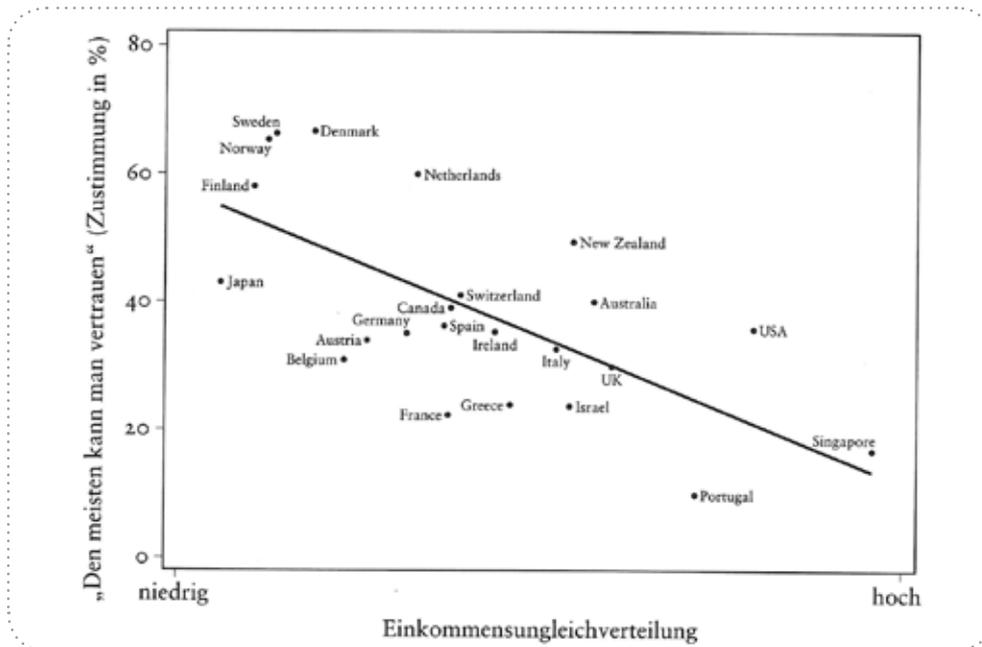
Es ergibt sich also immer wieder das gleiche Bild: Was im Hinblick auf soziale Probleme zählt, ist nicht, wie reich bzw. um wie viel reicher eine Gesellschaft ist, sondern wie es um soziale Ungleichheiten bestellt ist. Daraus folgt zwangsläufig die Frage, ob wir wirklich mehr Wirtschaftswachstum brauchen oder nicht doch eher eine bessere Verteilung.

In unserem Buch haben wir dazu nicht nur die Daten der reichsten Länder der Welt verglichen, sondern auch jene der 50 US-amerikanischen Bundesstaaten. Und auch diese bestätigen unsere Antwort auf die Frage, ob ungleichere Gesellschaften mehr Probleme haben, und zeigen, wie groß der Unterschied an Lebensqualität ist, der durch ungleichere Gesellschaften geschaffen wird.

Ähnliche Ergebnisse ergeben sich hinsichtlich des vorhandenen sozialen Kapitals und der Stärke sozialer Beziehungen in einer Gesellschaft, und auch die psychische Gesundheit der Bevölkerung ist in gleicheren Gesellschaften deutlich weniger bedroht.

Dabei geht es nicht um Menschen, die in psychiatrischer Behandlung sind, sondern um psychische Probleme, die von der Weltgesundheitsorganisation in Form von Interviews erhoben werden und jenen Prozentsatz der Bevölkerung angeben, der innerhalb eines Jahres psychische Probleme erfahren hat. Die entsprechenden Raten reichen von 8% in sehr gleichen Gesellschaften bis hin zu 25% in sehr ungleichen Gesellschaften.

UN-Studien zu Drogenkonsum und Kriminalität ergeben ein ähnliches Bild und damit eine klare Tendenz, dass in un-



In Ländern mit mehr Gleichheit sind auch mehr Menschen bereit, ihren Mitbürgern zu vertrauen.

gleicheren Gesellschaften deutlich mehr Drogen konsumiert werden.

Gleiches gilt auch für so unterschiedliche Probleme wie Kindersterblichkeitsraten und Teenagerschwangerschaften. Besonders im Hinblick auf Letztere sind die Unterschiede extrem und reichen von 5 von 1.000 in gleicheren Gesellschaften bis hin zu 30 bzw. 50 von 1.000 in ungleichen Gesellschaften wie Großbritannien oder den USA.

Auch der Blick auf Mordraten, wie sie beispielsweise in zahlreichen Erhebungen in US-Staaten und Kanada untersucht wurden, bestätigt unsere These. Es gibt hierzu inzwischen ungefähr 40 Studien, die die enge Verbindung zwischen sozialer Ungleichheit und der Zahl an Morden in einer Gesellschaft belegen. So liegt die Mordrate in US-Bundesstaaten mit höherer Gleichheit bei 15 von 1 Million und steigt mit zunehmender Ungleichheit auf bis zu 150 von 1 Million an.

Ähnliches lässt sich über Gefängnisraten sagen. Ich kenne die Entwicklungen in Österreich leider nicht, aber in Großbritannien nimmt die Überfüllung der Gefängnisse zu und es werden sogar neue gebaut. Auch hier zeigen sich wieder extreme Unterschiede in Abhängigkeit von der Ungleichheit in einem Land, die bis hin zum Achtfachen am Anteil der Gesellschaft, der inhaftiert ist, reicht.

Interessanterweise reflektieren diese Zahlen jedoch nicht auf eine steigende Kriminalitätsrate, es geht allein um die Art der Bestrafung. Das haben auch einige jüngere wissenschaftliche Arbeiten in den

USA belegt, und in Großbritannien hat die Gefängnisbelegung sogar in einer Zeit sinkender Kriminalitätsrate zugenommen.

Es liegt also etwas im Argen mit der Qualität der Sozialbeziehungen in ungleichen Gesellschaften, der Level an Vertrauen und Empathie nimmt ab, die Menschen sind weniger in gemeinschaftliche Aktivitäten involviert, die Gewalt und auch Ängste nehmen zu.

Ungleichheit schadet der ganzen Gesellschaft

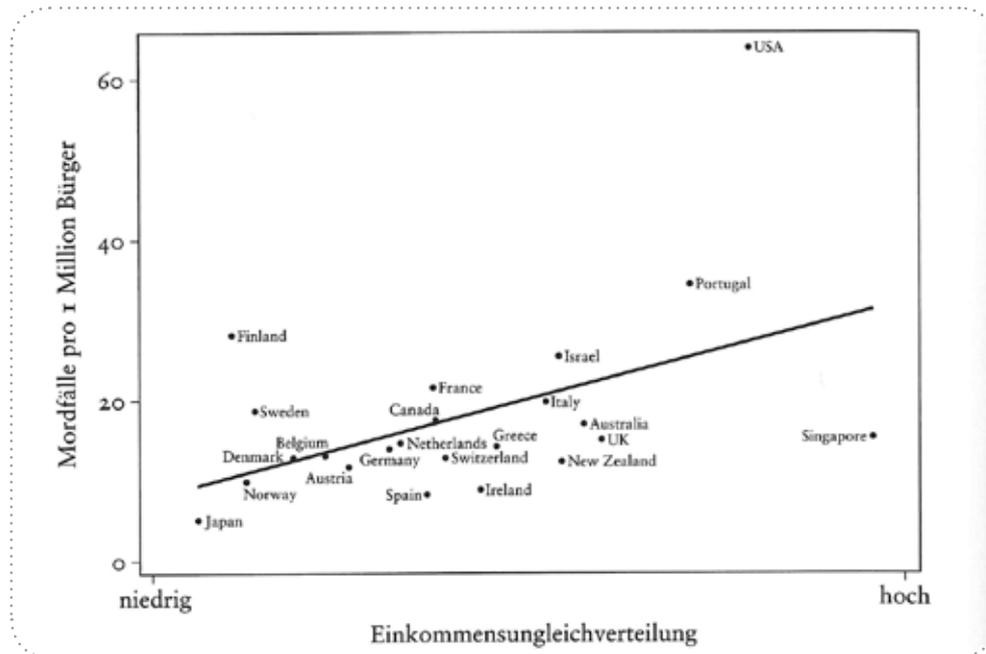
Bei aller Plausibilität der gezeigten Daten kann man sich natürlich fragen, ob das nicht einfach damit zu tun hat, dass in ungleicheren Gesellschaften mehr Menschen in Armut leben.

Aber das ist nicht der wichtigste Grund, bedeutender sind die Effekte der Ungleichheit, die wir alle zu spüren bekommen. Die Unterschiede zwischen Gesellschaften mit mehr oder weniger Gleichheit sind einfach zu groß, als dass sie einfach nur auf die ärmsten 10% der Bevölkerung zurückgeführt werden könnten.

Kindersterblichkeit beispielsweise ist von der Klassenzugehörigkeit des Vaters abhängig, das zeigen z.B. entsprechende Untersuchungen in Schweden, England und Wales. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind bei Angehörigen der niedrigsten sozialen Klasse am stärksten ausgeprägt, aber auch an der Spitze der Gesellschaft gibt es messbare Unterschiede.

Und es gibt eine ganze Zahl an weiteren wissenschaftlichen Arbeiten, die dieses Muster bestätigen.

In den Ländern mit größerer Ungleichheit gibt es mehr Mordfälle.



Beispielsweise wenn es um den Grad an Alphabetisierung geht, wie er an 16- bis 25-jährigen jungen Erwachsenen im Zusammenhang mit dem Bildungsgrad der Eltern erforscht wurde. Sogar jene Kinder mit den gebildetsten Eltern schneiden in gleicheren Gesellschaften besser ab als in ungleichen Gesellschaften.

Wenn wir noch einmal das Gesamtbild (siehe Grafik 1) betrachten, in dem alle gesundheitlichen und sozialen Probleme zusammengefasst sind, ergibt sich natürlich auch die Frage, ob die vorhandenen Unterschiede tatsächlich auf Ungleichheiten zurückzuführen sind, oder es vielleicht andere Begründungen gibt. Man könnte einwenden, es ginge vielleicht um kulturelle Unterschiede und die Skandinavier seien eben ein ganz eigenes Volk. Aber selbst wenn man die Ergebnisse dieser Länder aus unserer Statistiken entfernt, ändert das nichts an Gesamtbild. Das bestätigen nicht zuletzt die parallelen Analysen, die wir zu den Problemen in den einzelnen US-Bundesstaaten durchgeführt haben. Aber auch ein Blick auf zwei Länder wie Spanien und Portugal, die eine ähnliche Kultur haben und jahrelang von Diktaturen geprägt waren, dann jedoch sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen haben. Oder ein Vergleich zwischen Schweden und Japan, zwei Länder die in Sachen Gleichheit sehr gut abschneiden, aber ansonsten wohl kaum unterschiedlicher sein könnten.

Wie es zu größerer Gleichheit kommt, ist also scheinbar nachrangig. In Schweden gibt es zunächst vergleichsweise große

Einkommensunterschiede, die jedoch durch ein sehr stark verteilendes Steuer- und Sozialsystem ausbalanciert werden. In Japan wird wenig Verteilungspolitik betrieben, dort sind jedoch die Einkommensunterschiede an sich gering.

Ungleichheit produziert Stress

Eine wichtige Frage ist freilich, warum wir so stark auf Ungleichheit reagieren, warum unsere Gesellschaften in dieser Frage so sensibel sind. Hier geht es sehr stark um psychosoziale Faktoren, um alles, was mit sozialem Status zu tun hat, mit frühkindlichen Erfahrungen und mit Freundschaft, und damit um drei für unseren Gesundheitszustand sehr zentrale Faktoren.

Allem zugrunde liegt unsere hohe Statussensibilität, es ist für uns alle von großer Bedeutung, ob zu uns aufgeblickt oder auf uns herabgeschaut wird und ob wir respektiert werden. Die Unsicherheiten, die mit einem niedrigen sozialen Status einhergehen, sind dabei vergleichbar mit jenen, die sich aus einer schwierigen frühen Kindheit ergeben.

Freundschaften schützen uns, wenn wir positive Freundschaftserfahrungen haben, fühlen wir uns besser. Wenn wir jedoch das Gefühl haben, von anderen Menschen gemieden zu werden, wenn andere sich nicht neben uns setzen wollen, fühlen wir uns schnell unattraktiv, fragen wir uns, ob wir dumm sind, beginnen wir, an uns selbst zu zweifeln.

Stress macht uns also vor allem die Frage bzw. unsere Sorge, wie andere uns sehen, ob wir einen guten Eindruck auf andere machen, und daraus ergeben sich auch sehr viele gesundheitliche Probleme.

Es gibt eine ganze Reihe von psychologischen Experimenten, in denen die Produktion von Stresshormonen unter bestimmten Bedingungen gemessen wird, und die diese Erkenntnisse bestätigen

Das wurde anhand unterschiedlicher Stressauslöser getestet und es hat sich gezeigt, dass jene Aufgaben, die am ehesten als Bedrohung des sozialen Status erfahren werden, immer am stressigsten sind.

Als soziale Wesen reagieren wir eben extrem sensibel auf Fremdwahrnehmung.

Das zeigen auch Experimente zur Wirkung von Vorurteilen, wie sie im Hinblick auf Geschlechterstereotype oder Vorteile hinsichtlich ethnischer Minderheiten durchgeführt wurden.

So wurden z.B. im Rahmen einer Weltbankstudie indische Kinder unterschiedlicher Kasten aufgefordert, ins Zentrum eines Irrgartens zu finden und sie taten dies unter unterschiedlichen Bedingungen. In der ersten Versuchsanordnung wussten sie nicht, welcher Kaste die anderen Kinder angehören, und schnitten alle in etwa gleich gut ab, in der zweiten Versuchsanordnung wurde die Kastenzugehörigkeit deutlich gemacht und die Kindern fanden sich je nach Kastenzugehörigkeit besser oder schlechter zurecht.

Ein amerikanischer Gerichtspsychiater hat einmal gesagt, man müsse ihm erst einen Gewaltakt zeigen, der nicht auf Erfahrungen von Beschämung und Erniedrigung zurückzuführen ist bzw. auf den Versuch, den entsprechenden Gesichtsverlust durch einen Gewaltakt auszugleichen.

Um das dahinterliegende Problem zu verstehen, hilft es, zwei Faktoren gemeinsam zu betrachten bzw. in Verbindung zu bringen. Zum einen unsere Erfahrungen als erwachsene Menschen, die aus unserem sozialen Status resultieren, aus der Qualität unserer Beziehungen, der Tatsache, wie viel Konkurrenz wir ausgesetzt sind, wie kooperativ die Menschen um uns agieren usw. Zum anderen geht es um die Frage, wie Eltern diese Erfahrungen an ihre Kinder weitergeben.

Wir wissen sehr viel darüber, wie stark frühkindliche Erfahrungen unser Leben beeinflussen. Das muss nicht unbedingt als Fehler der Evolution gesehen werden, im Gegenteil geht es eher darum, dass uns

diese frühkindliche Sensibilität befähigen soll, uns an die Umgebung, in der wir aufwachsen, anzupassen.

Frühkindliche Erfahrungen geben uns gewissermassen einen bestimmten Geschmack vom Leben und vermitteln uns, ob wir in einer Gesellschaft aufwachsen, wo wir ständig auf der Hut und misstrauisch sein müssen oder ob wir Vertrauen in andere haben und uns auf Kooperation und Empathie verlassen können und wissen, dass unsere Sicherheit davon abhängt, wie gut es uns möglich ist und gelingt, unsere Beziehungen zu pflegen.

Wir müssen aufhören, Lebensqualität mit höherem materiellen Lebensstandard gleichzusetzen. Das Weitertreiben eines zunehmenden Statusdrucks in unserer Konsumgesellschaft wird uns nicht glücklicher machen. Lebensqualität hängt von sozialen Beziehungen ab und diese sind stark abhängig von der existierenden sozio-ökonomischen Ungleichheit einer Gesellschaft.

Weitere Informationen und viele Materialien finden sich auf der Website des Equality Trust, der gegründet wurde, um maximale politische und öffentliche Aufmerksamkeit für die schädlichen Wirkungen von Ungleichheit zu erzielen und an einer gleicheren, glücklicheren, nachhaltigeren Gesellschaft zu arbeiten.

www.equalitytrust.org.uk



Richard Wilkinson und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt-Verlag bei Zweitausendeins. Berlin, 2009. 333 Seiten. 19,90 Euro

Mit Fakten gegen Mythen: Empirische Argumentationshilfen für Reichtums- und Armutsdebatten.

Im Jahr 2008 wurde die Erbschafts- und Schenkungssteuer u.a. mit dem Argument abgeschafft, es handle sich um eine „Bagatell-Steuer“, deren Aufkommen (2007: mehr als 155 Mio. Euro) den damit verbundenen bürokratischen Aufwand nicht lohne. Wenige Monate später eskalieren die Konflikte zwischen Bund und Ländern um die Finanzierung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, so dass das gesamte Projekt nach jahrelangen zähen Verhandlungen zu scheitern droht. Kolportierte Gesamtkosten der Reform laut BMASK: max. 190 Mio. Euro. Wir hören: Die steuerlichen Belastungsgrenzen der „Leistungsträger“ dieses Landes sind erreicht; SozialleistungsbezieherInnen können Haushaltseinkommen lukrieren, die Erwerbsarbeitende dumm dastehen lassen, wie der Sozialstaat überhaupt unfinanzierbar zu werden drohe. Wer sich in diesen und ähnlichen Diskussionen nicht in ideologischen Grabenkämpfen verirren, sondern eine qualifizierte Debatte auf Basis transparenter Werthaltungen führen möchte, braucht vor allem Wissen über die empirische Faktenlage.

Martina KARGL, Martin SCHÜRZ

Die im Folgenden diskutierten Mythen stellen eine Auswahl aus der Präsentation des Workshops Kargl/Schürz bei der 8. Armutskonferenz dar. Wer sich für den gesamten Input bzw. für sämtliche Grafiken interessiert: Die vollständige Präsentation steht als PDF auf www.armutskonferenz.at in der Datenbank zum Download zur Verfügung.

Die Zitate, die der Illustration dienen, sind Medienberichten, Homepages öffentlicher Institutionen und den Wortmeldungen von Politikern entnommen.

Empirische Argumentationshilfen für Armutsdebatten

Martina KARGL
ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet im Grundlagenreferat der Caritas Wien zu den Themen Sozialstaat und Armut. Sie ist Mitglied des Koordinationsteams der Armutskonferenz.

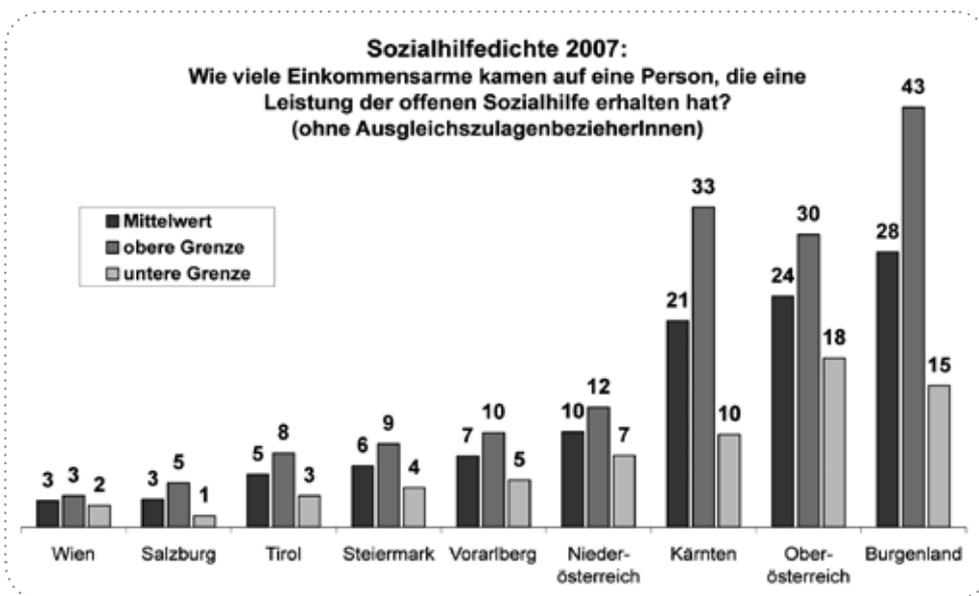
1. Mythen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS)

Mythos 1.1: Die Sozialhilfe, und künftig die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, erreicht alle, die einkommensarm sind

„Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung kann Armut in Österreich wirksam entgegengewirkt werden.“

Wer sich mit den Entwürfen für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beschäftigt hat (vgl. BMASK 2010, BMASK 2010a) weiß: Gegenüber der „Sozialhilfe alt“ soll die BMS eine Reihe von Verbesserungen bringen (Einführung eines Schonvermögens, Ablöse der Krankenhilfe durch Einbezug in die gesetzliche Krankenversicherung, etc.). Gleichzeitig bleiben wesentliche Gestaltungsprinzipien (grundbücherliche Sicherstellung des Eigenheims, Unterhaltsansprüche müssen eingefordert und notfalls auch eingeklagt werden, ...), die derzeit für ein hohes

Maß an Nicht-Inanspruchnahme sorgen, dieselben. Die Mehrausgaben, die für die Reform der Sozialhilfe zur BMS budgetiert wurden, sind bescheiden (vgl. Mythos 1.2), und eine grundlegende Reform des vielerorts rechtswidrigen Vollzugs (vgl. ARMUTSKONFERENZ 2008) wurde, sieht man von der Einigung auf eine Reihe von Verfahrensbestimmungen ab, weder (öffentlich) diskutiert noch budgetiert. Deshalb ist es legitim, aus dem Wissen darüber, wie gut oder schlecht die Sozialhilfe derzeit funktioniert, Schlüsse über die erwartbare Effizienz der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bei der Bekämpfung von Einkommensarmut abzuleiten. Eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang im Speziellen aufdrängt, lautet: Wie viele Einkommensarme (exklusive AusgleichszulagenbezieherInnen¹) werden derzeit in den einzelnen Bundesländern durch die Sozialhilfe erreicht?



Grafik 1:

Quelle: EU-SILC 2008 (Daten f. 2007), Sozialhilfe-Statistik 2007, Statistik d. AusgleichszulagenbezieherInnen per Dez. 2007

Lesehilfe: Auf Basis der verfügbaren Daten kann gesagt werden, dass im Burgenland auf eine Person, die unter der Armutsgrenze lebt und Sozialhilfe bezieht, mindestens 15 und maximal 43 weitere Personen kommen, für die das nicht der Fall ist.

Da die maximal mögliche Sozialhilfeleistung i.d.R. unter der Ausgleichszulage liegt, wurden die AusgleichszulagenbezieherInnen aus der Zahl der Einkommensarmen herausgerechnet.

Bei der Interpretation der Grafik 1 gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei den Zahlen lediglich um Annäherungen handeln kann. Zum einen basieren die EU-SILC-Daten, die über die Zahl der einkommensarmen Menschen in Österreich Auskunft geben, auf einer hochgerechneten Stichprobenerhebung, weshalb es bei den bundeslandspezifischen Daten teilweise große statistische Schwankungsbreiten zu berücksichtigen gilt (vgl. Statistik Austria 2010:50). Deshalb finden sich in Grafik 1 nicht nur Durchschnittswerte, sondern auch eine obere und untere Grenze. Zum anderen ist die Qualität der verfügbaren Sozialhilfe-Daten schlecht: Die von den Ämtern der Landesregierungen an die Statistik Austria übermittelten Daten weisen „eine Reihe von Qualitätsmängeln auf, was die Vollständigkeit, Genauigkeit, Validität und Vergleichbarkeit (...) betrifft“ (Pratscher 2009:1117). So lässt sich z.B. nicht eindeutig sagen, ob es sich bei den übermittelten Zahlen um Personen- oder Fallzahlen handelt. Handelt es sich um Fallzahlen, dann wird die Zahl der durch Sozialhilfe unterstützten Personen überschätzt. Schließlich ist auch nicht gesagt, wie lange jeweils Sozialhilfe bezogen wurde – die Bezugsdauer muss sich nicht notwendigerweise mit der Dauer der Notlage decken. Hinzu kommt, dass bundeslandspezifische Daten über AusgleichszulagenbezieherInnen nur als Bestandsdaten für den Dezember des jeweiligen Jahres veröffentlicht werden (vgl. Hauptverband 2008:151).

Dass nur Annäherungen möglich sind, hat aber nicht nur mit der Datenlage zu tun. Sondern auch damit, dass die Zahl der Einkommensarmen nicht mit jener der Sozialhilfe-Anspruchsberechtigten identisch ist. Nicht alle Haushalte, deren Einkommen die Armutsgrenze nach EU-SILC unterschreitet, können auch Sozialhilfe beanspruchen. Das betrifft z.B. Drittstaatsangehörige. Rechtmäßig niedergelassene Drittstaatsangehörige ohne Daueraufenthaltstitel sind derzeit z.B. in Wien nicht zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt². Unter der BMS soll das bundesweiter Standard werden. Nicht bezugsberechtigt sind klarerweise auch all jene, deren Haushaltseinkommen unter der EU-SILC-Armutsgrenze, aber über der Sozialhilfeschwelle liegt – was z.B. in den meisten Bundesländern für AusgleichszulagenbezieherInnen zutrifft.

Umgekehrt gilt, dass nicht alle Anspruchsberechtigten ihre Rechte auch geltend machen. Aus Mangel an Information, Scham und Angst vor Stigmatisierung, aber auch aufgrund der Bedingungen, die sich an einen Sozialhilfe-Bezug knüpfen und die für viele nicht akzeptabel sind – wie z.B. die Vermögensverwertungsbestimmungen. Vielfach ist auch die Differenz zwischen verfügbarem Einkommen und Sozialhilfe-Anspruch zu gering, um den „Aufwand“ an Verpflichtungen, von denen der Bezug abhängig gemacht wird, zu lohnen. Michael Fuchs kommt in sei-

ner Studie zum Schluss, dass zwischen 49% und 61% der anspruchsberechtigten Haushalte in Österreich ihren Anspruch nicht geltend machen (Fuchs 2009).

Trotz aller Einschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft der verfügbaren Daten zeigen diese dennoch unmissverständlich deutlich: Nur ein geringer Teil derer, die in Österreich unter der Armutsgrenze leben, erhalten Sozialhilfe. Zigtausende Haushalte müssen mit einem Einkommen unter Sozialhilfe-Schwelle und damit der niedrigsten politischen Armutsgrenze ihr Auslangen finden. Dass sich mit Einführung der BMS daran grundlegend etwas ändern wird, ist nicht zu erwarten.

Mythos 1.2: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bringt massive Leistungsverbesserungen, die wir uns nicht leisten können

„Warum in Zeiten der Finanznot des Staates eine solche neue, kostspielige Sozialleistung eingeführt werden soll, wird von Kleinverdienern kaum verstanden. Reicht nicht die Sozialhilfe, können wir uns das überhaupt leisten?“

Im Herbst 2009 beschloss die Regierung, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht wie die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung 14x, sondern lediglich 12x jährlich gewährt werden soll. Damit müssen die BMS-BezieherInnen mit einer 15% niedrigeren Leistung das Auslangen finden als die sogenannten MindestpensionistInnen. Ungeachtet dessen blieb die Höhe des Sicherungsniveaus – speziell mit Hinweis auf GeringverdienerInnen – umstritten. Es stellt sich also die Frage: Kommt es tatsächlich zu massiven Leistungsverbesserungen für die BezieherInnen von Leistungen aus dem untersten Netz des österreichischen Sozialstaates? Und reicht die Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung aus, um einen bescheidenen, aber angemessenen Lebensstandard zu finanzieren?

Vergleicht man die Sicherungsniveaus, die in den bundeslandspezifischen Richtsatzverordnungen festgeschrieben sind, mit jenem der bedarfsorientierten Mindestsicherung, dann zeigt sich: Ob und für wen die BMS Verbesserungen in Hinblick auf die Leistungshöhe bringt, ist je nach Bundesland und Haushaltszusammensetzung verschieden. In Wien mit seinem derzeit vergleichsweise hohen Leistungsniveau z.B. würde es für eine Reihe von

Haushaltskonstellationen zu Leistungsver schlechterungen kommen, allen voran bei den AlleinerzieherInnen-Haushalten. Hingegen profitieren in NÖ mit seinem vergleichsweise geringem Leistungsniveau alle Haushaltstypen, wobei es zwischen den einzelnen Konstellationen große Unterschiede gibt (z.B. Paar: +20%, AlleinerzieherIn mit 3 Kindern: +8%) (Land Wien 2010, Land NÖ 2010).

Noch komplizierter wird es, wenn man bedenkt, dass die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern in einem Vertrag nach 15a B-VG fixiert wurden. Diese 15a-Vereinbarung regelt nur Mindeststandards, weshalb Landes-Gesetzgeber und Verwaltung bei der Gestaltung der Leistungshöhen große Ermessensspielräume haben: So sieht der Bund-Länder-Vertrag vor, dass es den Ländern überlassen bleiben soll, ob und in welcher Höhe sie die Gesamtleistung kürzen, wenn der Wohnbedarf gedeckt ist. Außerdem dürfen z.B. aus anderen Landes-Töpfen finanzierte Wohn-Beihilfen grundsätzlich zu 100% angerechnet werden (Vgl. BMASK 2010a:15). Sicher ist jedenfalls, dass es für die Anspruchsberechtigten nicht per se zu Verbesserungen kommt. Im Gegenteil: Geht man davon aus, dass hinsichtlich der Anrechnung von Einkommen alles beim Alten bleibt, dann führen die in der 15a-Vereinbarung festgeschriebenen Mindeststandards in einigen Bundesländern zu niedrigeren Leistungen, als sie derzeit gewährt werden müssen. Das in der 15a-Vereinbarung ebenfalls festgeschriebene Verschlechterungsverbot hat also seine Berechtigung. Soweit aus bereits vorliegenden Entwürfen für die Gesetze, die die 15a-Vereinbarung in Landesrecht übersetzen, hervorgeht, wollen es die Landesgesetzgeber aber lediglich im Sinne einer Übergangsbestimmung verstanden wissen. Von einem Verschlechterungsverbot profitieren sollen nur Haushalte, die bei Einführung im Leistungsbezug stehen, während Neuanträge u.U. mit niedrigeren Beträgen das Auslangen finden sollen, als sie derzeit gewährt werden.

Auf der Ebene der Anspruchsberechtigten wird von einer „neuen, kostspieligen Sozialleistung“ also vielfach wenig bis nichts zu spüren sein – selbst Verschlechterungen sind nicht ausgeschlossen. Dass die Leistungshöhe einen bescheidenen, aber angemessenen Lebensstandard ermöglicht, ist in der Regel auch unwahrscheinlich (vgl. dazu den Artikel über Referenzbudgets von Maria Kemmetmül-

ler, S. 85) Aber wie ist es auf Ebene des Sozialsystems? Entpuppt sich die Reform der offenen Sozialhilfe dort als kostspielig? Schließlich umfasst sie ja nicht bloß eine Harmonisierung der bundeslandspezifischen Mindest-Existenzminima, sondern z.B. auch Verbesserungen in der Notstandshilfe und den Einbezug in die gesetzliche Krankenversicherung.

Um diese Frage beantworten zu können, lohnt es, zunächst zu fragen, was derzeit in Österreich für Sozialhilfe ausgegeben wird. Dabei gilt es zwischen offener und geschlossener Sozialhilfe zu unterscheiden. Denn die „offene Sozialhilfe“ umfasst jene Leistungen, die Personen in Privathaushalten bzw. außerhalb von Einrichtungen gewährt werden, und damit jene, die im Fokus der BMS stehen. Die geschlossene Sozialhilfe wird Personen in Pflegeheimen gewährt und ist – ebenso wie die aus Mitteln der Sozialhilfe finanzierten sozialen Dienste – nicht Gegenstand der Reform.

Die österreichische Sozialhilfe-Statistik (vgl. Statistik Austria 2009, Pratscher 2009), basiert auf Daten, die die Bundesländer an die Statistik Austria melden. Ihr zufolge haben die Bundesländer 2007 für die „Kernleistungen“ der Sozialhilfe 328 Mio. € ausgegeben. Unter diesen „Kernleistungen“ werden die Leistungen zur materiellen Existenzsicherung verstanden, auf die ein Rechtsanspruch besteht (umfasst: Richtsatzleistungen, Mietbeihilfen, Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs). Das entspricht umgerechnet 0,45% der österreichischen Gesamtsozialausgaben, die sich 2007 auf 73.481 Mio. € beliefen (Statistik Austria 2010a). Zusätzlich gaben die Länder 126 Mio. € für Leistungen der Krankenhilfe aus, sowie 100 Mio. € für „Sonstiges“ (umfasst z.B. die Hilfe in besonderen Lebenslagen, auf die kein Rechtsanspruch besteht, sowie Bestattungskosten, aber auch z.B. die Hilfen zur Erziehung, und damit auch Leistungen, die mit finanziellen Notlagen nicht unmittelbar zu tun haben). In Summe haben die österreichischen Bundesländer 2007 also 554 Mio. € für offene Sozialhilfe ausgegeben, was einem Anteil von 0,75% an den österreichischen Gesamtsozialausgaben 2007 entspricht.

Wird sich am geringen Stellenwert der offenen Sozialhilfe durch die Reform zur BMS grundsätzlich etwas ändern? Betrachtet man die dafür budgetierten Zusatzkosten (vgl. BMASK 2010a:5f.), dann zeigt sich: Der Großteil ist nicht für die Sozialhilfe selbst veranschlagt. Denn die Nettozusatzkosten der Länder (inkl. Städte und Gemeinden) sind mit 50 Mio. € gedeckelt, was gerade einmal 9% der Ausgaben für offene Sozialhilfe 2007 entspricht. Wesentlich mehr Geld fließt in die flankierenden Maßnahmen, die der Bund übernimmt und von deren Umsetzung die Länder ihre Zustimmung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung abhängig gemacht haben. Der größte Brocken entfällt dabei mit 107 Mio. € auf den „Ausbau der mindestsichernden Elemente“ in der Notstandshilfe.³ Zudem übernimmt der Bund die Ausfallhaftung für die Finanzierungslücke, die durch die Einbeziehung der BMS-BezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung entsteht und auf 22 Mio. Euro geschätzt wird, sowie die Anhebung des Kinder-Erhöhungsbetrags in der Pensionsversicherung (2 Mio. €).

Summa summarum wird also von jährlichen Mehrausgaben in der Höhe von 181 Mio. € ausgegangen. Das entspricht einer Ausgabensteigerung um 33%, ist also gemessen an den derzeitigen Ausgaben beachtlich. Zieht man als Vergleichswert jedoch die Gesamt-Sozialausgaben des Jahres 2007 heran, dann entspricht diese Summe nur 0,25%. Weil der Großteil dieser Ausgaben gar nicht auf die BMS selbst verwendet wird, liegen die Ausgaben für das zweite und letzte Sicherungsnetz im österreichischen Sozialstaat weiterhin unter 1% der Gesamtsozialausgaben.

Bedenkt man, welche zentrale Rolle die Sozialhilfe im österreichischen Sozialsystem einnimmt – nämlich ein finanzielles Existenzminimum für all jene bereitzustellen, die durch die Maschen der vorgelagerten Sozialsysteme fallen und ihre Existenz auch nicht durch Erwerbsarbeit oder familiäre Hilfe absichern können –, dann wird klar, dass die für die Erreichung dieses Ziels aufgewendeten Summen mehr als bescheiden sind.

2. Mythen zu Transferkonto bzw. Transparenzdatenbank

Mythos 2.1: Viele Haushalte sind NutznießerInnen des Sozialstaates, ohne via Steuern etwas beizutragen

„Zurzeit zahlen 2,7 Millionen Österreicher keine Einkommenssteuer. (...) Es soll aber nicht so sein, dass jene, die Steuern zahlen, am Ende des Tages weniger Einkommen haben als jene, die keinen steuerlichen Beitrag leisten.“

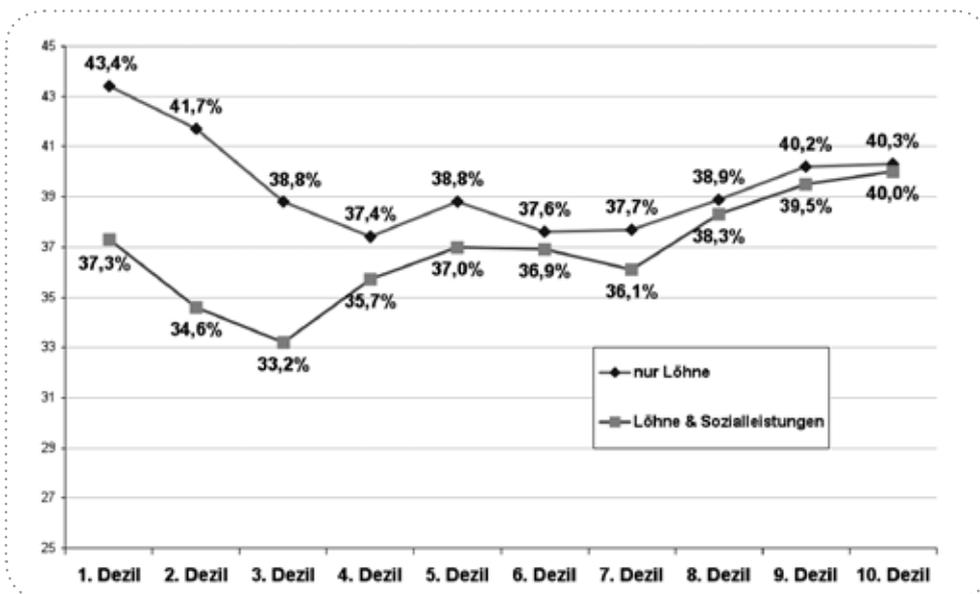
Um die politische Debatte zu Transferkonto bzw. Transparenzdatenbank zu verstehen, ist es sinnvoll, einen Blick in die Studie zu werfen, die die Diskussion ausgelöst hat (vgl. Pretenthaler/Sterner 2009): Anhand verschiedener Haushaltstypen mit einem Erwerbseinkommen zwischen 600 und 8.000 € wird simuliert, wie Transferleistungen des Landes bzw. der Gemeinden in der Steiermark und das Steuersystem ineinandergreifen. Die AutorInnen kommen u.a. zum Schluss, dass „im mittleren Einkommensbereich Armutsfallen und Schwellenphänomene entstehen“. Sie rechnen vor, dass Haushalte mit niedriger Erwerbsintensität und infolge dessen niedrigem Erwerbseinkommen Anspruch auf eine Reihe von bedarfsgeprüften Leistungen auf Landes- und Gemeindeebene haben, die Haushalten mit einem höheren Erwerbseinkommen nicht offenstehen. Nicht zuletzt, weil diese Sozialleistungen nicht einkommenssteuerpflichtig sind, gehen die Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen in diesen Beispielen in Bezug auf das verfügbare Netto-Einkommen als NutznießerInnen des derzeitigen Steuer- und Sozialleistungssystems hervor. Denn sie haben ein in diesen Simulationen höheres oder zumindest gleich hohes verfügbares Einkommen als Haushalte mit einem vergleichbaren Brutto-Erwerbseinkommen. In der Folge drehte sich die politische Debatte um Haushalte mit Personen im erwerbsfähigen Alter, die nicht oder mit geringer Intensität erwerbsfähig sind.

Vor diesem Hintergrund ist es interessant, dass im oben angeführten Zitat die Zahl derer, die grundsätzlich lohnsteuerpflichtig sind, aufgrund eines geringen Einkommens aber keine Lohnsteuer zahlen, mit 2,7 Millionen beziffert wird. Denn in dieser Zahl sind z.B. auch PensionistInnen enthalten – um die es in der Debatte gar nicht geht. Zieht man die aktuellsten verfügbaren Daten der Integrierten Lohn-

und Einkommenssteuerstatistik für das Jahr 2006 heran⁴, dann waren von den 2,4 Mio. Menschen, die bei grundsätzlicher Lohnsteuerpflichtigkeit keine Lohnsteuer zahlten, nur 51% unselbstständig Beschäftigte, hingegen 43% PensionistInnen und 6% Selbstständige. Der erste Befund lautet also: In der Transferkonto-Debatte wurde mit falschen Zahlen argumentiert. Hinzu kommt: Es wurde verschwiegen, dass ein niedriges Erwerbseinkommen nicht automatisch zu Ansprüchen auf bedarfsgeprüfte Sozialleistungen führt, denn diese setzen Bedürftigkeit auf Ebene des Haushalts voraus – und die ist bei niedrigen Personen-Einkommen nicht automatisch gegeben.

Ein zweiter Befund lautet: Der Lohnsteuer-Beitrag der unteren Einkommensgruppen wird in der Debatte einseitig dargestellt. Zwar stimmt es, dass die obersten 30% der Unselbstständigen-Haushalte zwei Drittel des Lohnsteueraufkommens zahlen, während es bei den untersten 30% nur 6,6% sind. Wählt man allerdings einen anderen Blickwinkel und betrachtet statt des Lohnsteueraufkommens die Lohnsteuerquote – also jenen Prozentsatz, den die Haushalte von ihrem Lohneinkommen an Lohnsteuer zahlen –, dann zeigt sich eine weitgehend proportionale Belastung. So erhält das unterste Dezil 3,2% der Löhne und zahlt davon 3,7% an Lohnsteuer, während das 9. Dezil 14,5% der Löhne erhält und davon 14,7% an Lohnsteuer bezahlt. Das oberste Zehntel schließlich erhält 24,1% der Löhne und zahlt davon 20,7% an Lohnsteuer (WIFO 2009:74).

Und schließlich: Dass jene, die aufgrund niedrigen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen, „keinen steuerlichen Beitrag“ leisten, ist eine unhaltbare Behauptung. Denn die Steuerbelastung der Unselbstständigen-Haushalte beschränkt sich nicht auf die Lohn- bzw. Einkommenssteuer. Sie umfasst auch die Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitnehmerInnen sowie die indirekten Steuern, d.h. Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern. Nimmt man also, statt einseitig und ausschließlich die Lohn- und Einkommenssteuer zu bemühen, die Gesamtsteuerbelastung in den Blick, dann zeigt sich (vgl. Grafik 2), dass diese nur leicht progressiv ist.



Grafik 2:

Gesamt-Steuerbelastung der Unselbstständigenhaushalte. Nach Lohneinkommen und Lohneinkommen & Sozialleistungen (äquivalente Abgaben nach Bruttoäquivalenzeinkommen).

Lesehilfe: Während die Haushalte des untersten Einkommenszehntels 37,3% ihres verfügbaren Äquivalenz-Einkommens (Lohneinkommen u. Sozialleistungen; Äquivalenzeinkommen: Haushaltsgröße u. Alterstruktur werden berücksichtigt) an Steuern zahlen, sind es beim obersten Dezil 40% (WIFO 2009:119). Betrachtet man ausschließlich die Lohneinkommen, so zahlt das unterste Einkommenszehntel davon 43,4% an Steuern, während es beim obersten Einkommenszehntel „nur“ 40,3% sind. Die Sozialleistungen nicht mit einzurechnen, d.h., nicht das tatsächlich verfügbare Haushaltseinkommen bei der Bemessung der Steuerbelastung heranzuziehen, würde die Wirklichkeit aber ebenso verzerrt darstellen, wie es der ausschließliche Blick auf den Einkommenssteuer-Beitrag tut.

Mythos 2.2: Österreich ist ein Beihilfen-Paradies

„Zurzeit zahlen 2,7 Millionen Österreicher keine Lohn- oder Einkommenssteuer. Diese Gruppe ist jedoch Empfänger zahlreicher einkommensabhängiger Beihilfen und Sozialleistungen ihrer Gemeinde, des Landes und des Bundes.“

Wortmeldungen wie das obige Zitat haben in weiten Teilen der Öffentlichkeit das Bild erweckt, dass bedarfsgeprüfte Sozialleistungen im österreichischen Sozialstaat eine zentrale Rolle spielen. Ein Blick in die ESSOSS-Datenbank⁵ belehrt eines Besseren: Nur 7% aller Sozialleistungen in Österreich werden auf Basis einer Bedarfsprüfung vergeben, was umgerechnet ca. 5,3 Mrd. € entspricht (vgl. Huber/Pratscher 2010).

Doch es lohnt sich, die Gruppe der bedarfsgeprüften Sozialleistungen näher unter die Lupe zu nehmen. Schließlich geht es in der Transferkonto-Debatte um jene bedarfsgeprüften Leistungen, die Haushalte mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter aufgrund eines geringen Haushaltseinkommens erhalten können. Leistungen, die Personen im nicht-erwerbsfähigen Alter gewährt werden bzw. spezifischen Bevölkerungsgruppen vorbehalten bleiben, waren hingegen nicht Gegenstand der Debatte und müssten folglich auch getrennt diskutiert werden.

Diese inhaltliche Unterscheidung erweist sich als empirisch relevant: Geht man die Liste der in ESSOSS erfassten bedarfsgeprüften Sozialleistungen durch, so zeigt sich, dass sehr viele an spezifische Zielgruppen adressiert sind. D.h., sie sollen an bestimmte Gruppen (z.B. PensionistInnen, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge) gehen, oder werden für spezifische Bedürfnisse (z.B. Wohnungslosigkeit, Pflegebedarf) bereitgestellt (Vgl. BMASK o.J.).

Jene bedarfsgeprüften Leistungen hingegen, um die sich die Transferkonto-Debatte dreht – also jene, die aufgrund eines geringen Haushaltseinkommens gewährt werden, und zwar an Haushalte mit Mitgliedern im erwerbsfähigen Alter –, kommt gemessen an den Ausgaben bei Weitem nicht der größte Stellenwert zu: In Summe wurden dafür 2008 ca. 1,86 Mrd. € ausgegeben. Damit liegt ihr Anteil an den Ausgaben für alle bedarfsgeprüften Bundes-, Landes- und Gemeindeleistungen bei 35%. Das bedeutet wiederum, dass die bedarfsgeprüften Sozialleistungen, auf die sich die Transfer-Konto-Debatte bezog, nur 2,4% an allen in ESSOSS erfassten Sozialleistungen ausmachen. Lässt man die Notstandshilfe außer Acht – als bedeutsamste Einzelleistung und gleichzeitig einzige Versicherungsleistung –, schrumpfen die Ausgaben auf 1,6%.

Der ganze Wirbel also für so vergleichsweise geringe Summen? Es scheint denkbar, dass die Pro-Stimmen für ein Transparenz-Konto zwar mit Leistungsmissbrauch argumentieren, damit in Wirklichkeit ganz andere Ziele verfolgen. Welche Ziele das sein könnten, darüber gibt z.B. die bereits erwähnte Transfer-Konto-Studie Aufschluss. Denn ihre AutorInnen leiten aus den Ergebnissen z.B. folgende Empfehlung ab: „Harmonisierung des Steuer- und Transfersystems: Berücksichtigung

aller Einkünfte (auch Transfers) bei der Berechnung der Abgabenlast bzw. als Bemessungsgrundlage für Transfers, wobei besondere Bedürfnisse wie Alter oder Krankheit zusätzlich gesondert berücksichtigt werden.“ (Pretenthaler/Sterner 2010:41) Ein Ziel könnte also sein, dass Sozialleistungen künftig ebenso allgemein steuerpflichtig werden, wie es Erwerbseinkommen sind. Ohne ein Transferkonto bzw. Transparenzdatenbank wären solche Reformen wohl kaum umsetzbar.

1) Da die Höhe der Ausgleichszulage unter der Armutsgrenze nach EU-SILC liegt, zählen AusgleichszulagenbezieherInnen zu den Einkommensarmen. Da AusgleichszulagenbezieherInnen in den meisten Bundesländern keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben, wurden sie in der Darstellung herausgerechnet. Ausnahmen sind aber z.B. Salzburg, wo im Dez. 2007 28% der im Rahmen der offenen Sozialhilfe unterstützten Haushalte PensionistInnen-Haushalte waren (vgl. Land Salzburg 2008:43). In Wien können AusgleichszulagenbezieherInnen Mietbeihilfe aus Mitteln der Sozialhilfe beantragen (Kannleistung ohne Rechtsanspruch).

2) Faktisch sind nicht aufenthaltsverfestigte Drittstaatsangehörige aber mehrheitlich in allen Bundesländern vom Bezug von Sozialhilfe ausgeschlossen. Stellen sie einen Antrag, droht wegen Mittellosigkeit eine Meldung an die Fremdenpolizei, was für nicht aufenthaltsverfestigte Drittstaatsangehörige zum Ausweisungsgrund werden kann.

3) Einführung eines Ergänzungsbeitrags analog zum Arbeitslosengeld, gleichzeitig darf die Anrechnung des PartnerInnen-Einkommens nicht mehr dazu führen, dass das Haushaltseinkommen das Sicherungsniveau laut BMS unterschreitet.

4) Schriftliche Auskunft der Statistik Austria.

5) ESSOSS ist das Europäische System der Integrierten Sozialschutzstatistik. Es soll gewährleisten, dass bei der Erfassung der Ausgaben und Einnahmen im Bereich des Sozialschutzes der EU eine harmonisierte Methodik zur Anwendung kommt und die Ergebnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten in Folge vergleichbar sind. Nähere Infos für Österreich unter www.bmsk.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0182.

LITERATUR:

Die Armutskonferenz (2008): Anforderungen der ARMUTSKONFERENZ an eine Reform des Sozialhilfswesens in Österreich. Ergebnisse einer NPO Erhebung zum Sozialhilfe-Vollzug in Österreich, www.armutskonferenz.at/images/Mindestsicherung/anford_armutskonferenz_stand_23.1.08_end_06_druck.pdf

BMASK (2010): Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung (Regierungsvorlage), www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/I/I_00677/pmh.shtml

BMASK (2010a): Erläuterungen zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung, www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/I/I_00677/pmh.shtml

BMASK (o.J.): 29 Sozialschutzschemen Österreichs. Tabellen zu den 29 Sozialschutzschemen zum Download, www.bmsk.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0182&doc=CMS1220255185967

Fuchs, Michael (2009): Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen am Beispiel der Sozialhilfe, in: Dimmel, Nikolaus et al.: Handbuch Armut in Österreich (Studienverlag), S. 290-301.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2008): Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2008

Huber, Maria/Pratscher, Kurt (2010): Sozialausgaben und -einnahmen. Ergebnisse aus ESSOSS 2008, [www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/4/5/4/CH0182/CMS1218540993180/001statistik_austriamodul_1_sozialausgaben_und_-einnahmen_neu\[1\].pdf](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/4/5/4/CH0182/CMS1218540993180/001statistik_austriamodul_1_sozialausgaben_und_-einnahmen_neu[1].pdf)

Land NÖ (2010): NÖ Sozialhilferichtsätze 2010, www.noel.gv.at/Gesellschaft-Soziales/Sozialhilfe/Sozialleistungen/Sozialhilfe_Sozialhilferichtsätze.html

Land Salzburg (2008): Sozialbericht 2007, www.salzburg.gv.at/sozialbericht2007.pdf

Land Wien (2010): Sozialhilfe-Richtsätze 2010, www.wien.gv.at/ma40/sozial/richtsatz.htm

Pratscher, Kurt (2009): Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld der Bundesländer im Jahr 2007 und in der Entwicklung seit 1997, in: Statistische Nachrichten 12/2009, S. 1117-1132

Pretenthaler, Franz/Sterner, Cornelia (2009): Anreiztheoretische Untersuchung zur Wechselwirkung von Gemeinde- bzw. Landstransfers und progressivem Steuersystem.

Statistik Austria (2009): Sozialhilfe 2007, www.statistik.at/web_de/static/sozialhilfe_2007_020144.xls

Statistik Austria (2010): Armutgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008 / Eingliederungsindikatoren, www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html

Statistik Austria (2010a): Ausgaben für Sozialleistungen nach Funktionen 1980 bis 2008, www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_ausgaben_fuer_sozialleistungen_020175.xls

WIFO (Hg.) (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich, www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?id=36801&typeid=8&display_mode=2&fid=23923

Empirische Argumentationshilfen für Reichtumsdebatten.

In Diskussionen zur Verteilungsungleichheit in Österreich steht zumeist das Einkommen im Mittelpunkt des Interesses. Vermögen ist jedoch ein weiterer wichtiger Aspekt der sozialen Ungleichheit. Kleinere Ersparnisse werden aus Erwerbseinkommen gebildet, um eine Reserve in Notsituationen zu haben. Hohe Vermögen bedeuten hingegen finanzielle Unabhängigkeit von einem Erwerbseinkommen. Und wirklich beträchtliche Vermögen resultieren aus Erbschaften und Unternehmensgewinnen und verleihen gesellschaftlichen Status und politisch-ökonomische Macht.

Beim Vermögen kann zwischen Immobilienvermögen, Geldvermögen (Spareinlagen, Anleihen, Aktien, Unternehmensbeteiligungen, ...), immateriellem Vermögen (Lizenzen, Urheberrechte, Patente), Naturvermögen, und Haushaltsvermögen (Auto, Schmuck, Antiquitäten) unterschieden werden. Nettovermögen bezeichnet die Summe von Geldvermögen und Immobilienvermögen unter Abzug der Verbindlichkeiten. Bruttovermögen beinhaltet Nettovermögen plus Passiva. Vermögen ist durch eine größere Dauerhaftigkeit als Einkommen gekennzeichnet und kann selbst Einkommen schaffen. Es geht, auch in Krisenzeiten, nicht so schnell verloren wie ein Erwerbseinkommen. Denn das Vermögen der Reichen setzt sich aus unterschiedlichen Komponenten zusammen, und deren Wertänderungen erfolgen nicht im Gleichlauf. So können in einer Krise die Aktienkurse an der Börse sinken, während etwa die Immobilienwerte hoch bleiben.

Die ökonomische Forschung ist konzentriert auf vergleichsweise leichter quantifizierbare Vermögensformen, wie Immobilienvermögen und Geldvermögen (dazu zählen auch Unternehmensbeteiligungen). Die OeNB hat in den letzten Jahren zahlreiche empirische Untersuchungen zu diesen Bereichen durchgeführt.

Mythos 1: Österreich hat eine relativ ausgeglichene Vermögensverteilung

Erst Anfang 2012 wird die Vermögensverteilung (Geldvermögen und Immobilienvermögen der privaten Haushalte) in Österreich dokumentiert werden können und internationale Ländervergleiche möglich werden (www.ecb.europa.eu/

home/html/researcher_hfcn.en.html). Bis dahin ist man auf das Sammeln von Puzzlestücken zur ungleichen Verteilung angewiesen.

Internationale Befunde zur Vermögensverteilung zeigen bislang: Die Top-10-% Vermögenden halten mindestens die Hälfte des Vermögens. Die Top-5-% besitzen zwischen einem Drittel und der Hälfte, und die Top-1-% zwischen 10% und 30% des Vermögens.

Die österreichischen Haushalte verfügten 2004 durchschnittlich über ein Geldvermögen von rund 55.000 €. Die Mitte der Vermögensverteilung, der Median, lag aber nur bei 24.000 €. Dieser beträchtliche Abstand zwischen arithmetischem Mittel und Median ist ein erster Hinweis für die beträchtliche Ungleichverteilung der Geldvermögen.

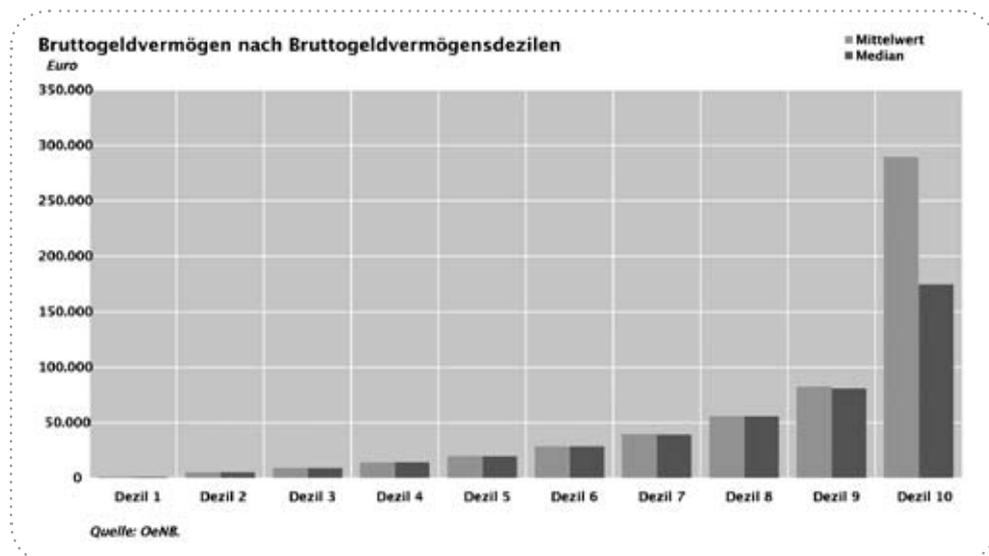
Erst im obersten Zehntel erreicht das Bruttogeldvermögen beachtliche Ausmaße (etwa 300.000 € im Durchschnitt). Die reichsten 5% der Haushalte in Österreich besitzen etwa 40% des Geldvermögens. Umgerechnet sind dies etwa 176 Mrd. Euro. Die obersten 10% haben einen Anteil von 54% am gesamten Geldvermögen. Umgerechnet sind dies etwa 238 Mrd. €.

Beim Geldvermögen hält das oberste Promille der Haushalte (3.500 Haushalte) etwa gleich viel an Vermögen wie die untere Hälfte (1,75 Millionen Haushalte). Über zwei Drittel der österreichischen Haushalte besitzen kein nennenswertes Geldvermögen.

Der Gini-Koeffizient für das Bruttogeldvermögen (d.h. einschließlich der Verbindlichkeiten) liegt in Österreich bei 0,66. Der Gini-Koeffizient ist das bekannteste Ungleichheitsmaß. Er liegt bei 0, wenn alle gleich viel haben, und bei 1, wenn eine(r) alles besitzt. In der Stichprobe waren aber keine sehr reichen Haushalte vertreten. Daraus folgt, dass die Geldvermögensverteilung in Wirklichkeit noch viel ungleicher ist. Reiche nehmen an freiwilligen Haushaltsbefragungen seltener teil, und wenn sie teilnehmen, verweigern sie häufiger die Antwort, insbesondere bei Fragen nach Vermögenswerten.

Martin SCHÜRZ

lebt in Wien, ist Ökonom und Vermögensforscher.



Die Vermögensverteilung in Österreich ist, wie auch in allen anderen Ländern, für die Daten vorliegen, deutlich ungleicher als die Einkommensverteilung. Daten aus anderen Ländern zeigen zudem eindeutig, dass von einer im internationalen Vergleich relativ niedrigen Ungleichheit in Bezug auf Einkommen nicht auf den gleichen Befund in Bezug auf Vermögen geschlossen werden kann. Dies hängt unter anderem mit dem Steuersystem (z.B.: welche Bedeutung haben Vermögenssteuern) und rechtlichen Aspekten zusammen (z.B.: ist die Gründung von Privatstiftungen möglich?), welche die Akkumulation von Vermögen unterschiedlich beeinflussen. Ein Beispiel: Schweden hat einen niedrigen Gini-Koeffizient von 0,23 für Einkommen (2002). Das Nettovermögen in Schweden ist allerdings mit einem Gini-Koeffizienten von 0,89 sehr ungleich verteilt.

Vorsicht ist bei internationalen Vermögensvergleichen aus statistischen Datenerhebungsgründen geboten. Die Frage, ob Österreich besser oder schlechter als andere Länder dastehe, muss daher noch unbeantwortet bleiben. Bei freiwilligen Haushaltsbefragungen werden reiche Haushalte untererfasst. Dieser Erfassungsgrad kann in unterschiedlichen Ländern zudem deutlich variieren. Dies wirkt sich auf die resultierenden Verteilungsmaße aus. Schweden oder die USA etwa erfassen den oberen Rand der Verteilung überdurchschnittlich gut, da sie entweder auf Steuerdaten zurückgreifen können oder spezielle statistische Verfahren anwenden, um die reichen Gruppen der Bevölkerung entsprechend abdecken zu können.

Mythos 2: Vermögenssteuern auf Immobilienbesitz würden kleine HäuselbauerInnen treffen

Immobilienvermögen stellt den größten Teil des Vermögens privater Haushalte dar. Die Schätzung für das durchschnittliche Immobilienvermögen eines österreichischen Haushalts beim Hauptwohnsitz liegt bei 130.000 €, jene für das durchschnittliche Gesamtimmobilienvermögen eines Haushalts beträgt 250.000 €. Für das gesamte Immobilienvermögen der privaten Haushalte bilden geschätzte 690 Mrd. € eine Unter- und 880 Mrd. € eine Obergrenze.

Der Gini-Koeffizient für die Immobilienvermögensverteilung beträgt 0,76. Auch die Konzentration an der Spitze ist deutlich. Das oberste Fünftel hält mehr als 75% des gesamten Immobilienvermögens, die Top-10-% über 60% und das Top-1-% rund 22% des gesamten Immobilienvermögens. Die reichsten 10% in Österreich besitzen 450 Mrd. an Immobilienvermögen. Nur rund die Hälfte der österreichischen Haushalte sind EigentümerInnen ihres Hauptwohnsitzes. Es ist also eine zweigeteilte Welt zwischen BesitzerInnen und MieterInnen zu diagnostizieren. Des Weiteren gilt, dass die Hauptwohnsitze von 90% der Immobilienbesitzer insgesamt 344 Mrd. € ausmachen, die weiteren Immobilien hingegen nur ein Viertel (86 Mrd. €). Die obersten 10% der BesitzerInnen von Immobilien haben aber 120 Mrd. € an Immobilienvermögen im Hauptwohnsitz, aber 330 Mrd. € an weiteren Immobilien. Bei den obersten 10% liegt das Immobilienvermögen demnach hauptsächlich in Nebenimmobilien.

Mythos 3: Vermögenssteuern würden kleine Unternehmen treffen

Rund 64% aller Unternehmen in Österreich sind GmbHs. Sie vereinen rund 90% des Eigenkapitals aller nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich auf sich. Es handelt sich also um eine bedeutende Größe. Doch nur eine kleine Gruppe von Menschen, etwa 100.000, besitzt überhaupt Unternehmensbeteiligungen. Diese Minderheit hält Unternehmensbeteiligungen im Wert von 18,6 Mrd. €.

Auch innerhalb dieser Gruppe der UnternehmensbesitzerInnen gibt es eine enorme Spreizung zwischen Kleinen und Großen. Rund 40% der Personen besitzen Beteiligungen im Wert von weniger als 10.000 €. Im Durchschnitt sind die Beteiligungen einer Person 176.000 € wert, doch das Top-Zehntausendstel in Österreich besitzt ein Viertel der gesamten Unternehmensbeteiligungen. Übersetzt heißt dies, dass eine kleine Gruppe von 10 Personen Unternehmensbeteiligungen in der Höhe von 5 Mrd. € halten. Wenig überrascht es, dass jene Leute, die Unternehmensbeteiligungen halten, auch jene sind, die Immobilienbesitz, ein hohes Einkommen und eine gute Bildung haben.

Vermögende Private haben auch Privatstiftungen, von denen es in Österreich ca. 3.200 gibt. Über diese Stiftungen gibt es wenig an Informationen. Gesagt werden kann, dass die Beteiligungen einer Privatstiftung im Durchschnitt insgesamt rund 6,4 Mio. € wert sind. Rund 20% der Privatstiftungen halten Beteiligungen im Wert von mehr als 5 Mio. €. Zu bedenken ist, dass Privatstiftungen neben diesen großen GmbH-Beteiligungen weiteres Finanz- und Immobilienvermögen halten.

Mythos 4: Demokratie und Reichtumseliten sind keine Gegensätze

Exzessiver Reichtum in den Händen weniger gefährdet eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenhalt. Während Armut geringere soziale Teilhabe und politische Mitgestaltung impliziert, bedeutet Reichtum ein Übermaß an politischen Einflussmöglichkeiten und damit stets auch eine Gefährdung der Demokratie. Die mit großen Vermögen einhergehende Macht bedingt eine gesellschaftliche Privilegierung der Interessen der Reichen. Reiche grenzen sich zudem sozial via Privatschulen, privater Gesundheitsvorsorge und privat gesicherten Wohngegenden selbst aus. Da-

her haben sie auch ein immer geringeres Interesse an öffentlich bereitgestellten Gütern, die aber für arme Menschen und auch für die Mittelschicht von entscheidender Bedeutung sind.

Mythos 5: Die Reichen haben in der Finanzkrise die größten Verluste zu beklagen

In Zeiten der Wirtschaftskrise verlieren auch die Reichen, und da sie mehr haben, scheinen sie auf den ersten Blick auch mehr zu verlieren. In der Depression der 1930er Jahre büßten die Aktien in den USA fast zwei Drittel an Wert ein, nachdem die Vermögenskonzentration zuvor einen historischen Höchstwert erreicht hatte. Aber erst die umverteilende Politik des „New Deal“ unter US-Präsident Roosevelt stellte sicher, dass die Vermögensungleichheit nicht wieder die vormaligen exzessiven Ausmaße erreichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb der Anteil der Reichsten am Gesamtvermögen bis in die 1980er Jahre vergleichsweise moderat. Erst in der nachfolgenden marktorientierten Phase des Neoliberalismus stieg die Vermögensungleichheit wieder an.

Und knapp vor der jetzigen Wirtschaftskrise erreichte die Vermögenskonzentration einen neuen Höhepunkt. Wie Anfang der 1930er Jahre fielen die Aktienkurse in der Krise deutlich, und die Vermögenswerte der Reichen sanken temporär beträchtlich. Was die MilliardärInnen angeht, so büßten diese im Schnitt 30% ihres Vermögens ein. Doch anders als damals reagiert die Politik heute nicht auf die Vermögensungleichheit. Die Spectrem-Gruppe berichtet, dass die Zahl der US-Vermögensmillionäre 2009 auf 7,8 Millionen angestiegen ist (2008 waren es nur 6,7 Mio gewesen). Die Liste der Sunday Times 2010 der 1.000 Reichsten in Großbritannien zeigt, dass diese 2009 ihr Vermögen um 30% erhöhen konnten. Dies ist der stärkste Anstieg seit 1989.

Die aktuelle Krise wurde von der Politik nicht als Chance verstanden, wieder zu einer weniger ungleichen Vermögensverteilung zurückzukehren. Im Gegenteil: Die Politik setzt die Interessen der AktionärInnen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen, wie die Ausgestaltung der Bankhilfspakete zeigt.

Ohne Vermögenssteuern können die Reichen die Krise aussitzen. Aktienkursverluste sind temporäre Verluste auf dem Papier, für jene, die ihre Aktien nicht ver-

kaufen müssen und auf einen besseren Kurs warten können. Aktuell (April 2010) liegt der Dow Jones Index wieder über 11.000. Die Reichen – von Merrill-Lynch auf einer Liste erfasst – fielen nur kurz auf das Niveau des Jahres 2005 zurück, d.h., nur die Zuwächse von 2006 und 2007 gingen verloren. Jene, die im Zuge der Krise ihren Arbeitsplatz einbüßten, wurden hingegen substantiell und zumeist auch mit nachhaltigen Konsequenzen für die Angehörigen getroffen.

Die Vermögenden erzielten ihre Vermögenszuwächse der letzten Jahrzehnte durch immer riskantere Veranlagungen. Je größer die Risiken wurden, desto höher fielen die Gewinne aus. Als die Risiken sich aber in Verlusten materialisierten, wurde die Allgemeinheit von der Politik verpflichtet, mittels Garantien und Unterstützungen zu helfen. Die enge Verflechtung von Finanz- und Politikelite erschwerte eine Orientierung am Gemeinwohl.

Mythos 6: Budgetkonsolidierung muss über Ausgabenkürzungen und Erhöhung von Massensteuern erfolgen

Die aktuelle schwere Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht die soziale Ungleichheit markant. Arbeitslosigkeit und Rezession schlagen sich auch in einem hohen Budgetdefizit nieder. Und dies bedeutet zunehmende Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaates. Die Gefahr bei weitreichenden Budgetkonsolidierungen ist stets, dass die Politik auf Druck einflussreicher sozialer Gruppen reagiert. Vermögende haben mehr Möglichkeiten als Arme, die Konsolidierungsdebatte zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

In der österreichischen Debatte zur Budgetkonsolidierung werden seit längerem Denkverbote etabliert. Das bekannteste Tabu in wirtschaftspolitischen Debatten bilden die Vermögenssubstanzsteuern, die nicht das Einkommen aus Vermögen besteuern (wie z.B. die KESt), sondern die Vermögenssubstanz selbst. Über diese soll nicht einmal gesprochen werden. Aus ökonomischer Perspektive darf die Debatte aber nicht auf eine ausgabenseitige Konsolidierung und auf Massensteuern eingengt werden. Und aberwitzig wäre es, über Konsolidierung zu sprechen, ohne die ungleiche Vermögensverteilung zu thematisieren. Die sozial Schwächsten in der Gesellschaft haben keine Lobby. Umso wichtiger sind rationale ökonomische Argumente. Und umso bedeutungsvoller wäre, dass ExpertInnen ihre wissenschaft-

liche Unabhängigkeit ernst nehmen und nicht interessengeleitete Positionen Mächtiger vertreten. Da wird vom Mittelstand geredet, wenn Reiche gemeint sind, da wird das Bild fliehender Reicher bemüht, wenn über Immobilienvermögen gesprochen wird, und da wird von Leistungsträgern geschwätzt, wenn gesellschaftlich Bessergestellte oder Erben gemeint sind.

Mythos 7: Vermögenssteuern sind populistische Neidsteuern

Vermögenssteuern hätten, sogar aus einer engen ökonomischen Sicht, positivere volkswirtschaftliche Wirkungen als eine Belastung des Faktors Arbeit. Vermögenssteuern sind insbesondere wegen der enormen Konzentration des Vermögensbesitzes erfolgversprechend. Denn sie belasten die breite Bevölkerung – den ominösen Mittelstand – eben kaum.

Und der Spielraum zur Erhöhung des Steueraufkommens aus Vermögen ist enorm: Bei einem geschätzten Nettovermögen der privaten Haushalte von wenigstens 1.000 Mrd. € beträgt das Aufkommen an Vermögenssteuern derzeit nur gut 1 Mrd. € pro Jahr (aus Grundsteuer und Grunderwerbssteuer), der effektive Steuersatz beträgt also 0,1%. Selbst eine Vervielfachung des Steuersatzes würde keine Enteignung oder auch nur eine substantielle Schmälerung der Vermögenssubstanz bedeuten.

Aus budgetären, aber auch aus gesellschafts- und demokratiepolitischen Gründen ist eine Besteuerung von hohem Vermögen in Österreich dringend erforderlich.

Dies kann bedeuten: eine Besteuerung des Finanzvermögens, etwa im Wege einer Abgabe auf Wertpapierdepots, eine Finanztransaktionssteuer, eine Erhöhung der Grundsteuer und Einschränkungen der Steuerbegünstigungen von Stiftungen.

Eine Vermögenszuwachssteuer auf Wertpapiergewinne wäre kein Ersatz für eine Vermögenssteuer: Sie würde zwar eine Gleichheitslücke gegenüber der bereits bestehenden Besteuerung von Vermögenszuwächsen aus anderen Quellen schließen (Sparbücher werden ja bereits mit 25% KESt besteuert). Ein eklatanter Nachteil wäre aber, dass sie die bestehenden Ungleichheiten nicht tangieren würde.

Besonders wichtig wäre eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer: Es sollen möglichst alle Vermögensgegenstände in die Erbschaftssteuer einbezogen werden, was die der Besteuerung unterliegende Erbmasse vervielfachen würde. Die Be-

wertung soll zum Verkehrswert erfolgen. Es sollte nur eine Steuerklasse geben, denn die vormalige Bevorzugung der Familie schadet dem Ziel der Chancengleichheit. Die Steuersätze sollten progressiv gestaltet sein und die Freibeträge sollten niedrig bleiben, da es sich um leistungsfreie Einkommen handelt.

Mythos 8: Erbschaftssteuern sind Massensteuern

Die Geldvermögens- und die Immobilienvermögensbefragungen der OeNB belegen, dass Erbschaften sozial ungleich ver-

teilt sind. Nur 20% der Haushalte machen eine Immobilienerbschaft und die Erben verfügen an sich schon über ein höheres Immobilienvermögen als die Nicht-Erben. Die Verteilung der Immobilienerbschaften in Österreich ist extrem ungleich. Der Gini-Koeffizient beim Immobilienerben beträgt 0,93. Die empirischen Ergebnisse zu den Erbschaften in Österreich folgen dem bekannten Muster: Wer hat, dem wird gegeben. Nur wenige Haushalte in Österreich erhalten hohe Immobilienerbschaften. Erbschaften führen zu einer Verstärkung der absoluten Vermögensunterschiede zwischen Arm und Reich.

LITERATUR:

- Andreasch, M., Fessler, P., Schürz, M. 2009 Unternehmensbeteiligungen der privaten Haushalte in Österreich – Evidenz auf Basis von Mikrodaten, Geldpolitik und Wirtschaft, Q4/09
www.oenb.at/de/img/gewi_2009_q4_analyse03_tcm14-155290.pdf
- Beer, C., P. Mooslechner, M. Schürz, K. Wagner 2006 Das Geldvermögen privater Haushalte in Österreich: Eine Analyse auf Basis von Mikrodaten in: Geldpolitik und Wirtschaft 2/2006 OeNB
www.oenb.at/e..._2_05_tcm16-45590.pdf
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2009). Statistische Herausforderungen der Forschung zu Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q1/09, OeNB, 57–66
www.oenb.at/de/img/stat_2009_q1_analyse5_tcm14-96313.pdf
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. 2009. Stichprobenziehung bei Erhebungen zu den Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q2/09, 51–62.
www.oenb.at/de/img/stat_2009_q2_analyse5_tcm14-101295.pdf
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. 2009. Interviewtechniken bei Erhebungen zu den Finanzen privater Haushalte im Euroraum. Statistiken – Daten & Analysen Q4/09, OeNB
www.oenb.at/de/img/stat_2009_q4_analyse_fessler_tcm14-143145.pdf
- Mooslechner, P., Schürz, M 2009 Verteilung der Geldvermögen. In: Sozialbericht 2007-2008, Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 276-286.
www.bmsk.gv.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/18_verteilungdergeldvermoegen.pdf
- Fessler, P. Mooslechner, P., Schürz, M Wagner, K. 2009 Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/09. Wien. OeNB. 104-124.
www.oenb.at/de/.../gewi_2009_q2_analyse05_neu_tcm14-140716.pdf
- Fessler, P. Mooslechner, P., Schürz, M 2010 Immobilienerbschaften in Österreich In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2/10. Wien. OeNB. mimeo.

Wem gehört Österreich?

Geld, Eliten und soziale Mobilität.

Eliten wie Großunternehmer, Spitzenmanager, Spitzenpolitiker und die Spitzen in Justiz und Verwaltung können die gesellschaftliche Entwicklung qua Position oder qua Geld maßgeblich beeinflussen. Mit ihren Entscheidungen greifen sie konkret ins Leben der Bevölkerung ein.

Wie wird man Elite? Durch „Leistung“? Ist Leistung wirklich das entscheidende Kriterium für den sozialen Aufstieg? Michael Hartmann vergleicht die soziale Herkunft, die Ausbildungswege und beruflichen Karrieren aller promovierten IngenieurInnen, JuristInnen und ÖkonomInnen der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985 miteinander. Als Ergebnis hält Hartmann fest: „Von einer Leistungsgesellschaft (...) kann keine Rede sein.“ Entscheidend sind die Vertrautheit mit den in den Vorstandsetagen gültigen Dress- und Verhaltenscodes, eine breite bildungsbürgerlich ausgerichtete Allgemeinbildung, eine ausgeprägte unternehmerische Einstellung (...) und als wichtigstes Element persönliche Souveränität und Selbstsicherheit. Demnach seien die Karrierechancen je nach sozialer Herkunft ausgesprochen ungleich verteilt. Entscheidende Bedeutung komme „dem klassenspezifischen Habitus und damit dem familiären Erbe in allen Formen sowie den unmittelbaren familiären Ressourcen bei der Rekrutierung von Eliten“ zu. Wer wie viel Einfluss in Österreichs Wirtschaft hat, lässt sich nicht objektiv festlegen. Jede Analyse hängt davon ab, auf welchen Aspekt von Machtausübung der Schwerpunkt gelegt wird. Aktuell hat Harald Katzmaier, Gründer des auf Netzwerkanalysen spezialisierten FAS-Instituts, eine aufwendige Landkarte der Machtzentralen Österreichs erstellt. Wer hat in Österreich den größten Einfluss auf die Entscheidungen der Bundesregierung? Wer sind die Top-Manager, die bedeutenden Unternehmer, die Spitzen von Interessenverbänden, deren Macht so weit reicht, dass sie die Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft mitbestimmen können? Die Möglichkeit, Gesetze beeinflussen zu können, ist einer der wesentlichsten Faktoren von Macht. „Macht ist Impact mal Netzwerk. Oder einfach ausgedrückt: Geld mal Beziehungen.“ Überlegungen zu Netzwerken der (Ohn-)Macht und Schlussfolgerungen für einen erweiterten Armutsdiskurs finden sich in Katzmaiers Beitrag nach dem Interview mit Michael Hartmann.

Michael HARTMANN, Harald KATZMAIER

Chancengleichheit ist Illusion – Interview mit Elitenforscher Michael Hartmann

Michael Hartmann
ist Elitenforscher, em.
Professor für Soziologie an
der TU Darmstadt. Seine
Studie „Der Mythos von den
Leistungseliten“ untersucht
Spitzenkarrieren und soziale
Herkunft in Wirtschaft, Politik,
Justiz und der Wissenschaft.

Sie sind wieder da: die „alten“ Eliten Europas. Sie haben ihre ganz eigene Sichtweise gesellschaftlicher Entwicklungen, prägen scheinbar unscheinbar die Verteilungsdiskussion und sprechen von Leistung, wenn andere über soziale Herkunft und Bildung reden. Über diese Erfahrung und die Ergebnisse seiner Studien sprach der Soziologe Michael Hartmann im Rahmen des Forums Wem gehört Österreich?

Zur Nachlese finden sich die wichtigsten Inhalte in einem Interview, das Michael Hartmann unter dem gleichnamigen Titel dem Magazin „MO#16“ Cathren Müllergab.

Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

In jüngster Zeit sind Eliten in das öffentliche Blickfeld gerückt. Wer oder was verbirgt sich aber hinter diesem Begriff der Elite? Sind das einfach jene, die Macht haben?

Nein, das lässt sich so nicht sagen. Zur Elite gehören diejenigen, die aufgrund ihrer Position in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz Entscheidungen treffen können. Also all jene, die die Gesellschaft insgesamt beeinflussen. Die herrschende Klasse und die Elite können Überschneidungen haben, die Mitglieder der herrschenden Klasse besetzen aber nicht notwendig auch alle Elitepositionen und umgekehrt. Für die politische Elite gilt, dass man so lange dazu gehört, wie man ein hohes politisches Amt besetzt. Demgegenüber ist die Zugehörigkeit zur herrschenden Klasse dauerhafter. Man ist in bestimmten Kreisen verwurzelt und hat oft familiäre Bindungen. Die Eliten sind auch zahlenmäßig kleiner, in Deutschland zählen etwa 4.000 Personen dazu.

Woher kommen Eliten?

Es gibt drei Gruppen: die sozialen Aufsteiger, das Umfeld und die Angehörigen der herrschenden Klasse. Ferdinand Piech oder Martin Blessing (Vorstandsvorsitzender der Commerz-Bank, Anm.) sind sowohl zentrale Mitglieder der herrschenden Klasse als auch Angehörige der Wirtschaftselite. Jeder dritte Bundesverfassungsrichter gehört traditionell zur herrschenden Klasse. So war schon der Vater des Verfassungsrechtlers Paul Kirchhof am Bundesgerichtshof und sein Bruder war Mitglied im Schattenkabinett der CDU. Jemand, der nicht bereits familiär zur herrschenden Klasse gehört, kann Elitepositionen nutzen, um vielleicht irgendwann einmal dazuzugehören. Dafür bietet sich vor allem die Politik an.

Wer verfügt schließlich über die reale Macht?

Strukturell die herrschende Klasse, aber unmittelbare Entscheidungen werden zumeist von den Eliten getroffen. In der Wirtschaft ist das weitgehend identisch, in der Politik ist die Aufgabenteilung am meisten ausgeprägt, denn dort müssen auch Interessen der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden. Auch die herrschende Klasse muss mit politischen Entscheidungen zunächst einmal leben.

Es scheint, als wäre die Politik lange Zeit für die herrschende Klasse unattraktiv gewesen. Warum hatte sich die Upperclass lange Zeit aus der Politik zurückgezogen?

Das hat unter anderem historische Gründe. Nach zwei verlorenen Kriegen war die herrschende Klasse in Deutschland diskreditiert. Ein großer Teil hat sich auf die Wirtschaft beschränkt und eher indirekt Einfluss ausgeübt. Das war bis etwa 1989 so. Seither engagiert sich die herrschende Klasse wieder stärker direkt und beeinflusst nicht nur indirekt politische Entscheidungen.

Was ist das Problematische an Eliten, die Ämter sind ja dazu da, Einfluss auszuüben?

Eliten haben die Tendenz, sich überwiegend aus dem Bürger- und Großbürgertum zu rekrutieren. In Wirtschaft, Justiz und Verwaltung war das schon immer so, in der Politik ist es in Deutschland erst seit einigen Jahren zu beobachten. Das bringt eine bestimmte Sichtweise auf gesellschaftliche Entwicklungen und auch handfeste Interessen mit sich. In den USA beobachten wir seit 1945 einen eindeutigen Zusammenhang von Einkommensverteilung und Herkunft der politischen Elite. 1945 bis ca. 1980 hatten wir eine überwiegend kleinbürgerliche politische Elite und – für die USA – sehr ausgeglichene Einkommensverhältnisse. Ab 1980 finden wir eine drastisch veränderte Zusammensetzung der politischen Elite mit wesentlich mehr Angehörigen der Upper- und der Uppermiddleclass, die seither die Politik dominieren.

Die Kluft zwischen den Einkommen wurde im gleichen Zeitraum drastisch größer. Generell gilt: Je exklusiver Eliten sich zusammensetzen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Einkommen weit auseinanderliegen.

Woher kommt diese Nähe von Wirtschaft und Politik?

Die Mitglieder der Wirtschaftselite und die führenden Politiker haben in den USA und neuerdings auch in Deutschland vielfach einen ähnlichen Hintergrund, sie wachsen mit ähnlichen Denkmustern auf. Bei politischen Konflikten legt schon ihre Herkunft eine bestimmte Entscheidung nahe. Die Politik reagiert jetzt in der Krise sehr vorsichtig, sie erwartet kein radikales Umdenken von der Wirtschaft.

Dominiert die wirtschaftliche Elite die politische?

Es gibt eine gewisse Dominanz der wirtschaftlichen Elite, weil diese aufgrund ihrer engeren Verknüpfung mit der herrschenden Klasse mehr Konstanz hat als die politische. Wenn wir eine Sozialdemo-

kratie hätten, die ernsthaft versuchen würde, die Wirtschaft zu regulieren, hätten wir zwischen beiden auch größere Konflikte. Die politische Elite macht das aber nicht. Erstens, weil ihre Herkunft anders ist als früher, und zweitens, weil es keine politischen Bewegungen gibt, die der wirtschaftlichen Elite entgegenreten. Das heißt, die politische Elite unterliegt keinem Druck von außerhalb des Parlaments und rekrutiert sich mittlerweile aus ähnlichen Kreisen wie die Wirtschaftselite.

Wenn es Eliten und herrschende Klassen gibt, die die Gesellschaft formen: Ist die Idee von Chancengleichheit durch Bildung dann eine Illusion?

Wenn man glaubt, auf diesem Wege die Gesellschaftsstrukturen gravierend verändern zu können, muss das mit Ja beantwortet werden. Bildung öffnet Wege in mittlere Positionen und den Aufstieg in qualifizierte Expertenpositionen, aber nicht Wege in Spitzenpositionen.

Die Netzwerke der (Ohn-)Macht

Harald KATZMAIR

ist Philosoph und Soziologe, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der FAS.research Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft mbH sowie Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

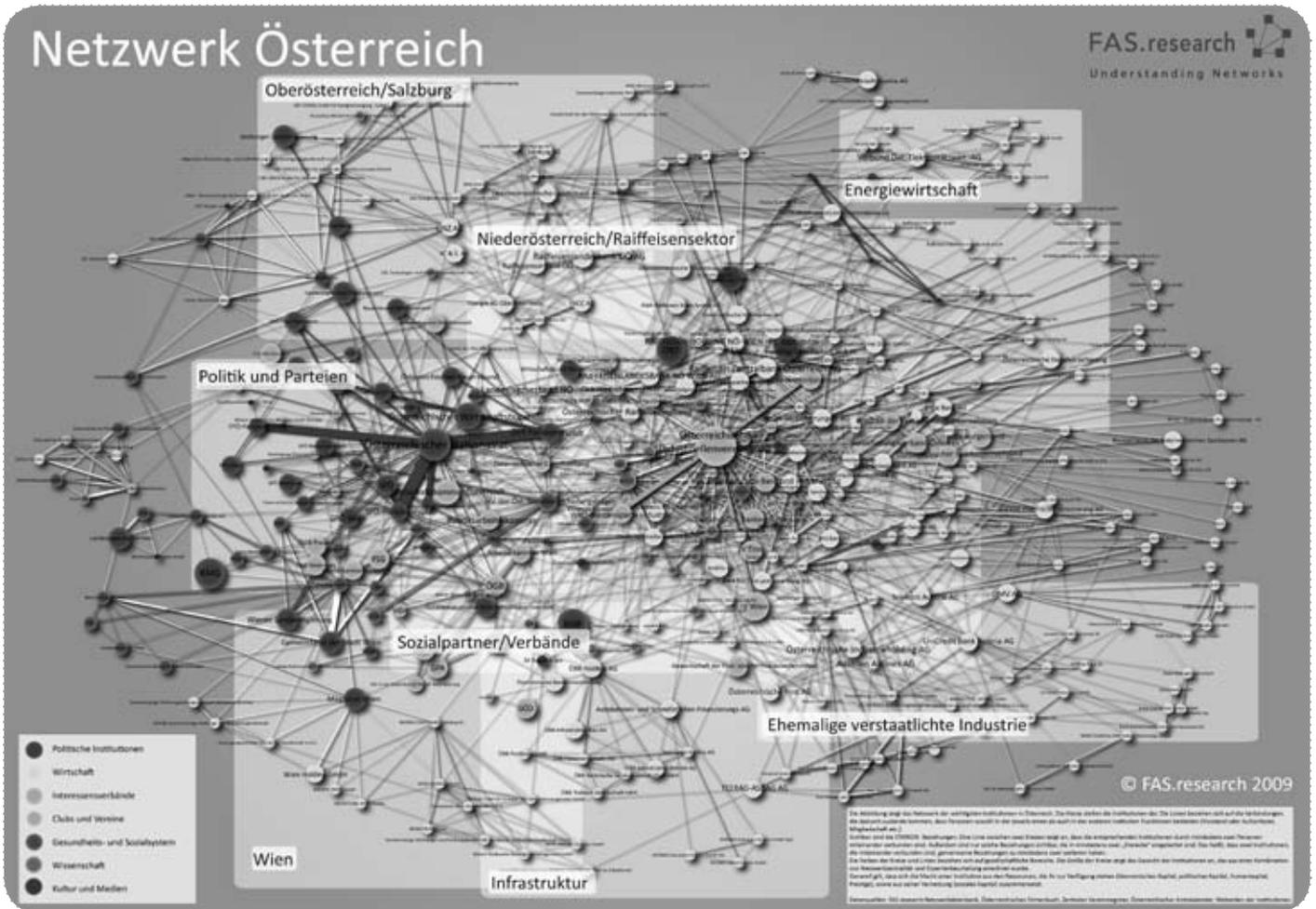
Seit nunmehr 15 Jahren untersuchen wir bei FAS.research Machtstrukturen in den verschiedensten Regionen und Gesellschaften dieser Welt. Die Sprache und die Modelle der Netzwerkanalyse ermöglichen es uns, die Austausch- und Dominanzstrukturen ganzer Gesellschaften, Volkswirtschaften, Städte, Communities zu beschreiben.

Die Soziale Netzwerkanalyse (SNA) trägt wesentlich dazu bei zu verstehen, vom wem zu wem sozialer Reichtum „fließt“, in welcher sozialen Währung bzw. Energieform (Geld, Information, Beziehungen, Reputation) Reichtum überhaupt bewertet und wo dieser akkumuliert wird. Und sie ermöglicht einen genaueren Blick darauf, welche Arbeit (Investitionstätigkeiten, Lobbying, Einflussnahme auf die Politik, etc.) mit dieser Energie in Folge verrichtet werden kann.

Mit der Analyse der Elitennetzwerke und deren Wertschöpfungsinfrastruktur ist indirekt aber zugleich auch eine Analyse der Strukturen der Armut möglich. Versteht man die Erfolgsstrukturen der Reichen, wird auch klar, warum die Armen arm sind und vor allem auch arm bleiben. Die Analyse der Netzwerke der „Haves“ macht offenkundig, warum die Netzwerke der „Have Nots“ den Zugang zu Chancen versperren: Während die „Haves“ Teil von vielseitigen Transaktionen und „Flows“ sind, sind die Netzwerke der „Have Nots“ wie ein See ohne Zufluss und ohne Abfluss. Analog zu den Ghettos, in denen sie leben, bleiben die „Have Nots“ eingeschlossen in abgeschlossenen rigiden Netzwerken. Ihre Beziehungen haben keine Brücken in andere Welten, die ihnen eine Chance eröffnen würden. Aber auch der Unterschied zwischen den Elitennetzwerken zur sogenannten Mittelschicht wird offenkundig,

deren soziale Netzwerke zwar vielseitig sind, aber auch sehr zerklüftet, mit vielen Widersprüchen und Dissonanzen.

Die kleine Zahl von sogenannten „Hubs“ (so nennt man jene AkteurInnen in einem Netzwerk mit den meisten Beziehungen) korrespondiert also mit der großen Zahl jener, die als Bedienungspersonal oder LieferantInnen den immer weniger werdenden Zentren dieser Welt zuarbeiten und sich im „Long Tail“ der Chancenverteilung als ArbeiterInnen, Angestellten oder ICH-AGs abstrudeln. Untersucht man etwa das Netzwerk der 70.000 wichtigsten ÖsterreicherInnen in Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft dann haben auch dort 10% aller Personen 50% aller Beziehungen, also selbst innerhalb der Eliten ein fraktales Spiegelbild der Vermögensverteilungen innerhalb unserer Gesellschaft. Dass das Ganze in der Sprache der Netzwerkanalyse „Power Law Distribution“ genannt wird, obwohl damit eine mathematische Verteilungsform bezeichnet und nicht soziale Machtverhältnisse beschrieben werden, könnte schon als sehr präzise Beschreibung der Wirklichkeit aufgefasst werden. Würde die akademische Netzwerkanalyse nicht damit auch implizit die Begleitideologie unserer modernen vernetzten Welt liefern: Das ist die Natur der Netzwerke, findet euch damit ab, so ist sie eben unsere Welt, Power-Law-verteilt. Auch dass die Reichen immer reicher werden, hat einen Namen in der Netzwerkforschung: „Preferential Attachment“. Damit ist gemeint, dass wenn jemand schon Beziehungen hat, immer mehr Menschen gerade mit dieser Person einen Kontakt haben möchten, weil sie sich von dieser Person eben mehr erwarten, als von jemandem, der – wie man selbst – über keine Beziehungen verfügt.



Armut und Reichtum haben also viele mess-, erzähl- und beobachtbare Aspekte. Ein aus Netzwerkperspektive entscheidender und in der öffentlichen Diskussion oft zu kurz kommender Aspekt hat etwas mit der Möglichkeit zu tun, Schuldverhältnisse zu konstituieren und zu begleichen: Arm sind jene, die nichts geben oder zurückgeben können, was für andere wertvoll erscheint, denen also jenes grundlegende Vermögen fehlt, um mit anderen „nützliche“ Verpflichtungsbeziehungen zu unterhalten. Wert und Nutzen sind hier im umfassenden Sinne gemeint, alles was wertvoll und wertbringend ist, allen voran Geld, Wissen, Beziehungen, Reputation, aber auch emotionale, psychologische, ästhetische Werte wie Identität, Intimität, Anerkennung, Schönheit. Ohne diese Nutzen bringenden Beziehungen ist der Mensch aber vom „Flow“ des gesellschaftlichen Reichtums abgeschnitten, ähnlich dem Autisten, der viel Potenzial in sich trägt, aber mit der Welt keine Beziehung aufbauen kann, weil er in sich eingesperrt ist. Damit ist die Frage der Armut im Wesentlichen eine der sozialen Beziehungen und somit auch der sozialen

Netzwerke. Die sozialen Verhältnisse sind also immer auch Netzwerkbeziehungen. Der sogenannte Arme hat nichts zu geben (zurückzugeben). Oder aber er hat zwar etwas, das allerdings in einer Währung vorliegt, die nicht konvertierbar ist. Dieses „Schicksal“ teilen Arme mit manchen KünstlerInnen, Pionieren und FantastInnen. Bin ich nicht verständlich oder attraktiv für andere, habe ich keine Beziehungen. Weil ich keine Beziehungen habe, habe ich keinen Zugang zu Ressourcen, zu interessanten Stories und Chancen. Ein Henne-Ei-Problem also.

Gabe eine Gegengabe

Hintergrund des Ganzen ist das aus der Psychologie und der Anthropologie bekannte „Gesetz der Reziprozität“, das heißt, dass jede Gabe eine Gegengabe einfordert, jede Gabe ein Schuldverhältnis stiftet. Machtbeziehungen funktionieren über ein Netzwerk von Verpflichtungsbeziehungen zu Personen mit möglichst unterschiedlichen „Währungen“ (Geld, Wissen, Kontakte, Reputation). Reich zu sein bedeutet, dass es viele Menschen mit sehr unterschiedlichen

Die Abbildung zeigt das Netzwerk der wichtigsten Institutionen Österreichs. Weitere Informationen unter www.fas.at

Kapitalformen gibt, die „einem etwas schulden“. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Reichen sich abschließen würden. Sie schließen zwar andere aus, sich selber aber nicht damit ab. Denn sie wissen, dass ihr Reichtum auf einem aktiven, lebendigen Zustrom von Energie basiert, der nur dann möglich ist, wenn das System offen bleibt. Das „Spiel der Schuld“ muss immer wieder erneuert werden, indem nicht nur einfach gegeben, sondern vor allem investiert wird. So hört man in den USA oft, dass es drei Arten von Menschen gäbe: „Givers, Takers and Investors“.

Das bedeutet nun aber nicht, dass die Spieler sich als gleichgeltend und gleichwertig erfahren würden. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, dass das Verhältnis zwischen Geben und Nehmen eine Hierarchie herstellt. Wenn ich jemanden etwas gebe und der andere kann nicht entsprechend erwidern, heißt das, dass ich „reicher“ und damit dem anderen überlegen bin. Das unterscheidet auch Almosen und Spenden von echter Solidarität. Almosen und Spenden stiften Hierarchie und Unterordnung. Solidarität stiften reziproke Beziehungen, Gabe und Gegengabe in derselben Währung, auf Augenhöhe.

Hier ist auch die desaströse Wirkung der sozialen Ungleichheit begründet: Je größer die Differenz zwischen Arm und Reich, je einseitiger und asymmetrischer die Differenz der Vermögen im umfassendsten Sinne zwischen den Menschen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass jemand nicht genug zurückgeben kann. Desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gesellschaft von einem System lebendiger Flows in ein System hochzentralisierter Hierarchien mit einer zersplitterten, atomisierten Peripherie transformiert wird. Je weniger reziproke Flows möglich sind, desto geringer ist aber auch das Selbstorganisationspotenzial einer Gesellschaft, womit alles hierarchisch top-down gelöst werden muss. Es wird umso weniger Initiative, dafür umso mehr demobilisierte, depravierte Menschen mit leeren Beziehungskonto geben, die nicht mitspielen können im Spiel der gesellschaftlichen Austauschbeziehungen.

Armut heißt daher, dass Menschen aus Austauschprozessen herausfallen, nicht mehr Teil des gesellschaftlichen Flows sind, weil sie nicht mehr erwidern können, keine Schuldverhältnisse herstellen oder begleichen können, keine Währungsreserven haben, die sich am Markt der sozialen Beziehungen eintauschen ließen. Das ist gleichbedeutend mit: Ich bin nicht inte-

ressant genug für andere, ich kann nichts bieten, was für andere so wertvoll wäre, dass sie mit mir in ein Austauschverhältnis treten würden.

Könnten in dieser Beziehungsarmut neue Medien helfen? Persönlich gesprochen stehe ich den Social Networks des World Wide Web ambivalent bis sehr skeptisch gegenüber. Weil der Wert eines Beziehungsnetzwerks ja nichts mit der bloßen Anzahl der Kontakte zu tun hat. Sonst wären Facebook und MySpace tatsächlich Katalysatoren ökonomischer Umverteilung, aber danach sieht es zurzeit in der Tat nicht aus. Im Gegenteil – der Aufstieg des Web 2.0 fällt in genau dieselbe Zeit, die uns auch den größten messbaren Unterschied der Verteilung von Vermögen in der Geschichte der Menschheit gebracht hat. Es ist nicht die Anzahl der Links, die Reichtum stiftet, sondern die Struktur der nützlichen, der gegenseitig Nutzen bringenden Kontakte. Es ist die Anzahl der aktiven Kontakte, die einen Wert produzieren, transferieren oder transformieren, die zählt. Und wer Nichts hat, der/die kann über seine/ihre Links eben keinen Value realisieren. Erst die Kombination aus Beziehung und Kapital macht Netzwerke zu sozialem Kapital.

Austausch auf Augenhöhe

Abgeschnitten vom Flow beginnt die Verwüstung des Lebens, die Austrocknung der Reservoirs, alle Interaktionen transformieren sich in hierarchische Verhältnisse ohne Reziprozität, alle um mich herum haben mehr zu geben, als ich zurückgeben könnte. Das Sozialamt, die Polizei, der/die SozialhelferIn, Streetworker, Amtsarzt – sie alle agieren auf einer Ebene, die einen Austausch auf Augenhöhe verunmöglichen, weil eine Gegengabe entweder nicht möglich oder gar nicht erwünscht ist. Hierin schwingt eine Tendenz im Diskurs und Selbstverständnis vieler mit, die Armut bekämpfen wollen: Es wird mit dem Bild des Armen ein „Opfer“ produziert, der a priori nicht in einen Austauschprozess mit seinen „Helfern“ und „Befreiern“ treten kann. Arm sind immer „die anderen“. Du bist arm, ich aber nicht. Damit sind die strukturellen Ursachen der Armut (Ausschluss aus einem System von Erwidern und damit Ausschluss von Flows) bereits in dem Verhältnis des Armen mit seinen vermeintlichen Helfern reproduziert.

Der Begriff der Armut hat noch immer eine sehr spezifische Färbung (Mangel an Nahrung, Kleidung, Wohnung), weshalb sich viele davon nicht betroffen fühlen: Arm, das sind „die anderen“. Da es immer „die anderen“ sind, fehlt die Grundlage der Solidarität, der Reziprozität. Was wäre, wenn wir den Diskurs über Armut dahingehend erweitern, indem wir Armut als Mangel, als Fehlen infolge eines nicht vorhandenen Zugangs zu Austauschbeziehungen definierten, darin aber nicht nur den Mangel an Essen, Kleidung und Wohnen mit dem Begriff Armut verlinken, sondern genauso einen Mangel an Sicherheit meinen, einen Mangel an Intimität und Nähe, an Anerkennung und Selbstbewusstsein, und auch einen Mangel an Visionen für das eigene Leben. Man sagt, dass Armut einsam mache. Man könnte umgekehrt sagen: Wer einsam ist, ist arm. Man sagt, dass Armut das Selbstbewusstsein stehle. Man kann umgekehrt sagen, dass wer kein Selbstbewusstsein hat, arm ist. Man sagt, zuerst kommt das Essen, dann die Moral. Man kann sagen, dass wer keine Träume und Visionen für sein eigenes Leben hat, offensichtlich noch immer hungrig ist.

Strategien

Neue Strategien zur Bekämpfung von Armut sollten meiner Meinung nach von einem breiteren Modell von dem, was Armut ist, ausgehen. Das Thema der „Rekapitalisierung“ der Armen eröffnet die Chance, den Diskurs über die Armut und dadurch auch die Menge der mobilisierbaren Mittel zu verändern. Etwas zurückgeben können, setzt voraus, dass man etwas hat, ein Jeton hat, das man setzen kann um mitzuspielen. Dafür benötigt es „sichere Orte“, Existenzräume, in denen

sich Kapitalien (Wissen, Beziehungen, Reputation) überhaupt erst bilden und aufbauen können. Es benötigt irgendeine Membran, die einen gewissen Schutz bildet, sonst wird die neue Existenz zertreten, bevor sie eine Chance gehabt hat zu wachsen. Das spricht sehr stark dafür, dass es einen dritten Arbeitsmarkt gibt, ein Grundeinkommen und eine Grundversorgung, was die soziale Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Lehrstellen, Universitäten, Spitäler) anbelangt. Hier läge auch die Schnittstelle zwischen Armutsbekämpfung, Bildungspolitik und Innovationsförderung in der Wissensgesellschaft. Was Arme benötigen, benötigen genauso die Hundertausenden von Ich-AGs. Orte der Rekapitalisierung, der Erneuerung von Ideen und kreativen Kräften. Ein Grundeinkommen wäre ja nicht nur eine Chance zur Rekapitalisierung der Armen, sondern genauso eine Chance zur Rekapitalisierung der Kreativität der Ich-AGs und vieler ArbeiterInnen und Angestellten, die in der tagtäglichen Selbstmobilisierung mittelfristig einem hohen Burnout-Risiko ausgesetzt sind. Wer ausgebrannt ist, hat nichts mehr, was er/sie geben und zurückgeben kann, wird also sehr schnell aus dem Spiel des Flows ausscheiden, und ist damit stark armutsgefährdet. Die von Mikroängsten geplagte Mittelschicht weiß das, sie spürt das genau. Die Trennlinie zwischen „dabei sein“ und „draußen sein“ ist in vielen Bereichen sehr, sehr dünn. Vielleicht könnte ein um andere Aspekte der Armut wie soziale Isolation, Burnout-Risiko oder der Mangel an Selbstvertrauen erweiterte Diskurs zu einer breiteren gesellschaftlichen Basis gelangen, und mit dieser erweiterten Basis könnten neue Ressourcen für eine wirklich solidarische Armutsbekämpfung mobilisiert werden.

Ein gutes Leben für alle.

Bedürftigkeit, Lebensqualität und Verwirklichungschancen.

Als Ziel erfolgreicher Armutspolitiken wird nicht selten „ein gutes Leben“ für alle gefordert. Worin aber besteht dieses gute Leben und wie kann es - wenn überhaupt - für alle definiert werden? Die AutorInnen wollen den Gründen, Voraussetzungen und Bestandteilen guten Lebens auf die Spur kommen und dabei u.a. klären, was Bedürftigkeit und Fürsorge-Abhängigkeit mit Glück zu tun haben, warum Verwirklichungschancen für eine Politik des Sozialen essenziell sind und welche Ansätze entwickelt wurden, um Lebensqualität zu erforschen und messen.

Franz F. EIFFE, Friedrich HINTERBERGER, Ursula KNECHT-KAISER gemeinsam mit Caroline KRÜGER

Armut im Lichte des Capability-Ansatzes

Franz F. EIFFE

ist Sozialwissenschaftler der Direktion Bevölkerung, Analyse und Prognose der Statistik Austria. Forschungsschwerpunkt im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung; Amartya Sens Capability Approach.

Einblicke in die soziale Lage in der Europäischen Union und Österreich

Nach EU-SILC (Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen) leben 79 Millionen Menschen oder 16% der Bevölkerung der EU unter der Armutsgefährdungsschwelle. 17% der Bevölkerung sind von materieller Deprivation betroffen, d.h. sie können sich grundlegende Dinge – wie etwa die Wohnung warm zu halten oder eine Woche im Jahr Urlaub zu machen – nicht leisten.

In Österreich sind 12% der Bevölkerung armutsgefährdet, 9% materiell depriviert und 6% manifest arm (sowohl armutsgefährdet, als auch unfähig, den Mindestlebensstandard aufrechtzuerhalten). Besonders bedrohte Gruppen sind AusländerInnen, alleinerziehende Personen, pensionierte Frauen und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen.

Was bedeutet „Armutgefährdung“ in der EU?

Der Begriff „Armutgefährdung“, der in den EU-Statistiken verwendet und von den Medien verbreitet wird, kann das Problem der „Armut“ nicht in seinem gesamten Ausmaß fassen. Zum Ersten können nur Personen von der EU-Statistik erfasst werden, die in Haushalten leben. Obdachlose Personen oder Menschen in institutionalisierten Anstalten werden somit nicht in die Betrachtung einbezogen. Zweitens ist Armutgefährdung kein individuelles Merkmal, sondern bezieht sich auf das „äquivalisierte Haushaltseinkommen“, das Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar machen soll (Bedarfsgewichtung). Die Defi-

„Was der Gedanke der Verwirklichungschancen leistet, ist ein tieferes Verständnis der Natur und Ursachen von Armut, indem er nicht die Mittel in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt (...), sondern die Zwecke, die zu verfolgen Menschen Gründe haben, und damit auch die Freiheiten, die es ihnen ermöglichen, ihre Ziele zu erreichen.“

Amartya K. Sen

nition lautet wie folgt: Armutgefährdet sind Personen, deren äquivalisiertes verfügbares Haushaltseinkommen 60% des Medians des nationalen Gesamteinkommens unterschreitet. Armutgefährdung ist somit zudem ein nationales Merkmal, da der Median in jedem EU-Mitgliedsland unterschiedlich hoch ist.

Soziale Ausgrenzung, soziale Eingliederung

Um neben dem rein monetären Charakter der Armut auch andere Aspekte zu fassen, wurden in den vergangenen zehn Jahren ergänzend nicht-monetäre Indikatoren entwickelt, die u.a. Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Bildung abbilden und das Phänomen der sozialen Ausgrenzung fassen sollen. Zudem wurden die Mitgliedsstaaten beauftragt, Indikatoren zu entwickeln, die nationale Besonderheiten berücksichtigen, und die Armutberichterstattung der EU mit länderspezifischen Informationen zu ergänzen. Statistik Austria entwickelte daraufhin ein Set von 17 Indikatoren, die den Dimensionen Haushaltseinkommen und Lebensstandard, Wohnraum, Erwerbsleben, Bildungschancen und Gesundheit zugeordnet werden können. (Till et al. 2009)

Der Capability-Ansatz als ergänzende Perspektive

Der Capability-Ansatz kann als die logische Konsequenz der Kritik Sens an Standardansätzen der Ökonomie gesehen werden. Seine philosophischen Wurzeln finden sich unter anderem bei Aristoteles und Adam Smith, allerdings integriert der Ansatz neben diesen auch Gedanken von John Stuart Mill und Karl Marx.

Die Kritik an der Mainstream-Ökonomie betrifft sowohl das Bild vom Menschen als Homo Oeconomicus als auch die Informationsgrundlage der Bewertung seiner Handlungen. So ist der Capability-Ansatz nicht zuletzt der Versuch, eine wirklichkeitsnähere Wirtschaftswissenschaft zu begründen, aber auch ein Bewusstsein für eine neue politische Ökonomie in der Tradition der klassischen Autoren zu wecken. Dazu ist die utilitaristische Wohlfahrtsökonomie in ihrer traditionellen Form nicht imstande. Sie operiert auf einer zu engen Informationsbasis, wo Wohlergehen mit Nutzen gleichgesetzt und Nutzen als einzige Information zur Beurteilung sozialer Zustände herangezogen wird. Dies führt zu unterschiedlichen Problemen, vor allem auch deshalb, weil der Begriff Nutzen in der Theorie unterschiedlich definiert wird, nämlich als a) Glück, b) Wunscherfüllung und c) Wahlverhalten. Für Sen ist jede dieser Interpretationen unzureichend, und für die Definition von Wohlergehen nicht geeignet, da hier wichtige Faktoren unberücksichtigt bleiben.

Der Capability-Ansatz stellt somit den Versuch dar, den utilitaristischen Ansatz durch eine komplexere Alternative zu ersetzen, indem er dem eindimensionalen Nutzen-Konzept einen differenzierteren und pluralistischen Rahmen gegenüberstellt. Dieser operiert mit sogenannten Functionings und Capabilities to function. Functionings werden als der Status quo des „Seins“ und „Tuns“ eines Individuums definiert (z.B. gesund sein, sich frei bewegen etc.) und beschreiben daher einen Seinszustand. Functionings messen Wohlfahrt auf Basis von Ergebnissen im Gegensatz zu Ressourcen, die einen rein instrumentellen Charakter haben. Die positive Freiheit einer Person bezeichnet Sen hingegen als Capability oder Verwirklichungschance: Capabilities bilden eine gute Grundlage zur Beurteilung und Analyse von Politik. Eine Capability reflektiert alternative Kombinationen von Funktionen, die eine Person erzielen kann und aus der sie eine Auswahl treffen kann.

Der Ansatz ist ein Analyserahmen für die Bewertung individueller Wohlfahrt und liefert als solcher eine theoretische Basis für Ungleichheit, Armut und politische Analysen. Die Wohlfahrt einer Person wird anhand ihrer Functionings und Capabilities bewertet. Durch diese Art der Bewertung erhält man ein differenziertes Bild vom Wohlergehen einer Person, das durch ressourcenbezogene Maße wie Einkommen oder Ausgaben nicht gewährleistet wird. Die UN haben den Ansatz zur Beurteilung von Entwicklung im Human Development Index adaptiert. Hierbei werden die Lebenserwartung bei der Geburt, Bildung und ein modifiziertes BNP pro Kopf analysiert (UNDP 2004).

Der Capability-Ansatz und die Armut

Der Capability-Ansatz bietet einen Rahmen für die Bewertung unterschiedlicher Phänomene wie Ungleichheit, Gerechtigkeit, soziale Ausgrenzung etc. Gemäß dem Capability-Ansatz liegt Armut im Mangel an konkreten Möglichkeiten, unterschiedliche Lebensformen zu wählen, bzw. grundlegende Functionings erzielen zu können. Zu einem solchen Mangel kommt es einerseits durch soziale Einschränkungen, zum anderen durch persönliche Gegebenheiten (Drèze und Sen 1995, S. 11).

Die Bedeutung niedriger Einkommen, geringer Besitztümer und anderer (ökonomischer) Aspekte steht mit diesem Armutsbegriff nur insofern in Beziehung, als ihre Rolle in der Beschneidung von Capabilities untersucht werden muss. Es stellt sich also die Frage, inwiefern niedriges Einkommen, mangelnde Ressourcen etc. eine tatsächliche Einschränkung für die Wahlmöglichkeiten bedeuten, die Menschen haben, ein wertvolles und geschätztes Leben zu führen. Armut ist daher letztlich ein Mangel an Capabilities. Dabei ist es wichtig, die grundlegende Beziehung von Capabilities nicht nur auf konzeptueller Ebene zu berücksichtigen, sondern sie auch in ökonomischen Untersuchungen und in sozialen und politischen Analysen mit einzubeziehen. Selbst bei einem Fokus auf ökonomische Armut in einem konventionellen Sinne (in Form zu geringen Einkommens) wird sich die grundlegende Motivation auf den substantiellen Einfluss dieser Ressource auf den Capability-Mangel richten. Die zentrale Überlegung bezieht sich auf Mangelerscheinungen und verarmte Lebensformen. Die Erweiterung menschlicher Capabilities kann durch ökonomisches Wachstum erreicht werden,

daneben existieren aber erstens viele andere Einflussfaktoren und zweitens kann der Einfluss von ökonomischem Wachstum auf menschliche Capabilities in Abhängigkeit von der Natur dieses Wachstums (z.B. wie beschäftigungsintensiv ist es und ob die Gewinne, die daraus resultieren als Mittel gegen die Mangelerscheinungen der Bedürftigsten kanalisiert werden) extrem variieren. (Eiffe 2010)

LITERATUR:

Drèze, Jean und Sen, Amartya (1995): *India: Economic Development and Social Opportunities*. Oxford University Press.

Franz F. Eiffe (2010): *Auf den Spuren von Amartya Sen. Zur theoriegeschichtlichen Genese des Capability-Ansatzes und seinem Beitrag zur Armutsanalyse in der EU*. Peter Lang: Frankfurt am Main.

Amartya K. Sen (2002): *Ökonomie für den Menschen*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH.

M. Till, F. Eiffe, G. Datler, J. Henke, K. Schrittwieser, U. Till-Tenschert (2009): *Eingliederungsindikatoren*. In BMASK (Hrg.) *Armutgefährdung in Österreich*. Sozialpolitische Studienreihe, Band 2.

UNDP (2004): *Human Development Report*. Communications Development Inc., Washington D.C.

Wie entwickelt, wie verteilt und wie bemisst sich das „gute Leben für alle“? Einige Thesen und Quellen

Friedrich HINTERBERGER
ist Volkswirt und Gründungspräsident des Sustainable Europe Research Institut SERI mit u.a. den Arbeitsschwerpunkten ökologische Ökonomie und Lebensqualitätsforschung.

„geld.macht.glücklich“. Dieses Motto der 8. Armutskonferenz stimmt – auch in seinen verschiedenen Lesarten – schon lange nicht mehr. Außer natürlich für die, die über zu wenig Geld/Macht/Ressourcen verfügen. Dies gilt global ebenso wie innerhalb „reicher“ Gesellschaften. Dazu wurde auf dieser Konferenz sehr viel Wichtiges und Richtiges gesagt, auch wenn oder gerade weil die Datenlage – zu Verteilungsfragen überhaupt – auf allen relevanten Ebenen sehr zu wünschen übrig lässt. Ich möchte mich daher in diesem Beitrag gerade auf einer Armutskonferenz von der Seite derjenigen der Thematik nähern, die „genug“ haben.

Wirtschaftswachstum hat in den letzten 20 Jahren nur wenig dazu beigetragen, dass „arme“ Bevölkerungsteile profitierten – das gilt global genauso wie bei „uns“. Und wir sollten uns darauf einstellen, dass die nächsten Jahr(zehnt)e – wenn überhaupt – nur von sehr geringen Wachstumsraten geprägt sein werden. „Bedürftigen“ mehr Geld/Macht/Glück zukommen zu lassen wird dann mehr denn je auf Umverteilung beruhen müssen, also darauf, dass „Besserverdienende“ über weniger Geld/Macht?/Ressourcen verfügen. www.wachstumimwandel.at, www.denkwerkzukunft.de

Internationale Organisationen wie OECD und EU scheinen dies erkannt zu haben und beschäftigen sich seit einiger Zeit mit der Messung von Fortschritt, Wohlergehen und Lebensqualität jenseits des materiellen. www.nachhaltigkeit.at/article/article-view/81097/1/25540, www.beyond-gdp.eu.

Was aber ist „Lebensqualität“?

„Lebensqualität“ umfasst objektive wie subjektive Aspekte. Zu den objektiven Faktoren der Lebensqualität gehören neben der materiellen Ausstattung, Quantität und Qualität von Beziehungen, Arbeit, Gesundheit, politische Partizipation, Umweltqualität. Zusammengefasst machen diese Faktoren den privaten, aber auch den öffentlichen Reichtum einer Gesellschaft aus. Also neben dem, was wir uns individuell leisten können, auch das, was der Staat für den Einzelnen bereitstellt. Es ist aber auch entscheidend, was diese Faktoren subjektiv bei den Einzelnen auslösen – ob sie jemanden „glücklich“ machen oder eher nicht. www.isqols.org

Daher beruft sich die internationale Lebensqualitätsforschung zum einen auf standardisierte und repräsentative Befragungen der Bevölkerung und zum andern auf eine Erfassung der objektiven Bedingungen. worlddatabaseofhappiness.eur.nl.

Es ist hilfreich, sich die Bedingungen für ein „gutes Leben“ nicht in Geld sondern in physischen Einheiten vorzustellen. Letzten Endes beruht materieller Wohlstand auf Arbeit, natürlichen Ressourcen und technischem Fortschritt. Letzterer ermöglicht es uns, aus einer Stunde Arbeit und einer Tonne Ressourcen jedes Jahr mehr herauszuholen – wobei Arbeit mehr als Erwerbsarbeit umfasst und Ressourcen kürzer (für Wegwerfprodukte) oder länger (für langlebige Qualitätsprodukte) genutzt werden können. seri.at/news/2009/09/24/overconsumption.

Eine Kombination beider Faktoren (subjektive Lebensqualität und objektive Bedingungen) misst etwa der „Happy Planet Index“, der den Ressourcenverbrauch als „ökologischem Fußabdruck“ ins Verhältnis zum subjektiven Wohlempfinden setzt. Auch diese beiden Indikatoren sind individuell wie global sehr ungleich verteilt, wobei ein hoher Ressourcenverbrauch noch lange kein „gutes Leben“ garantiert. www.happyplanetindex.org. Im Gegenteil: Gerade diejenigen Teile der Erde, wo die Ressourcen, auf denen der Wohlstand im reichen Teil der Erde beruht, herkommen, profitieren nur wenig von ihrem Ressourcen„reichtum“.

Der Aspekt der Arbeit kann – umfassend verstanden – durch die Erfassung der Zeiten erfolgen, die wir für unterschiedliche Arbeiten inkl. Eigen-, Versorgungs-, und Gemeinschaftsarbeit aufwenden. Die Erwerbsarbeit macht in dieser Betrachtung (gesellschaftlich betrachtet) nur einen kleineren Anteil aus. www.koennensgesellschaft.de, Buch: Die Halbtagsgesellschaft: Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft von Susanne Hartard, Axel Schaffer, und Carsten Stahmer. Baden-Baden: Nomos, 2006.

Sobald wir mehr zu verteilen versuchen, als Arbeit und Natur zu produzieren vermögen, entsteht Inflation. Spekulative Blasen sind nichts anderes als Inflation auf Finanz- und Gütermärkten (siehe etwa das Interview Steve Keen „Wir sind in der größten Finanzblase aller Zeiten“, FAZ – www.faz.net). Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist aus dieser Sicht grundsätzlicher und struktureller, als „Wirtschaftsforscher“ uns das häufig glauben machen wollen.

Individuelles Glücksempfinden (immaterieller Wohlstand), der zweite Aspekt, der unsere Lebensqualität bestimmt, ist zu einem größeren Teil persönlich geprägt und nur zu einem erstaunlich geringen Teil durch „objektive“ Faktoren determiniert. Ein nicht unerheblicher Teil ist durch „Übungen“ gestaltet, erlern- und trainierbar (Positive Psychologie, Positivity, www.ruckriegel.org, www.heartsopen.com). Diese Sichtweise ergänzt und ersetzt natürlich nicht die Frage nach einer ausreichenden materiellen Ausstattung.

Statistisch gilt: Mehr Lebensqualität im (engen) Sinn von mehr Einkommen, mehr materiellem Konsum führt zu einem höheren Ressourcenverbrauch. Individuell kann aber auch das Umgekehrte der Fall sein. Es geht um die konkrete Strategie, mit der wir unser „Glück“ anstreben seri.at/quality-of-life auf Basis von Ansätzen von A. Sen und M. Nussbaum oder M. Max-Neef.

Das Projekt „Lebensklima“ erhebt den Zusammenhang zwischen Lebensstilen und Klimawandel im Rahmen von regionalen Fallstudien. Aufbauend auf einer Datenanalyse werden Menschen in derzeit zwei Modellregionen (Gmunden und Graz) zu ihrem Lebensstil und ihrer Wahrnehmung der Klimawandelproblematik befragt. Diese Befragung bildet die Grundlage für die Erstellung von Lebensstiltypen und konkreten Strategien für ein besseres Leben bei gleichzeitig weniger Ressourcenverbrauch. lebensklima.at

Burnout-Phänomene und Klimawandel haben die gleiche Ursache: Viele, die Arbeit haben, arbeiten zu viel und zu intensiv – während andere (erwerbs-)arbeitslos sind. Eine Strategie, um mehr Lebensqualität mit geringerem Ressourcenverbrauch und einer insgesamt gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen zu verbinden, liegt in der (Um-)Verteilung von Arbeit. www.isct.net/zeitschrift/ausgaben/g_ausgabe45.htm, www.oekosozial.at/index.php?id=12815.

Jeder Mensch hat besondere Bedürfnisse aber auch Möglichkeiten, wenn es um die Teilnahme an der Wohlstandsproduktion sowie das Wohlstandserleben geht. Manche sind auf die Anforderungen des heutigen Wirtschaftslebens als Dreh- und Angelpunkt unserer Leistungsgesellschaft besser vorbereitet als andere. Letztlich geht es darum, für jeden Menschen den geeigneten Platz in der Gesellschaft im Sinne vorhandener Talente aber auch der persönlichen „Berufung“ zu finden, in der dann neben der Leistung auch andere Prinzipien (etwa: Bedürfnisse, persönliches Engagement oder auch die Eingebundenheit in die Gesellschaft) zu einem guten Leben beitragen können. www.wave.co.at/, www.esgehtumwas.at/2008/06/30/ein-ganz-besonderer-vortrag, 2010 erscheint das Buch „Ausbruch aus dem Hamsterrad“ von Anneliese Fuchs und Alexander Kaiser.

Aus der Fülle der Abhängigkeit schöpfen

Ursula KNECHT-KAISER

ist Tochter, Schwester, Mutter, Großmutter, Tante, Freundin, Theologin; in Frauen- und Flüchtlingsprojekten engagiert, Mitbegründerin und Verantwortliche des Labyrinthplatzes Zürich www.labyrinthplatz.ch und u.a. Mit-Autorin des Argumentariums „Sinnvolles Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat“ auf www.gutesleben.org.

Caroline KRÜGER

ist Philosophin, Germanistin, Tochter, Mutter, Freundin, Lehrerin und freie Journalistin, in verschiedenen (Bildungs-)Projekten engagiert und u.a. Autorin des Online-Forums www.bzw-weiterdenken.de.

„Abhängigkeit ist das schmutzigste Wort in den USA von heute“¹ schreibt die Historikerin Ricky Solinger, und wir können wohl ergänzen, dass dies nicht nur in den USA so ist, sondern auch in Europa.

Zu Beginn unseres Beitrags am Forum haben wir daher die TeilnehmerInnen gefragt, welche Assoziationen ihnen spontan beim Begriff Abhängigkeit kämen. Der erste Beitrag war „Frauen“; auch die Begriffe „Geld“ und „Tod“ fielen. Insgesamt waren es vor allem negative Assoziationen. Mit dem provokanten, aber durchaus ernst gemeinten Titel unseres Beitrags „Aus der Fülle der Abhängigkeit schöpfen“ wollten wir dazu anregen, die Abhängigkeit einmal anders zu betrachten. Die TeilnehmerInnen haben, nach zunächst erstauntem Lachen, mit Interesse mitgemacht, was auch das Ziel unseres Beitrags war. Im Folgenden möchten wir einige unserer Thesen darstellen, immer verbunden mit der Einladung zum Weiterdenken.

Die Voraussetzung, unter der wir die Abhängigkeit betrachtet haben, war das Bewusstsein, dass unser Blick darauf bereits von unseren Vorstellungen geprägt ist. In der philosophischen Tradition seit Aristoteles liegt der Fokus auf der Freiheit. Abhängigkeit wird nicht angestrebt, im Gegenteil. Abhängigkeit ist ein „Problem“. Abhängig sind „die anderen“, die Armen, die Randständigen, die Alten, die Kranken, die Frauen ... Wir haben versucht, im Sinne der italienischen Philosophin Luisa Muraro einen theoretischen Zugang zum Phänomen der Abhängigkeit zu finden. Theorie in diesem Sinn kann verstanden werden als „Worte finden, die sehen lassen, was ist“²

Das gängige Menschenbild stellt den erwachsenen, gesunden, (weißen) Mann in den Mittelpunkt. Dieser Mensch ist der freie Mensch oder hat zumindest die Möglichkeit, frei zu werden. Vermutlich hat auch die Prägung durch dieses Menschenbild zu der als ersten geäußerten Assoziation zum Thema Abhängigkeit geführt: „Frauen“. Da wir sehen, dass dieses Menschenbild sehr einschränkend ist und nur einen kleinen Teil der Menschheit umfasst, gehen wir für unser Denken von einem erneuerten Menschenbild aus. Wenn wir von der Abhängigkeit her denken wollen, ist das denkende Ich ein

Mensch, der/die sich bewusst ist, bei der Ankunft auf dieser Welt abhängig gewesen zu sein. Das kleine, auf andere angewiesene Baby, das wir alle einmal waren, in unserem Denken nicht zu vergessen, das macht das neue denkende Ich wesentlich aus. Während zuvor ein Zustand, der kurze Zeit andauert und womöglich nicht von allen Menschen überhaupt je erreicht werden kann, das Erwachsensein, Gesundsein, Selbstständigsein, als zentrale Grundlage für das Denken angenommen wurde, stellen wir den Zustand, der zu Beginn jeden Lebens steht, in den Mittelpunkt. Diesen Perspektivwechsel haben wir in einer ersten These formuliert:

Abhängigkeit ist eine Grundbedingung des Menschseins; der Mensch ist ein Wesen, das abhängig ist.

Selbstverständlich sind Menschen einiges mehr als nur abhängig. Wir verstehen diese Aussage also nicht als hinreichende Definition. Jedoch ist das Abhängigsein ein Bestandteil jedes Menschseins, wenn dieses von der Geburt her gedacht wird.³ Ohne die Fürsorge anderer wären wir alle nicht hier, hätten nicht überlebt.

Die Bewertung der Abhängigkeit als negativ muss bei dieser Betrachtungsweise als nicht sinnvoll fallen gelassen werden. Die Abhängigkeit abzulehnen ist etwa so nützlich, wie die Auswirkungen der Schwerkraft abzulehnen.

Stattdessen kann überlegt werden, wie die Abhängigkeit zu gestalten ist. Welche Freiheiten haben wir innerhalb dieser Grundbedingung? Wie unterscheiden wir „gute“ von „schlechter“ Abhängigkeit?

Unterdessen wird in vielen und verschiedenen Kreisen ein Grundeinkommen diskutiert. Oft wird damit argumentiert, dass damit vor allem mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Entfaltungsmöglichkeit verbunden sei. Wir schließen uns aber Antje Schrupps Deutung des Grundeinkommens an: „Das Grundeinkommen ist kein Mittel dazu, ein ‚unabhängiges‘ Leben zu ermöglichen, sondern es ist im Gegenteil die monetäre Sichtbarmachung der Tatsache, dass wir alle immerzu abhängig sind.“ (www.antjeschrupp.de/grundeinkommen_2006.htm)

Eine vielen Menschen, insbesondere Armutsbetroffenen, bekannte Form von Abhängigkeit ist die Abhängigkeit von einer

Institution, die Geld gibt. Der Mensch, der zunächst ArbeitNEHMER/IN war, ist nun SozialhilfeEMPFÄNGER/IN. Implizit in dieser Wortwahl ist der Wechsel vom aktiven Nehmen (der Wahl einer Arbeit) zum passiven Empfangen (und dem Verlust der Wahlfreiheit). Eine Frau, die Erfahrungen auf verschiedenen Ämtern in der Schweiz gemacht hat, drückt es aus wie folgt: „Sie geben dir vielleicht ein bisschen Geld, vielleicht auch nicht. Damit sie darüber entscheiden, musst du ihnen zunächst aber sehr viel von dir geben. Du musst deine persönlichen Verhältnisse offenlegen, alles bis ins Kleinste erklären. Dazu bin ich nicht bereit; so viel möchte ich nicht geben.“ Das Geben ist also nicht einseitig, nicht einmal in einer Situation wie derjenigen von Sozialleistungen. Die Frau hat sich dann entschlossen, die Sozialleistungen nicht zu nehmen und einen anderen Weg zu suchen. Sie hat Unterstützung durch die Familie gefunden und hat eine für sie selbst bessere Form von Abhängigkeit gewählt.

Dies ist nicht in allen Situationen gleichermaßen möglich, jedoch ist es nützlich, im Denken zu berücksichtigen, dass jedes Geben zwei aktive Seiten hat – die gebende und die nehmende. Indem wir diese beiden Seiten ernst nehmen, kommen wir zu einer weiteren These:

Nehmen ist ebenso bedeutsam wie Geben.

Bei Aristoteles gibt es die Tugend der Freigebigkeit, die angesiedelt wird zwischen Verschwendung und Geiz: Aristoteles formuliert so: „Also heißen freigebig jene, die geben. Jene dagegen, die nicht nehmen, werden nicht wegen ihrer Freigebigkeit gelobt, dagegen allerdings wegen ihrer Gerechtigkeit. Wer aber empfängt, erhält überhaupt kein Lob. Endlich führt von allen Tugenden die Freigebigkeit am ehesten zur Freundschaft. Denn solche sind nützlich, und zwar durch das Geben.“⁴ Das Geben wird also schon seit Langem als Tugend bezeichnet, auch im Volksmund („Geben ist seliger denn Nehmen“). Wir möchten dafür plädieren, auch den/die NehmendeN zu beachten. Der Vorgang des Gebens ist erst dann beendet, wenn das Gegebene angenommen wurde. Dazu braucht es die Person, die nimmt. Die Vorstellung abzulegen, dass jemand nehmen „muss“, dass durch das Nehmen eine Form von Verpflichtung, von als unangenehm empfundener Abhängigkeit entsteht, kann zu neuen Gedanken sowohl über den Prozess des Gebens als auch die Organisation der sozialen Systeme führen.

Wie könnte zum Beispiel die Haltung des/der Nehmenden aussehen?

Ein Mensch, der oder die weiß, was genug ist, und was auch nicht benötigt wird, kann, in der Haltung anspruchsvoller Genügsamkeit entscheiden, was er oder sie nehmen möchte und was nicht. Den Begriff „anspruchsvolle Genügsamkeit“ entlehnen wir einer Schrift von Andrea Appel⁵. Sie plädiert dafür, Genügsamkeit neu zu definieren, sie nicht gleichzusetzen mit Anspruchslosigkeit, mit Wunschlosigkeit (Abwesenheit von Begehren). Ein „Genug“ zu finden, würde bedeuten, ein Maß zu finden, einen anderen Maßstab zu setzen. In Bezug auf das Nehmen kann dies heißen, einen eigenen Maßstab zu setzen und selbst zu entscheiden, was genommen wird und was nicht.

Die Haltung des oder der Gebenden könnte dann durch das Bewusstsein dieser Freiheit der nehmenden Person geprägt werden. Die nehmende Person hat die Freiheit, auch abzulehnen, etwas nicht zu nehmen. Wenn der/die GeberIn möchte, dass das Geben gelingt, muss er/sie darüber nachdenken, was und in welcher Form der/die andere etwas brauchen und annehmen kann und möchte. Dies wird sich sowohl auf die Art des Gegebenen (nicht: jemandem, der oder die arm ist, kann man alles geben; sie muss es ja nehmen, sondern: was braucht diese Person und was möchte sie nehmen) als auch auf die Art des Gebens (nicht: da hast du etwas, du kannst nicht wählen, nimm es einfach; sondern: ich möchte dir etwas geben und hoffe, dass du es brauchen kannst und annehmen wirst) auswirken.

Selbst wenn es sich nicht um eine Gabe im eigentlichen Sinn handelt, also um ein Geschenk⁶, sondern um Geben in hierarchischen Strukturen (wie im Beispiel des Amtes und der Einzelperson), ist die Beziehung von Gebenden und Nehmenden eine beidseitige Abhängigkeitsbeziehung. Indem wir das Geben als Prozess betrachten, der mit dem Genommen-werden erst beendet ist, definieren wir diesen Prozess als beidseitig.

Meist wird der Fokus bei der Diskussion zu Themen wie „Abhängigkeit“, „Bedürftigkeit“ oder „Fürsorge“ auf die Armen gelegt. Gerade wenn wir aber über Strukturen nachdenken, die eine Verteilung von Gütern, materiellen oder immateriellen, beinhalten, erscheint es lohnend, auch die andere Seite zu betrachten. Michaela Moser

und Martin Schenk⁷ zeigen in ihrem Buch „Es reicht! Für alle!“, dass es unterdessen eine umfangreiche Literatur zur Armut gibt, eine eigentliche Armutforschung. Es wurde untersucht, was Armut ist, wie sie entsteht, wie sie „vererbt“ wird und unter welchen Bedingungen Armutsbetroffene leben (müssen). Es gibt Statistiken; Staaten legen fest, wo die Armutsgrenze liegt. Zu Reichtum gibt es all das nicht. Moser und Schenk plädieren daher für eine Reichtumsforschung; eine Forschung, die darüber Auskunft gibt, wie „Reichtumsbetroffene“ leben, wie sie sich fühlen und wie Reichtum definiert werden könnte. Dies ist sicherlich ein wichtiger Gedanke und möglicher Ansatzpunkt. Eine weitere Möglichkeit, ein Thema zu betrachten, das Arme und Reiche betrifft, ist das oben bereits angesprochene Thema des „Genug“, der Genügsamkeit. Was ist genug? Woher wissen wir das und weshalb ist es gut, das zu wissen? Wir haben als These formuliert:

Eine Kultur des „Genug“ sollte die Kultur des „Mehr“ ersetzen, die wir zurzeit haben.

In einer Kultur wie der unsrigen, wo es um Geschäfte geht, um Boni, um Steuer-gelder und -skandale (in einer Schweizer Zeitschrift stand, es gebe nur deshalb in der Schweiz keine Korruptionsskan-dale, weil die Korruption nicht verboten sei⁸), da ist eine Kultur des „Genug“ nicht leicht zu denken. Woran liegt das? Warum wollen auch die noch „mehr“, die schon unvorstellbar viel (Geld) haben? Woher kommt es, dass das Gefühl des Zu-wenig-Habens bekannt und verbreitet ist, wäh-rend das Gefühl des Zu-viel-Habens kaum erwähnt wird? Zu viel und zu wenig sind beide vom Zustand des „Genug“ entfernt und beide bergen Risiken.

Der Sozialpsychologe Rolf Haubl, der ein Buch über den Neid geschrieben hat⁹, meint zu der Frage, ob der Zustand, genug Geld zu haben, überhaupt erreichbar sei: „Nein, aber das liegt im System. Weil Geld selbst nichts anderes bietet als Möglich-keiten. Sie können sich mit Geld alle nur erdenklichen Lebensmittel in Hülle und Fülle kaufen, davon aber immer nur be-grenzt essen. Diesen Sättigungsmechani-smus gibt es beim Geld nicht. Geld macht nicht satt, in keiner Hinsicht.“

Das Gefühl einer Sättigung scheint also bedeutsam und erstrebenswert. Geld, das

selbst ein Stellvertreter für immer etwas anderes ist, kann dieses Gefühl nicht her-vorrufen, so dass auch Zuwendungen in Millionenhöhe noch kein Gefühl von „Ge-nug“ erzeugen können.

Eine Möglichkeit, ein Genug zu definie-ren und die Genügsamkeit aufzuwerten, hat Andrea Appel in dem oben bereits er-wähnten Aufsatz beschrieben. Wir möch-ten hier noch einmal darauf eingehen, da unserer Meinung nach die anspruchsvolle Genügsamkeit vielleicht als eine neue, moderne Tugend (im Sinn des Aristoteles) bedeutsam werden kann. Appel geht bei ihren Überlegungen von der Beobachtung ihrer Ziegen aus, die sehr genügsam er-scheinen, aber dennoch durchaus nicht al-les fressen, sondern ihre Präferenzen klar zeigen; sie sind eben genügsam und an-spruchsvoll. Sie definiert die Haltung der anspruchsvollen Genügsamkeit wie folgt:

„Für mich ist in der Genügsamkeit die Erkenntnis enthalten, dass es ein ‚Genug‘ gibt, dass es einen Punkt gibt, zu sagen: Es reicht so, es ist genug. Diese Überlegung ist in vielerlei Hinsicht eine ökonomische.“

Die Ökonomie ist ein Geflecht von Bezie-hungen, in dem Produkte, Güter, Dienst-leistungen, Arbeitskraft, Erfahrungen, Kundigkeit, Wissen und Werte verhandelt werden. Diese Verhandlung geschieht in dem Vertrauen und mit dem Willen, dass es genug (für alle) geben kann, materiell wie ideell. Genug, das heißt eben ausrei-chend, nicht Mangel und nicht Überfluss. Dieses ‚Genug für alle‘, materiell wie ide-ell, schränkt für uns die Macht des Geldes, des Kapitals, stark ein. Es ist nicht mehr das Maß der Dinge und somit zählt für uns nicht der Maßstab des permanenten Wachstums, der permanenten Erneue-rung, des permanenten Konsums, wenn wir über die Ökonomie der Genügsam-keit und über Maßstäbe für gutes Leben nachdenken.“

Übertragen auf uns Menschen könnte dies bedeuten: „Diese Erkenntnis des Ge-nug lässt sich nicht in Gang setzen ohne Begehren, ohne den Willen, ohne die An-sprüche, die von jeder/jedem Einzelnen benannt werden. Wir verabschieden uns entschieden davon, der Genügsamkeit et-was leicht Dummliches und Einfältiges, Stagnierendes anzuhängen – etwas An-spruchsloses. Wir finden, dass Genügsam-keit eine Tugend ist und anspruchsvolle Genügsamkeit ein gesunder Maßstab.“

Das Zuviel ist in dieser Betrachtungswei-se ein ebenso defizitärer Zustand wie das Zuwenig. Bei Überlegungen zum Thema des guten Lebens, die in unserem Forum ja Gegenstand der Diskussion waren, könnte

es daher nützlich sein, zu versuchen, das Genug zu bestimmen. Neben den Ansätzen, Zufriedenheitsfaktoren messbar und theoretisch fassbar zu machen (z.B. durch den Capabilities-Approach von M. Nussbaum und A. Sen (vgl. dazu den Artikel von Franz F. Eiffe auf Seite 38), ist dies auch eine persönliche Frage, eine Frage nach Bedürfnissen und den Möglichkeiten, diese zu befriedigen.

Wenn wir uns auf das Genug als eine Tugend einigen könnten, so würde es armen wie reichen Menschen besser gehen. Denn eine ungerechte Verteilung der Güter und Ressourcen führt nicht zum guten Leben, auch nicht zu dem der Reichen¹⁰; vielmehr ist in Gesellschaften mit mehr Verteilungsgerechtigkeit auch mehr vom guten Leben zu spüren – vom guten Leben für alle.

- 1) Ricky Solinger, Historikerin, in „Dependency and Choice“ (Hinweis v. M. Moser in „We all live subsidized lives“ in: Ina Praetorius (Hg.) „Sich in Beziehung setzen“, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus 2005, S. 15)
- 2) Luisa Muraro, Die symbolische Ordnung der Mutter, S. 55
- 3) siehe zum Denken der Geburtlichkeit auch die Schriften von Ina Praetorius
- 4) Aristoteles 1120 a19, N Ethik, S. 178
- 5) Arbeitsgruppe Chora (Andrea Appel, Andrea Kölzer, Claudia Tiemann): Freiräume schaffen. Gutes Leben mit der Subsistenzperspektive. Selbstverlag, Kassel/Nothfelden 2005, S. 35
- 6) zu diesem Thema siehe Dorothee Markert: Fülle und Freiheit in der Welt der Gabe; Christel-Göttert-Verlag, Rüsselsheim, 2006
- 7) Michaela Moser, Martin Schenk: Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien 2010
- 8) Tages Anzeiger Magazin vom 6. Februar 2010
- 9) Neidisch sind immer nur die anderen – über die Unfähigkeit, zufrieden zu sein“, C.H. Beck Verlag 2009, zitiert in der Migros Zeitung, Nr. 39, 21.09.09
- 10) auch Richard Wilkinson hat im Einführungsreferat zur 8. Armutskonferenz „Why equal societies almost always do better“ auf diesen Zusammenhang verwiesen

Literatur

- Arjun Appadurai: *Die Geographie des Zorns*, suhrkamp Frankfurt/Main 2009
- Hannah Arendt: *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München 1967 (1. Auflage)
- Aristoteles: *Die Nikomachische Ethik*: dtv München 1991
- Arbeitsgruppe Chora: „Freiräume schaffen – Gutes Leben mit der Subsistenzperspektive“ (10 Jahre Arbeitsgruppe Chora, Andrea Appel, Andrea Kölzer, Claudia Tiemann), Kassel/Nothfelden, Juni 2005, Selbstverlag
- Maren Frank/Andrea Günter/Ursula Knecht u.a.: *Sinn – Grundlage von Politik*, Rüsselsheim 2005
- Andrea Günter: *Haben und mehr Wollen. Eine ethische Begründung von Wachstum*, http://www.ethik-und-gesellschaft.de/dynasite.cfm?dssid=5550&dsmid=102028#dstitle_836674
- Interview mit Rolf Haubl, Neidforscher („Neidisch sind immer nur die anderen-Über die Unfähigkeit, zufrieden zu sein“, C.H. Beck Verlag), Soziologe, Sozialpsychologe (in der Migros Zeitung, Nr. 39, 21.09.09)
- Maren A. Jochimsen, Stefan Kersting, Ulrike Knobloch (Hg.): *LebensweltÖkonomie*, Bielefeld 2004
- Ursula Knecht-Kaiser: *Eine Welt mit Grundeinkommen*, in: *Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein*, AVINUS Verlag, Berlin 2006
- Ursula Knecht-Kaiser/Zita Küng: *Wir alle sind Fürsorge abhängig*, http://www.nsw-rse.ch/images/stories/nsw/forum/Bericht_Forum_15_12_06_2009.pdf
- Caroline Krüger und Ursula Knecht-Kaiser: *Wir sind alle Fürsorge abhängig. Vom Stigma zum Paradigma*, <http://www.bzw-weiterdenken.de/index.php?m=artikel&rub3=&tid=215>
- Caroline Krüger: *Skeptische Tradition im zeitgenössischen Denken Ciorans und Lyotards*. Holos Verlag 2005
- Dorothee Markert: *Fülle und Freiheit in der Welt der Gabe*, Christel-Göttert-Verlag, Rüsselsheim 2006
- Dorothee Markert: *Nicht Mangel, sondern Fülle. Arbeiten neu denken*, Christel-Göttert-Verlag, Rüsselsheim 2003
- Michaela Moser, Ina Praetorius (Hg.): *Welt gestalten im ausgehenden Patriarchat*. Ulrike Helmer Verlag 2003
- Michaela Moser, Martin Schenk: *Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut*, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien 2010
- Luisa Muraro: *Die symbolische Ordnung der Mutter*, Christel-Göttert-Verlag, Rüsselsheim 2006
- Platon: *Theaitetos*, Oxford University Press 1962, Bd II
- Ina Praetorius (Hg.): *Sich in Beziehung setzen. Zur Weltsicht der Freiheit in Bezogenheit*, Ulrike Helmer Verlag 2005
- Ina Praetorius: *Ökonomie der Geburtlichkeit*, http://www.ne-fw.de/docs/konomie_der_geburtlichkeit_kiel.pdf
- Hans Saner: *Geburt und Phantasie. Von der natürlichen Dissidenz des Kindes*. Basel, Lenos Verlag 1995

Jenseits von Wachstum und Profit. Eine Ökonomie des guten Lebens.

Verteilungsrealitäten, Verwirklichungschancen und Lebensqualität werden wesentlich von ökonomischen Verhältnissen und den diesen zugrunde liegenden Prämissen, Prinzipien und Mythen bestimmt. Lange bevor die Wirtschafts- und Finanzkrise offensichtlich wurde, haben u.a. feministische ÖkonomInnen und AktivistInnen, NachhaltigkeitsexpertInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen damit begonnen, Alternativen zu entwickeln, zu diskutieren und umzusetzen. Mittlerweile initiieren und beteiligen sich auch Ministerien und EU-Institutionen an Diskussionsprozessen zu einem anderen Verständnis von Wachstum, Fortschritt und Lebensqualität (siehe u.a.: www.wachstumimwandel.at und www.beyondgdp.eu). Im Folgenden werden Ansätze und Knackpunkte sozial und ökologisch nachhaltiger Ökonomie vorgestellt und dabei auch diskutiert, was unterschiedliche AkteurInnen an unterschiedlichen Orten zur Umsetzung einer Ökonomie des guten Lebens beitragen können. Von der Entwicklung neuer theoretischer Zugänge und eines anderen Verständnisses von Arbeiten und Wirtschaften über alternative Handlungsansätze im Bereich des alltäglich Notwendigen bis hin zur politischen Mitgestaltung und Verankerung nachhaltiger Akzente in Ministerien, Unternehmen und (sozialen) Organisationen.

Adelheid BIESECKER, Friederike HABERMANN, Rita TRATTNIG

Jenseits der Krisenökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften

Adelheid BIESECKER

ist em. Univ.-Prof. der Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft mit u.a. den Schwerpunkten feministische Ökonomie, ökologische Ökonomie und Zukunft der Arbeit. Sie ist Mitglied im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“, in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) sowie im wissenschaftlichen Beirat Attac Deutschland.

These 1: Zu den aktuellen Krisen

Maßlosigkeit und Sorglosigkeit – mit diesen beiden Begriffen lässt sich die vorherrschende ökonomische Rationalität, die in die globale Finanzkrise geführt hat, kennzeichnen.

Maßlosigkeit: Ökonomisch rational ist, was in möglichst kurzer Zeit so viel Profit wie möglich erbringt. Vernünftig ist Profitmaximierung, ausgedrückt in Geld. Geld, das ausgegeben wird, um mehr Geld zu werden, ist Kapital. Auf den Finanzmärkten wird das möglichst ohne Zwischenstufen wie Arbeit und Produktion versucht, ohne irgendein stoffliches oder soziales Maß. Das Ergebnis haben wir in der Finanzkrise erlebt. Kritisiert wurde die Gier der Manager, deren Maßlosigkeit – ja. Aber sie sind nur – wie Marx sich ausdrückt – „Charaktermasken“ dieses in seiner ureigensten Qualität maßlosen Kapitals. Es ist ja, wie Marx ebenfalls analysiert hat, gerade dadurch gekennzeichnet, dass es jedes Maß abgeworfen hat, dass es an keinerlei Qualität, an keinerlei Gebrauchswert, an keinerlei Lebensprozess gebunden ist, dass es sich nur noch als Quantität auf sich selbst bezieht, als „Wert heckender Wert“. Kapital ist maßlos – und die Akteure, in denen es sich personifiziert, sind es folglich auch.

Sorglosigkeit¹: Schon 1867 schrieb Marx: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“² Ja. Diese Profitmaximierungsrationalität (aufseiten der KonsumentInnen ausgedrückt als Nutzenmaximierungsrationalität) kümmert sich nicht um den Erhalt der produktiven Grundlagen, sondern nutzt sie sorglos aus und zerstört sie dadurch. Aber: Marx spricht nur „den Arbeiter“ an – wie alle seiner Zeit (und viele heute noch) vergisst er die sozial-weibliche Care-Arbeit. Durch diese erst wird menschliches Leben ermöglicht, ihre Produktivität ist grundlegend für das Wirtschaften am Markt. Allerdings wurde und wird sie nicht als solche gesehen – Care gilt bestenfalls als „reproduktiv“. Wie gegenüber dem anderen Element des „Reproduktiven“, das Marx erwähnt – die Natur – bleiben Theorie und Praxis des kapitalistischen Wirtschaftens blind für dieses „Reproduktive“. Genauer: Es wird nicht bewertet, aber gebraucht – und gerade das wirkt so zerstörerisch und ruft Krisen hervor – sozial-ökologische Krisen, die auf den Kern verweisen: Krise des „Re-

produktiven“. Soziale und ökologische Krisen sind so gleichursprünglich, sind Ausdruck eines grundlegenden Systemfehlers – der Sorglosigkeit gegenüber den lebendigen Grundlagen.

These 2: Zu den Krisenursachen

Systemische Krisenursache ist somit die Trennungsstruktur des Ökonomischen³ – die Abspaltung der Basisproduktivitäten (Naturproduktivität und Produktivität der sozial weiblichen Care-Arbeit). Getrennt wird in produktiv und „reproduktiv“, Ökonomie wird verstanden als autonome Marktökonomie, Arbeit nur als Erwerbsarbeit. Ökonomie ist „disembedded“ (Polanyi)⁴, scheint unabhängig zu sein von Care-Arbeit und ökologischer Produktivität. Beide werden zwar für die Verwertung gebraucht, gehen aber nicht in die Bewertung ein. Eben deshalb wird mit ihnen sorglos umgegangen.

Blicken wir genauer hin, so wird noch etwas deutlich: Die Trennungsstruktur ist hierarchisch – geschlechtshierarchisch: Was an Märkten geschieht, ist öffentlich, ist sichtbar, gilt als wertvoll, die dort geleistete Erwerbsarbeit als Wert schaffend und deshalb zu bezahlen. Die Care-Ökonomie dagegen gilt als privat, ist unsichtbar, nicht wertvoll, die hier geleistete Sorge-Arbeit als nicht Wert schaffend und daher nicht zu bezahlen. In den guten Positionen des Marktes agieren vor allem Männer, während die Care-Arbeit bis heute größtenteils Frauensache ist. Männer managen oben, Frauen sorgen unten – ja.

Und noch etwas ist in diesem Zusammenhang wichtig: Die Abspaltung des sog. Reproduktiven – fachökonomisch als Externalisierung bezeichnet – bedeutet auch eine Externalisierung von Kosten. Diese Ökonomie rechnet daher falsch! Ernst Ulrich v. Weizsäcker hat einmal gefordert: „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“ – ja, und die soziale auch. Nötig sind lebenserhaltende Preise und Löhne.

Das falsche Rechnen setzt sich im Übrigen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene fort: Im Sozialprodukt werden nur die in Geld bewerteten Waren (Güter und Dienstleistungen) der Marktökonomie erfasst. Dennoch gilt es als Wohlfahrtsmaß, und sein Wachstum als Wohlfahrtssteigerung. Als Maß für Lebensqualität oder „gutes Leben“ nützt es aber nichts – wie auch

nicht als Maß für die ökologische Qualität des Wirtschaftens. Das ist nicht neu – diese Erkenntnis ist schon mehr als 40 Jahre alt. Neu aber ist, dass sie jetzt in die Köpfe von Politikern vorgedrungen ist, wie die vom französischen Präsidenten Sarkozy eingesetzte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (hochbesetzt mit Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi) beweist⁵. Auch die deutsche Bundeskanzlerin wirbt in einem Video-Podcast vom 6.2.2010 dafür, über einen neuen Wohlstandsbegriff nachzudenken.⁶ Für sie heißt das auch, einen neuen Wachstumsbegriff zu entwickeln. Das deutet an: Die Systemlogik soll nicht durchbrochen werden – es bleibt alles beim Alten!

Und dieses Alte heißt: Das ökonomische System schafft seinen „Reichtum“ durch systematische Zerstörung von sozialen und ökologischen Lebensprozessen! Es bringt systematisch nicht-nachhaltige Produkte und Prozesse hervor.

These 3: Zum Konzept der Nachhaltigkeit

Es geht aber um Nachhaltigkeit – und damit um Gerechtigkeit. Denn so, wie die Brundtland-Kommission 1986 Nachhaltigkeit oder „sustainable development“ definiert hat, ist es ein doppeltes Gerechtigkeitskonzept: Wirtschafte heute so, dass auch zukünftige Generationen nach ihren Vorstellungen wirtschaften können (d.h. hinterlasse Deinen Ur-, Ur-, Ur...Enkeln eine produktive Natur) – intergenerationale Gerechtigkeit. Und Sorge dafür, dass die heute lebenden Generationen mindestens ihre Grundbedürfnisse befriedigen können – intragenerationale Gerechtigkeit. Hinzu kommt eine Vorstellung von Umweltgerechtigkeit. Denn wenn uns die Natur, wie die Brundtland-Kommission es formulierte, absolute Grenzen setzt, dann gilt es zu klären: Wer darf wie viel Natur „verbrauchen“? Sind vor der Umwelt alle gleich (heißt Umweltgerechtigkeit z. B. das Recht auf gleichen CO₂-Ausstoß für alle Menschen auf der Welt?) – oder sind wir hier in den westlichen Industrieländern nicht doch ein bisschen gleicher? Wie auch immer – klar ist, dass dieses Konzept für die Länder des globalen Nordens mindestens zweierlei bedeutet: Umverteilung zugunsten der Armen (intragenerationale Gerechtigkeit) und Verringerung des eigenen Umweltverbrauchs (intergenerationale Gerechtigkeit).

In der hier von mir angebotenen Sprache hieß das: Überwindung von Sorglosigkeit und Maßlosigkeit.

Denn dieses Konzept beinhaltet die Aufforderung, sich um andere zu sorgen – um andere lebende Menschen und um andere zukünftige Generationen. Auf der Grundlage der Anerkennung ihrer Lebensbedürfnisse und Gestaltungsrechte sollen wir fürsorglich handeln, sollen dies in eigenen Handeln bedenken und respektieren. Das Konzept fordert somit auf, die natürlichen Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens pfleglich zu behandeln, ihre Produktivität den heute Lebenden insgesamt zugutekommen zu lassen und sie für die zukünftigen Generationen zu erhalten. Damit ist das grundlegende ökonomische Handlungsprinzip für nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften formuliert. Es fordert ein, das bisher Abgespaltene, das sog. Reproduktive, in den Blick zu nehmen – mehr noch: es bewusst zu gestalten, damit es langfristig erhalten bleibt. Erhalten im Gestalten – darum geht es.

These 4: Zum „Vorsorgenden Wirtschaften“

Das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ setzt hier an. Es beruht auf den Handlungsprinzipien der Vorsorge, des Kooperierens sowie der Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen. Indem die Perspektive gewechselt wird – d.h., indem von den bisher als „reproduktiv“ ausgegrenzten Bereichen auf die Marktökonomie geblickt wird –, kommen „das Ganze der Ökonomie“ und „das Ganze der Arbeit“ in den Blick. Deren geschlechtshierarchische und naturfeindliche Konstruktion kann jetzt kritisiert und verändert werden. Das Ökonomische – mit einer erhaltenden statt einer zerstörenden Rationalität – kann und muss jetzt „neu erfunden“ werden. Märkte z.B. sind dann nicht mehr Selbstzweck, dem Ökologie und Soziales dienen, sondern umgekehrt – Märkte sind Mittel für Lebenszwecke, aus (spekulierenden) Herren werden (vorsorgende) Diener. Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte) tun den Menschen und der Natur gut? Diese Frage kann jetzt gestellt und bearbeitet werden. Der produktive Kern der neuen Ökonomie beruht auf der Einheit von Produktion und sog. Reproduktion, auf der Integration des bisher abgespaltenen „Reproduktiven“ als Basisproduktivitäten in die Ökonomie.

Sehen wir uns die drei Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens genauer an⁷:

Vorsorge: Die Menschen werden als in sozialen Beziehungen lebend betrachtet

(anders als in der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft, die nur den isoliert seinen Nutzen maximierenden Homo Oeconomicus kennt), als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. Vorsicht, Voraussicht, Umsicht, Übersicht und Rücksicht sind Charakteristika dieses Prinzips. Sorgen nimmt die Bedürfnisse aller Beteiligten zum Ausgangspunkt, es ist ein Prinzip, das auch asymmetrische Beziehungen in die Ökonomie integriert. Solche Asymmetrien bestehen häufig in Sorgebeziehungen, in denen die Umsorgten abhängig sind von den sorgenden Menschen (vgl. zu dieser Qualität der Sorge-Beziehung und zur Möglichkeit ihrer Integration mit der Ökonomie Jochimsen 2003). Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns. (Dagegen ist heute Nachsorge vorherrschend: z.B. Atommüll oder die CCS-Technik (Carbon Capture and Storage), die Technik, CO₂ in Kohlekraftwerken abzuscheiden und in der Erde zu speichern).

Kooperation: Kooperieren ist ein altes Prinzip der Versorgungsökonomie und wird hier im Sinne einer vorsorgend-verantwortlichen Kooperation weiterentwickelt. Gemeint ist damit ein kooperatives Wirtschaften, in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird. Weil in diesem Verständigungsprozess als sprachlose KooperationspartnerInnen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen einbezogen sind, kommt der Begriff „Verantwortung“ mit herein. Verantwortung bedeutet eben, diese KooperationspartnerInnen gleichermaßen einzubeziehen. Diese Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert.

Orientierung am für das gute Leben Notwendigen: Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich nicht an der Erfüllung von subjektiven Präferenzen, nicht an maximalen Wachstumsraten, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Was dieses gute Leben ist, muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu festgestellt werden. Gesellschaftliche Wohlfahrt ist so nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden.⁸

Indem über diese drei Handlungsprinzipien die soziale und die ökologische Dimension mit der ökonomischen verknüpft

werden, wird das Ökonomische im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens in seine grundlegenden Bereiche, in seine lebendigen Grundlagen (wieder) „eingebettet“. Dabei ist dieses „Bett“ nicht ein für alle Mal gegeben, sondern durch wirtschaftliches Handeln ständig mitgestaltet. Menschliche Produktion verändert Natur, stellt ein gesellschaftliches Naturprodukt mit her (z.B. die Klimaerwärmung) – dieses kann jetzt bewusst nachhaltig gestaltet werden.

Das verweist auf die neue Rationalität, der vorsorgendes Wirtschaften folgt – eben auf die Rationalität des „Erhaltens im Gestalten“. Damit ist die neue Ökonomie eine haushälterische Ökonomie. Die Menschen, die in ihr tätig sind, sind nicht, wie heute oft verlangt, „Arbeitskraftunternehmer“, sondern „Lebenskraft Haushälterinnen“. Vernunft hat hier nichts zu tun mit irgendwelcher Maximierung. Vernünftig ist vielmehr dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird. Carola Meier-Seethaler macht darauf aufmerksam, dass solch eine Vernunft – sie nennt sie „Besonnenheit“⁹ – auf zwei Säulen basiert, dem Denken und dem Fühlen. „Ich und Mitwelt als lebendige Wirklichkeiten, denen wir nur gerecht werden, wenn die Erkenntniskräfte des Denkens und des Fühlens zusammenwirken.“ (ebenda)

Vorsorgendes Wirtschaften zielt nicht mehr auf quantitatives Wachstum, sondern auf qualitative Entwicklung – und in diesem Rahmen kann es an der einen oder anderen Stelle auch auf quantitatives Wachstum geben (z.B. heute: Wachstum der erneuerbaren Energien). Wirtschaften ist jetzt vielfältig – und entsprechend vielfältig sind die Beiträge zum Wohlfahrtskonzept: Zur Wohlfahrt tragen alle produktiven Kräfte, alle Produktivitäten, bei. Zukunftsfähiger Wohlstand hat viele Gesichter – es kommt darauf an, alle zu berücksichtigen

These 5: Zum Wohlfahrtsmaß im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens

Das Wohlfahrtsmaß des Vorsorgenden Wirtschaftens kann somit nicht das Sozialprodukt sein. Was ist es aber dann? Oben hieß es: Maßstäbe des guten Lebens müssen im gemeinsamen Diskurs geklärt wer-

den. Das setzt aber voraus, dass wirklich alle daran teilnehmen können. Das ist heute aber nicht so – insbesondere Arme, MigrantInnen, viele Frauen sind aus solchen Diskursen ausgeschlossen. Diskurs allein reicht somit nicht. Hier knüpfe ich an die politische Philosophin Martha Nussbaum und ihren Fähigkeitenansatz (Capabilities-Approach)¹⁰ an.

Martha Nussbaum formuliert eine Liste mit 10 Fähigkeiten, die in ihrer Gesamtheit ein gutes Leben umschreiben. Diese Liste umfasst z.B.: fähig zu sein, ein lebenswertes Leben in guter Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen und die Sinne und die Fantasie zu gebrauchen; fähig zu sein, Beziehungen zu anderen eingehen zu können und im sozialen Zusammenhang zu leben; fähig zu sein, als ein würdevolles Wesen behandelt zu werden, zu lachen und zu spielen; fähig zu sein, eine eigene Vorstellung vom Guten zu entwickeln und kritisch über die eigene Lebensplanung nachzudenken; und fähig zu sein, das eigene Umfeld durch politische Partizipation mitzugestalten sowie über Eigentum zu verfügen und das Recht auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz zu haben.

Gutes Leben heißt hier, über die Möglichkeit der Entfaltung dieser Fähigkeiten in die Gesellschaft integriert zu sein und an ihr teilhaben zu können. Der Möglichkeitsraum muss politisch gestaltet werden. Zwar sieht Nussbaum ihren Katalog als historisch offen an in dem Sinne, dass immer wieder neu zu bestimmen sei, wie die einzelnen Fähigkeiten konkret zu verstehen und politisch zu gestalten seien. Aber sie besteht auf der universellen Gültigkeit ihres Katalogs, den sie nicht dem Diskurs mit dem damit verbundenen Bewertungen ausliefern möchte.

Für Vorsorgendes Wirtschaften verweist dieser Katalog darauf, dass als Basis gesellschaftlicher Diskurse die Möglichkeiten für die Entfaltung dieser essenziellen menschlichen Fähigkeiten gegeben sein müssen. Und das bedeutet zum einen die Existenzsicherung durch ein garantiertes Grundeinkommen, denn wer sich um seine tägliche Existenz sorgen muss, hat keine Kraft für solch gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus bedeutet es, allen Gesellschaftsmitgliedern den Raum für die Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu geben – Frauen und Männern, Alten und Jungen, Einheimischen und MigrantInnen.

These 6: Zum Produktivitätsverständnis im Konzept des „Vorsorgenden Wirtschaftens“

Der Perspektivenwechsel, den das Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens beinhaltet, und die damit verbundene „Einbettung“ des Ökonomischen in Ökologie und Soziales bedeuten auch, dass es keine Trennung mehr gibt zwischen sog. produktiven und sog. reproduktiven Kräften. Vielmehr wird der gesellschaftliche Produktionsprozess als Einheit von Produktion und Reproduktion verstanden. Produktivität ist immer auch gleichzeitig Reproduktivität – Herstellen geht einher mit Wiederherstellen. Um diese neue Qualität auszudrücken, haben Sabine Hofmeister und ich die Kategorie (Re-) Produktivität entwickelt. Gemeint ist damit die „prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit.“ (Biesecker/Hofmeister 2006, S. 19)

(Re-)Produktivität verweist damit auf ein qualitatives, an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtetes Produktivitätskonzept. Dabei werden diese Kriterien nicht nur im bisherigen ökonomischen Raum, sondern gesellschaftlich bestimmt. Damit dehnt sich das Ökonomische aus – es umfasst jetzt eben auch die Care-Ökonomie und die ökologischen Produktionsräume: Noch bevor die menschliche Produktion und Konsumtion stattfinden können, hat die Natur schon produziert – wir nennen die Ergebnisse dieser „Quelle“ Ressourcen. Und nachdem Produktion und Konsumtion stattgefunden haben, gehen die Reststoffe wieder in die Natur – wir nennen sie Abfälle. Diese werden wieder in Ressourcen verwandelt. Deutlich wird: Die Trennung in „Quelle von Ressourcen“ und „Senke für Abfälle“ gibt es nicht – es ist eine Natur. Und: Noch bevor der Industriearbeiter mit seiner Erwerbsarbeit begonnen hat, ist schon viel Care-Arbeit geleistet worden – meist von Frauen. Die ehem. als reproduktiv bezeichneten Prozesse sind somit jetzt als Basisproduktivitäten integriert.

Diese (re-)produktive Ökonomie wird durch gesellschaftliche (politische) Bewertungs- und Gestaltungsprozesse geprägt. Darüber wird der Widerspruch zwischen Verwerten und Bewerten aufgehoben – neue Produktions- und Konsumtionsprozesse und neue Bewertungen müssen gesellschaftlich gefunden werden. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt zurück. Eine (re-)produktive Ökonomie ist somit eine Regulationsordnung, deren

Aufgabe es ist, die gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse als dauerhafte, zukunftsfähige zu gestalten.

These 7: Zu den Dimensionen des Transformationsprozesses

Dieser Gestaltungsprozess – der im Hier und Heute ansetzt und insofern auch Transformationsprozess ist – hat mindestens drei Dimensionen: die stofflich-energetische, die sozial-kulturelle sowie die politische.

Stofflich-energetisch: Energetisch geht es um erneuerbare Energien, vor allem um Solarenergie. Stofflich geht es über den ganzen (Re-)Produktionsprozess um Qualitäten von Prozessen und Produkten, die geeignet sind, die Natur zu unterstützen, die Naturproduktivität zu erhalten. Es gilt, die „Abfallstoffe“ qualitativ so zu gestalten, dass sie die Naturproduktivität stärken. D.h. z.B., sie dürfen nur bedingt giftig sein, angepasst an die Verarbeitungsfähigkeit der Natur. Das schließt eine quantitative Begrenzung pro Zeiteinheit ein. Und es heißt auch, dass die Zeiten der Natur zu berücksichtigen sind. Diese qualitativen Anforderungen ziehen sich durch alle Phasen des Produktionsprozesses: Schon bei der Produktion der Güter gilt es, den ganzen Prozess im Blick zu haben, um naturverträgliche Qualitäten auf allen Ebenen herzustellen. Dafür ist eine sozial-ökologische Technik- und Produktentwicklung nötig, für die neben dem (sozial männlichen) Expertenwissen auch die (sozial weiblichen) alltäglichen Wissensbestände der KonsumentInnen gebraucht werden. Dualistische Geschlechterverhältnisse werden hier brüchig – wie auch die Trennung in ProduzentInnen und KonsumentInnen. Die neue Rolle: ProsumentIn. Insgesamt befördert dieser neue Umgang mit Stoffen und Energie das Bewusstsein, dass menschliches Wirtschaften immer auch Naturveränderung bedeutet – die Mit-Herstellung eines gesellschaftlichen Naturprodukts. Wie soll dieses aussehen, und wie können wir es nachhaltig gestalten? Diese Fragen können jetzt gestellt werden.

Sozial-kulturell kommt jetzt „das Ganze der Arbeit“ in den Blick. Neben Erwerbsarbeit tritt die Care-Arbeit, aber auch die freiwillige Arbeit in und an der Gesellschaft, das bürgerschaftliche Engagement. Und schließlich wird auch Eigenarbeit immer wichtiger – Arbeit für sich selbst, die z.B. den Kauf von Konsumgütern ersetzt. Alle diese Arbeiten mit ihren je spezifischen Produktivitäten werden gebraucht in einer

zukunftsfähigen Ökonomie. Sie sind gleich wichtig und gleich wertvoll – diese Ökonomie schließt alle ein, sie ist eine „inklusive“, eine „integrierende“ Ökonomie. An ihr werden alle Gesellschaftsmitglieder teilhaben. In dieser Wirtschaftsweise gibt es auch keinen Grund für geschlechtsspezifische Zuordnungen und Abwertungen mehr. Mehr noch: Abwertungen und Werte-Hierarchien sind ein Hindernis für die Gestaltung dieser zukunftsfähigen Ökonomie. Denn hier werden gleiche Erfahrungen, Kommunikation über Werte, Diskurse über den für alle unbekanntem Weg hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft gebraucht – das ist nur auf der Basis eines paritätischen Geschlechterverhältnisses möglich. Geschlechtergerechtigkeit ist hierbei also nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern unmittelbar ökonomisches Interesse. Zugespitzt formuliert: Geschlechtergerechtigkeit wird zur Basisressource einer nachhaltigen Ökonomie¹¹ – und damit zum Gradmesser, zum Indikator des Neuen.

Politisch gestaltet und gesteuert wird dieses ökonomische System über bewusste Prozesse gesellschaftlicher Regulierung auf allen Ebenen (Haushalt und Unternehmen, Ort, Region, Land, EU, Globus. Mehr-Ebenen-Ökonomie). In diesen demokratischen Gestaltungsprozessen werden sowohl die stofflichen Qualitäten der Prozesse und Produkte und deren soziale Organisation als auch deren Bewertungen bestimmt. Einbezogen wird „das Ganze der Arbeit“, was insbesondere eine Aufwertung der sozial weiblichen Sorge-Arbeit und eine Umverteilung der verschiedenen Arbeitsarten zwischen den Geschlechtern bedeutet. Basis ist eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Die hohe Arbeitsproduktivität hat schon lange dazu geführt, dass wir nicht mehr so lange arbeiten müssen. Aber: Wie gehen wir mit diesen „Früchten des Fortschritts“ um? Wir verteilen diese gesellschaftliche freie Zeit falsch! Sie wird den Arbeitslosen zugeschoben, während andere übermäßig arbeiten. Die einen haben viel Zeit und kein Geld, die anderen viel Geld und keine Zeit. Auch hier ist Umverteilung das Gebot der Stunde! Über diese und über das erweiterte Arbeitskonzept können alle zur gesellschaftlichen Arbeit beitragen – eine nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft kennt keine Arbeitslosigkeit mehr. Sie kann sie sich auch gar nicht mehr leisten – es gibt viel zu viel zu tun, wenn wir nachhaltig wirtschaften und leben wollen! Wer soll was wie tun – an welchem Ort,

in welcher Zeit und zu welchem Lohn? Diese Entscheidung kann in einer zukunftsfähigen Gesellschaft und ihrer Ökonomie nicht mehr allein dem Arbeitsmarkt überlassen werden, sondern wird Sache der Politik, der demokratischen Beratung.

Die politische Gestaltung geht jedoch noch weiter: Gemäß dem Fähigkeitenansatz sind allen Gesellschaftsmitgliedern Möglichkeitsräume für die Entwicklung und Praktizierung ihrer Fähigkeiten zu eröffnen (Bildungspolitik vor allem!). Die Einkommensgrundlage lässt sich durch ein Grundeinkommen sichern, das allen als BürgerInnen zusteht.

These 8: Ansätze in der Praxis

Was ich hier vorstelle, ist keine Utopie, kein Wolkenkuckucksheim, sondern es gibt heute schon vielfältige Ansätze für Vorsorgendes Wirtschaften – Ansätze, die durch vorsorgendes Handeln, durch Anerkennung und Aufwertung der bisher abgewerteten Care-Arbeit und der ökologischen Natur, durch Umverteilung und/oder durch neue Kooperationsbeziehungen gekennzeichnet sind. Dazu gehören¹²:

- Nachhaltige Land-, Forst und Fischwirtschaft.
- Ansätze „jenseits des Marktes“: Care-Arbeit in Familie und Nachbarschaft (für andere sorgen), Eigenarbeit (z.B. im HEI, dem Haus der Eigenarbeit in München), Natur bewahren (die vielen Beispiele aus dem Buch „Wovon Menschen leben“¹³).
- Ansätze im Gemeinwesen, z.T. mit Bezügen zum Markt: sorgende Netze als neue Kooperationsform, z.B. für das Aufwachsen von Kindern im Stadtteil (insgesamt: Bündnisse für Familien), Bürgerprojekte im Stadtumbau, Reaktivierungsprojekte, Stadtgärtenprojekte (interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Guerilla-Gardening; in England: Transition Groups, die überall in den Städten Gärten anlegen, um so die Städte auf den Klimawandel vorzubereiten.), Soziale Ökonomie Basel, Mondragon, Kommune Niederkaufungen bei Kassel, Kooperative Wohnprojekte im Alter, zeitgestützte Alterssicherung (in Japan: das Zeitgutscheinsystem fureai kippu);
- Globale Projekte der solidarischen Ökonomie (z.B. Porto Alegre: BürgerInnenhaushalt), Frauennetzwerke in den Ländern des globalen Südens.
- Ansätze bei marktorientierten Unternehmen: dm-Drogeriemärkte, Weleda (hier ist der Lohn nicht nur Kostenfaktor

tor, sondern Wertschöpfungsbeitrag), Otto-Versand (er baut, zusammen mit Muhammad Yunus, in Indien eine Textilfabrik mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen und einem „sozialen Gewinn“, der der Förderung und Ausbildung der Menschen vor Ort dienen soll). Transfair, Hermannsdorfer Landwerkstätten, Genossenschaften wie greenpeace energy oder Wohnungsgenossenschaften (Genossenschaften haben kooperatives Eigentum, es gibt keinen Vermehrungszwang);

- Ansätze im Geld- und Bankenbereich: GLS-Bank, Grameen-Bank, Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Umweltbank, Mikrofinanzierung, Regiogeld-Initiativen, Genossenschaften (Geld als Lebensmittel).

These 9: Zu den AkteurInnen

Und wer kann und soll das alles machen? Alle – denn es geht nicht allein. Alle auf allen Ebenen – denn nicht nur das individuelle Handeln, sondern Strukturen und Institutionen müssen auch verändert werden. Und es ist umkämpft, wie der Streit um die Milchpreise, um Mindestlöhne, um Eigentum (interkultureller Garten „RosaRose“ .Berlin) zeigen. Auch der

Streit um die Übernahme von Lasten im Rahmen der Klima-Konferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 ist ein Beispiel für dieses Umkämpftsein.

Immanuel Wallerstein unterscheidet in seiner jüngsten Analyse des Weltsystems zwei Lager: „The Spirit of Davos“ („a system, that is hierarchical, exploitative, and polarizing“) und „The Spirit of Porto Alegre“ („a system that is relatively democratic and relatively egalitarian“)¹⁴. Dieses hat aber noch nie existiert – niemand kennt es.

Wallerstein schreibt weiter: Am wichtigsten sei der Kampf gegen die drei fundamentalen Ungleichheiten der Welt – gender, class and race/ethnicity/religion. Das Problem: „(...) the entire world culture that we have all inherited militates against this.“¹⁵

Vorsorgendes Wirtschaften nimmt den Kampf gegen diese ererbte Weltkultur auf. Es versteht sich als Element des „Spirit of Porto Alegre“. Es rüttelt an überkommenen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, macht unabhängig von Märkten und entzieht sich so der Profitökonomie. Eben deshalb ist es umkämpft – aber es hilft nichts. Anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.

1) Diesen Begriff hat insbesondere Uta v. Winterfeld stark gemacht. Vgl. v. Winterfeld 2009. Vgl. zur früheren Verwendung O'Hara 2000.

2) Marx 1971/1867, S. 529/530.

3) Vgl. zu dieser Analyse Biesecker/ Hofmeister 2006.

4) Polanyi, Karl 1978/1944.

5) Der Report, den die Wissenschaftler vorgelegt haben, umfasst 291 Seiten. Vgl. Stiglitz/ Sen/ Fitoussi 2009.

6) So lässt es sich auf der website des deutschen Nachhaltigkeitsrates nachlesen: www.nachhaltigkeitsrat.de

7) Vgl. Busch-Lüty et al. 1994, Biesecker et al. 2000, S. 49 ff.

8) Auch die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission schreibt: „Well-being is multi-dimensional“

9) Meier-Seethaler 1997, S. 395.

10) Vgl. Nussbaum 2000.

11) Biesecker/Hofmeister 2006, S. 163.

12) Vgl. ausführlicher Biesecker 2009.

13) Baier, Andrea et al. 2007. Vgl. auch Habermann, Friederike 2009.

14) Wallerstein 2009, S. 10.

15) Wallerstein 2009, S. 12.

LITERATUR:

- Baier, Andrea et al. 2007: *Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes*, München: oekom.
- Biesecker, Adelheid (2009): *Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative*. In: Friedrich – Ebert – Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.): *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise (Tagungsdokumentation)*, Bonn, S. 32–48.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Bd. 2*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/ Schön, Susanne/ Scurrall, Babette (Hg.) (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine.
- Busch-Lüty, Christiane/ Jochimsen, Maren/ Knobloch, Ulrike/ Seidl, Irmi (Hg.) (1994): *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit*. In: *Politische Ökologie, Sonderheft 6*, München: ökom.
- Jochimsen, Maren (2003): *Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik*. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (Zfwu) Jahrgang 4, Heft 1 (2003) (Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik)*, S. 38–51.
- Marx, Karl (1971/1890): *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. I, 4. Aufl. (1. Aufl. 1867)*. Berlin: Dietz.
- Meier-Seethaler, Carola (1997): *Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft*. München: Beck.
- Nussbaum, Martha 2000: *Women and Human Development. The Capabilities Approach*. Cambridge, New York: CUP.
- O'Hara, Sabine (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften in einer sorglosen Welt*. In: Biesecker, Adelheid; Matthes, Maite; Schön, Susanne; Scurrall, Babette (Hg.): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Kleine: Bielefeld, S. 225–237.
- Polanyi, Karl 1978/1944: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/ Main: Suhrkamp.
- Stiglitz, Joseph E./ Sen, Amartya/ Fitoussi, Jean-Paul (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Wallerstein, Immanuel 2009: *Crisis of Capitalist System: Where Do We Go from Here? The Harold Wolpe Lecture*, University of KwaZulu-Natal, 5. November 2009. mrzine.monthlyreview.org/2009/wallerstein
- v. Winterfeld, Uta (2009): *Sorglos. Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise*. www.genanet.de/positionen.html

Von Kompressoren, Commons und unserem Coming-out. Oder: Zukunft muss anders aussehen!

Die Gegenwart im Müllkompressor

Von dem Klimaaktivisten Gopal Dayaneni stammt ein Vergleich, mit dem ich verdeutlichen möchte, warum ein gutes Leben eine radikal andere Welt voraussetzt: In dem Star-Wars-Film von 1977 kommt eine Situation vor, in welcher die drei HeldInnen in einem Müllkompressor eingeschlossen sind, deren Wände von zwei Seiten langsam aber sicher immer näher zusammenrücken – es scheint nur eine Frage der Zeit, bis sie zerquetscht werden. Gopal Dayaneni nimmt dieses Bild, erweitert es allerdings um einige Wände und um fast sieben Milliarden Menschen: Er sieht in den Wänden die Vielheit miteinander verbundener, aber relativ autonomer Krisen, die sich zusammen ergänzen zu einer „Biokrise“: einer Lebenskrise der Menschheit. Im Bild gesprochen kaufen sich reiche Länder und die Eliten im Süden einen Platz in der Mitte des Müllkompressors. Damit gewinnen sie etwas Zeit. Aber nur etwas.

Währenddessen werden an den Wänden die ersten und mit der Zeit immer mehr Menschen zerquetscht. Dieser Vergleich ist sicher nicht übertrieben angesichts von allein hunderttausend Hungertoten täglich – es stimmt nur insofern nicht ganz, als diese sich leicht vermeiden ließen, und nicht nur Opfer der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern einfach des Wirtschaftssystems sind. Denn die meisten davon sterben ebenso in der globalen Krise wie in der weltweiten Hochkonjunktur.

Das Problem für diejenigen in der Mitte des Müllkompressors ist zunächst scheinbar nur, dass auch die Äußeren zur Mitte drängen – die „Zwangsmigration“. Mit diesem Begriff charakterisierte Badrul Alam, ein Teilnehmer der Handel-Macht-Klima-Karawane www.climatecaravan.org von den Protesten gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf zu den Protesten anlässlich des Klimagipfels in Kopenhagen Ende 2009, die Flucht wider Willen aufgrund der Folgen des Klimawandels in seinem Land.

Friederike HABERMANN
ist Volkswirtin, Historikerin, Dr. phil. der Politischen Wissenschaft und Autorin von u.a. „Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag“, Ulrike-Helmer-Verlag 2009.

Im Film wird zunächst versucht, mit einer großen Metallstange die Wände aufzuhalten – dabei ist diese Maschine ja gerade dafür da: Metall zu zerstören. Und schon der Physiker Albert Einstein mahnte uns: Man kann Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Die Metallstange entspricht den marktbasierenden Lösungen gegen den Klimawandel – denn diese brechen gerade nicht mit dem Zwang zum unendlichen Wachstum auf einer endlichen Erde. Sie versuchen, neue Wachstumsmärkte zu erschließen. Wer den AktivistInnen von den Bewegungen des Globalen Südens während der Handel-Macht-Klima-Karawane zuhörte, dem wurde deutlich: Die Entdeckung des Green New Deals durch den globalen Norden läuft in seinen einzelnen marktbasierenden „Lösungen“ für den Klimawandel erneut und immer wieder hinaus auf Enteignungen und Vertreibungen, Militarisierung und Kriege niedriger Intensität, Zerstörung lokaler Umwelten und damit Lebensgrundlagen sowie auf Hunger und Tod. Kurz: auf Klimakolonialismus.

Sie stellen zudem eine „End-of-pipe“-Politik dar, ganz parallel dazu wie Richard Wilkenson in seinem Vortrag betonte, dass viele der Maßnahmen von Sozialpolitik – zum Beispiel Gefängnisse – „End-of-pipe“-Politik bedeuten: Notmaßnahmen, die das vorher erst verursachte Übel wieder auffangen sollen. Mit dem Slogan „Handel Macht Klima“ wollten die AktivistInnen genau hierauf aufmerksam machen: Während in Genf Freihandel beschlossen werden sollte, war für Kopenhagen sozusagen die Implementierung der Luftfilter für den daraus resultierenden Dreck geplant gewesen. Denn natürlich verursacht der Freihandel Klimawandel: Nach Walden Bello reist das durchschnittliche Lebensmittel rund 2.000 km. Laut Raj Patel würde ein Hamburger 200 US-Dollar kosten, wenn alle externalisierten Folgen darin einberechnet würden. Diese Kosten entstehen durch den Klimawandel, durch Fast-Food-bedingte Krankheiten, durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Bodenschäden im Verlauf des Produktionsprozesses. Ray Anderson, CEO der weltweiten größten Produktionsfirma für Teppichboden beschreibt in dem Film „The Corporation“, wie entsetzt er war, als er verstand, „just how much stuff the earth has to produce to our extraction process to produce a dollar of revenue for our company“ Er zieht den Vergleich mit frühen Flugversuchen von hohen Klippen, als die Gesetze der Aerodynamik noch nicht berücksichtigt wurden. „That’s the way

our civilization is. The very high cliff represents the virtually unlimited resources we seemed to have when we began this journey. The craft isn’t flying because it is not built according to the laws of aerodynamics (...) And of course the ground is still a long way, but some people have seen that ground rushing up.“

Commons als Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Der free trade ist der wahre free rider, so drückt es Walden Bello aus, der Freihandel vernutzt unsere Commons. Commons heißen im Deutschen eigentlich Allmenden, doch ist dieser Begriff sehr auf die Weide begrenzt. Manchmal wird er auch mit Gemeingütern übersetzt, doch dies verleitet zum Glauben, es handele sich einfach um Gemeinschaftsbesitz. Auch die Verwechslung mit öffentlichen oder nicht-rivalen Gütern ist häufig. „Commons“ zeichnen sich aber nicht durch Eigenschaften im Gut selbst aus, sondern durch die Art und Weise der gemeinschaftlichen Nutzung. Auch unsere Umwelt und unser Klima sind für uns in der Regel Commons. In dem Fall des Hamburgers – und unserer Wirtschaftsweise überhaupt – kommt es zu einer Tragedy of the Commons, wie es Garrett Hardin in seinem immer wieder zitierten Aufsatz von 1968 beschrieben hat, aber nur, weil parallel eine Privatwirtschaft existiert, die erlaubt, die über den eigenen Bedarf angeeigneten Ressourcen in Geld zu verwandeln und als solches anzuhäufen.

Commons sind also unsere Gegenwart: Das zeigt das Hamburger-Beispiel. Commons sind auch unsere Vergangenheit, denn eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von Commons aufwiesen; da weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte impliziert waren. Und Commons können und sollten unsere Zukunft sein: Sie bilden die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften.

Waren in den 1970er Jahren Landkommunen typisch für alternative Wirtschaftsweisen, in den 1980ern der kollektive Betrieb eine Art Prototyp und hatten in den 1990er Jahren Tauschringe Hochkonjunktur, so sind bei den innerhalb der letzten Dekade entstandenen Ansätzen häufig Prinzipien zu erkennen, welche sich mit dem Begriff „Commonsbased Peerproduction“ charakterisieren lassen.

Mit dieser Bezeichnung wird zum einen daran angesetzt, dass erst der kollektive

Umgang mit einem Gut dieses zu einem Commons werden lässt. Hier lässt sich „Besitz statt Eigentum“ als Hauptmerkmal dieses „commoning“ fassen. Zum anderen stammt der Ausdruck „Peer Production“ aus der freien Software-Produktion und umfasst neben Commons die Prinzipien „teile, was du kannst“, „beitragen statt tauschen“ sowie Freiwilligkeit/Freie Kooperation. Diese Prinzipien seien im Folgenden kurz vorgestellt:

„Besitz statt Eigentum“: Nicht abstraktes Eigentum zählt, sondern wer was tatsächlich gebraucht. Beispielsweise kann nach diesem Prinzip niemandem eine Wohnung gehören, ohne selbst darin zu wohnen; und wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch. Für Wohnungen gilt dies tatsächlich in Kuba. Auch das überlieferte Prinzip von Tashunka Witko alias „Crazy Horse“, „Man verkauft nicht die Erde, auf welcher die Menschen wandeln“, entspricht diesem Denken – weshalb in einer Erklärung von indigenen Gemeinschaften zum WTO-Abkommen über geistiges Eigentum 1999 mit Bezug zur „Pachamama“, zur „Mutter Erde“, rhetorisch gefragt wird: „Kann ein Mensch seine Mutter besitzen?“ Ein offener Platz, der ohne Zugangsbeschränkungen für alle offen ist (wie der „Kiefern-hain“ in meinem Buch „Halbinseln gegen den Strom“), entspricht diesem Denken.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Dinge beziehen: Werkzeuge, Bücher oder die Bereitstellung freier Rechnerkapazität zu einem Supercomputer sind hierfür häufig gelebte Beispiele. Dies geht über in das zweite Prinzip: „Teile, was du kannst“. Neben Dingen können dies auch Fähigkeiten sein, wie unter anderem in Nutzungsgemeinschaften praktiziert, welche im Grunde Tauschringe ohne Aufrechnen darstellen.

Dies wiederum geht über in das Prinzip: „Beitragen statt Tauschen“: Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem herkömmlichen Tauschring immer noch der Fall ist, wird aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt – und nicht, weil jemand die Tauschwährung braucht, um diese wiederum in Tauschwaren zu verwandeln. Im Tauschring verbleibt zudem das Problem, nur in solchen Tätigkeiten nachgefragt zu werden, die mensch besonders beherrscht – wer aber besonders viel am Computer sitzt, weil sie damit recht gut ihre Brötchen verdienen kann, hat vielleicht wenig Lust, auch im Tauschring noch mal wieder Computerarbeiten anzubieten, sondern würde lieber Holz hacken – langsam

und schlecht, aber mit Spaß! Beim Prinzip „Beitragen statt Tauschen“ geht dies, denn dann ist es egal, wie lange sie braucht, so lange sie Lust dazu hat. Auch im schon erwähnten Kiefern-hain wird nicht gefragt, was jemand geleistet oder gezahlt hat, wenn sie dort wohnen, essen oder sich die Zähne putzen will.

„Beitragen statt tauschen“ geht über in die nächsten Prinzipien von Freiwilligkeit und freie Kooperation. Freiwilligkeit ist das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet; freie Kooperation beinhaltet sogenannte „forks“ – also die Trennung der Projekte statt des Zwanges, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner streiten zu müssen – mit möglichst geringen „Kosten“ für beide Seiten zu gewährleisten.

Diese Prinzipien können Koordinaten für eine politische Praxis sein. Durch ihre Form struktureller (und nicht zwangsweise persönlicher) Gemeinschaft verwirklichen sie, was ein Zitat aus dem Kommunistisches Manifest treffend umreißt: „Die Entwicklung des Einzelnen ist die Voraussetzung der Entwicklung aller.“ Verbunden mit der Bereitschaft, uns tatsächlich zu verändern, zu entwickeln in diesem Prozess, können sich hierdurch neue Welten ergeben.

Wer glaubt, solche kleinen Nischen könnten nie zu einer Umwälzung der Gesellschaft führen, lässt sich durch spektakuläre Revolutionsmomente der Geschichte blenden: Die Französische Revolution hätte nicht zur bürgerlichen Gesellschaft führen können, wenn nicht schon lange vorher kapitalistische „Keimformen“ im Feudalismus bestanden hätten. Auch der Vorwurf, solche Nischen dienten als gesellschaftliche Auffangnetze, verweist nur darauf, dass solche Keimformen eben durch diese „Doppelfunktion“ – in der jetzigen Gesellschaft und für eine zukünftige Gesellschaft – Chancen haben, sich auszubreiten.

Der Optimismus für diese Chancen liegt auch in dem, was Richard Wilkinson in seinem Vortrag feststellte: Wir sind alle „in the closet“ in dem Sinne, dass wir in unserem Inneren uns eine gerechtere Gesellschaft wünschen: Es fehlt uns nur das Coming-out. So wie, um in diesem Bild zu bleiben, schwule und lesbische Subkulturen wesentlich dafür sind, dass Menschen zu dieser Seite ihrer Identität finden, so sind auch „Halbinseln gegen den Strom“, Räume eines anderen Lebens und Wirtschaftens, wichtig dafür, dass es einmal eine große Coming-out-Party geben wird.

„Momente des Wandels“ – Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens

Rita TRATTNIGG

ist Politologin und arbeitet im
Lebensministerium als
Expertin für nachhaltige
Entwicklung; darüber hinaus
ist sie als Prozessbegleiterin/
Moderatorin und freie
Forscherin tätig.

Im Mittelpunkt der Initiative „Wachstum im Wandel“, die 2008 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (kurz: Lebensministerium) ins Leben gerufen wurde und als „Stakeholder-Dialog“ organisiert ist, steht die Frage danach, welches Wirtschaftswachstum langfristig ökologisch und sozial verträglich ist und welche Maßzahlen in Zukunft für die Messung von gesellschaftlichem Wohlstand und Lebensqualität zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) genutzt werden sollen. Dahinter steht auch der Wunsch nach einer krisenfesteren Ökonomie. Die Initiative ist im Kontext der vielfältigen Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene zu sehen, die das Ziel verfolgen, geeignete Indikatoren für die Messung von Wohlstand und Lebensqualität zu definieren und teils direkt, teils indirekt die Wachstumsfrage stellen (u.a. die „Beyond GDP“-Initiative der Europäischen Union, der Bericht der britischen Kommission für nachhaltige Entwicklung „Wohlstand ohne Wachstum?“ oder die „Stiglitz-Kommission“ im Auftrag des französischen Staatspräsidenten).

Im engeren Sinne sind an der Initiative „Wachstum im Wandel“ derzeit 15 Partner-Institutionen, darunter fünf Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, zwei Bundesländer, Institutionen der österreichischen Sozialpartnerschaft, die österreichische Nationalbank und andere Organisationen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt. Im weiteren Umfeld gibt es noch eine Vielzahl anderer engagierter AkteurInnen. Der Stakeholder-Dialog wurde 2008 mit kleineren Gesprächsrunden und Workshops begonnen, danach folgte die Veröffentlichung eines Buches zur Frage „Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“. Den bisherigen Höhepunkt der Initiative stellt die internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“ dar, die im Jänner 2010 mit rund 600 TeilnehmerInnen aus 15 verschiedenen Ländern in Wien stattfand. Der für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständige Bundesminister Niki Berlakovich sprach bei der Konferenz-Eröffnung davon, dass uns das Wachstum in den letzten Jahrzehnten viel an materiellem Wohlstand gebracht hätte, doch wäre der Beipackzettel mit den Nebenwir-

kungen des Wachstums wie beispielsweise Klimawandel, Verlust an Artenvielfalt oder Ressourcenverbrauch außer Acht gelassen worden. Das BIP alleine sei nicht das Maß aller Dinge und Wohlstand und Lebensqualität hätten auch noch andere Parameter, wie etwa eine intakte Umwelt. Abschließend forderte der Bundesminister eine neue Art des Wachstums ein – ein grünes, ressourcenschonendes, faires, sozial verträgliches Wachstum. Die Frage danach, welches Wachstum langfristig ökologisch und sozial verträglich ist, scheint nach der Konferenz „salonfähiger“ geworden zu sein. Präsentier als vorher ist auch die Frage danach, welche gesellschaftspolitischen Ziele uns – neben den viel klarer formulierten wirtschaftspolitischen Zielen – wichtig sind. Nicht nur in der „Nachhaltigkeits-Community“ wird klarer gesehen, dass es notwendig ist, sich intensiver mit makroökonomischen und „makropolitischen“ Fragen, wie der Funktionsweise des Wirtschaftssystems auseinanderzusetzen, um diesen wichtigen Schauplatz nicht den anderen zu überlassen.

Wie die Resonanz aus verschiedenen Teilen der Öffentlichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft usw. zeigt, haben wir es mit der Initiative „Wachstum im Wandel“ erreicht, das Wachstumsthema auf die Agenda zu setzen. Die Einsicht, dass ein immerwährendes, materielles Wachstum in einer Welt begrenzter natürlicher Ressourcen nicht möglich ist, gewinnt meiner Ansicht nach im Diskurs immer mehr an Boden und auch die Notwendigkeit, das BIP um weitere Indikatoren zu ergänzen, wird in den relevanten Institutionen, auch im Bundesministerium für Finanzen, stärker als bisher wahrgenommen. Interessant ist auch die Perspektive des Bundeskanzleramtes: Mit „Wachstum im Wandel“ sei es gelungen, das Nachhaltigkeitsthema aus dem Umwelteck herauszuholen und zu zeigen, welche Bandbreite an relevanten Themen im Konzept der nachhaltigen Entwicklung steckt – von Fragen des Wirtschafts- und Finanzsystems bis hin zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Es lassen sich immer mehr AkteurInnen und Institutionen dazu anregen, sich am Dialog zu beteiligen. Sehr aktiv zeigt sich die Sphäre der Zivilgesellschaft u.a. durch Veranstaltungen, Publikations- und Vor-

tragstätigkeit und Positionspapiere. Auch auf dieser Armutskonferenz“ wurde entlang dem Leitmotiv „Geld.Macht.Glücklich.“ die Wachstumsfrage direkt oder indirekt in einer Vielzahl von Vorträgen und Foren thematisiert. Eine Forderung geht in die Richtung, das „gute Leben für alle“ – statt Wachstum – als neue Zielperspektive zu definieren. Auch in Wirtschaftskreisen sind erste vorsichtige Versuche zu erkennen, die Wachstumsfrage zu thematisieren, auch wenn hier – wie überall – die Aktivitäten antagonistisch nebeneinander stehen: So gibt auf der einen Seite Anfang 2010 ein großer Energieversorger bekannt, dass er nach der Krise nun wieder auf den ursprünglichen Wachstumspfad zurückgekehrt sei, während sich einige engagierte UnternehmerInnen im Rahmen des sog. „Bad Blumauer Manifest“ Gedanken darüber machen, wie die Wirtschaft zu einem guten Leben für alle Menschen beitragen kann. Politisch interessant ist das „Update der Ökosozialen Marktwirtschaft“ 20 Jahre, nachdem die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft für Österreich vom damaligen Vizekanzler der Österreichischen Volkspartei Josef Riegler formuliert wurde. Der Bericht (2009) definiert „Mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen“ und qualitatives Wachstum als neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Zielperspektiven und fordert entsprechende politische Strategien zur Durchsetzung dieser Ziele. Der ehemalige EU-Kommissar und nunmehrige Präsident des Ökosozialen Forums Europa spricht in einem Zeitungskommentar anlässlich der Konferenz „Wachstum im Wandel“ davon, dass es durchaus möglich wäre, mit weniger Wirtschaftswachstum und dadurch weniger Ressourcenverbrauch ein Mehr an Lebensqualität zu erreichen (Der Standard, Jänner 2010). Offiziell wird vonseiten der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und Institut für Höhe Studien (IHS) ein rund 2%iges Wachstum u.a. für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen als erforderlich erachtet.

Der innerösterreichische Meinungsbildungsprozess zeigt auch nach außen Wirkung: So forderte Österreich – neben zahlreichen anderen EU-Mitgliedsstaaten – im Kontext der Neuformulierung der sog. „Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ eine Neuausrichtung des quantitativen Wachstumspfad der EU in Richtung „nachhaltig, grün, qualitativ und fair“. Die neue wirtschaftspolitische Strategie der EU „Europa 2020“ bleibt nun zwar bei Wachstum als zentraler Zielset-

zung, jedoch mit einem explizit anderen Fokus: Die Kursänderung geht in Richtung „intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum“ (KOM (2010) 2020). Österreich hat sich darüber hinaus dafür engagiert, dass das European Sustainable Development Network (ESDN) die Wachstumsfrage 2010 als Jahresthema wählt. In österreichischen EU-Positionen findet sich auch der Begriff der Lebensqualität wieder: In einem Bericht der österreichischen Bundesregierung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie (2007) heißt es etwa, dass es die Herausforderung an die Politik des 21. Jahrhunderts sein werde, angesichts der Grenzen des materiellen Wachstums ein qualitatives Wachstum zu ermöglichen. Der Begriff „Wohlstand“ solle weiter als nur aus der ökonomischen Perspektive gefasst werden. Voraussetzung dafür wäre, eine gesellschaftspolitische Diskussion zu beginnen, was ein „gutes Leben“ sei und wie wir als Gesellschaft leben und uns entwickeln wollen. In der österreichischen Position für die bereits erwähnte Europa-2020-Strategie fordert Österreich als übergeordnetes Ziel der EU „eine hohe Lebensqualität für alle BürgerInnen, heute und morgen“.

Fazit: Wachstum bleibt bis auf Weiteres die zentrale politische Zielsetzung und wichtigstes politisches Instrument. Was sich allerdings verändert hat, sind die möglichen Lesarten und Schwerpunktsetzungen. Es besteht ein erhöhtes Bewusstsein dafür, dass Wachstum nicht beliebig oder rein quantitativ angetrieben werden kann und dass jene Bereiche, die zukünftig wachsen sollen, sorgfältiger definiert werden müssen.

Die „Post-Wachstumsperspektive“ wird derzeit tendenziell weniger als Positiv-Szenario für eine andere Art des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens diskutiert, sondern wenn, dann als „Notfall-Variante“ oder notwendiges Wenn-Dann-Szenario gesehen. Zu sehr sind mit „Post-Wachstum“ Begriffe wie Verzicht oder Schrumpfung verbunden, die alles andere als attraktiv konnotiert sind. In diesem Sinne ist auch die Studie im Auftrag von drei Bundesministerien zu verstehen, die mittels makroökonomischer Modellierung Szenarien im Fall einer länger anhaltenden Wachstumsschwäche entwerfen soll (Beginn: Anfang 2010). Es soll dabei allerdings auch untersucht werden, welche positiven Auswirkungen ein solches Szenario hätte. Durch öffent-

Dieser Beitrag erscheint in leicht geänderter Fassung im Buch „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“, herausgegeben von Irmi Seidl und Angelika Zahrt im Metropolis Verlag, Marburg.

liche Aussagen einer Gruppe von rund 20 österreichischen ÖkonomInnen, die sich zum „Ökonomischen Wachstumsdialog“ formiert haben, wird klar, dass noch viel zu wenig Wissen darüber vorhanden ist, wie eine Wirtschaft mit geringem oder gar ohne Wachstum Arbeitsplätze schaffen, Armut beseitigen oder in Bildung und Pflege investieren und gleichzeitig die Klimaveränderung in erträglichen Bahnen halten könne (Der Standard, Dezember 2009). Andere Akteure, wie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und die Wirtschaftsuniversität Wien, sind bestrebt, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dahingehend zu intensivieren. Die Debatte über alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen jenseits des Wachstums wird vor allem von zivilgesellschaftlichen Think-Tanks, Plattformen, selbstorganisierten Communities, PionierInnen der solidarischen Ökonomie (z.B. Tauschkreise, Kooperativen, Regionalwährungen) und engagierten Gemeinden und Regionen in ganz Österreich vorangetrieben. Der Weg führt – frei nach Sigmund Freud – über ein Gefühl des „Unbehagens in der Kultur“ hin zu Projekten, die unter dem Motto „Nicht auf ‚oben‘ warten, sondern es einfach tun bzw. ausprobieren“ eine andere kulturelle Praxis vorzeigen. Sehr unterstützend, weil breitenwirksam sind alternative Medien und Dokumentarfilme von österreichischen, aber auch deutschen Filmemachern, die eine andere Welt (be-)greifbar machen.

Die Wachstumsfrage ist aus meiner Sicht ein „Vorstellungsproblem“. Die weitgehend fehlenden Vorstellungen und konkreten Bilder, wie eine Postwachstumsökonomie und -gesellschaft aussehen könnte und ob ein gutes Leben für alle, heute und morgen auch ohne Wachstum zu erreichen ist, machen meiner Meinung nach eine Abkehr schwierig. Die Politik braucht jedoch eine gewisse Sicherheit, um über die Brücke der Veränderung gehen zu können. Hier hat auch die „de-growth-Bewegung“ derzeit erst wenig anzubieten. Es zeichnet sich jedoch ab, dass im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zentrale Begriffe wie Arbeit, Verteilung und Leistung in der öffentlichen Debatte intensiver thematisiert werden. Auch die Wertediskussion wird über den Begriff der Lebensqualität (oder auch den Begriff des Glücks) angezogen.

Was die nächsten Schritte betrifft, so denke ich, dass es ein kollektives Innehalten und Nachdenken darüber bräuchte, ob „wir es so wollen, wie wir es uns als Gesellschaft eingerichtet haben“, wie es der Philosoph Peter Heintel von der Universität Klagenfurt formuliert. Gesellschaftliche Nachdenkprozesse sind essenziell, um überhaupt einmal auf die Idee zu kommen, dass es auch anders gehen könnte. Diese Prozesse zu initiieren und zu unterstützen, sehe ich als Aufgabe von Politik und Verwaltung. Der zweite Schritt beinhaltet zum einen Visionen, die Orientierung geben, wie etwa die von Bundesminister Niki Berlakovich formulierte Vision eines energieautarken Österreich und zum anderen konkrete Beispiele und Vorstellungen darüber, wie unser System ohne Wachstum funktionieren könnte. Der dritte Schritt besteht in der Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, um die transition, den Übergang hin zu einer anderen Wirtschafts- und Lebensweise zu erleichtern (z.B. massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr, in erneuerbare Energien, Änderungen im Steuersystem usw.).

Die Postwachstumsgesellschaft ist aus meiner Sicht ein kulturelles Projekt. Jetzt wären insbesondere die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften gefordert, in den Diskurs einzusteigen. Zusätzlich dazu sollte in den Wirtschaftswissenschaften an neuen, Ökonomie-Mainstream-fähigen makroökonomischen Modellen gearbeitet werden, die die „Grenzen des Wachstums“ in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Dazu zählt auch die Hinterfragung von ökonomischen Prämissen. Forschungsbedarf sehe ich auch hinsichtlich der Entwicklung von geeigneten Methoden, die es uns zukünftig besser ermöglichen sollen, gesellschaftliche Interessen kollektiv auszuhandeln.

Zusammenfassend würde ich meinen: Auch wenn das Alte in vielen Bereichen noch „fröhliche Urständ“ feiert, bahnt sich das Neue bereits seine Wege. Es zeigen sich viele „Momente des Wandels“, die abseits der politischen Wahrnehmung Bewegung erzeugen und den Boden für die politische Debatte aufbereiten. Die Initiative „Wachstum im Wandel“ wird mit verschiedenen Aktivitäten fortgeführt (Studien, Folge-Veranstaltungen, Stakeholder-Diskussionsrunden usw.).

Informationen rund um das Thema „Wachstum im Wandel“ (inkl. Konferenzdokumentation) finden sich auf: www.wachstumimwandel.at.

Trattnigg, Rita (2009): *Wachstum zukunftsfähig gestalten. Schauplätze und Akteure*. In: Hinterberger, Fritz et al. (2009): *Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium*. Mandelbaum Verlag: Wien.

Zukunftsdossier „Wirtschaften jenseits von Wachstum“, erstellt von der Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg (ist als pdf-download auf www.wachstumimwandel.at verfügbar).

Schmutzige Geschäfte? Systemlogik versus Regelverstoß.

Bankenkrise, Wirtschaftskriminalität und Korruption. Alles eine Frage der Gier? „Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital wach, 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; 100 Prozent, es stampft alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (Karl Marx) Diskussionsbeiträge über Moral, Recht und Geschäft.

Walter GEYER, Reinhard KREISSL

Korruption – das unbekannte Wesen

Viele reden über Korruption und aneinander vorbei. In denselben Topf geworfen werden Kürzel wie Hypo Alpe Adria, Skylink und Buwog, Postenschacher nach Parteizugehörigkeit, Schmiermittel zur Beschleunigung des Behördenapparats bei Baugenehmigungen, gesunde Geschäfte der Pharmaindustrie ebenso wie Lobbyistentätigkeit, zu deren Handwerkzeug großzügige Einladungen zu Festspielen und Jagden zählen, undurchsichtige Parteienfinanzierungen, Bestechung zur Auftragslerlangung und vieles andere mehr.

Korruption wird so zum Sammelbegriff für Unmoralisches und Unreelles, zu einem negativen Werturteil. Werturteile sind subjektiv und beliebig, sie hängen vom jeweiligen Standpunkt ab. Sozialhilfeempfänger stören die saftigen Gagen der Bankdirektoren, deren Spekulationsgeschäfte im positiven Fall zu fetten Bonuszahlungen, im negativen jedoch zu einem zwar bedauerlichen, aber leider unvermeidbaren Beitrag der Steuerzahler führen. Bankdirektoren orte einen Übelstand in der zu freizügigen Verteilung von Sozialleistungen an Personen, mit denen sie praktisch keinen Kontakt haben, es sei denn in Form ihrer nicht angemeldeten Reinigungskraft. Fest steht nur, korrupt sind stets die anderen, die eigene Grenzüberschreitung fällt nicht ins Gewicht. Sofern sie als solche überhaupt bezeichnet werden kann, erfolgt sie notgedrungen, unten dem Zwang der Umstände, um nicht benachteiligt zu sein, weil es angeblich alle so machen, gleichsam in moralischer Notwehr.

JuristInnen leben von Definitionen, Worten und Auslegungen. Was rechtswidrig ist, bestimmt das Gesetz. Lässt sich ein Sachverhalt keiner Verbotsnorm unterstellen, ist er erlaubt und rechtens. Insofern kommt einer Definition von Korruption wesentliche Bedeutung zu. Im Strafrecht findet sich keine, wer im Stichwortverzeichnis des Strafgesetzbuchs sucht, wird nicht fündig. Korruption ist kein rechtlicher Begriff, sondern ein soziologisch-kriminologischer. Die übliche Definition lautet: Befugnismissbrauch im Austausch gegen eine Vorteilszuwendung. Diese Definition ist zu eng, Korruption ist wohl auch Machtmissbrauch ohne Vorteilszuwendung („Freunderlwirtschaft“) sowie die Schmiergeldzahlung allein. Nicht nur, aber auch weil die Begriffsbestimmung so schwammig und ungenau, der Übergang von Unmoralischem zum Rechtswidrigen so fließend und breit ist, erweisen sich die juristischen Werkzeuge im viel beschworenen Kampf gegen die Korruption unangenehm stumpf.

Auch als Jurist kann man sich dem Thema Korruption von einer andern Seite nähern, gleichsam über den Tellerrand der Paragrafen schauen. Worin liegt eigentlich die Ursache von Korruption? Menschliches Verhalten gründet sich auf Eigenschaften und Bedürfnisse. Und auf äußere Bedingungen, die bestimmte Eigenschaften und Bedürfnisse fördern oder einschränken können. Die Eigenschaft, auf die sich Korruption zurückführen lässt, heißt Gier: Gier nach Geld, Gier nach Macht, Gier nach Einfluss, nach sozialem Ansehen oder Sexualität. Geld steht wohl an erster Stelle und umfasst den

Walter GEYER

ist Staatsanwalt und Leiter der Staatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung.

Rest. Reich sein heißt auch einflussreich zu sein, katapultiert automatisch in die oberen Zehntausend. Der Satz „Jeder ist korrupt“ stimmt nicht, weil niemand korrupt auf die Welt kommt, allerdings sind jeder/m diejenigen Eigenschaften mitgegeben, die zu Korruption führen können. Wie bei allen menschlichen Eigenschaften ist die Bandbreite sehr groß, sie erstreckt sich gleichsam von Mutter Theresa bis Adolf Hitler. Auch der Begriff Gier enthält ein negatives Werturteil. Vielleicht sollte man die Moral völlig beiseite lassen und entwicklungsgeschichtlich von einer Überlebensstrategie sprechen. Wer besser vorsorgt, hat bessere Überlebenschancen. Korruption als Folge des darwinistischen Anpassungsprozesses.

Daraus folgt zumindest zweierlei. Korruption ist keine Frage von arm oder reich oder des sozialen Status, lediglich die Begehungsmittel und Auswirkungen sind unterschiedlich, nicht nur zwischen schlecht bezahlten Beamten und Unternehmensführer. Unterentwickelte Länder praktizieren einfache Formen der Korruption, hochentwickelte komplizierte. Zweitens: Indem materieller Wohlstand mit Wohlbefinden, Sein mit Haben gleichgesetzt wird, Konsum, Wachstum und Reichtum als gesellschaftliche Paradigmen ebenso unbestritten akzeptiert sind wie das Auseinanderklaffen von Arbeit und Einkommen, gerät Korruption in ein unlösbares Spannungsfeld zwischen einer anerkannten, die menschliche Gier fördernden gesellschaftlicher Zielsetzung und dem moralischen Anspruch. Ihre Bekämpfung wird so zu einer besonderen Herausforderung oder verkümmert zum inhaltslosen Textbaustein politischer Rhetorik.

Außer durch eine besondere Schwamrigkeit des Begriffs und die Schwierigkeit einer halbwegs exakten juristischen Grenzziehung zeichnet sich Korruption für den Strafruristen durch eine weitere Besonderheit aus. Korruption ist ein sogenanntes Heimlichkeitsdelikt, scheinbar ein opferloses. Der Bestecher erhält, was er haben will, der Bestochene auch, beide machen sich strafbar und sind schon dadurch voneinander abhängig und erpressbar. Eine Hand wäscht die andere, bis beide klebrig sind. Während die Zahl an Banküberfällen in der Kriminalstatistik ziemlich genau abgebildet wird, weil praktisch jeder Überfall eine Anzeige nach sich zieht und dies auf viele andere Deliktsgruppen in ähnlicher Form zutrifft, gibt es in Korruptionsfällen keine Opfer, die sich an die

Behörden wenden. Gewöhnlich steht die Tat fest, ermittelt werden muss der Täter, bei Korruptionsdelikten stehen nicht einmal die Taten fest. Platzt, nicht selten durch Zufall, ein Skandal wie vor einigen Jahren die Visa-Affäre, dann wird schlagartig bewusst, dass selbst ein jahrelanger gewinnbringender Handel mit solchen behördlichen Entscheidungen ungestört funktionieren und geheim gehalten werden konnte. Ähnlich im Fall BAWAG, in dem abenteuerliche Finanztransaktionen erst ans Licht kamen, als eine Firma Refco in den USA in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Korruption findet im Dunklen statt, die Beteiligten verbindet das Gesetz des Schweigens.

Der Größe des Korruptionsschadens versuchen Studien und Schätzungen auf die Spur zu kommen. Bei aller Ungenauigkeit der Methoden: Er ist gewaltig. Die Summe an jährlichen Bestechungsgelder wird mit 1.000 Milliarden USD beziffert, davon 400 Mrd. USD im Zusammenhang mit öffentlichen Auftragsvergaben. Zwischen 35 und 40% der Entwicklungsgelder erreichen nicht ihr Ziel, allein für Österreich errechnet Prof. Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität in Linz den Korruptionsschaden mit jährlich € 22–24 Mrd. Das sollten gewichtige Gründe sein, um Korruptionsbekämpfung ernst zu nehmen. Welcher Platz könnte da dem Recht zukommen?

So penibel korrupte Vorgänge geheim gehalten und verschleiert werden, so schwierig gestaltet sich ihre Aufdeckung. Die üblichen kriminalpolizeilichen Methoden versagen, durch Fingerabdrücke oder DNA-Spuren ist noch kein Korruptionsfall geklärt worden. Bei Wirtschaftskorruption haben es die Behörden mit einer ganz anderen Täterpopulation zu tun, mit Spezialisten auf dem jeweiligen Gebiet, die sich der fachkundigen Unterstützung von Anwälten und Steuerberatern bedienen können. Im Nebel undurchsichtiger Unternehmensverflechtungen, einem Dickicht an Briefkastenfirmen und weltweiten Zahlungsströmen stoßen die Beamten bald an Grenzen, an denen sie scheitern oder, sofern rechtlich möglich, zum Vergleich greifen: Einige Millionen in die Staatskasse und die Ermittlungen werden eingestellt.

Heißt das, die Mitteln des Rechts versagen im Kampf gegen die Korruption, gegen die Macht der wirtschaftlichen Logik und die Gier des Menschen – die Welt ist halt

schlecht und da kann man nichts machen? Auch wenn niemand behaupten kann, er hätte das Patentrezept in der Tasche, so hat es auch hier die Gesellschaft in der Hand, durch rechtliche Maßnahmen die Wirklichkeit zu beeinflussen und zu verändern, Korruption zwar nicht abzuschaffen, aber zu erschweren, das Phänomen in die Schranken zu weisen, um seine Auswirkungen zu verringern. Dazu zählt alles, was Transparenz fördert und Verschleiern erschwert, weil Transparenz geradezu das Gegenteil von Korruption darstellt. Die Abschaffung anonymer Sparkonten war ein kleiner Schritt, die Lockerung des Bankgeheimnisses, das vornehmlich zum Zwecke der Steuerhinterziehung und Geldwäsche so hartnäckig verteidigt wird, wäre ein weiterer, Offshore- bzw. Briefkastenfirmen, die bei jedem Wirtschaftsskandal die Begleitmusik, mitunter die Hauptmelodie liefern, zu verbieten oder Zahlungen an sie als zu

versteuerndes Einkommen zu werten, ein weiterer besonders wichtiger, ebenso das Aufdecken korrupter Vorgänge durch Insider („Wistleblower“) zu fördern und ihnen den gleichen Schutz wie Informanten von Journalisten durch das Redaktionsgeheimnis zu gewähren, in korrupten Vorgängen Verfangenen die Möglichkeit des Ausstiegs zu eröffnen („Kronzeugenregelung“), Wirtschaftsprüfer von der finanziellen Leine der zu revidierenden Unternehmen zu entlassen, sie gleichzeitig zu einer Meldepflicht über bedenkliche Vorgänge zu verpflichten, vergleichbar mit derjenigen von Geldinstituten, und manches andere mehr. Die Liste möglicher Maßnahmen ist lang, ein durchschlagender Erfolg kann von einer einzelnen nicht erwartet werden, von der Summe jedoch ein beträchtlicher, jedenfalls mehr als – um in das Copyright eines österreichischen Staatsmannes einzugreifen – vom „üblichen Gesudere“.

Bemerkungen zu der Frage, ob und wie das moderne staatliche Recht sich des Themas Korruption annehmen kann.

Korruption ist wie der berühmte Pudding, den man an die Wand nageln möchte. Je mehr man sich mit Korruption beschäftigt, um so deutlicher wird, dass

(1) korruptives Verhalten tief in die Logik des Wirtschaftssystems eingelassen ist und zusammenhängend damit

(2) die genaue Bestimmung oder Abgrenzung von korruptem und legalem Verhalten sich nicht ohne eine erhebliche Grauzone bewerkstelligen lässt.

Ich will daher auch gar nicht versuchen, eine Begriffsdefinition oder soziologische Einsichten über Korruption zu präsentieren, sondern ein paar Bemerkungen zu der Frage machen, ob und wie das moderne staatliche Recht sich dieses Themas annehmen kann.

Recht ist eingebettet in kulturelle Traditionen. Im Recht spiegeln sich bestimmte kulturelle Wertvorstellungen einer Gesellschaft.

Solche Vorstellungen können sich ändern und das Recht reagiert meist mit einer gewissen Verzögerung darauf. Das führt dann zu Reformen, die bestimmte Verhaltensweisen, Verhältnisse, Beziehungen oder Strukturen entweder legalisieren oder illegalisieren.

Klassische Beispiele bieten etwa die Familie und die rechtlichen Regelungen, die sich auf sie beziehen: Das alte Modell der patriarchalischen Familie verliert in modernen Gesellschaften an Bedeutung und das spiegelt sich irgendwann im Recht wider, beispielsweise in den Unterhalts- und Scheidungsregelungen. Ähnliches lässt sich am Beispiel des Sexualstrafrechts zeigen: Hier wurde z.B. Homosexualität nach langen Kämpfen entkriminalisiert.

Es gibt bestimmte Bereiche, die emotional sehr aufgeladen sind, man denke etwa an den Bereich der Drogengesetzgebung, wo eine alte Forderung nach Legalisierung gegen moralische Bedenken der bekifften Gesellschaft ins Feld geführt wird und eine inzwischen auch von unverdächtigster Seite geforderte Entkriminalisierung nicht stattfindet.

Natürlich ändert sich das Recht nicht von selbst. Die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen versuchen, das Recht für ihre Ziele zu nutzen und betreiben entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. So ist es etwa der Frauenbewegung in Europa gelungen, den Tatbestand der Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand in den meisten Strafgesetzen zu etablieren.

Reinhard KREISSL

ist Soziologe am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie der Universität Wien.

Im Recht können so gewisse moralische Vorstellungen verankert werden. Das heißt aber noch nicht, dass alles, was rechtlich geboten oder verboten ist, auch wirklich vom Rechtssystem in der vom Gesetzgeber vorgesehenen Form bearbeitet wird oder vor den Gerichten landet und dort verhandelt wird. Erstens ist der Zugang zum Recht immer noch abhängig von den Möglichkeiten, die einer Person zur Verfügung stehen, von Bildung, Wissen und finanziellen Mitteln. Zweitens gibt es totes Recht und symbolische Gesetzgebung. Ein klassischer Fall hier ist die berüchtigte Regelung des § 129a im deutschen Strafgesetz, der „Werben und Unterstützen für eine terroristische Vereinigung“ unter Strafe stellte. Es gab große rechtspolitische Auseinandersetzungen um diese Regelungen, aber sie führte in der Praxis kaum zu Verurteilungen. Zwar gab es jede Menge Ermittlungsverfahren, aber letztlich kam es nicht zu Schuldsprüchen. Die meisten der Verfahren wurden eingestellt oder es kam gar nicht zur förmlichen Anklageerhebung.

Andere Beispiele sind das Umweltstrafrecht oder Bereiche des Wirtschaftsstrafrechts, bei denen komplexe Ermittlungen und diffizile Definitionsprobleme den einfachen Fortschritt der Justiz behindern können.

Im Hinblick auf die strafrechtliche Regelung von Korruption finden sich alle diese Probleme wieder.

Das Thema hat auf der gesellschaftlichen Tagesordnung eine gewisse Konjunktur. Aktivisten wie die von Transparency International erhalten in der öffentlichen Diskussion eine erhebliche Resonanz. Auch gelegentlich als Skandal angeprangerte Einzelfälle in den verschiedenen Ländern tun das Ihrige, um das Thema „am Kochen“ zu halten.

Allerdings sind dazu zwei Anmerkungen zu machen.

(1) Öffentliche Aufmerksamkeit ist ein knappes Gut. Das heißt, viele Moralunternehmer streiten sich um die Empörung des Publikums und die ist nur kurzfristig und nur begrenzt fokussierbar. Das heißt, Korruption muss als Thema gegen das Problem der Kampfhunde, des Kindesmissbrauchs und der Umweltverschmutzung antreten.

(2) Es wirkt auch in diesem Bereich der Mechanismus des Sündenbocks. Man hebt eine Figur oder ein Unternehmen aus der großen Masse heraus und stellt den oder die Entsprechenden an den Pranger, führt ein Ermittlungsverfahren durch und ver-

urteilt vielleicht sogar den einen oder anderen Verantwortlichen. Solche spektakulären Verfahren demonstrieren Aktivität und Aufmerksamkeit und – was das Wichtigste ist – sie lenken zugleich von allen anderen ab. Ein/e jede/r kann auf die Betroffenen mit dem Finger zeigen und sie als schwarze Schafe deklarieren: Seht her, solche gibt es auch. Aber Gott sei Dank, sind wir nicht so wie jene.

Das heißt – auch das ein wichtiger Wirkmechanismus des Rechts –, es geht nicht so sehr um die flächendeckende Aufdeckung von Fehlverhalten (da hätte die Justiz ganz andere Personalprobleme), sondern um die öffentlich wirksame Normverdeutlichung: Ein Fall wird angeklagt, um allen anderen zu zeigen: So geht es eigentlich nicht.

Typischerweise greifen Regelungen gegen Korruption, wenn sie denn greifen, eher im unteren Deliktsbereich. Es ist schwer genug, einen öffentlichen Bediensteten in einer Amtsstube der Korruption zu überführen, aber es ist immer noch leichter als der Nachweis von Korruption in den höheren Etagen internationaler Unternehmen. Dass auch das geht, hat der Fall der Firma Siemens in Deutschland gezeigt. An diesem Fall zeigt sich aber auch, wo die Grenzen der Ermittlung liegen. Letztlich haben die Angeschuldigten, Manager aus der obersten Etage des Konzerns, „freiwillig“ der Zahlung erheblicher Summen zugestimmt. Zu Verurteilungen kam es nur in ganz wenigen Fällen. Wollte man in einem weltweit tätigen Unternehmen wie Siemens einen Korruptionsverdacht wirklich bis zu einer halbwegs wasserdichten Anklageschrift durch ermitteln, würde das die Ressourcen der Justiz ebenso sprengen, wie den Horizont der meisten für die Anklagebehörde tätigen JuristInnen, die mit den Verästelungen des internationalen Geschäftsverkehrs nicht vertraut sind. Dementsprechend enden komplexe Wirtschaftsstrafverfahren oft mit einem sogenannten Deal, d.h. die Parteien einigen sich auf die Zahlung eines bestimmten Betrags, und dafür wird im Gegenzug das Verfahren dann eingestellt.

Ein weiterer Aspekt, der hier eine gewisse Rolle spielt, ist die Fähigkeit von Unternehmen, sich auf entsprechende Situationen einzustellen. Als in den Vereinigten Staaten vor Jahren die Unternehmenshaftung verschärft wurde und damit die Möglichkeit bestand, Vorstandsmitglieder haftbar zu machen, und zwar für Schäden, die durch das Handeln des Unternehmens entstanden, führten einige

Firmen dort eine neue Position in ihrem Board of Directors ein: Ein Platz in diesem Gremium wurde mit einer Person besetzt, die man sozusagen auf Vorrat hielt für den Fall, dass es zu einer Verurteilung kommen sollte. Diese Person ging dann, falls alle Stricke reißen sollten, für das Unternehmen ins Gefängnis.

Man könnte weitere Beispiele finden, wie es Organisationen gelingt, sich gegen den Zugriff des Rechts erfolgreich zu wehren und auf diese Art Praktiken beizubehalten, die nicht nur gegen das moralische Empfinden, sondern auch gegen die Gesetze verstoßen. Es gibt rechtssoziologische Analysen aus dem Bereich des Umweltstrafrechts, die zeigen, wie Definitionsspielräume genutzt werden, um aus Sondermüll ein Zwischenprodukt für die industrielle Weiterverarbeitung zu machen und damit etwa Exportverbote, Transport- und Lagerungsvorschriften zu umgehen.

Das Recht ist hier immer wie der Hase, der hinter dem Igel herläuft. Es kommt zu spät und meist bleibt das rechtliche Instrumentarium stumpf.

Regulatorisches Dilemma

Das ist kein befriedigender Befund, aber entspricht wohl in weiten Teilen der Realität. Man kann das beklagen oder versuchen, es ein wenig zu systematisieren.

In der Rechtssoziologie spricht man bei solchen Konstellationen von einem regulatorischen Trilemma, also einem Dilemma mit drei problematischen Optionen. Es kommen hier drei Bereiche ins Spiel, die jeweils ihrer eigenen Logik folgen: Das sind das Recht, die Politik und die gesellschaftlichen Bereiche, in denen die Politik versucht, mit den Mitteln des Rechts einen bestimmten Zustand herbeizuführen. Im Fall der Korruption also in erster Linie das Wirtschaftssystem. Das Problem ist nun, dass die drei Logiken oder Rationalitäten von Recht, Politik und Wirtschaft einander ins Gehege kommen und je nachdem, wer sich durchsetzt, kommt es zu bleibenden Schäden in den anderen Bereichen.

Ein aktuelles Beispiel für die problematische Funktionalisierung des Rechts durch die Politik ist das Asylrecht. Die mit seiner Anwendung befassten Juristen stöhnen, dass dieses Gesetz nicht mehr justizabel ist. Hier haben wir es mit einem Missbrauch des Rechts durch die Politik zu tun. Das Recht erleidet Strukturschäden.

Eine andere Konstellation ergibt sich, wenn mit den Mitteln des Rechts versucht wird, wirtschaftliche Prozesse zu steuern,

die einer völlig anderen Logik oder Rationalität folgen als das Recht. Hier können zwei Arten von Problemen auftreten: Entweder rechtliche Regelungen ersticken wirtschaftliche Prozesse. Man kennt die Klage über die Normenflut, die alle ökonomische Aktivität lähmt, oder das Recht wird nach Möglichkeit ignoriert, umgangen, umgebogen, behindert. Dann verliert es seine Wirkung. Das heißt dann – und dieser Befund gilt bedauerlicherweise auch im Bereich der rechtlichen Bekämpfung von Korruption –, man hat die Wahl zwischen handwerklich schlechten Gesetzen, in der Praxis mehr oder weniger wirkungslosen Regelungen oder einer Störung der Eigenlogik von wirtschaftlichen Prozessen. Alles keine sehr erbaulichen Perspektiven.

Die interessante Frage lautet dann natürlich: Wie kommt man aus dem Trilemma heraus? Eine richtig gute Lösung gibt es vermutlich nicht. Bestenfalls kann man darauf hoffen, dass man die Politik dazu bringt, über Gesetzes- bzw. Rechtsformate nachzudenken, durch die man die Akteure mehr oder weniger sanft nötigen kann, die Probleme im Rahmen ihrer Eigenlogik anzugehen. Beispiele dafür sind entsprechende Complainceregulungen, also Versuche, durch gesetzliche Vorgaben anzuregen, dass die Unternehmen qua Selbstverpflichtung dazu kommen, sich entsprechender Praktiken zu enthalten. Ob das funktioniert, ist allerdings eine offene Frage.

So bleibt einem am Ende nur die Wahl zwischen unbegründeter Hoffnung auf die segensreiche Kraft des Rechts oder die unerfreuliche Einsicht, dass die Wirtschaft in weiten Teilen ohnehin das tut, was ihre Profite optimiert, und sich um gesetzliche Regelungen entweder nicht schert oder dafür sorgt, dass sie so ausfallen, dass ihr kein Schaden entsteht.

Nichts gelernt?

Von der Weltwirtschaftskrise 1929 bis heute.

1929 platzte eine riesige Spekulationsblase, Banken krachten, Betriebe gingen unter, Massenarbeitslosigkeit, Faschismus und Krieg waren die Folge. 2007 ging im Casino nichts mehr, plötzlich stand die Weltwirtschaft vor dem Abgrund. Ist der Neoliberalismus am Ende oder wird das große Rad weitergedreht? Wer wird die Zeche zahlen? Was können wir aus der Krise lernen?

Peter EIGNER, Peter FLEISSNER, Helene SCHUBERTH

Parallelen und Unterschiede: Ein Vergleich der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit heute

Peter EIGNER

ist ao. Univ.-Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Habsburgermonarchie bzw. Österreichs 18.-20. Jh.; Wirtschafts- und Stadtentwicklung Wiens 18.-20. Jh.; Europäische Industrialisierungsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert.

Es gibt auffällige Parallelen zwischen den beiden Wirtschaftskrisen. Gleichzeitig stehen diesen Parallelen viele Unterschiede gegenüber, Unterschiede, was die Vorgeschichten der Krisen betrifft, Unterschiede, was die Bewältigungsstrategien betrifft, hoffentlich auch, was die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Folgen der Krise betrifft.

Die Weltwirtschaftskrise der 1930er erfasste erstmals sämtliche Wirtschaftsbeiriche, das zeigt ihr Ablauf: Sie begann 1926 als Krise der Agrarprodukte und Rohstoffe exportierenden Länder, mündete 1929 in eine Produktionskrise und in den New Yorker Börsenkrach, wuchs sich 1931 zu einer Finanz- und Währungskrise aus (dabei kam dem Zusammenbruch der CA im Mai 1931 eine wichtige Rolle zu), letztendlich folgte 1932 auch eine Krise des Außenhandels.

Für die Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit gibt es bis heute keine monokausale Erklärung!

Weitverbreitet ist die monetäre Interpretation: Neben einer Diskontzinsanhebung durch die Fed Mitte 1928, um der Spekulation auf dem Aktienmarkt entgegenzuwirken, wurde gleichzeitig der Zuwachs der Geldmenge begrenzt. Beides wird von monetaristischer Seite scharf kritisiert und für das Abgleiten in die Rezession verantwortlich gemacht.

Vorgeschichte der heutigen Wirtschaftskrise

Durch die extrem expansive Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank seit Mitte der 1990er wuchsen kreditfinanzierte Ausgaben von Investoren und Kon-

sumenten, die US-Wirtschaft erlebte einen kreditfinanzierten Boom (v.a. Vergabe von Immobilien-Krediten an sehr schlechte Schuldner – sog. subprime Kredite), Immobilien dienten als Besicherung. Dies zog eine Immobilienblase nach sich: Zwischen 2000 und 2006 erfolgte ein Anstieg der Immobilienpreise in USA um 126%.

Auslöser der Krise war dann der Verfall der Immobilienpreise. Es kam zu Abschreibungen bei Banken, der Markt brach zusammen. Die Banken mussten dramatische Wertberichtigungen zulasten ihres Eigenkapitals vornehmen, dadurch sank die Bereitschaft der Banken, sich gegenseitig Kredit zu gewähren. Im September 2008 kam es zur Pleite von Lehman Brothers.

Je mehr die Eigenkapitaldecke schrumpfte, umso mehr reduzierten die Banken die Kreditvergabe. Damit geriet die Realwirtschaft in Finanzierungsschwierigkeiten. Zugleich verminderte der Verfall der Wertpapierpreise das Vermögen der privaten Haushalte, was eine Verschlechterung des Konsumklimas nach sich zog. Die Finanzkrise wurde zu einer weltweiten Wirtschaftskrise.

Parallelen

Rascher Rückgang der Immobilienpreise in USA, massiver Rückgang der Aktienpreise, starker Rückgang des Welthandels, rasche Auswirkungen auf Realwirtschaft.

Die Debatten ähneln einander, ein häufig vorgebrachtes Argument dabei weist auf die Schwächen in der Regulierung und der Aufsicht von Finanzmärkten hin. Insbesondere bei gegenwärtiger Krise wurden bestehende Regulierungen (Basel II) über außerbilanzielle Geschäfte unterlaufen.

Unterschiede

Andere Chronologie: In der momentanen Krise ging eine Bankenkrise dem wirtschaftlichen Einbruch voraus, in der Zwischenkriegszeit kam es zur Bankenkrise erst nach knapp zwei Jahren.

Auf der Ebene der Gesamtwirtschaft ist oft die Rede davon, dass die Einbrüche heute nicht so dramatisch seien, die Befunde sind jedoch uneinheitlich und widersprüchlich: Ein Vergleich stößt aufgrund unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen an Grenzen. Der Rückgang der Industrieproduktion in den USA seit Mitte 2008 ist ähnlich wie ab Mitte 1929, in Deutschland sogar stärker, aber der Anteil der Industrie an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung ist deutlich geringer als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der 1930er. Das Welthandelsvolumen ist stärker zurückgegangen als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise; auch die Kursverluste an Aktienmärkten waren zunächst (bis Februar 2009) stärker, danach gab es aber eine Erholung.

Was die Entwicklung der Verbraucherpreise anlangt, gibt es aktuell keine Deflation, generell kann die monetäre Entwicklung weltweit als expansiv bezeichnet werden.

Größter Unterschied besteht in Bewältigungsstrategien: Auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er wurde zu spät reagiert, während gegenwärtig sehr rasche Reaktionen in Form von Konjunkturprogrammen erfolgten und keine protektionistischen Maßnahmen getroffen wurden.

In den 1930ern kam es zu einem Zusammentreffen von ängstlicher Unsicherheit sowohl der Konsumenten wie der Investoren nach der Börsenkrise. Reagiert wurde mit einem policy mix aus kontraktiver Geld- und Fiskalpolitik und Protektionismus. Das Rezept in den 30er Jahren lautete Deflationspolitik.

Heute zeichnet sich keine Deflation ab, es werden die Geldmengen erhöht und die Zinsen gesenkt, die Staatshaushalte ausgeweitet und Wirtschaftsprotektionismus verhindert. Heute pumpen die Zentralbanken und Staaten Geld in die Wirtschaft, eine höhere Staatsverschuldung wird in Kauf genommen, um durch öffentliche Investitionen oder Konsumanreize die Wirtschaft anzukurbeln, allerdings bestehen Zweifel an der Nachhaltigkeit der Konjunkturpakete.

Vor allem die strikte Geldpolitik war bestimmend für den Verlauf der Weltwirtschaftskrise in den 1930ern. Eine wichtige Lehre, die man daraus gezogen hat: Man ist sich der großen Bedeutung einer Politik zur Stabilisierung der Finanzmärkte und der ausreichenden Rekapitalisierung der Banken zur Wiederherstellung einer ausreichenden Kreditversorgung von Unternehmen und privaten Haushalten bewusst.

Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hat zu einer gesellschaftspolitischen Radikalisierung beigetragen, die zu einer der Ursachen des Zweiten Weltkriegs wurde.

Heute ist das wirtschaftliche Ausgangsniveau höher, die sozialen Sicherungssysteme sind besser, die Industrieproduktion hat insgesamt nicht mehr so eine große Bedeutung. Allerdings muss in Entwicklungs- und Schwellenländern mit einer Zunahme sozialer Notlagen gerechnet werden.

Hatten wir es damals mit durchwegs sehr jungen, instabilen Demokratien zu tun, verfügen die politischen Systeme heute über mehr Stabilität.

Von Sozialstaaten konnte in den 1920er und 30er Jahren noch keine Rede sein. Heute wird die Krise mit den Instrumentarien von Sozialstaaten abgefedert. Denken wir an die horrenden Arbeitslosenzahlen der 1930er, von denen wir doch noch weit entfernt sind, denken wir daran, dass Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren in Österreich sehr rasch bedeutete, ausgesteuert zu sein, ohne Arbeitslosenunterstützung auskommen zu müssen.

Heute gingen viele Unternehmen zunächst zur Kurzarbeit als erste Krisenreaktion über. Eine Gefahr besteht darin, dass aus Kurzarbeit schnell Arbeitslosigkeit werden kann.

Damit mischen sich in meine optimistische Einschätzung hinsichtlich der Reaktionen auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise bzw. Auswirkungen der Krise auch leise Zweifel, so ist davon auszugehen, und da braucht man kein Prophet zu sein, je länger die wirtschaftliche Depression dauert, umso nachhaltiger werden die gesellschaftlichen Veränderungen sein.

Effektivierung und Humanisierung im Zeitalter der globalen Krise

Peter FLEISSNER

ist Sozialkybernetiker, Arbeitswerttheoretiker und war tätig an der TU Wien: Lehrstuhl für Sozialkybernetik am Institut für Gestaltungs- und Entwicklungsforschung. Derzeit arbeitet er als freier Konsulent für die Österreichische Arbeiterkammer und entwickelt langfristige mathematische ökonomisch-ökologische Modelle in Projekten des Umweltministeriums und der IIASA. Er ist Vorsitzender des Vereins transform!at <http://transform.or.at>.

Um zu bestimmen, in welcher Zeit wir leben, benötigen wir Maßstäbe, nach denen sich unsere Gesellschaft beurteilen lässt. Es werden zwei Kriterien dazu vorgeschlagen: der Stand der Effektivierung und der Humanisierung. Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich hat schon seit zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass die Reichen reicher, und die Armen viel ärmer wurden. In der Krise wächst die Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslose werden mehr. Die Investitionstätigkeit geht zurück oder stagniert, die Exporte brechen ein. Kredite werden teurer oder gar nicht erhältlich. Die Schuldenfalle schnappt zu. Die Staatsschuld, die durch Bankenrettungspakete und Konjunkturprogramme stark zugenommen hat, muss in Zukunft bedient werden. Die Zinsen für die Staatsschuld steigen, der politische Spielraum für politische Geschenke, aber auch für soziale Reformen verengt sich. Die Haushalte der österreichischen Gemeinden geraten verstärkt unter Druck. Die Steuerlast wird wachsen. Grundsätzlichere Maßnahmen sollten angedacht werden, wie etwa ein Moratorium für die Rückzahlung der Schulden des öffentlichen Sektors. Eine Sozialisierung der Banken in der EU könnte die Staatsschulden stark reduzieren, dadurch verteilungspolitische Spielräume eröffnen und soziale Reformen ermöglichen (wie z.B. ein Bedingungsloses Grundeinkommen).

1. Zwei Maßstäbe für das Niveau gesellschaftlicher Entwicklung

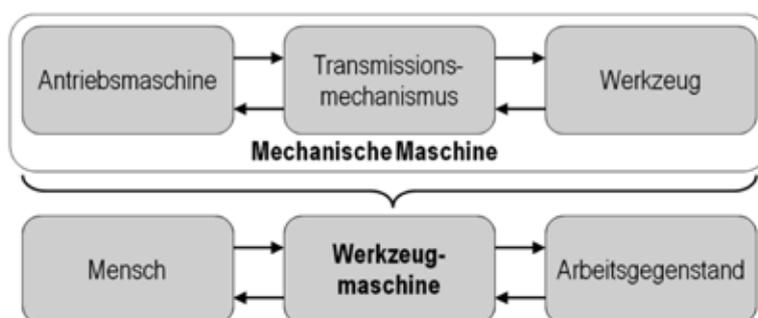
1.1 Effektivierung

Steigerung der Virtuosität der Menschen im Umgang mit (erster und zweiter) Natur durch

- Steigerung der Produktivität der Arbeit durch kumulative Übertragung menschlicher Arbeits(teil)funktionen auf die Maschinerie und organisatorischen Fortschritt
-> Arbeitsweise wird verändert
 - Innovationen, die die Lebensweise der Menschen ändern können
 - Material- und energiesparende Innovationen, umweltverträglich
 - Ausweitung technischer Wirkprinzipien (Prozessinnovationen)
 - Ausweitung der konsumfähigen Güter und Leistungen (Produktinnovationen)
- > Lebensweise wird verändert

Welche Maschinerie kommt zum Einsatz, um die Effektivierung technisch voranzutreiben?

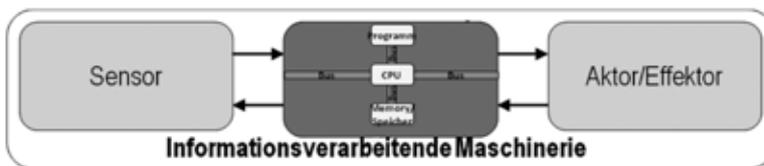
Mit der Industriellen Revolution tritt die Werkzeugmaschine, eine mechanische Maschine, als Leittechnologie auf. Sie besteht aus Antriebsmaschine, Transmissionsmechanismus und dem Werkzeug. Die Werkzeugmaschine übernimmt Energieaufbringung, -übertragung und Werkzeugführung anstelle von Menschen oder Tieren. Damit beginnt das Zeitalter der Mechanisierung.



Mit dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution entsteht um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine neue Leittechnologie, die informationsverarbeitende Maschinerie. Sie übernimmt zusätzlich zur mechanischen Maschine weitere menschliche (Teil-) Tätigkeiten:

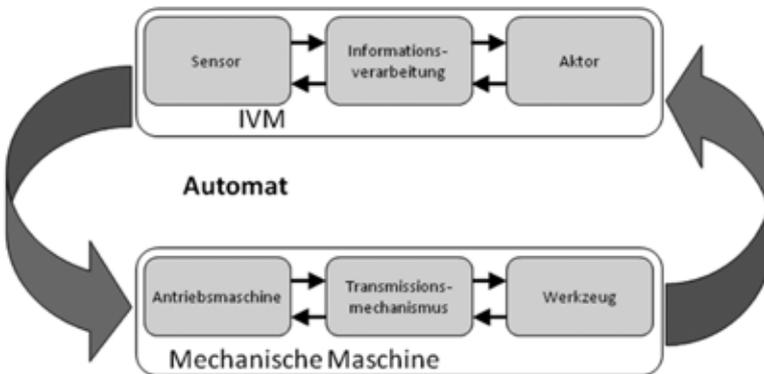
- Wahrnehmung (Sensor; Mikrofon, Tastatur, Kamera ...),
- Entscheiden (durch Relais, Elektronenröhren, Transistoren, integrierte Schaltungen, Mikroprozessoren plus Programm wird die Informationsverarbeitung realisiert)
- Vergegenständlichung der Entscheidungen (Schalter, Bildschirmanzeige, Indikatoren, Ausdruck)

und verschiebt die Arbeitstätigkeiten von körperlicher Arbeit in Richtung Planung, Vorbereitung und Programmierung der Produktion.



Drei Anwendungsarten der informationsverarbeitenden Maschinerie:

- als stand-alone Gerät
- als Automat (in Kombination mit der mechanischen Maschine). Die Automatisierung steigert die Produktivität der Arbeit, ermöglicht die Herstellung von Gütern unter Bedingungen, die für Menschen unzumutbar oder gesundheitsschädigend sind. Die Produktion kann schneller vor sich gehen und in kleineren Maßstäben (Miniaturisierung)
- Vernetzung (Internet und Mobilkommunikation)



1.2 Humanisierung

ist die Herausbildung des allseitig entwickelten Individuums in Frieden und Freiheit durch wechselseitige Hilfe auf Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung.

- Notwendigkeit der Herausbildung der ganzen Menschheit als dem handlungsfähigen Subjekt der Geschichte, letztlich durch bewusste und demokratisch-partizipative Gestaltung der einzelnen Gesellschaften vor dem Hintergrund einer intakten Biosphäre
- Zunehmende Globalisierung erzeugt Migrationsströme: Notwendigkeit der Entwicklung von nachhaltigen Formen menschlichen Zusammenlebens (mit gesetzlicher Unterstützung)

1.3 Mögliche Wechselwirkungen von Effektivierung und Humanisierung

- Effektivierung auf Kosten der Humanisierung (Kapitalismus als Beispiel)
 - Mangelnde Humanisierung führt zu verlangsamter Effektivierung
- Humanisierung ohne Effektivierung (Sozialismus als Beispiel)
 - Mangelnde Effektivierung zerstört Humanisierungsmöglichkeiten

=> gesucht ist eine Gesellschaft, in der Effektivierung zugunsten Humanisierung möglich wird

2. Krise, Humanisierung und Effektivierung

2.1 Kennzeichen der gegenwärtigen Krise

Die Krise ist multiple Krise – Megakrise – in verschiedenen Bereichen und weltweit ausgelöst durch das Platzen der Immobilienblase in den USA (aber auch in Spanien, Irland, Bulgarien etc.)

- globale Finanzkrise, zunächst im Banken- und Kreditsystem und bei Finanzdienstleistern, Kapitalvernichtung im Ausmaß von 4.000 Mrd. \$
- greift auf die Realwirtschaft über
- Außenhandel bricht stark ein (für Deutschland besonders schwer zu verdauen, Österreich in seinem Sog)
- Transport und Kommunikationssystem stark betroffen
- schwerste Rezession seit zweitem Weltkrieg (abgesehen von der Transformation ehem. sozialistischer Länder in den 90er Jahren)
- Wachstumseinbrüche der Industrieproduktion von 10–20%, tiefe und mehrere Jahre dauernde Depression möglich
- Staatsverschuldung nimmt sprunghaft zu (z.B. Island, Griechenland)
- Steuerzahler werden zur Kasse gebeten

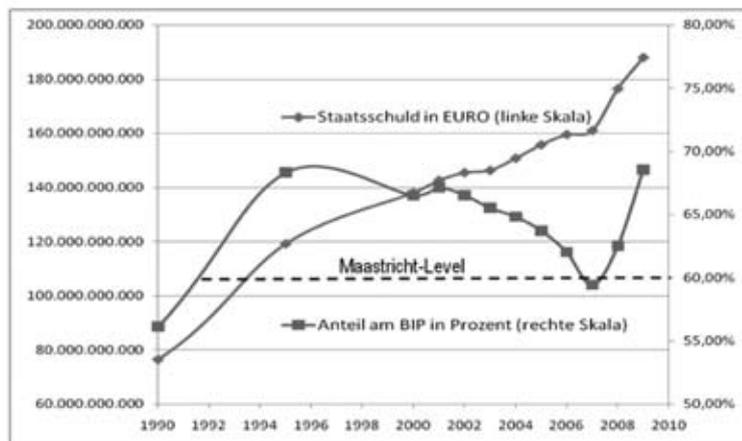
2.2 Krisensymptome in Österreich

Prozentuelle Veränderungen 2009 gegenüber 2008

	Quartal		
	erstes	zweites	drittes
Effektivierung wird verlangsamt, Investitionen:	-18%	-22%	-16%
Brutto-Betriebsüberschuss+SEK:	-12%	-14%	-7%
Exporte:	-19%	-21%	-14%
BIP:	-5%	-5%	-3%
Staatsverschuldung: (siehe folgende Grafik), Humanisierung bleibt auf der Strecke:			
Lohneinkommen:	+3%	+1%	+1%
Konsum:	-1%	+1%	+1%

Arbeitslosigkeit: 3. Quartal: +39%_m, +19%_f; Langzeitarbeitslosigkeit: 1/09->1/10: +43%

2.3 Krise verlagert sich auf erhöhte Staatsschulden und auf Finanzierungsprobleme der Gemeinden



Staatsverschuldung in Österreich 1990–2009

2.4 Was tun, damit nicht wir die Krise bezahlen müssen?

Vorschläge (nach zunehmendem Radikalitätsgrad geordnet):

- Regierungsvorschlag 22/2/2010: Bankensteuer in Österreich: 0,07–1% auf die Bilanzsumme = ca. 0,5 Mrd. EUR ab Anfang 2011
- auch auf Versicherungen und Investmentfonds?
- strengere Kapitalvorschriften
- zusätzliche Sicherungseinrichtungen für die Sparer
- stärkere Risikopuffer gegen neue Finanzkrisen
- Trennung der Banken in Geschäftsbanken und Investmentbanken
- Moratorium für Zinszahlungen für die Staatsschuld (7,7 Mrd. EUR)
- Bedingungen für Privatkonkurse erleichtern
- Gewinnverbot
- Sozialisierung der Banken

Die gesamte Präsentation kann von <http://peter.fleissner.org/Transform/Armutskonferenz2010.ppt> heruntergeladen werden.

Nichts gelernt? Von der Weltwirtschaftskrise 1929 bis heute

Einleitung

Bis zum Herbst 2008 wurde die Finanzkrise oft einzig als Problem der USA gesehen, das auch dort gelöst werden müsse, oder aber als Problem jener Banken in Europa, die sich in staatsnahem Eigentum befinden. Die niedrigen Zinsen in den USA und die unermessliche Gier der Manager, aber auch der Arbeitslosen, die sich ein kreditfinanziertes Eigenheim zugelegt haben, hätten die Welt in eine globale Spielhölle verwandelt. Diese simple Sicht der Welt sollte damals den Grundstein dafür legen, dass sie so bleiben könne, wie sie ist. Regulierungsvorschläge in Europa beschränkten sich auf die Forderung nach Mäßigung, nach mehr Eigenverantwortung, Transparenz und einer besseren Koordinierung der Aufsicht. Auch wurde an der Entkoppelungsthese festgehalten; die europäische Konjunktur könne sich – angesichts der guten Ertragslage der Unternehmen – von der US-amerikanischen Konjunktur abkoppeln.

Mit der Insolvenz von Lehman Brothers hat sich die öffentliche Debatte zu den Krisenursachen – wenn nicht schlagartig – so doch ein wenig geändert. Heute stehen diverse Regulierungsdefizite im Zentrum der Analyse und auch der Reforminitiativen. Damit im Zusammenhang lässt sich die These, Europa sei Opfer widriger Umstände, nicht mehr aufrechterhalten. Nichtsdestotrotz wird von vielen an der Opferthese nach wie vor festgehalten. Dabei wird die Chronologie der Ereignisse mit den eigentlichen Krisenursachen verwechselt. Mit der Dauer der Krise wurden nicht nur laufend neue Schwachstellen in der Finanzmarktregulierung offenbar, es zeigte sich auch die Fragilität des globalen Finanzsystems.

John Maynard Keynes meinte mit dem Blick auf die Moraldebatte, die es auch in den 1930er Jahren gegeben hat, es gäbe nichts Verheerenderes, als rationales Anlageverhalten in einer irrationalen Welt. Er wollte damals zum Ausdruck bringen, dass das Finanzsystem an sich inhärent instabil ist.

Makroökonomische Ungleichgewichte, Verteilung und Finanzkrise

In den Jahren vor Ausbruch der Krise haben sich die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte stark ausgeweitet. Jene Länder, deren Konsum das Sparen weit übertraf, verzeichneten hohe Leistungsbilanzdefizite, wie die USA, aber auch UK, Spanien oder Irland. Finanziert wurden diese Leistungsbilanzdefizite durch die hohen Ersparnisse der Überschussländer, wie Asiens oder Teile Europas (Deutschland, Österreich, Niederlande). Indirekt finanzierten damit China, Japan und Deutschland die Kredite für die Immobilienblase. Die starke und sich über viele Jahre aufbauende Passivierung der Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten hätte im Prinzip zu einer starken Abwertung des US-Dollar führen müssen. In der abrupten Abwertung des Dollars wurde in den letzten Jahren von vielen die eigentliche Gefahr für die Weltwirtschaft gesehen.¹ Dieser realwirtschaftliche Anpassungsmechanismus wurde jedoch längere Zeit unterbunden, da viele Schwellenländer in hohem Maß Dollarbestände ankauften, um eine handelspolitisch unerwünschte Aufwertung ihrer heimischen Währungen zu verhindern.

Die derzeit beobachtbare ungeordnete Korrektur der globalen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte bedeutet nun nicht nur eine deutliche Reduktion der Leistungsbilanzdefizite, sondern auch der Leistungsbilanzüberschüsse, was insbesondere die stark exportorientierten Länder, wie Österreich, hart trifft. Das exportgetriebene Wachstumsmodell, das Österreich verfolgte, indem im Wesentlichen über Lohndumping neue Exportmärkte erobert wurden, erweist sich als verhängnisvoll.

Bei der Betrachtung der globalen makroökonomischen Ungleichgewichte als eine der Krisenursachen wird ein wesentlicher Aspekt übersehen. Sowohl in den Überschussländern, als auch in den Defizitländern sanken bzw. stagnierten die Lohnquoten, die reale Lohnentwicklung konnte mit der Produktivitätsentwicklung nicht mithalten, die Einkommens- und insbesondere die Vermögensverteilung innerhalb der Länder ist ungleicher geworden. Die Überschussländer, in denen

Helene SCHUBERTH
ist Ökonomin und im Beirat für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM).

wegen Lohnzurückhaltung die heimische Nachfrage schwach ist, exportieren und finanzieren mit ihren Kapitalexporten die Kreditfinanzierung in den Defizitländern, in denen die Haushalte kreditfinanziert konsumieren, da ihr Einkommen zu gering ist, um die angebotenen Güter, Dienstleistungen und Immobilien überhaupt nachfragen zu können. Die zunehmende Lücke zwischen steigender Produktion und zurückbleibenden Einkommen wurde durch Kredite gedeckt, die es der Finanzindustrie zudem ermöglichten, über hohe Risikoaufschläge auf die zu zahlenden Zinssätze arme Haushalte zusätzlich zu belasten. Ein anderes Phänomen, das eng damit zusammenhängt, ist, dass der Finanzsektor in der Deregulierungsphase seit den 1980er Jahren zunehmend Renten aus der realen Wirtschaft abgeschöpft hat. Im Durchschnitt der Jahre seit der Jahrtausendwende flossen in den USA 35% (zum Vergleich: 1980 waren es noch 7%) aller Unternehmensgewinne in den Finanzsektor, obwohl die Wertschöpfung bloß 7% des BIP betrug. James Tobin hat bereits in einer bemerkenswerten Rede im Jahr 1984 auf die ineffiziente Allokation von Ressourcen hingewiesen, die jeder Deregulierungsphase folge. Der Finanzsektor entziehe dem realen Sektor Ressourcen, die anderweitig effizienter eingesetzt werden könnten.

Eine Kehrseite weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte, aber auch der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen ist, dass sich zwischen 2000 und 2007 das Weltanlagevermögen auf etwa 200 Billionen Dollar verdoppelt hat und 2007 das 3,6-Fache des Weltsozialprodukts betrug (McKinsey 2008). Dieses Vermögen ist hoch konzentriert. Vor der Finanzkrise besaßen 2% der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte hatte hingegen nur 1% des Vermögens.² Reiche bleiben auch nach der Finanzkrise reich. Im Frühjahr 2009, als die Vermögenspreise ihren Tiefpunkt erreicht hatten, war zu lesen, dass die Milliardäre weltweit etwa 30% ihres Vermögens eingebüßt haben. Mit dem seitdem zu verzeichnenden Aufschwung an den Finanzmärkten, der durch historisch einzigartige staatliche Hilfen der SteuerzahlerInnen an den Finanzsektor erst ermöglicht wurde, haben sich diese Verluste bedeutend reduziert und bei manchen gar in Gewinne gedreht. Die Wohlhabendsten gehen aus Finanzkrisen oft gestärkt her-

vor. Eine Reform der Weltfinanzarchitektur darf sich nicht nur auf die Reform der Regulierung beschränken, sondern muss auch die Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung adressieren. Dies ist auch ein wesentliches Anliegen von Jean-Paul Fitoussi und Joseph Stiglitz, die argumentieren, dass die aktuelle Weltwirtschaftskrise ihre strukturelle Ursache in der seit den 1980er Jahren ungleicher werdenden Einkommensverteilung habe.

Die überaus hohe Einkommens- und Vermögensungleichheit war auch eine Ursache der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre (Galbraith 2005). Im New Deal wurden daher Steuerreformen eingeleitet, wobei die Spitzensteuersätze nicht nur gegenüber den 1920er Jahren bedeutend höher waren, sondern auch nach heutigen Maßstäben. Der Spitzeneinkommenssteuersatz wurde in der ersten Amtszeit Roosevelts auf 63% und in der zweiten auf 79% angehoben. Der Spitzenerbschaftssteuersatz stieg von 20 auf 45, dann auf 60, später auf 70 und schließlich auf 77%. Die durchschnittliche Bundessteuer auf Unternehmensgewinne stieg von weniger als 14% im Jahr 1929 sukzessive auf über 45% im Jahr 1955. Diese Reformen verfehlten ihr Ziel nicht. Während 1929 die wohlhabendsten 1% der US-Amerikaner über 40% des Vermögens verfügten, sank dieser Anteil auf unter 25%. Während das oberste 1 Promille gar über 20% des Vermögens verfügte, waren dies später nur mehr etwa 10%. Ein großer Teil des Einkommens und Vermögens der Reichen wurde durch den New Deal weggesteuert, wobei dies in der neoliberalen Phase wieder rückgängig gemacht wurde. Kein Wunder, so Krugman, „dass Franklin D. Roosevelt als ein Verräter seiner Klasse galt“.

Politökonomische Faktoren

Finanzkrisen sind systemisch und treten in der Regel nach exzessiven Deregulierungsphasen auf. Seit Ende der 1970er Jahre hat sich deren Häufigkeit und Intensität erhöht (Rogoff und Reinhart 2009). Caprio et al. (2003) registrieren in einer Übersicht seither weltweit an die 120 systemische Finanzkrisen, die allerdings in der Regel global begrenzt blieben und überwiegend arme und Schwellenländer getroffen haben. Den Forderungen nach umfassender Regulierung des Weltfinanzsystems, wie sie etwa nach der Asienkrise Ende der 1990er Jahre oder nach dem beinahe Zusammenbruch des Hedge Fonds

LTCM im Jahr 1998 erhoben wurden, wurde stets mit dem Argument begegnet, Finanzmärkte seien grundsätzlich effizient und stabil, auftretende Probleme seien Ausdruck zu geringer Transparenz. Lange wurde versucht, dieses Argument auch nach dieser Krise aufrechtzuerhalten, seit der Lehman-Pleite allerdings weniger erfolgreich.

Trotz zahlreicher Krisen wurde im letzten Jahrzehnt der Deregulierungsprozess weiter vorangetrieben, parallel dazu wurde die Überwachungs- und Empfehlungsintensität (z.B. des Financial Stability Forum) erhöht; in einigen Bereichen konnte auch eine pro-marktorientierte Re-regulierung (Basel II) beobachtet werden (Redak 2006).

Ein umfassendes Verständnis der Ursachen der Finanzkrise bedarf der Analyse politökonomischer Einflussfaktoren. Die staatlichen Bürokratien haben sich zunehmend aus der Regulierung zurückgezogen, diese Funktion wurde an unabhängige Institutionen delegiert und auch an die Finanzindustrie selbst, der sowohl bei den Prinzipien der Regulierung, als auch bei deren Umsetzung immer mehr Einfluss eingeräumt wurde. Ein Entdemokratisierungsprozess in der Finanzmarktregulierung setzte ein. Parallel dazu setzte sich das angelsächsische Selbstregulierungsmodell durch, die Aufsichtsinstanzen und Regierungen haben oft im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Finanzplatzes laxere Regulierung nicht verhindert, toleriert oder gar vorangetrieben („regulatory capture“), wie durch zahlreiche Deregulierungsschritte dokumentiert (Mooslechner et al. 2006). Die nach wie vor nationale Orientierung der Regulierung eines global agierenden Marktes, die regulatorische Arbitrage ermöglichte, hat den Deregulierungswettbewerb begünstigt.

Wie lässt sich nun „regulatory capture“ erklären? Dieses Phänomen, das ein globales ist, tritt in drei Formen zumeist simultan auf, wobei deren relative Bedeutung regional unterschiedlich ist:

Kontrollierter Betrug: Der Ökonom, Kriminologe und frühere Bankenaufseher William K. Black entwickelte am Beispiel der Savings and Loan Crises in den USA der 1980er Jahre das Konzept des „kontrollierten Betrugs“ („Control Fraud“), ein Konzept, das er in einem bemerkenswerten Interview auf die Subprime Krise anwendet.³ Demnach machte bereits im

Jahr 2004 das FBI die damalige Regierung auf Betrugsfälle am US-amerikanischen Hypothekenmarkt aufmerksam, ohne dass diese mit der Anordnung einer Untersuchung reagiert hätte. Die Ratingagenturen hätten wider besseres Wissen die oft von ihnen gemeinsam mit den Banken entwickelten strukturierten Produkte mit den besten Bonitätsnoten ausgezeichnet, ohne jemals die Bonität der KreditnehmerInnen geprüft zu haben. Die Folgen sind bekannt: Die strukturierten Produkte, besser bekannt als toxische Wertpapiere, wurden weltweit und insbesondere von europäischen Banken und Zweckgesellschaften in großem Umfang gekauft.

Stärkung des nationalen Finanzplatzes im globalen Wettbewerb: Wenngleich Betrug im Fall der Finanzkrise eine gewisse Rolle gespielt haben mag, so richtet sich heute die Empörung vieler gegen den Umstand, dass die zahlreich zutage getretenen unverantwortlichen Aktivitäten der Finanzindustrie im legalen Rahmen passiert sind. Ein Beispiel ist die von der Aufsicht tolerierte massenhafte Auslagerung von Aktivitäten in Zweckgesellschaften, die vielfach nur dazu diente, regulatorische Eigenmittelvorschriften zu umgehen. Man hat der angelsächsischen Selbstregulierungskraft des Marktes vertraut, die als Ersatz für effektive Regulierung gesehen wurde. Grund dafür mag der Wunsch gewesen sein, den nationalen Finanzplatz im globalen Wettbewerb zu stärken.

Regulatory capture by the knowledge base: Hätten sich die Bürokratien mit Fragen der Finanzmarktstabilität kritisch auseinandergesetzt und die zahlreichen historischen Erfahrungen mit Finanzkrisen aufmerksam studiert, so hätten sie der Finanzindustrie niemals so viel Macht eingeräumt und das Weltfinanzsystem schon längst reguliert. Diese häufig zu findende idealisierte Darstellung des Staates als wohlwollender Planer („benevolent planner“) ignoriert zwar die politökonomischen Prozesse der vergangenen Jahrzehnte, trägt aber einen wahren Kern in sich. Das Wissen über Finanzmärkte ist in den staatlichen Bürokratien teilweise verloren gegangen, da Aufsicht an die Finanzindustrie und an teilweise unabhängigen Aufsichtsinstanzen delegiert wurde. An die Stelle des Staates traten staatlich-private Netzwerke: unabhängige Finanzmarktaufsichtsbehörden, Experten und auch Vertreter der Finanzindustrie. Es entstand eine Struktur, in der sich nationalstaatliche und internationale, halbstaat-

liche und private Netzwerke überlagern, und die, wie der Politikwissenschaftler Phil Cerny sagt, den im Mittelalter üblichen Herrschaftsformen nicht unähnlich ist. In diesen auch als epistemische Netzwerke bezeichnete Gremien hat die herrschende Ökonomie, die die Effizienzmarkthypothese vertritt, wie sonst in keinem anderen wirtschaftspolitischen Bereich einen großen Einfluss; Finanzmarktregulierung und Ökonomie sind eine unheilvolle Allianz eingegangen.

Resümee

Die derzeit diskutierten Regulierungsinitiativen lassen sich, da sie sich vielfach noch im Konsultationsstadium befinden, nicht abschließend beurteilen. Es zeigt sich allerdings, dass die systemischen und strukturellen Ursachen der Finanzkrise keineswegs adressiert werden. Ohne Änderung des politökonomischen Systems, ohne neue Weltfinanzordnung, ohne zügige und effiziente Regulierungsreform, die jedes Instrument, jede Finanzinstitution und jede Region der Welt umfasst, werden wir in einigen Jahren die nächste Katastrophe erleben. Eine Rückkehr zum Status quo ante, wie er sich in vielen Bereichen abzeichnet, wäre fatal.

1) Siehe IMF (2005), World Economic Outlook. April 2005.

2) McKinsey (2008), Mapping Global Capital Markets. Fifth Annual Report, October 2008.

3) www.pbs.org/moyers/journal/04032009/watch.html.

Literatur:

Caprio, G. and D. Klingenstein (2003), *Episodes of systemic and borderline financial crises*. January 2003, World Bank.

Fitoussi, Jean-Paul and Joseph Stiglitz (2009), *The Shadow GN*: The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World*, Observatoire Français des Conjonctures Économiques, Document de Travail. <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>.

Galbraith, John K. (2005), *Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, finanzbuchverlag, München 2005*.

Hellwig, Martin, (2008), *Systemic Risk in the Financial Sector: An Analysis of the Subprime-Mortgage Financial Crisis*, Working Paper Series of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods 2008 43, Max Planck Institute for Research on Collective Goods.

Krugman, Paul (2008), *The Conscience of a Liberal*. Frankfurt/New York 2008.

McKinsey (2008), *Mapping Global Capital Markets*. Fifth Annual Report, October 2008.

Mooslechner, Peter, Helene Schuberth and Beat Weber (eds.), *The Political Economy of Financial Market Regulation. The Dynamics of Inclusion and Exclusion*, Cheltenham 2006.

Piketty, Emmanuel and Thomas Saez (2006), *The Evolution of Top Incomes – A historical and international Perspective*, NBER Working Papers No. 11955.

Redak, Vanessa (2006), *Risks, Ratings and Regulation: Toward a Reorganization of Credit via Basel II?*. In: Mooslechner, Peter, Helene Schuberth and Beat Weber (eds.), *The Political Economy of Financial Market Regulation. The Dynamics of Inclusion and Exclusion*, Cheltenham.

Reinhard, Carmen M. and Kenneth S. Rogoff (2009), *The Aftermath of Financial Crises*, Paper prepared for presentation at the American Economic Association meetings in San Francisco, January 3, 2009.

Tobin, James (1984), *On the Efficiency of the Financial System*, Lloyd's Bank Review.



ARMUTSGRENZE – Grenzen sichtbar machen, Grenzen überwinden.

2010 ist Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Mit der Kampagne „Armutsgrenze“ setzt die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ österreichweit ein starkes, visuelles Zeichen.

Die Teilhabe am kulturellen Leben ist ein Grundrecht. Kultur ist jedoch für viele Menschen Luxus und ein Kulturbesuch nicht leistbar.

Mit dem Kulturpass der Aktion Hunger auf Kunst und Kultur können die Grenzen zu mehr als 450 Kulturpartnern österreichweit überwunden werden.

Die ersten „Armutsgrenzen“ waren am 6. Mai 2010 in Wien (MuseumsQuartier Wien), Salzburg (beim Biobäcker Itzlinger & Toi Haus) und Graz (vor dem Landhaus) sichtbar.

www.hungeraufkunstundkultur.at

Weniger Konsum, mehr Lebensqualität? Vom un/freiwilligen Verzicht.

„Weniger Konsum, mehr Lebensqualität“. Was den einen Credo für ökologische nachhaltige Lebensweise sein mag, klingt in den Ohren von Menschen mit Armutserfahrungen schnell zynisch. Konsumzurückhaltung, etwa beim Erwerb neuer Kleider oder Elektrogeräte, aber auch im Hinblick auf das Aufdrehen der Heizung, bei Flugreisen und Ausflügen im eigenen PKW bekommt hier eine völlig andere Bedeutung. Statt der Entscheidung Supermarkt oder Bioladen gilt es zu überlegen, wie lange die Schlange vor dem Sozialmarkt heute wohl ist. Das Nachdenken über die ökologischen Konsequenzen des Berg- und Skitourismus weicht der Sorge über die soziale Ausgrenzung der eigenen Kinder, die aus finanziellen Gründen nicht am Schulausflug teilnehmen können. Muss die viel zitierte „Politik mit dem Einkaufskorb“ also zwangsläufig an der Ebbe im Geldbörserl scheitern? Oder kann und soll es gelingen – nach dem Motto der Geizhalsbewegung „Besser leben mit weniger Geld“ – aus der Not eine Tugend zu – machen? Welche Rahmenbedingungen prägen Konsumkultur und -politik? Wie müsste Konsumismus-Kritik formuliert werden, wenn Armutserfahrungen, wachsende soziale Ungleichheit und ökologisches Ungleichgewicht sinnvoll miteinander verknüpft werden sollen? Welche politischen Konsequenzen wären daraus zu ziehen?

Andrea ELLMEIER, Ferdinand HERNDLER, Robert MISIK

Shopping gestern: „Politik mit der Einkaufstasche“ Konsum als politische Praxis

Andrea ELLMEIER

ist Historikerin und Kulturwissenschaftlerin und derzeit Koordinatorin für Frauenförderung und Gender Studies an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien/mdw. Forschungsschwerpunkte: kultureller und künstlerischer Arbeitsmarkt, KonsumentInnen-geschichte, Cultural Diversity, Europäische Kulturpolitik(en).

Ein Blick zurück in die Geschichte des Konsumierens, der Konsumentinnen und Konsumenten: eine wenig erforschte Alltagspraxis.

War, historisch gesehen, Shopping und Konsum ein politisches Thema?

Ja und Nein.

... **ja**, weil beispielsweise die 1920er Jahre – um nur ein Beispiel herauszugreifen – in Österreich eine Zeit der ausgeprägten Politisierung von Alltagspraktiken waren. Politik war omnipräsent, die österreichische Republik noch sehr jung und der Kampf zwischen Schwarz (Christlich-Sozialen) und Rot (Sozialdemokratie) voll im Gange. So verwundert es nicht, dass auch die Einkaufsorte den unterschiedlichen Ideologien zugeordnet wurden und auf diese Weise (auch) zu Symbolen der politischen Gesinnung wurden: Die Arbeiterinnen gingen in den Konsumverein (Konsumgenossenschaft), die (klein-)bürgerlichen Frauen zum „Greißler ums Eck“ des (überwiegend) christlich-sozialen Detailhandels einkaufen und die Deutschnationalen forderten bereits bald nach dem Ersten Weltkrieg „Kauf nur in arischen Geschäften!“. Die Politisierung des weib-

lichen Geschlechts, das ja erst seit 1919 wählen durfte, lief u.a. tatsächlich über das Einkaufen.

... **nein**, weil das Einkaufen von der – damals hieß es noch – „hohen“ – Politik lange nicht als politische Aktivität im engeren Sinne angesehen wurde, Einkaufen gemeinhin als banaler, ganz alltäglicher Akt galt, der keiner weiteren politischen Analyse bedürfte. Aber es gab Ausnahmen, darunter waren die (klassenbewussten) Konsumgenossenschaften, die bürgerlichen Frauenvereine, die auf diese Weise Hausarbeit in wirtschaftlichen Zusammenhängen sichtbarer machen wollten. Die feministische Forschung hat oft auf den Tatbestand hingewiesen, dass es sich bei historischen Konsumfragen um die Einschätzung und Bewertung von großteils Frauen zugewiesener unbezahlter (Haus-)Arbeit handelt. In der allgemeinen wirtschaftspolitischen Literatur wurde hingegen meist unhinterfragt davon ausgegangen, dass Einkaufen eine bis in die 1970er/1980er Jahre vorwiegend vom weiblichen Geschlecht verrichtete (Haus-)Arbeit war. In der einschlägigen Literatur wurde zudem einfach angenommen, dass ca. 80 Prozent der Haushaltseinkäufe durch Frauen erledigt würden.

Auffallend ist, dass „Einkaufen“ zwar Frauen (vor allem von GenossenschaftlerInnen, von der Frauenbewegung, von Frauengruppen, nach 1945 auch von christlich-sozialen Politikern), kaum aber Männern als politisches Thema nahe- bzw. sogar „ans Herz“ gelegt wurde. (Abb.1) Das deutet auf eine massive Wirksamkeit von wenig reflektierten männlich und weiblich segregierten Aktivitätssphären, die den bürgerlichen Geschlechterordnungs-idealen nachempfunden waren, hin.

Öffentlichkeit versus Privatheit oder: Einkaufen ist u.a. auch Arbeit
(für sich und andere)

Das für die gesellschaftliche Grundhaltung (Ideologie) des Bürgertums wichtige Ideal der Trennung zwischen öffentlichem und privaten Bereichen (Trennung von Erwerbs- und Hausarbeit) hatte weitreichende Folgen für die gesellschaftliche wie auch monetäre Bewertung von da und dort verrichteten Tätigkeiten: zum „offiziellen“ wirtschaftlichen Geschehen zählt nämlich schwarz auf weiß letztlich nur die Arbeit, die gegen Bezahlung verrichtet wird. Verrichtete, aber nicht entlohnte Arbeit wird NICHT zum „Bruttoinlandsprodukt“ gezählt, kommt in der offiziellen Wirtschaftsbilanz eines Landes nicht vor. So kommt es, dass nicht entlohnte Hausarbeit zwar für die Versorgung und das Wohlergehen von Familienmitgliedern unabdingbar notwendig ist, trotzdem aber Arbeiten wie Kochen, Putzen, Kinder und Alte betreuen und versorgen, wenn sie nicht entlohnt werden, auch nicht als Arbeit angesehen werden müssen, jedenfalls denjenigen, die sie verrichten, keine erkennliche Entgeltung bzw. soziale Absicherung „einbringen“ (weder aktuell noch als Pensionsvorsorge!).

„Deine Einkaufstasche verändert die Welt“

Mit dem Slogan „deine Einkaufstasche verändert die Welt“ versuchten der Sozialdemokratie nahestehende bzw. sozialdemokratische konsumgenossenschaftliche Funktionärinnen wie Emmy Freundlich² das Einkaufen als politische Handlung zu interpretieren, wollten dadurch diesen Alltagsbereich auch politisieren – was teilweise ja auch gelang, aber fast nie zum Vorteil bzw. Nutzen der Einkaufenden. Es war die Idee eines größeren Ganzen – der Sozialismus –, der hier die handelnden Personen motivieren sollte. Emmy Freundlich war Gründerin und Sprecherin der konsumgenossenschaftlichen



Abb. 1:
Aus „Der freie Genossenschaftler“, 26. Jg. (1928), Nr. 3, S. 1

Frauenorganisation (1912) und sie setzte – im Unterschied zu geschlechterpolitisch egalitärer eingestellten Genossinnen – dezidiert auf „frauenspezifische“, „softere“ Bewerbung von Politik. Die konsumgenossenschaftlichen Funktionäre – unter ihnen gab es nur wenige Funktionärinnen – versuchten ihre Klientel – die Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen – also davon zu überzeugen, dass sie als Frauen der Arbeiterbewegung und nicht etwa als Mitglied der Genossenschaft (Mitglieder waren meistens die Familienvorstände und das waren die nicht einkaufenden Männer)

Abb. 2: Frauen, kommt in die Konsumvereine!
Für Haushalt und Heim,
1. Jg. (1929), Nr. 7, S. 1



dazu verpflichtet seien, durch ihren Einkauf im genossenschaftlichen Konsumverein zu einer sozialistischen Veränderung der Welt, zur „Humanisierung“ des Kapitalismus beizutragen. (vgl. Abb. 2) Kamen nun die Arbeiterfrauen, die Arbeiterinnen diesem konsumgenossenschaftlichen Angebot nicht nach, ging es manchmal sogar so weit, dass in der sozialdemokratischen Presse die sog. Dolchstoßlegende aktiviert wurde. Die Legende besagt, dass das eigene Verhalten – in diesem Fall der Einkauf beim lokalen Klassegegner, dem meist (aber nicht immer) christlich-sozial wählenden „Greißler ums Eck“ und dem dort üblichen „Anschreiben-Lassen ins Büchel“³ – den Anliegen der Arbeiterbewegung einen Dolchstoß zufügte (vgl. Abb. 3). So wurden einkaufende Arbeiterfrauen in konsumgenossenschaftlichen Printmedien und Beiträgen der sozialdemokratischen Frauenpresse vielfach belehrt, gerügt, gemäßregelt, regelmentiert ... Einkäuferinnen, die wohl eher umworben werden hätten sollen, wurden angeklagt, die Ziele der Bewegung nicht hinreichend zu unterstützen. Die Konsumgenossenschaften verstanden sich neben der Partei und den (sozialdemokratischen) Gewerkschaften als dritte Säule der ArbeiterInnenbewegung und zählten neben der Arbeiterbank (gegründet 1923⁴) zum wirtschaftspolitischen Arm.

Einkaufen – die „Macht der Hausfrauen“?

... war ein in den 1950er Jahren viel beschworenes aber nie verwirklichtes Ideal, vor allem der (bürgerlichen) politischen Rhetorik. Der Höhepunkt dieser Ideologie der getrennten Machtsphären der bürgerlichen Geschlechtercharaktere (Karin Hausen) – des männlich Konnotierten (Öffentlichkeit, Erwerbsleben) und des weiblich Konnotierten (Privat(heit), Einkaufen) – lag in den westlich orientierten Staaten die 1950er Jahre. Die politische Integration von Frauen, die – von den 1950er Jahren aus gesehen – seit der Erringung des Wahlrechts im Jahr 1918 noch keine großen Fortschritte gemacht hatten, erfolgte unter anderem darüber, dass „Konsum“ und „Einkaufen“ von Wirtschaftspolitikern wie dem Christlich-Sozialen Ludwig Erhard in Sonntagsreden als „spezifische Macht der Hausfrauen“ verkauft wurde, derer sie (die Hausfrauen) sich nur mehr bewusst werden müssten, ja dann hätten sie es in der Hand, wirtschaftlich mehr mitzureden. Hausfrausein war damals (nach dem Zweiten Weltkrieg) ein für manche Frauen erst kürzlich erworbener „Status“ (so konn-

ten es sich die Arbeiterfamilien bzw. die Männer der Arbeiterbewegung – erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine verbesserten Lohnsituation, die Stärkung der Gewerkschaften – ja auch „leisten“, dass „ihre“ Frauen nicht mehr erwerbstätig sein mussten, sondern bei den Kindern zu Hause bleiben konnten: Damit wurde die kleinbürgerliche Adaption der bürgerlichen Geschlechtercharaktere in der Arbeiterklasse umgesetzt und gefeiert. Die sozialdemokratischen Funktionäre verfolgten diesen Kurs meist nicht). Mit dem eigenen Einkauf eine spezifische Wahl für eine spezifische Form des Einkaufens (Privathandel, genossenschaftliche Struktur der Distribution oder Direktabnahme bei ProduzentInnen) zu treffen, war weiterhin möglich. Nach 1945 expandierten durch die gute Entwicklung der Wirtschaft alle Formen der Warendistribution, nur die Direktabnahme ging zunächst einmal bis in die 1990er Jahre zurück – die modernen Einkaufsformen (Selbstbedienung, Supermarkt, Einkaufszentrum) entwickelten sich rasant und kein Stein blieb auf dem anderen.

Konsum als politische Praxis: Heute

In der Folge der sozialen Bewegungen nach 1968 kam es zu einer erneuten und erneuerten Politisierung des Einkaufens – diesmal in Richtung „grüner, umweltbewusster Konsum“, „zielgruppenspezifischer Konsum“ (Frauenläden) und „ethischer Konsum“ (Fairtrade). Und es waren wieder – wie überraschend! – überwiegend Frauen, die auf diese Weise angesprochen wurden und werden. Einkauf war und ist bis heute ein „softes“ Politisierungsfeld geblieben, gewann aber tatsächlich parallel zum wachsenden Männeranteil beim Einkaufen (heute wird von ca. 70–30 Frauen/Männeranteil beim Einkaufen ausgegangen) an Bedeutung⁵. Alternative Ökonomien wie Tauschringe, Kauf-nix-Tag, Recycling-kids etc. weisen darauf hin, dass fast alle Generationen die eine oder andere Art der Politisierung des Alltags via Konsum und Lebensstil in Szene setzen und auch leben.

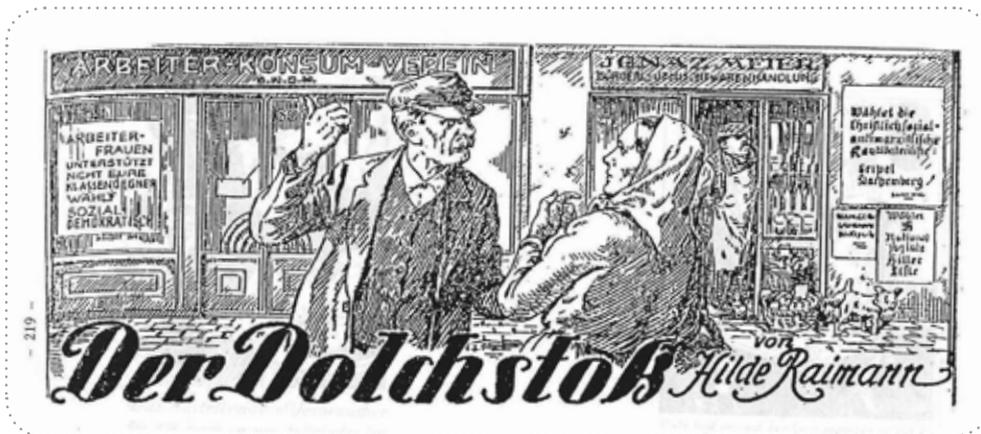


Abb. 3: Der sozialistische Arbeiter mahnt seine Frau. Sie soll im Konsumverein und nicht beim bürgerlichen Greißler einkaufen. Die Unzufriedene, 10. Jg. (1932), Nr. 13, S. 5

- 1) Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel ist die Sozialversicherungspflicht für die Betreuungsperson (meistens ist das eine Frau) ab Pflegestufe 3, d.h. dass dadurch (Ehe-)frauen eigenständige Pensionszeiten erwerben können.
- 2) Emmy Freundlich war unter den ersten neun Frauen (8 Sozialdemokratinnen, 1 Christlich-Soziale), die in Österreich im Jahr 1919 nach der ersten demokratischen Wahl in das österreichische Parlament einzziehen, 'durften'. Details nachzulesen bei: Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1918–1933, Wien 1995.
- 3) Eines der von den Konsumgenossenschaften verfolgten sieben genossenschaftlichen Grundprinzipien war neben dem Prinzip der politischen Neutralität und der demokratischen Entscheidungsfindung durch die Mitglieder das Prinzip des Barverkaufs. Dieser Barverkauf war aber teilweise für die Arbeiterfrauen schwer zu managen, weil zu wenig Bargeld vorhanden war. Die Idee der Konsumgenossenschaften besagte aber andererseits wiederum, dass die verlässliche Einzahlung der Mitgliedsbeiträge wie auch die Barzahlung der Einkaufenden die Zahlungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften garantieren könnten. Mit dieser Barzahlung war aber auch ein spezifisches Rabattsystem verbunden: 1 bis 3 Prozent des jährlichen Bareinkaufs (je nach Ertragslage) wurde refundiert, die Arbeiterfrauen sprachen von ihrem „Körpergeld“, das ihnen allein gehörte. Die Einkaufenden sollten damit auch zur Barzahlung *e r z o g e n*, wie sie auch durch dieses Anreizsystem motiviert werden sollten, nicht mehr so oft beim lokalen Greißler „anschreiben“ zu lassen.
- 4) Nach 1945 wurde die Arbeiterbank in „Bank für Arbeit und Wirtschaft“ (BAWAG) umbenannt, die Konsumgenossenschaften waren neben der Gewerkschaft deren Eigentümer. Die österreichischen Konsumgenossenschaften gingen im Jahr 1995 in Konkurs und die BAWAG fusionierte 2005 mit der PSK, kam 2006 in Turbulenzen, woraufhin die Gewerkschaft ihre Anteile an den US-amerikanische Investmentgesellschaft Cerberus verkaufte.
- 5) Das Einkaufen gehört zu den Hausarbeiten, die von Männern noch relativ häufiger ausgeübt werden. (Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Zeitverwendung 1992/1981. Ergebnisse des Mikrozensus März–Sept. 1992.

Literatur:

- Andrea Ellmeier, „Konsum als politische Praxis“, in: Gertraud Diendorfer, Gerhard Jagschitz, Oliver Rathkolb (Hg.), *Zeitgeschichte im Wandel*. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, Innsbruck/Wien/Bozen 1998, 248–255.
- Dies., „Handel mit der Zukunft. Zur Geschlechterpolitik der Konsumgenossenschaften“, in: *L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft*, Heft 1/1995.
- Dies., „Mr Keynes und Mrs Consumer“. *Der vergessene Sozialpartner „Konsument und die gendered dimension“*, in: *Geschichte des Konsumierens*, Hg. Susanne Breuss und Franz Eder, Innsbruck/Wien/München 2006, 233–256.
- Karin Hausen, *Die Polarisierung der „Geschlechtercharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben*, in: Werner Conze (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart 1976, 363–393.

Schulden in Österreich

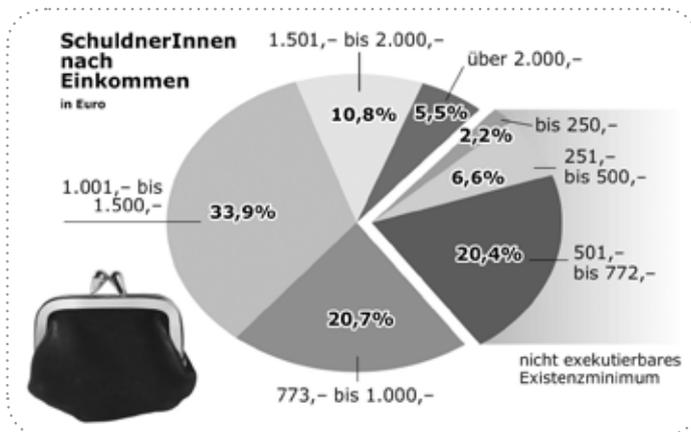
Cornelia AUER und **Michaela MOSER** sind MitarbeiterInnen der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen asb und fassen hier den Vortrag von **Ferdinand HERNDLER** (Schuldner-Hilfe/Linz) zusammen; ergänzt um aktuelles Zahlenmaterial zu Schulden in Österreich.

52.613 Personen fanden im Jahr 2009 österreichweit in den staatlich anerkannten Schuldenberatungen Hilfe und Unterstützung. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 74.473 Euro (siehe Grafik rechts unten), wobei insgesamt etwa 60% mit weniger als 50.000 Euro verschuldet sind.

Arbeitslosigkeit und Einkommensverschlechterung haben als zentrale Gründe für Überschuldung deutlich zugenommen: 27,3% der 2009 Erstberatenen nannten etwa Kurzarbeit, Jobverlust durch Unternehmensinsolvenz oder Wegfall des PartnerInnen-Einkommens als Grund für ihre Schuldenprobleme.

Schulden und Einkommen

Rund 29% der KlientInnen der Schuldenberatungen und damit 6% mehr als im Vorjahr verdienen unter dem (nicht exekutierbaren) Existenzminimum, das 2009 bei 772 Euro lag. Eine Schuldensanierung gestaltet sich dadurch oft schwierig. Die Grafik links unten zeigt die weitere Einkommensverteilung der SchuldnerInnen.



Sicht der Schuldenberatungen notwendige Novellierung des Privatkonkursrechtes, das aktuell noch viele Betroffene ausgrenzt, ist bislang ausgeblieben.

EU-SILC Sondermodul „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung in Österreich“

Im Rahmen der EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa wurde 2008 erstmals ein Sondermodul zu Überschuldung durchgeführt. Den Ergebnissen zufolge lebt rund die Hälfte der österreichischen Bevölkerung in Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten, vor allem für Wohnraum.

Als wesentlicher Indikator zur finanziellen Ausgrenzung in Österreich wurde im Rahmen der EU-SILC-Befragung der (fehlende) Zugang zu einem Bankkonto gewählt. Insgesamt 150.000 Personen in Österreich (ca. 2%) verfügen über kein Konto im Haushalt. Der Großteil davon ist

Höhe der Schulden

Durchschnittverschuldung in Euro



über 65 Jahre alt, aber auch Personen mit sehr geringem Einkommen und MigrantenInnen sind besonders betroffen. Ohne Konto kommt es zu vielen Benachteiligungen im Alltag, etwa beim Empfang von Einkünften.

Schulden und Arbeitslosigkeit

Etwa ein Drittel der Erstberatenen 2009 war von Arbeitslosigkeit betroffen. Insgesamt sind Arbeitslose in der Schuldenberatung mehr als acht Mal häufiger vertreten als in der Gesamtbevölkerung, der Anteil der Arbeitslosen ist damit gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozentpunkte gestiegen. Nur etwa die Hälfte der KlientInnen der Schuldenberatungen (48,8%) ist erwerbstätig.

Geringes Einkommen behindert oft auch die Möglichkeit einer Schuldenregulierung und erschwert damit auch die Reintegration in den Arbeitsmarkt. Die aus

Quelle:
asb schuldenreport 2010

Unfreiwilliger Konsumverzicht

Einkaufen, shoppen und konsumieren ist nicht nur eine beliebte Freizeitbeschäftigung und Ausdruck eines selbst gewählten Lebensstils, sondern für viele eine Frage der Existenz.

Ethik in der Wirtschaft ist „in“, ebenso der „bewusste Konsument“. Die Qual der Wahl bei jenen Menschen, von denen dabei die Rede ist, liegt meist irgendwo zwischen Diskonter, Bio- oder Fairtradeladen.

Personen, die unter der Armutsgrenze leben, ein sehr geringes Einkommen oder Schulden haben, sind jedoch häufig von der Teilnahme am Markt über den Einkauf gänzlich ausgeschlossen: „Ohne Moos nix los“ ist hier die Realität.

Das Thema ist mit Tabus behaftet und persönliche Scham führt dazu, dass man sich niemandem wirklich anvertraut. Alternativen und Lösungsmöglichkeiten werden somit eingeschränkt, der Druck wächst.

Schnell verbreitet sich ein Gefühl von Ohnmacht und spontane Befreiungsschläge daraus führen zu wenig durchdachten Kaufentscheidungen, welche die Lage im Börserl sogar noch verschlimmern.

Statussymbole und der Wunsch, dazugehören zu wollen, sind dabei besonders treibende Kräfte.

Kein Geld ausgeben zu können wirkt sich ebenso auf soziale Beziehungen in allen Lebensbereichen (PartnerIn, Kinder, FreundInnen, ArbeitskollegInnen, usw.) aus.

Das Wohlbefinden wird massiv beeinträchtigt und all das kann schließlich sogar krank machen.

Diese unfreiwilligen Einschränkungen könnten seitens der Politik mittels Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zumindest teilweise aufgehoben werden.

Freiwilliger Konsumverzicht – die Geizhalsbewegung

Ein etwas anderer Ansatz wird mit der „Geizhalszeitung“ verfolgt.

Hier finden sich praktische Spartipps von effizienterem Kochen über kostenlose Veranstaltungen bis hin zur günstigeren (selbst gemachten) Kosmetik sowie Projekte und Buchtipps, um weniger Geld auszugeben – aus welchem Motiv heraus auch immer.

„Besser leben mit weniger Geld“ lautet das schlichte Motto der Bewegung für mehr Lebensqualität und Selbstwert, die so ganz und gar nichts mit der „Geiz ist geil“-Mentalität zu tun haben will.

Die Zeitung wird seit 1999 drei Mal jährlich von der SCHULDNER-HILFE in Linz herausgegeben und ist auf der Webseite www.schuldner-hilfe.at kostenlos download- bzw. bestellbar.

Trend zum Guten

Politisch korrekt durch den Advent? Das geht, man muss nur richtig einkaufen. Der bewusste Konsument ist in aller Munde. Aber helfen Fairtrade, Ökokonsum und soziales Wirtschaften wirklich?

Zunächst, schrieb der große Ökonom John Maynard Keynes schon vor 80 Jahren, muss das Management eines Unternehmens dafür sorgen, „dass die Shareholder mit angemessenen Dividenden befriedigt werden. Wenn das aber einmal sichergestellt ist, dann besteht das Interesse des Managements oft darin, Kritik der Öffentlichkeit und von den Konsumenten zu vermeiden.“ Und dann versuchen Unternehmen, Dinge zu tun, die als gesellschaftlich sehr wünschenswert wahrgenommen werden.

Nun, Keynes ist in den letzten Jahrzehnten etwas aus der Mode gekommen.

Aber die hellsichtige Prophezeiung des britischen Wirtschaftstheoretikers ist gerade sehr en vogue. Der bewusste Konsument ist in aller Munde – und er ist ein sehr umkämpfter Kunde. Das ethische Wirtschaften ist der letzte Schrei. „Der Trend geht zum Guten“, schrieb die deutsche „Wirtschaftswoche“ unlängst. Eine regelrechte Bewegung hat „die gesamte Wirtschaft erfasst und wird die Konsumentenmärkte des 21. Jahrhunderts verändern – und in der Folge auch die Art und Weise, wie wir arbeiten, wohnen, Freizeit und Urlaub verbringen.“

Robert MISIK

lebt in Wien und ist Buchautor, Journalist und Videoblogger. Jüngste Buchveröffentlichung: Politik der Paranoia. gegen die neuen Konservativen (2009). Österreichischer Staatspreis für Kulturpublizistik 2009.

Aber kann das wirklich die Welt besser machen? Oder ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein? Vor allem ein Marketinggag der Unternehmen? Was, kurzum, kann der bewusste Konsument? „Ethischer Konsum erreicht da seine Grenzen, wo schlicht die Alternativen fehlen“, sagt Fred Grimm, dessen Buch „Shopping hilft die Welt verbessern“ so etwas wie eine Bibel der neuen Bewegung ist. „Aber ich kann Hunderte Beispiele anführen, wo Fairtrade-Mechanismen zu einer deutlichen Verbesserung regionaler Lebensumstände geführt haben. Und wenn schon die ‚Bild am Sonntag‘ Öko-Waschmaschinen verlost, dann ahnt man, welcher Bewusstseinswandel seit einigen Monaten vor sich geht.“ Und Tanja Busse, Autorin von „Die Einkaufsrevolution“, sekundiert: „Mich ärgert die abfällige spöttische Rede, mit der die Verbraucherverantwortung bisweilen bedacht wird.“ Das Milieu der bewusst konsumierenden hat in den USA – zählt man Segmente wie Hausbau und Verkehr dazu – ein Umsatzvolumen von 230 Milliarden Dollar, haben Berechnungen ergeben.

Nicht wirklich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

„Ich bin die Letzte, die glaubt, dass allein durch das Einkaufsverhalten die Welt verbessert wird“, sagt Claudia Langer. Die 43-jährige Münchenerin legt viel Verve in ihre Sätze, so wie jemand, der die ganze Welt überzeugen will. Gerade hat sie Utopia.de gegründet, ein Internetportal, eine Stiftung, ein Netzwerk, eine Pressure-Group in einem. Auf ihrer aufwendig gestalteten Website werden ökologisch korrekte Autos getestet, es wird zu ethischen Geldanlagemöglichkeiten verlinkt und für umweltschonende Babywindeln geworben. Der „ökokorrekte Weihnachtsguide“ hilft beim Schenken mit gutem Gewissen. Prominente rühren die Trommel für die Initiative, der TV-Star Sandra Maischberger etwa oder Tatort-Kommissar Axel Milberg. „Eine Nichtregierungsorganisation mit unternehmerischen Mitteln“ soll das sein, so Langer.

Langer kennt sich aus in der Wirtschaftswelt. Jahre lang war sie als Chefin der Werbeagentur Start.advertising selbst Unternehmerin, machte Kampagnen für die Deutsche Bank oder Burger King. Dann hat sie den Laden verkauft und vom Erlös eine Million Euro in Utopia.de investiert. Nicht ganz Unternehmen, nicht ganz NGO, weit mehr als eine Webadresse. Langer: „Utopia.de ist eine Idee.“ Die Manager sind verunsichert, sagt sie: „Weil die Menschen

ihnen auf die Finger schauen, weil der bewusste Konsument ein irre umkämpfter Kunde ist, weil die Unternehmen wegen des Internets transparenter geworden sind. Nichts bleibt mehr geheim. Die Unternehmen wissen auch, dass jetzt Marktanteile verteilt werden. Aus all diesen Gründen sind sie extrem offen.“

Es ist also nicht nur die Kunden-Entscheidung an der Kasse, die Druck auf die Unternehmen ausübt – sondern auch die Angst vor Skandalen, die das Image beschädigen können. Und die Möglichkeit, mit PC-Image neue Märkte zu erobern. Alles zusammen ist für den neuen Trend verantwortlich. Von einer „grünen Welle“ sprechen Daniel C. Esty und Andrew S. Winston, Professoren an der Yale-University, in ihrem Buch „Green to Gold“. In den USA wurde es der Nummer-1-Bestseller unter der Manager-Lektüre.

Moral bringt Profit. Das hilft auch den Landwirten in Afrika und Lateinamerika. „Konkret und effektiv ist die Hilfe“, sagt Dieter Overath, Geschäftsführer von Fairtrade. Deshalb sind die Gütesiegel heute nicht nur ein Lockmittel für Kunden in Europa und den USA, sondern in den ärmeren Ländern selbst. Brasilien führt nicht nur Fairtrade-Produkte aus – sie sind längst auch im Land selbst in den Läden.

All das ist natürlich eine schwere Herausforderung für die gängigen ökonomischen Stereotype, allen voran die vom „Homo Oeconomicus“, der angeblich streng rational und nach wirtschaftlichen Eigennutz am Markt entscheidet. Nico Stehr hat jüngst in seinem Buch „Die Moralisation der Märkte“ ausführlich beschrieben, welche entscheidende Rolle „nicht-ökonomische Werte“, „kulturelle Werte“ in der „angeblich kulturfreien Welt ... der modernen Wirtschaftssysteme spielen“. Die „angeblich strikt voneinander getrennten sozialen Rollen des Bürgers und des Konsumenten“ nähern sich an, lautet Stehrs These. Die moralischen Erwägungen der Konsumenten müssten darum „auf der gleichen Nützlichkeitssebene“ lokalisiert werden wie rein materielle Erwägungen. Soll heißen: Nicht nur der Erwerb von billigen Gütern ist „nützlich“, wenn der Konsument sich „gut fühlt“, beim Einkauf ein gutes Gewissen hinzugeliefert bekommt, dann ist das auch ein „Nutzen“, nur einer eben, den die Wirtschaftswissenschaften gar nicht in den Griff bekommen können. Motto: kaufen und die Welt retten. Oder: Ich kaufe, also bin ich gut. „So viel gutes Gewissen gab es noch nie zu kaufen“, schreibt der Berliner Kulturtheo-

retiker Wolfgang Ullrich, der selbst jüngst das Buch „Wabenwollen. So funktioniert die Konsumkultur“ herausgebracht hat. Ironischer Nachsatz: Der „Moral-Konsum funktioniert nach dem gleichen Prinzip wie der Ablasshandel des Mittelalters.“

„Corporate Social Responsibility“ (CSR) – „Soziale Unternehmensverantwortung“ – ist deshalb zu einem großen Thema geworden. Kaum ein großes Unternehmen, das nicht eine eigene Abteilung hat, die sich um nichts anderes kümmert, als darum Sorge zu tragen, dass nur nichts ethisch Angreifbares in seinem Verantwortungsbereich geschieht – und wenn möglich viel ethisch Rühmenswertes, mit dem man prunken kann. Und wer sich dem Trend verweigert, der bekommt ein Problem. So unterzieht die deutsche „Stiftung Warentest“ Unternehmen auch einem CSR-Check. Offiziell ist die Teilnahme freiwillig. Aber wenn Unternehmen Auskunft verweigern, dann steht das in der Zeitung – und das ist schlecht fürs Image. Mittlerweile machen 87% der Firmen mit Multis wie Nike – die Firma stand in den 90er Jahren wegen Zuständen in Produktionsstätten in der Dritten Welt am Pranger – dokumentieren in Nachhaltigkeitsreports gnadenlos selbst Missstände, um sie dann zu verbessern. „Das macht Nike natürlich nicht zu einem perfekten Konzern“, sagt PC-Shopping-Experte Fred Grimm. „Aber sie sind einen Schritt weiter gekommen. 30 Prozent richtig ist besser als 100 Prozent falsch.“

Spritsparende Autos standen im Mittelpunkt der diesjährigen Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt – streckenweise nahm die sich aus wie ein Grünen-Parteitag. An allen Ecken wachsen Biosupermärkte aus dem Boden, wo man nicht nur gesunde, sondern auch ethisch korrekte Waren kaufen kann. Kaum ein Unternehmen steht so für die Erfolgchancen dieses Wandels, wie der Brausehersteller Bionade. Vor fünf Jahren wurden gerade einmal zwei Millionen der trendigen Flaschen hergestellt, mittlerweile gehen 250 Millionen über den Ladentisch. Werbespruch: „Das offizielle Getränk einer besseren Welt.“

Gerade das von vielen verdammte Hauptcharakteristikum des Konsumkapitalismus ist auch der Motor dieses Wandels: Dass wir Güter kaufen, um unsere Identität zum Ausdruck zu bringen, dass wir sie nicht ihres Gebrauchswertes wegen erwerben, sondern wegen des Image, wegen der Ge-

fühle, die man mit ihnen verbindet. „Produkte und Marken erfüllen diese Funktion im Alltag“, sagt Ingo Schoenheit, Konsumsoziologe und Geschäftsführer des Insituts für Markt-Umwelt-Gesellschaft. Inzwischen, führt er aus, finden sich Merkmale des „politischen Konsumenten“ in vielen Milieus – und bei jedem fünften Verbraucher. Egal ob Tierschutz, Gentechnik oder Afrika, ob Ökostrom oder Äpfel aus der Region: „Heute drücke ich Politik durch Konsum aus.“ Haltung wird zum Lifestyle. Das Shopping wird politisch.

Alles nur ein Strohfeuer? „Also, die Unternehmer, mit denen ich rede, die sagen etwas anderes“, meint Utopia.de-Gründerin Claudia Langer. Natürlich kann das auch seine negativen Seiten haben – ökologisch korrekte, aber teurere Waren werden zu Prestigegütern einer neuen flotten Mittelklasse. „Bionade-Biedermeier“ über-titelte die Hamburger „Zeit“ jüngst einen bitterbösen Report über den Prenzlauer Berg, Deutschlands hippestes Bobo-Quartier, wo neuerdings der größte Biosupermarkt Europas steht. 18.000 Bioprodukte auf 1.600 Quadratmetern. LPG heißt der, und das Akronym steht heute nicht mehr, wie noch zu DDR-Zeiten für „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft“, sondern für Lecker, Preiswert, Gesund.

Längst ist das nicht nur eine Sache der schicken Bobos. Selbst der biedere Otto-Versand investiert massiv in CSR-Strategien, er ist auch Partner und Financier von Langers Utopia-Portal. Und auch an jenen, die jeden Cent umdrehen müssen, geht der Trend nicht vollends vorbei. Die rechnen sich aus, dass die Energiesparlampe auf lange Sicht eine niedrigere Stromrechnung garantiert und das Ökoauto merkbare Spritersparnis.

Und bei einem Rohölpreis knapp unter 100 Dollar pro Barrel ist das kein schlechtes Argument fürs Gutsein.

www.misik.at

Geld und Macht im Sozialstaat.

Wer definiert, was andere brauchen?

Geldgebrauch bedeutet sozial eine enorme Disziplinierung. Um zu konsumieren und sich damit zu reproduzieren, muss man über Geld verfügen. Um über Geld zu verfügen, muss man Ansprüche auf Geldeinkommen erwerben/haben. Im Normalfall bedeutet das: Zwang zum fremdbestimmten Arbeiten. Wer das nicht mitmachen kann oder will, riskiert soziale Exklusion. Wie funktioniert Sozialarbeit als Disziplinierungsagentur ihrer Klienten und Klientinnen bei der Vergabe von Geld – oder wird Sozialarbeit über die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen selbst diszipliniert? Ein anderer Umgang mit Geld in Gesellschaft und Sozialarbeit und der Bedarfsfeststellung von Lebensnotwendigkeiten steht an.

Heiner GANSSMANN, Maria KEMMETMÜLLER, Christian STARK

Die gesellschaftliche Macht des Geldes

Heiner GANSSMANN
ist em. Professor – Institut
für Soziologie der Freien
Universität Berlin.

Damit mein Titel nicht missverstanden wird: Geld an sich hat keine Macht. Macht – im Sinne der Fähigkeit, andere dazu zu bringen, das zu tun, was man will – haben diejenigen, die Geld haben (Personen und Organisationen). Aber das Geldsystem ist Grundlage einer eigenen Art Machtverteilung, die sich nicht mit der Verteilung der politischen Macht deckt.

1. Wie funktioniert Geld?

Die Ökonomen haben Geldfunktionen definiert: Es ist

Tauschmittel,
Zahlungsmittel,
Rechenmittel,
Wertaufbewahrungsmittel usw.

Tatsächlich ist das Geld in unserer Gesellschaft mehr, vor allem ein Mittel zum Umgang mit Unsicherheit

und – eben deshalb – ein soziales Disziplinierungsmittel.

Zumindest mit Bezug auf all die Dinge, die käuflich sind, schützt Geld vor Unsicherheit, vor unvorhergesehenen negativen Ereignissen, die uns an eigenständiger Versorgung hindern. Geld verkörpert mögliche Ansprüche an andere. Wer sich jedoch durch Verfügung über Geld gegen Unsicherheit schützen will, muss erst zu Geld kommen. Um es zu bekommen, gibt es verschiedene Wege. Man kann es, solange man sich an die üblichen Regeln hält, nicht selbst basteln. Im Normalfall muss man ändern etwas anbieten, damit sie sich von ihrem Geld trennen. Dann zirkuliert das Geld, weil man sich immer

wieder von ihm trennen muss, um das zu bekommen, was man kaufen kann. Für die Mehrheit der Bevölkerungen in Gesellschaften mit kapitalistischer Wirtschaft gilt im Zweifelsfall: Man muss eine eigene Arbeitsleistung für andere anbieten. Wer das nicht kann, bekommt kein Geld und wird arm. Wer das kann, lebt in einem sich immer wiederholenden Zyklus von Arbeit=>Geld=>Konsum=>Arbeit.

2. Betrachten wir den Geldgebrauch auf drei Ebenen:

Interaktion: Wie gehen Individuen in ihrem aufeinander bezogenen Handeln mit Geld um? Der Geldgebrauch unterstützt den kalkulierten Tausch, der anstelle von Reziprozität, wechselseitigen Hilfeleistungen in Gemeinschaften, die wichtigste Form des Zugangs zu Gütern und Dienstleistungen wird. Im Tausch interessiert die andere Person nicht, vielmehr interessiert ihre Zahlungs- bzw. Leistungsfähigkeit. Das Geld führt so zur Entstehung anonymer, weitreichender Handlungsketten. Kognitiv bedeutet Geldgebrauch, mit einer laufend selbst und fremd – auf Märkten – erzeugten Beschreibung der eigenen Handlungen umzugehen, die abstrakt (Ergebnis einer Kodierung, die Vergleichbarkeit ermöglicht) und quantitativ ist (Ergebnis einer Art sozialer Simulation von Messen im physikalischen Sinn). Ein Handlungsergebnis kann einfach als Differenz von Aufwand und Ertrag dargestellt werden. Die entsprechende kalkulierende Einstellung und diszipliniertes, erfolgsorientiertes Handeln werden zu allgemeinen Mustern. Okzidentaler Kapitalismus – wie

Max Weber das nannte – fängt nicht nur mit innerweltlicher Askese an, sondern setzt sie als Selbstdisziplinierung laufend fort. Wer das nicht mitmachen kann oder will, riskiert soziale Exklusion. Die damit gegebene Form der Interaktion führte Weber zu der Bemerkung:

„Geld ist das Abstrakteste und Unpersönlichste, was es im Menschenleben gibt.“ Zugleich ermöglicht die Steigerung von wechselseitiger Abhängigkeit bei gleichzeitiger Anonymität individuelle Freiheit, wie Georg Simmel betonte. Freiheit nicht im emphatischen politischen Sinn, sondern in Form der Wahlfreiheit: Jede Geldbesitzerin kann entscheiden, was, von wem, wann, wie viel, und wo gekauft wird. Wer Geld hat, muss sich nicht festlegen, verfügt aber über ein breit einsetzbares Handlungspotenzial. Deshalb wird Geld zum „absoluten Mittel“ (Simmel), d.h. sein Erwerb wird tendenziell zum Selbstzweck.

Organisation: Wie strukturiert der Geldgebrauch Form und Ziele von Organisationen? Im Kapitalismus dominieren Unternehmen mit dem Ziel des Gelderwerbs, der Gewinnmaximierung. Sie konkurrieren um Käufer. Unternehmensintern gilt eine andere Art von Rationalität als auf Märkten, die aber auf Marktergebnissen (den effektiven Preisen, die Ergebnis von „Preiskampf“ (Weber) sind. Die vom (Konkurrenz-)Markt erzwungene Disziplin wird nach innen weitergereicht. Kapitalistische Unternehmen bilden durch ihre Vernetzung und ihre breite Verteilung ein System, das weitgehend die Arbeitswelt prägt. Sie sind das Gegenstück zum Arbeit-Geld-Konsum-Zyklus.

Gesellschaft: Wie ist der Zugang zu Geld geregelt und welche sozialstrukturellen Bedingungen und Folgen hat das?¹ Das gesamtgesellschaftliche Arrangement sieht so aus: Praktisch alle sind auf Geld angewiesen und die meisten darauf, ihren Geldbedarf über das Anbieten von Arbeitsleistungen zu decken. Geldgebrauch bedeutet insgesamt sozial eine enorme Disziplinierung durch den breit und fest institutionalisierten Arbeit-Geld-Konsum-Zyklus. Er wird bestimmt durch die Budgetrestriktion: Niemand soll mehr beanspruchen als er/sie verdient hat. Es beruhigt, wie Luhmann meinte, wenn jemand, der auf knappe Güter zugreift, dafür Geld zahlen muss, anstatt einfach so (oder mit Gewalt) zuzugreifen. Geld stellt die Einhaltung der Budgetbeschränkung

– wenn man von Kredit absieht – auf einfache Weise sicher. Um zu konsumieren und sich damit zu reproduzieren, muss man über Geld verfügen. Um über Geld zu verfügen, muss man Ansprüche auf Geldeinkommensströme erwerben/haben. Im Normalfall bedeutet das: Zwang zum fremdbestimmten Arbeiten (wie Karl Mannheim sagte: Geld als Symbol dafür, dass man (für andere) arbeiten muss, um Güter/Subsistenzmittel zu erwerben). Die Wirtschaft der Gesellschaft ist geprägt durch eine Asymmetrie zwischen Geld Gebenden und Arbeit Gebenden.

3. Zusammenspiel dieser drei Ebenen:

Der Geldgebrauch fördert kognitiv eine allgemein verbreitete, rechenhafte Einstellung zu eigenem und fremdem Handeln. Er führt zur Entstehung und Dominanz von Organisationen, die auf Maximierung des Gelderwerbs ausgelegt sind (und sonst nichts). Ihre Mitglieder machen sich dieses Ziel mehr und mehr selbst zu eigen, auch wenn dem Gelderwerb durch eigene Arbeit enge Grenzen gesetzt sind. Die sozialstrukturelle Folge ist eine Spaltung der Gesellschaft in (mindestens) drei Gruppen: diejenigen, die genügend Geld haben, um andere für sich arbeiten zu lassen. Diejenigen, die arbeiten müssen, um zu Geld zu kommen. Und diejenigen, für die der Geldzugang über Arbeit verstellt ist. Die Wirtschaft funktioniert entsprechend: positiv mit Geldanreizen, negativ mit Entlassungs- und Verarmungsdrohungen.

4. Was kann schiefgehen?

Individuell: Arbeitslosigkeit, Bankrott, Armut. Da das oft genug passiert, gibt es einen gesellschaftlicher Auffangmechanismus, den Sozialstaat (nicht zuletzt, weil Familie und Nachbarschaft als Auffangstationen zunehmend versagt haben).

Organisation: Spekulation, Bankrott.

Gesellschaft: Krise, aber es findet auch ein eher schleichender Konflikt statt: Plutokratie vs. Demokratie. Der Zusammenhang von Geld, Spekulation und Krise: Anreiz des Geldgewinns findet keine Obergrenze².

Zur Krise kommt es am einfachsten durch Spekulation: Brenda Spotton-Visano: „To the extent that speculators extrapolate from recent price movements to anticipate future yields, the simple rule of ‚positive feedback trading‘ – buying because prices have been rising – governs their behavior. Stock pyramiding is the process whereby

capital gains yield the equity from which to make further stock purchases.“ (825)

„The extent to which speculators borrow in the hopes of servicing the debt out of further capital gains rather than current or future profits – Minskys ‚Ponzi financing‘ – ensures that even a levelling off of prices will cause distress.“

In Bezug auf das Verhältnis von Geld und Unsicherheit kann man also sagen: Geldgebrauch ermöglicht die Absorption und bedingt – durch die Krisen – zugleich die periodische Steigerung von Unsicherheit. Das „rationalistische“ Ausblenden von Unsicherheit (die Versuche, mit Risikokalkülen Unsicherheit zu eliminieren) geht immer wieder zu weit. Als risikoarm geltende Projekte erweisen sich als hoch spekulativ, siehe das AAA-Rating von subprime Hypotheken als Auftakt zur letzten Krise.

5. Schluss

Durch Krisen und Zusammenbrüche des Geldsystems wird dessen Stabilität wieder hergestellt und damit auch die soziale Disziplin. Weil in der Krise der Bedarf nach Bargeld hochschnellt, führen die Krisen nicht zu einem Abschied vom Geldsystem, sondern zu seiner Wiederherstellung. Bis zur nächsten Spekulation und Krise.

Man kann daher von einer Ultrastabilität des Geldsystems sprechen. Immer dann, wenn Geld zu Krisen führt, wird der Geldbedarf auf den Ebenen von Individuen und Organisationen am größten. Wir kennen zwar geldlose Gesellschaften, bis jetzt hat jedoch noch nie eine Gesellschaft, wenn sie einmal monetarisiert war, das Geld abgeschafft.

Anhang: *Soziale und kognitive Voraussetzungen dieser durch Geldgebrauch induzierten Disziplin und Rationalität (Codere): Mengen-, Zahlen-, Rechensysteme. Das entsprechende verbreitete Abstraktionsvermögen beruht zumindest in seiner Entstehung auf gemeinsamen normativen Einstellungen (Finley, Seaford). In etablierten Geldsystemen reduzieren sie sich auf den gemeinsamen Glauben an die „working fiction of a monetary invariant“ (Mirowski). Beruht wirtschaftliche Rationalität also letztlich auf Irrationalität, im Sinne einer nicht begründeten/begründbaren Stabilitätsannahme in Bezug auf das Geld? So ist es wohl.*

1) Ich sehe hier ab von der Frage, wer das Geld macht – der Staat und die Banken – und auch von der Frage, welche Eigenschaften die Geldobjekte haben (Münzen, Papier, Bankkonten – bei zunehmender Entmaterialisierung)

2) Der englische Historiker Richard Seaford weist darauf hin, dass die Klage über die Unbegrenztheit des Geldgewinnstrebens schon in der ersten monetarisierten Gesellschaft im antiken Griechenland, artikuliert wurde: „For instance, the unlimitedness of money is described disapprovingly by Solon and by Aristotle, and is brought to life in Aristophanes’ *Wealth*. This, (probably) the earliest surviving text on economics (388BC), is a comedy. It describes the homogenising effect of money (everything happens for its sake) and its omnipotence (even over the gods). And a rapid dialogue reveals that – whereas one can have enough sex, or loaves, or music, or dessert, or honour, or cakes, or manliness, and so on, money is different: if someone obtains thirteen talents (a lot of money), he is eager for sixteen, and if he obtains sixteen he swears that life is unbearable unless he obtains forty.“

Literatur:

Codere, H. (1968), *Money-Exchange Systems and a Theory of Money*, in: *Man*, N.S., vol. 3, No. 4, 557–577.

Mirowski, P. (1990), *Learning the Meaning of a Dollar: Conservation Principles and the Social Theory of Value in Economic Thought*, in: *Social Research*, Fall, 689–717.

Seaford, R. (2004), *Money and the Early Greek Mind: Homer, Philosophy, Tragedy*, Cambridge: Cambridge UP.

Spotton Visano, B. (2002), *Financial manias and panics: a socioeconomic perspective*, in: *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 61, No. 4, 801–827.

Referenzbudgets für notwendige Haushaltsausgaben, Anwendungsmöglichkeiten und Perspektiven

Wer definiert, was andere brauchen? Referenzbudgets definieren, was wir alle mindestens brauchen! Die Analyse von Haushaltsbudgets gehört zum Grundrepertoire der Schuldenberatung. In verschiedenen Ländern werden dafür schon seit einigen Jahren sogenannte Standard- oder Referenzbudgets verwendet, die teilweise auch in der Sozialplanung bzw. Armutsforschung ihren Einsatz finden. Im Rahmen eines europäischen Kooperationsprojekts 2008–2009 wurden nun erstmals auch für Österreich solche Budgets von der asb entwickelt.

Zweck der Erstellung von Referenzbudgets war es, die tatsächlichen Kosten eines gewissen Grundlebensstandards zu errechnen, der den körperlichen, psychischen und sozialen Bedürfnissen einer Person entspricht und ihr eine angemessene Beteiligung am modernen gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Es ging also nicht darum zu errechnen, wie viel Geld zum bloßen Überleben erforderlich ist, und damit eines unabdingbaren Mindeststandards. Vielmehr ging es darum, die tatsächlichen Bedürfnisse eines Haushalts einzuschätzen und ein Budget zu erstellen, mit dem sich ein menschenwürdiges Leben führen lässt. Maßgeblich war dabei das Motto: „Leben, nicht bloß überleben“, wie Bernadette Mac Mahon von der Vinzentinischen Partnerschaft für soziale Gerechtigkeit es im Rahmen des europäischen Projekts einmal auf den Punkt brachte.

Was sind Referenzbudgets?

Referenzbudgets sind Ausgabenraster, die für verschiedene Haushaltstypen erstellt werden. Basierend auf der Haushaltszusammensetzung, dem verfügbaren Einkommen und anderen Charakteristika (Wohnsituation, Besitz eines Autos etc.) wird ein Raster erstellt, welcher der jeweiligen Haushaltssituation entspricht.

Mithilfe dieser Ausgabenraster kann aufgezeigt werden, mit welchen Ausgaben ein Haushalt mit einem bestimmten, oft niedrigen, Einkommen mindestens zu rechnen hat bzw. welches Einkommen für die Sicherung der notwendigen Ausgaben mindestens erforderlich sind.

Wie die Erfahrungen aus verschiedenen europäischen Ländern zeigen, können solche Budgets auf sehr unterschiedliche Weise erstellt werden. Sie können auf empirischen Daten beruhen oder von BudgetexpertInnen auf Basis von Recherchen und Erfahrungswerten konstruiert werden. Beide Zugänge haben Vor- und Nachteile. Wenn nur empirische Daten verwendet werden, kann erfahrungsgemäß auf die spezielle Situation von einkommensschwachen Personen nicht ausreichend eingegangen werden. Sind nur BudgetexpertInnen am Werk, können die Budgets zu subjektiv ausfallen. Daher bedarf es einer umfassenden, transparenten Herangehensweise, die die Stärken beider Ansätze nutzt und ihre Nachteile auf ein Minimum reduziert. In Österreich wurde dieser kombinierte Ansatz in Verbindung mit zusätzlichen Diskussions- und Reflektionsrunden mit WissenschaftlerInnen, Personen mit niedrigem Einkommen bzw. Armutserfahrungen und BeraterInnen in Sozialeinrichtungen gewählt.

Anwendungsmöglichkeiten

Für die Anwendung von Referenzbudgets lässt sich ein weites Feld abstecken; von Budget- und Schuldenberatung, über Kreditwürdigkeitsprüfung, bis zur Armutsforschung und Sozialplanung.

Die österreichischen Referenzbudgets wurden in erster Linie für Budgetinformation und Schuldenberatung entwickelt, da die asb als Dachorganisation der österreichischen Schuldenberatungsstellen zunächst an Einsatzmöglichkeiten der Budgets in der Arbeit der Schuldenberatungen interessiert war bzw. ist. Mit den Budgets sollen Richtlinien geschaffen werden, die die SchuldenberaterInnen bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

Zudem ist der zukünftige Einsatz der Referenzbudgets in Form von noch zu entwickelnden Ansätzen und Modellen der Budgetberatung geplant. Für die Armutsforschung sind die Budgets insofern interessant, als sie einen Mindest-Warenkorb für verschiedene Haushaltstypen festlegen im Gegensatz zu den derzeit europaweiten Armutsgrenzen, die vor allem einkommensseitig definiert sind.

Maria Kemmettmüller
ist Mitarbeiterin der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen ASB Schuldnerberatungen GmbH und u.a. an der Entwicklung von Referenzbudgets für notwendige Haushaltsausgaben beteiligt.

Zur Entwicklung der österreichischen Referenzbudgets

Mit der Entwicklung von Referenzbudgets hat die asb ein wichtiges Stück Grundlagenforschung begonnen, das nicht nur ein relevantes Instrumentarium für Schulden- und Budgetberatung zur Verfügung stellt, sondern auch einen essenziellen Beitrag zu aktuellen sozialpolitischen Diskussionen leistet.

In der Entwicklungsphase waren zunächst und nicht zuletzt eine Reihe von praktischen Herausforderungen (wie z.B. Findung eines österreichweiten geeigneten Ansatzes, Fehlen ausreichender finanzieller und persönlicher Ressourcen für intensive Recherchetätigkeiten, Ermittlung von Preisen für diverse Ausgabenkategorien ...) zu bewältigen, um die nun vorliegenden Budgets nachvollziehbar kalkulieren und darstellen zu können.

Um zu gewährleisten, dass die österreichischen Referenzbudgets als Richtlinie für möglichst viele KonsumentInnen genutzt werden können, war es erforderlich, gewisse Hypothesen darüber zu bilden, was für das Gros der ÖsterreicherInnen relevant und zutreffend sein könnte. Insofern war ein gewisses Maß an Vereinfachung unumgänglich, nämlich keine regionalen Unterschiede (österreichweite Budgets), Mietwohnung anstelle von Hausbesitz oder Eigentumswohnung und kein Autobesitz.

Für die folgenden fünf Haushaltstypen sind Referenzbudgets bis dato erstellt worden: alleinlebende Person (25–51 Jahre), alleinerziehende Person (25–51 Jahre) mit einem Kind (8 Jahre), kinderloses Paar (25–51 Jahre), Paar (25–51 Jahre) mit einem Kind (8 Jahre) und Paar (25–51 Jahre) mit zwei Kindern (7 und 14 Jahre).

Weitere Schritte

Für den weiteren Einsatz der Referenzbudgets vor allem in den Bereichen Budget- und Schuldenberatung ist deren Weiterentwicklung und kontinuierliche Aktualisierung sowie eine Differenzierung der Budgets unerlässlich. Dabei sollen in den kommenden Jahren – wie in anderen Ländern bereits bewährt – auch Fokusgruppen an der Erstellung des Budgets beteiligt werden. Erste Schritte in diese Richtung sollen bereits im Rahmen des asb Projekts FinanzCoaching PLUS im Jahr 2010 erfolgen. Die geplanten Fokusgruppen sollen

Personen mit unterschiedlichem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund inkludieren: KonsumentInnen mit niedrigem Einkommen, arbeitslose Personen, Berufstätige etc. In Form von Diskussionsrunden werden die vorhandenen Referenzbudgets durch deren Einschätzungen und Erkenntnisse ergänzt und verbessert und gleichzeitig die Einbindung jener sichergestellt, denen der Einsatz von Referenzbudgets in Budgetberatung und Sozialpolitik eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation und Lebensqualität bringen soll. Darüber hinaus werden die Fokusgruppen auch als Diskussionsforum zur praxisnahen Eruiierung wichtiger Anliegen und Leistungen in den Bereichen Finanzielle Allgemeinbildung, Zugang zu Finanzdienstleistungen, allgemeine finanzielle Probleme, Verschuldung, Existenzsicherung, Konsumverfahren etc. eingesetzt.

Für die Zeit nach 2010 werden dann Ressourcen sicherzustellen sein, um einerseits die Arbeit mit Fokusgruppen fortzusetzen und weiter auszubauen und damit die Zusammensetzung der einzelnen Ausgabenposten der Referenzbudgets bestätigen bzw. verbessern und differenzieren zu können, sowie andererseits die laufende Valorisierung und Validierung der in den Referenzbudgets angesetzten Beträge zu sichern. Mittelfristig wird es auch darum gehen, Referenzbudgets für weitere Haushaltstypen zu erarbeiten, wie etwa für PensionistInnen, Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen, Haushalte mit mehr als zwei Kindern etc.

Wie die Erfahrungen anderer Länder deutlich zeigen, stellen Referenzbudgets ein wichtiges Instrumentarium für die Stärkung sozialer und finanzieller Teilhabe und damit für die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts dar. Inwieweit das Potenzial dieses Instrumentariums genutzt werden kann, wird nicht zuletzt vom vorhandenen politischen Willen und der damit verbundenen Sicherstellung der für Entwicklung und Einsatz der Referenzbudgets notwendigen Mitteln abhängen.

Sozialarbeit und Geld. Glück und Unglück der sozialen Arbeit

*Das Budget ist der große Kuchen
Der Sozialminister verteilt die Brösel
Die Sozialarbeiter lecken den Teller
Die Klienten beißen in den sauren Apfel
(unbekannter Autor)*

Dieses Zitat bringt auf etwas sarkastische Weise zum Ausdruck, dass Geld in der Sozialarbeit immer zu wenig zu sein scheint. Ohne Geld spielt auch in der Sozialarbeit „ka Musi“. Sozialarbeit als professionelle Tätigkeit zur Verhinderung und Bewältigung von sozialen Problemen braucht Geld, soll sie nicht reduziert werden auf ehrenamtliches Engagement, private Wohltätigkeit bzw. auf „poor services for poor people“.

Mehr Geld in der Sozialarbeit bedeutet mehr Ressourcen und damit verbunden – zumindest in der Theorie – bessere Qualität, mehr und bessere Unterstützung für das Klientel, was wiederum zufriedener KlientInnen im Sinne der Bewältigung ihrer sozialen Probleme bedeutet. In diesem Sinn kann Geld Sozialarbeit und deren Klientel glücklich machen.

Geld als Symbol für Profit und Profitdenken und einen Prozess, der seit Beginn der 1990er mit den Schlagwörtern „Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ umschrieben und bei dem soziale Arbeit einer Markt- und Profitlogik unterworfen wird, scheint das Gegenteil – das Unglück der sozialen Arbeit – zu bewirken. Wenn auch oft in diesem Zusammenhang der Sozialarbeit Qualitätsverbesserung und mehr Effizienz und Effektivität verheißen werden, handelt es sich dabei um eine Art Trojanisches Pferd. Professionelle Sozialarbeit wird in Anspruch genommen, um professionsfremde Ziele zu verfolgen: Kostenersparnis statt bedarfsgerechter Hilfe zur Führung eines menschenwürdigen Lebens. Der Sparerfolg rangiert in der Regel vor dem Erfolg der Hilfeleistung. Instrumente aus Management und BWL sind in erster Linie Instrumente zur Haushaltskonsolidierung.

Soziale Arbeit wird unter die Logik der Finanzverwaltungen gezwungen, was sich in Leistungsverträgen, in der Formalisierung von Beratungs- und Betreuungsleistungen als Produkte sowie in der standardisierten Erbringung von Dienstleistungen niederschlägt.

In diesem Sinn kann Geld SozialarbeiterInnen unglücklich machen!

Macht und Ohnmacht der Sozialarbeit

Gegenüber dem oben beschriebenen Prozess der Ökonomisierung der sozialen Arbeit und den damit verbundenen Auswirkungen ortet man unter SozialarbeiterInnen sehr oft ein Ohnmachtsgefühl. Kritisiert werden Subventionskürzungen, Leistungsverträge, Standardisierung von Dienstleistungen und das „Zuviel“ an Dokumentation, Krankenstände und Burnouts unter SozialarbeiterInnen scheinen zuzunehmen. Trotz der Zunahme des Klientels werden Mittel gekürzt oder eingefroren. In diesem Zusammenhang wird auch die zu geringe Lobby der Sozialarbeit, ein scheinbar zahnloser Berufsverband oder das Fehlen eines Berufsgesetzes beklagt. Ist die Sozialarbeit demgegenüber wirklich so ohnmächtig?

Nach der klassischen Definition von Max Weber bedeutet Macht „(...) jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“¹.

Macht scheint im Allgemeinen ein eher negativ besetzter Begriff zu sein. Mit dem Begriff Macht wird oft Behinderung persönlicher Freiheit und Unterdrückung von gesellschaftlichen Gruppen assoziiert. Sie scheint irgendwie im Besitz von wenigen zu sein, die über die Mehrheit herrschen bzw. ihr ihren Willen diktieren bzw. aufzwingen. Dabei wird oft übersehen, dass Macht überall auftritt. Es gibt keine machtsterilen Verhältnisse. Es gibt Mächtigere und weniger Mächtigere. Macht ist eine soziale Tatsache und auch für die Sozialarbeit ein unvermeidbares Faktum.²

In diesem Sinn verfügt auch Sozialarbeit über verschiedenste Formen der Machtausübung: sowohl im Umgang mit ihrem Klientel als auch in Bezug auf wirtschafts- und sozialpolitische Gegebenheiten und die neoliberalen Zumutungen im Zuge einer Ökonomisierung der Sozialen Arbeit.

Sozialarbeit verfügt über Ressourcen, die verteilt werden und als Machtmittel eingesetzt werden können. Sozialarbeit setzt Ressourcen ein, um Ansprüche zu gewähren und um Schaden zu verhindern. SozialarbeiterInnen gewähren Zugang zu Ressourcen und weisen Hilfsberechtigung ab. So geht mit der Ressourcenmacht eine entsprechende Entscheidungsmacht einher.

Christian STARK

ist ehemaliger Sozialarbeiter und derzeit hauptamtlich lehrfähig am Fachhochschulstudiengang Soziale Arbeit in Linz/Österreich für Geschichte, Theorie und Ethik der Sozialen Arbeit und Wohnungslosigkeit.

Die Gewährung von Ressourcen ist an gewisse Bedingungen geknüpft und so sind mit der Verfügungsgewalt über diese Ressourcen die Machtmethoden des Strafens, Drohens Lobens und Belohnens verbunden. So geht die Ressourcenmacht über in die Disziplinierungsmacht.

Soziale Arbeit hat Kontrollfunktion und Disziplinierungsfunktion vor allem in stationären Einrichtungen in Bezug auf die Achtung von Hausregeln und entsprechende Sanktionsmacht durch das Verhängen von Hausverboten. Diese potenzielle Macht bleibt sehr oft möglichst unausgesprochen oder wird als versteckte Drohung formuliert: „Ich kann für sie nur etwas tun, wenn sie ...“

Sozialarbeit verfügt auch über Definitionsmacht. Sozialarbeit diagnostiziert Hilfsbedürftigkeit. Mit der Feststellung von Hilfebedürftigkeit und einer bestimmten Diagnose ist auch teilweise die Freiheit verbunden, seine Zuständigkeit dem Klientel gegenüber zu erklären bzw. eine potenzielle Stigmatisierungsmacht, da u.a. dem Klientel ein Mangel an Bewältigungskompetenz konstatiert wird.

In diesem Sinn hat Sozialarbeit die Macht, ihrem Klientel vorzuschreiben oder faktisch zur Geltung zu bringen, wie ein Sachverhalt, ein Problem zu verstehen ist.

Krieger spricht von analytischer, programmatischer und evaluativer Definitionsmacht: Sozialarbeit definiert die Problemlage, den Auftrag und die Wahl der Interventionsformen und auch was den Erfolg und Misserfolg ausmacht.³

Diese Macht gilt es vonseiten der Sozialarbeit zur Kenntnis nehmen, sich das jeweilige Machtgefälle aktuell vor Augen zu führen, faktische Machtquellen transparent zu machen und die Macht verantwortungsvoll auszuüben.

Empowerment für SozialarbeiterInnen

Empowerment als Konzept und Methode der Sozialarbeit bedeutet die Selbstermächtigung von KlientInnen. Wenn dieser Begriff nun auf SozialarbeiterInnen bezogen wird, dann nicht im Sinne von neoliberaler Aktivierung, wie es im Zusammenhang mit dem Stichwort Workfare geschieht als Plädoyer für ein vermehrtes Setzen auf Spenden und Ehrenamt, sondern als Re-Politisierung der sozialen Arbeit, das Wahrnehmen von Macht und Machtpotenzialen und Verantwortung.

Dabei sei auf den Code of Ethics des IFWS verwiesen, der den politischen Auf-

trag als Kerngeschäft der sozialen Arbeit versteht:

„SozialarbeiterInnen haben die Pflicht ihre Auftraggeber, Entscheidungsträger, Politiker und die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen Ressourcen unangemessen sind oder in denen die Verteilung von Ressourcen, Maßnahmen und Praktiken unterdrückerisch, ungerecht oder schädlich ist.“⁴

In diesem Sinn verstehe ich politische Sozialarbeit als jede Aktivität, die eine positive Veränderung von Gesellschaftsstrukturen, die soziale Probleme bedingen, anstrebt.

Dementsprechend sind „politische SozialarbeiterInnen“ SozialarbeiterInnen, die sich nicht zum Objekt herrschender politischer Verhältnisse machen lassen, sondern als Subjekte versuchen, auf gesellschaftspolitische Verhältnisse, die die Problemlage ihrer Klientel mit bedingen, Einfluss zu nehmen und Sozialpolitik mit zugestalten.

Soziale Arbeit ist den Machtverhältnissen nicht einfach ausgeliefert. Es gibt auch Distanzierung und Widerstand gegenüber einer Politik, die von der sozialen Arbeit Anpassung an sogenannte Sachzwänge verlangt.

Dieser Widerstand basiert auf einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Klientel der Sozialarbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen und einer Berufsethik, die auf dem Hintergrund der Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit Prozesse der Ökonomisierung des Sozialen infrage stellt.

Das bedeutet, für die soziale Arbeit bei der Analyse von Ursachen sozialer Probleme und deren Bewältigung ihr Augenmerk auf strukturelle, gesellschaftlich bedingte Faktoren zu legen, diese öffentlich zu machen, sich vermehrt in aktuelle sozialpolitische Debatten einzuschalten und so eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Beispiele für politisches Engagement liefert die Geschichte der sozialen Arbeit. Exemplarisch sei Saul Alinsky hervorgehoben. Alinsky wendete sich scharf gegen jene professionellen Wohltäter, die ihre Klienten in Kampf um Auswege aus ihren sozialen Problemen nicht unterstützten, sondern anpassten, d.h. „sie nicht nur in der Hölle leben lassen, sondern ihnen dieses Leben auch noch schmackhaft

machen“.⁵ Für Alinsky muss zur Durchsetzung von Verbesserungen eine Gegenmacht gebildet werden. Macht tritt nach Alinsky auf in Gestalt von Geld oder vielen Menschen. Menschen mit wenig Geld müssen diesen Mangel durch große Zahl kompensieren und durch Einigkeit, solidarisches und entschlossenes Handeln den Gegner zu Zugeständnissen zwingen. In diesem Sinn brachte Alinsky Schlachthofarbeiter in den Chicagoer Elendsquartieren dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Er setzte die Verstärkung von sozialem Wohnbau und die Verbesserung von Wohnbedingungen durch und schuf

Ausbildungsplätze für schwarze Jugendliche. Dies erreichte er, indem er z.B. dem Chicagoer Bürgermeister drohte, den Flughafen dadurch unbenutzbar zu machen, dass jeden Tag 2.500 Schwarze rund um die Uhr die Flughafentoiletten benutzten.⁶

In diesem Sinn gilt es nicht nur gegen etwas zu sein, sondern – um mit einem Zitat von Sophie Scholl zu schließen: „(...) man muss etwas tun und an der Zementmauer der Unmöglichkeit versuchen, kleine Möglichkeiten heraus zu schlagen oder hinein zu sprengen.“⁷

1) Weber, Max (1976): *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen, S. 28.

2) vgl. Kraus/Krieger (2007) (Hg.): *Macht in der Sozialen Arbeit, Lage*, S. 10.

3) vgl. Krieger, Wolfgang (2007): *Macht jenseits der konstruierten Selbstunterwerfung*, in: Kraus/Krieger (Hg.): *Macht in der Sozialen Arbeit, Lage*, S. 57.

4) IFSW (2004): *Code of Ethics*, Adelaide, www.sozialarbeit.at

5) Alinsky, Saul, zit. nach Tim Kunstreich (2001): *Grundkurs soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*, 2. Auflage, S. 134.

6) Müller, C.W. (1997): *Wie Helfen zum Beruf wurde* Bd. 2, 3. Auflage, Weinheim/Basel, S. 115.

7) Sophie Scholl, zit. nach Singer (2003): S. 14.

LITERATUR:

IFSW – *International Federation of Social Work* (2004): *Ethics in social work*, Adelaide, www.sozialarbeit.at (7. 2. 2010).

Kraus, Björn/Krieger, Wolfgang (Hg.): *Macht in der Sozialen Arbeit, Lage*.

Krieger, Wolfgang (2007): *Macht jenseits der konstruierten Selbstunterwerfung*, in: Kraus, Björn/Krieger, Wolfgang (Hg.): *Macht in der Sozialen Arbeit, Lage*.

Kunstreich, Tim (2001): *Grundkurs soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit*, 2. Auflage, Bielefeld.

Müller, Carl Wolfgang, *Wie Helfen zum Beruf wurde*, Bd.1, überarb. Neuausgabe, Weinheim/Basel 1999.

Singer, Kurt (2003): *Zivilcourage wagen. Wie man lernt, sich einzumischen*, 3. Auflage, München.

Weber, Max (1976): *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen.

Nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren. Was hilft gegen das Entwicklungsrisiko Armut? Sozialisation, Resilienz und das geglückte Leben.

Armut ist eine Verteilungsfrage. Um Geld geht es immer. Aber auch um die Verteilung von „sozialem“ und „kulturellem Kapital“ und damit um Ressourcen im weiteren Sinn. Die Folge: milieuspezifische Unterschiede in der Lebensführung, den Mentalitäten, den Werthaltungen, den Mechanismen sozialer Anerkennung etc. Und auch Verschiedenheiten darin, was als geglücktes Leben gelten soll. Was in dieser Vielfalt an Lebensmodellen als „normal“, „erstrebenswert“ und „respektabel“ gilt und was als „defizitär“ abgewertet wird, ist eine Frage von Zuschreibungen und Herrschaftsprozessen. Umgekehrt gilt es, die Lebensbedingungen sozial benachteiligter Milieus nicht als „bloß anders“ zu bagatellisieren – und zu sehen, dass die Benachteiligungsstrukturen zumindest teilweise durch das Handeln der AkeurInnen selbst reproduziert werden. Stichwort: vererbte Armut. Wie sind solche Spiralen umfassender Benachteiligung zu durchbrechen? Was genau macht Armut zum Entwicklungsrisiko? Und was lässt sich aus den Ansätzen, Strategien zur Resilienzförderung in den Dienst der Bewältigung von Armutsfolgen zu stellen, lernen? Welche Erkenntnisse der milieuspezifischen Sozialisationsforschung muss umgekehrt die Resilienzförderung berücksichtigen, wenn sie nicht an Unterkomplexität scheitern will?

Uwe BITTLINGMAYER, Konstanze EPPENSTEINER

Die milieuspezifische Heterogenität von Armut.

Uwe H. BITTLINGMAYER

ist Soziologe und lehrt an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Sein spezielles Interesse gilt der Ungleichheitsforschung mit den Schwerpunkten Sozialisation, Gesundheit und Bildung.

Die Spannung zwischen theoretischen Differenzperspektiven und praktischer Resilienzsuche

Armut ist in reichen Gesellschaften wie der österreichischen oder der deutschen eine geradezu widerliche soziale Tatsache. Es gibt seriöse Positionen, die davon ausgehen, dass Reichtum die Armut gleich mit produziert. Wenn es etwa um soziale Ungleichheiten in der Gesundheit geht, so hängt – wie Richard Wilkinson in vielen Veröffentlichungen gezeigt hat¹ – das Ausmaß an unterschiedlicher Lebenserwartung zwischen Arm und Reich mit dem Ausmaß an Einkommensungleichheiten unmittelbar zusammen. Dass möglicherweise die Erlaubnis, ungebremst privaten Wohlstand anzuhäufen und Vermögensbesitz zuzulassen, der in die Milliarden geht, eine Armutsbevölkerung mit erzeugt, ist schon schlimm genug. Die Armutsbevölkerung wird darüber hinaus allerdings gerade durch sozialwissenschaftliche Diskurse, sozialpädagogische Interventionen und sozialarbeiterische Hilfe häufig auch noch symbolisch abgestraft, auch wenn hier andere Institutionen wie Massenmedien eine noch bedeutendere Rolle spielen.

Während etwa die Wohlhabenden in der Regel als hoch differenzierte Gruppe betrachtet werden, gut nachzuvollziehen am Beispiel der winzigen Gruppe der Topmanager, wie die Studien des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann zeigen², so wird die Armutsbevölkerung gerade in den Sozialwissenschaften häufig als ein homogener Haufen statistisch zusammengestellt. Die implizite Grundidee liegt dann darin, dass auf der Grundlage geringer bis extrem geringer Handlungsressourcen und Kapitalien kaum Differenzierungsmöglichkeiten in der alltäglichen Lebensführung, in den Einstellungsmustern und den spezifischen Mentalitäten möglich und auffindbar sind. Wenn die Gruppe derjenigen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60% des durchschnittlichen Gesamteinkommens liegt, als Gruppe der Armen statistisch gebündelt wird, dann wird hier eine große Gruppe von Menschen unter einer einzigen Kategorie – dem verfügbaren Haushaltseinkommen – zusammengefasst. Mit dem Hannoveraner Ungleichheitsforscher Michael Vester lässt sich ein solches Vorgehen als „Vulgärmaterialismus“ kritisieren.

Die Gruppe derjenigen, die einkommensarm sind und in Folge über geringe bis sehr geringe materielle Handlungsressourcen verfügen, ist aber selbst höchst ausdifferenziert. Etwa durch die Spreizung im Lebensalter (Kinder- und Jugendarmut bis hin zur Altersarmut), durch die Differenz zwischen autochthoner Bevölkerung und Menschen mit Migrationshintergrund, durch die Geschlechterdifferenzierung, durch die familialen und generationalen Erfahrungen mit Armut (gesellschaftlicher Abstieg vs. sozial vererbte Armut) und schließlich auch durch den spezifischen alltäglichen Umgang mit der Ressourcenknappheit – verschämte, passiv erduldet oder durch Devianzmuster verarbeitete Armut – sowie durch die eigenen Erklärungsmodelle und Weltdeutungen, in denen die eigene Armutssituation sich selbst und anderen gegenüber erklärt und interpretiert wird.

Wenn der Gedanke zugelassen wird, dass sich Menschen in unterprivilegierten sozialen Lagen gerade auch in ihren Mentalitäten erheblich voneinander unterscheiden, zum Beispiel danach, ob sie angesichts alltäglicher Nöte schlicht längst aufgegeben haben, sich nach wie vor an Mittelschichtwerten orientieren oder sich in der Knappheitssituation einrichten und eine flexible Gelegenheitsorientierung ausbilden, die nimmt, was zu kriegen ist, dann ist nicht nur die Konstruktion einer homogenen Armutsgruppe fraglich. Vielmehr geraten auch Maßstäbe der Beurteilung von Handlungen und Handlungsstrategien zumindest aus der Perspektive einer sozialphilosophisch inspirierten Ungleichheitssoziologie heraus stark ins Wanken. Wenn etwa die Abgrenzung „konformes Mittelschichtshandeln“ vs. „deviantes Unterschichtshandeln“ nicht mehr aufrechtzuhalten ist, weil sich beispielsweise Teile der Menschen, die unter Ressourcenknappheit leiden, gerade in ihrem Alltagshandeln ohnehin schon an der Mittelschicht orientieren oder Menschen mit ausgeprägter Gelegenheitsorientierung höchst effektive Alltagshandlungen realisieren, dann entfällt ein einfacher Maßstab, mit dem das Handeln von Menschen mit Ressourcenknappheiten beurteilt werden kann. Ist jetzt die Gelegenheitsorientierung besser als die Orientierung an der Mittelschicht? Oder wer möchte Menschen verdenken, ihre motivationalen Bemühungen, sich aus dieser Position wieder zu befreien, einzustellen, wenn das Beste, was diese Gesellschaft für sie zu bieten hat, ein prekärer Hire- and Fire-Job in Fast-Food-Lokalen und sonstigen Niedriglohnbranchen ist?

Die Hannoveraner Arbeitsgruppe für interdisziplinäre Sozialstrukturanalyse um Michael Vester hat eine Milieulandkarte für Deutschland entwickelt (im Augenblick wird die Milieuforschung am Fallbeispiel Luxemburg weiter vorangetrieben), in der drei unterprivilegierte Milieus, die „traditionslosen Arbeitnehmermilieus“ – wie Vester und KollegInnen das nennen – unterschieden werden (resigniertes, respektables und unangepasstes Milieu).³ Die in Hinblick auf die Beschäftigung mit Armut bzw. der Armutsbevölkerung wichtige Perspektive, die Vester und die Milieutheorie bieten, ist vor allem, dass die Handlungsstrategien, Deutungsmuster und Mentalitäten von Mitgliedern der unterprivilegierten sozialen Milieus wertzuschätzen sind als differente und durchaus effiziente Strategien der Weltaneignung. Wenn Angehörige aus den unterprivilegierten Milieus Handlungen nicht durchführen oder verweigern, die aus der Sicht der Mittelschichten und der herrschenden Klasse angemessen wären, kann das in Hinblick auf die eigenen milieuspezifischen Alltagswelten vollkommen rational sein, etwa weil die engsten FreundInnen andere Handlungen missbilligen würden oder weil entlastende Handlungsroutrinen sich eingeschliffen haben.

Es ist die gängige Auffassung, dass das Aufwachsen in unterprivilegierten Milieus und mit geringen Handlungsressourcen „Entwicklungsrisiken“ in sich birgt. Das Erlernen von Handlungsstrategien, aber auch die Ausbildung von „Relevanzstrukturen“ (Alfred Schütz) erfolgt im sozialen Nahraum in milieuspezifischen Handlungskontexten. Die von Vester et al. beschriebenen Milieus lassen sich als Sozialisationsräume begreifen, in denen sich bis heute unterschiedliche Wertmuster und Einstellungen, unterschiedliche Habitus und Mentalitäten und selbst unterschiedliche Körperwahrnehmungen herauskristallisiert haben.⁴ Handlungsmuster und Relevanzstrukturen, die in unterprivilegierten Milieus erworben werden, erzeugen genau dann ein Entwicklungsrisiko, wenn sie durch gesellschaftliche Institutionen wie vor allem Schule systematisch abgewertet und zum Defizit bestimmt werden.⁵ In die Gruppe der unterprivilegierten sozialen AkteurInnen – seien sie nun bestimmt als die Gruppe derjenigen mit gering(st)en Handlungsressourcen oder die Angehörigen der unterprivilegierten sozialen Milieus nach Vester – werden

eine Reihe von Defiziten hineinprojiziert: geringe oder keine Bildungsaspirationen (sowohl bei SchülerInnen als auch bei Eltern), geringere Intelligenz, geringere Bindungsfähigkeit, Neigung zum devianten Verhalten, problematisches Gesundheitsverhalten und last but not least fehlerhaftes Konsumverhalten.⁶ Dass das Aufwachsen mit (sehr) geringen Handlungsressourcen schlechter ist als das Aufwachsen mit ausreichenden Handlungsressourcen, ist nicht zu bestreiten. Die Vorstellung von allgemeinen Entwicklungsrisiken lebt aber zum einen davon, dass gesellschaftliche Institutionen, allen voran Bildungsinstitutionen, hier ordentlich nachhelfen und zum anderen davon, dass SozialwissenschaftlerInnen selbst zum Teil die Mittelschichtmaßstäbe als einzigen Maßstab gelingender Entwicklung unproblematisch voraussetzen.

Aus der ungleichheitssoziologischen Perspektive milieuspezifischer Differenzierung folgt also normativ zunächst einmal die Wertschätzung der alltäglichen Handlungen der Menschen mit Ressourcenknappheit. Damit wird aber jede paternalistisch orientierte Hilfe – unabhängig von der guten Gesinnung – problematisch. Die normative Fluchtlinie wäre eher die Akzeptanz und symbolische Aufwertung unterprivilegierter Milieus, statt zu versuchen, ihnen Wege in mittelschichtbezogene Biografien zu ebnet, die ihnen ohnehin habituell in der Regel verbaut sind.⁷

Tendenziell entgegengesetzt ist naturgemäß die Sichtweise der Praktikerinnen und Praktiker der sozialen Arbeit, der Hilfsorganisationen, der Gesundheitsförderung und Prävention oder der Sozialpädagogik. Hier geht es ja gerade darum, real existierendes alltägliches Leiden zu mildern und ihren als Klientinnen und Klienten (oder neuerdings KundInnen) bezeichneten Menschen mit Ressourcenknappheit Wege aus der gegenwärtigen Situation aufzuzeigen. Unterprivilegierte Menschen werden als hilfebedürftig wahrgenommen und auf dieser Grundlage werden individuelle oder gruppenspezifische Angebote erstellt, die den Menschen helfen sollen, wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Hilfe zur Selbsthilfe ist ebenso eine starke normative Fluchtlinie sozialer Arbeit wie auch das in der Gesundheitswissenschaft besonders populäre Empowerment-Konzept. Streng genommen ergibt sich daraus, dass die hilfebezogene Wertschätzung der Personen vor allem dadurch gestärkt wird, insofern es ihnen gelingt, ihr bisheriges Verhalten

zu ändern. Finden keine durch die Hilfe anvisierten Verhaltensänderungen statt, dann wird das in der Regel als Scheitern der Hilfemaßnahmen verbucht.

Gerade an dieser Schnittstelle hilfebezogenen Eingreifhandeln ist in den letzten Jahren ein Konzept stark diskutiert worden, dass darauf abzielt, auch unter ungünstig(st)en Bedingungen Verhaltensweisen und/oder Mentalitäten zu generieren, die die Individuen gar nicht erst in die Lage versetzen, (freiwillig oder nicht) Hilfemaßnahmen in Anspruch nehmen zu müssen. Das Konzept der Resilienz zielt darauf ab, Schutzfaktoren zu identifizieren, um individuelle Verhaltensweisen „im grünen Bereich“ zu fixieren, selbst wenn schwierige Familienverhältnisse, Gewalterfahrungen oder andere Formen von Deprivation eine gewichtige Rolle spielen. Die dahinter stehende sozialisationstheoretische Frage lautet, wie ist es möglich, dass manche Personen trotz zum Teil extremer Erfahrungen psychisch gesund bleiben und eine stabile Biografie verfolgen, während andere Personen unter ähnlichen Bedingungen eine Reproduktion unterprivilegierter Lagen erzeugen. In dieser Orientierung an Resilienzfaktoren, die dann konsequenterweise überall gestärkt werden müssten, liegen durchaus normative Fallstricke.

Ansätze, die stark auf die subjektiven Verarbeitungsformen und -muster von Ungleichheit und Herrschaft abheben, sind prinzipiell zwei Gefahren ausgesetzt: Ers-tens drohen sie eine Individualisierung von strukturellen Ungleichheiten zu konstruieren – das gilt nicht nur für die Stärkung von Resilienz, sondern auch für die verwandten Konzepte Empowerment, Coping, Stärkung sozialen oder kulturellen Kapitals usw. Denn sie implizieren, dass alle Situationen auf der Grundlage richtiger Handlungsressourcen produktiv bearbeitbar sind.⁸ Zweitens droht ihnen stets bei der Gewichtung der Ursachenfaktoren der Primat gesellschaftlicher Strukturen vor den individuellen Handlungen, den ich hier einklagen würde, aus dem Blick zu geraten.⁹ Dass Armut in reichen Gesellschaften etwa durch Massenarbeitslosigkeit immer wieder hergestellt wird und beispielsweise durch die Einführung eines garantierten Grundeinkommens von mindestens 1.500 Euro einfach abzuschaffen wäre, kann so aus dem primären Fokus geraten. Die – vom Standpunkt der subjektiven Hilfe richtige und konsequente – Suche nach individuellen Faktoren, sich auch in schlechten Lagen zu behaupten,

kann immer mit einer Relativierung sozialer Herrschaftsstrukturen einhergehen. Dass eine individuelle Behauptung in Gesellschaften, die von einem Konkurrenzprinzip durchzogen werden, in der Regel bedeutet, dass dann andere Individuen abrutschen, dass es also in kapitalistischen Gesellschaften zumeist ein Nullsummenspiel bleibt, ist eine Gefahr von individuenbezogenen Perspektiven, die häufig unterschätzt wird.

Subjekt- oder individuenbezogene Ansätze bergen aber auch das Potenzial einer normativ weit ausgreifenden Perspektive, die in ein produktives Spannungsverhältnis zu einem Ansatz gerät, der die Achtung und den Respekt gegenüber unterprivilegierten Milieus in den Blick nehmen bzw. die symbolischen Herrschaftsverhältnisse kritisieren möchte, die mit Abwertungen differenter Verhaltensweisen einhergehen.¹⁰ Denn auch Milieuansätze sind nicht unproblematisch: Sie haben häufig die Schwäche, soziale Milieus zu ontologisieren bzw. zu essentialisieren und Milieus ein Eigenleben zuzuschreiben, das es so nicht gibt. Der ungleichheits- und herrschaftssoziologischen Perspektive, so stark sie in der Erklärung der Reproduktion von Armut und sozialer Ungleichheit meiner Ansicht nach auch sind, kommt auf der anderen Seite tendenziell das han-

delnde Subjekt abhandeln, auf das sich subjektorientierte Ansätze konzentrieren. Soziale AkteurInnen sind eben auch mehr als TrägerInnen von sozialen Indikatoren und können ganz schreckliche Taten begehen und selbst das Leben von anderen zerstören.¹¹

Eine normative Perspektive, die Resilienz- und Milieuansätze deshalb zusammenführen könnte, wäre eine dialektische Strategie, einerseits die Anerkennung unterprivilegierten Milieus zu fördern und ihre symbolische Abwertung zu torpedieren. Gleichzeitig ist andererseits aber in Anschlag zu bringen, dass in the long run unterprivilegierte Milieus in Reichtumsgesellschaften von der Bildschwäche verschwinden müssen. Die Suche nach Resilienzfaktoren müsste dann vor allem in die Richtung gehen, dass nicht nur die individuell erfolgreiche Handlungsstrategie bei widrigen Bedingungen, sondern auch die Förderung von Widerständigkeit gegen die aktuellen gesellschaftlichen Strukturen die normative Zielfigur darstellt. Neben der individuell gelungenen (Re-)Integration in das schlechte Ganze, wäre dann eine wichtige Fluchtlinie der sozialen Hilfseinrichtungen, Widerstandspotenziale zu fördern, die Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment erst in das richtige Licht rücken würden.

1) Vgl. Wilkinson, Richard, 2005, *The impact of inequality. How to make sick societies healthier*, London: New Press. Ders./Kate Pickett, 2009, *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin: Tolkmitt; eine deutsche Kurzversion des Buchs ist: Wilkinson, Richard/Kate Pickett, 2008, *Das Problem relativer Deprivation. Warum einige Gesellschaften erfolgreicher sind als andere*, in: Bauer, Ullrich et al (Hrsg.): *Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit*, Wiesbaden: VS, 59–86.

2) Vgl. u.a. Hartmann, Michael, 2002, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/Main, New York: Campus. Ders., 2004, *Elitesoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt/Main: Campus. Ders., 2007, *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/Main: Campus.

3) Vesters Bestimmung der drei unterprivilegierten Milieus sind nicht unmittelbar mit der Armutsbevölkerung identisch. Bei Vester werden zunächst milieuspezifische Mentalitäten abgebildet und erst in einem zweiten Schritt abgeglichen mit verfügbaren Handlungsressourcen. Wichtig für unseren Zusammenhang ist aber, dass je nach milieuspezifischer Herkunft, die Ressourcenknappheiten auf der Grundlage differenter Mentalitäten anders erfahren und abgearbeitet werden. Wichtig wäre in Zukunft eine stärkere Verknüpfung zwischen Ungleichheits- und Armutforschung. Die Ungleichheitssoziologie, Sozialstrukturanalyse einerseits und die Armutforschung andererseits haben im deutschsprachigen Raum jahrzehntelang nebeneinander existiert, ohne sich systematisch aufeinander zu beziehen. Vgl. hierzu die starke Studie von Groh-Samberg, Olaf, 2007, *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur: Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven*, Wiesbaden: VS.

4) Vgl. zum Milieuansatz und den Milieubeschreibungen: Vester, Michael et al., 2001, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt/Main: Suhrkamp. Zum Verhältnis von Milieu und Sozialisation: Grundmann, Matthias et al, 2006, *Milieuspezifische Handlungsbefähigung. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz*, Münster: Lit sowie Bauer, Ullrich/Michael Vester, 2008, *Soziale Ungleichheit und soziale Milieus als Sozialisationskontexte*, in: Hurrelmann, Klaus et al. (Hrsg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*, Weinheim: Beltz, 184–202.

5) Vgl. hierzu Bourdieu, Pierre/Jean-Claude Passeron, 1971, *Die Illusion der Chancengleichheit*, Stuttgart: Klett; Dies., 1973, *Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion. Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt/Main: Suhrkamp. Grundmann, Matthias et al, 2004, *Die Umwandlung von Differenz in Hierarchie? Schule zwischen einfacher Reproduktion und eigenständiger Produktion sozialer Bildungsungleichheit*, in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 24 (2), 125–145.

6) Vgl. etwa die Reihe der aufgelisteten Armutsursachen in den Armuts- und Reichtumsberichten der Deutschen Bundesregierung aus den Jahren 2002, 2005 und 2008. Dort wird fehlerhaftes Konsumverhalten neben Scheidung oder Tod des/r Partners/in als Armutsursache angeführt. Was aber ist der Maßstab fehlerhaften Konsumverhaltens? Niemand käme auf die Idee, einem Multimillionär fehlerhaftes Konsumverhalten vorzuwerfen, wenn er sich für 150.000.-€ ein Auto kauft.

7) Der Habitusbegriff wird hier nach Pierre Bourdieu verstanden als System von Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata, die durch die Sozialisation erworben werden. Der Habitus eines Menschen bezeichnet „Grenzen des Hirns“ (Karl Marx) und umfasst ebenfalls eine körperliche Dimension, die sich in der Körperhaltung, Gestik, Mimik, aber auch im Verhältnis zum eigenen Körper ausdrückt. Lesenswert hierzu Kraus, Beate/Gebauer, Gunther, 2002, Habitus, Bielefeld: Transkript.

8) Konservative Varianten können an der Schnittstelle subjektiver Ausstattung immer wieder mit Hinweisen auf genetische Veranlagungen einschreiten, obwohl noch niemand einem Gen bei einer individuellen Handlung hat zusehen können.

9) Es gilt die simple Einsicht: Schlechte gesellschaftliche Institutionen lassen Menschen Dinge tun, die sie unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen nicht tun würden. Das ist bereits die Position von Marx, aber auch jüngere gerechtigkeits-theoretische Ansätze wie Rawls, John, 1971, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main: Suhrkamp oder der aktuelle Capabilities-Ansatz greifen darauf zurück.

10) Klassisch sind hierzu die bahnbrechenden Studien des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, vor allem: Bourdieu, Pierre, 1982, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

11) Allerdings ist es kein „Privileg“ von sozialen AkteurInnen mit (sehr) geringen Handlungsressourcen, physische und symbolische Herrschaft über andere auszuüben.



Nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren.

Zum Hintergrund meiner Arbeit

Das Caritas Familienzentrum in Wien bietet Beratung und Psychotherapie für alle Menschen, die sich diese Leistungen am freien Markt nicht leisten können. Zu uns kommen Menschen, die in vielfältigen Formen von Armut betroffen oder bedroht sind und deren Leben aus den Fugen geraten ist oder droht, aus den Fugen zu geraten.

Unsere KlientInnen verfügen meist über geringe finanzielle Mittel, und das aus verschiedenen Ursachen. Eine immer größer (und jünger) werdende Gruppe sind:

- Einzelpersonen, die aufgrund chronischer, manchmal psychischer Erkrankungen in „Frühpension geschickt“ wurden, d.h. sie beziehen eine befristete Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditäts-Rente, und es wird nicht mehr versucht, sie in Erwerbsarbeit zu vermitteln. Sie stehen auf einem gesellschaftlichen Abstellschleis.
- AlleinerzieherInnen, die mit einem (oft Teilzeit-)Gehalt mehrere Kinder versorgen müssen.
- StudentInnen, die ohne Einkommen oder Unterstützung durch das Elternhaus wenig Geld zum Leben haben.
- Männer oder Frauen die, nach Scheidungen massive finanzielle Verluste hinnehmen mussten.
- AsylwerberInnen (für die es ein spezielles Traumatherapieangebot gibt) bekommen mit der Grundversorgung gerade genug zum Überleben und haben, solange ihr Verfahren läuft, keinen Zugang zum Arbeitsmarkt.
- Arbeitslose oder SozialhilfebezieherInnen, deren Einkommen auch nur für das Allernötigste reicht.

Mangelnde finanzielle Mittel bzw. Einkommensarmut sind für alle unsere KlientInnen ein bedeutender Stressfaktor, der jedoch unterschiedlich zum Tragen kommt. Es geht den Menschen nicht ausschließlich deshalb schlecht, weil sie unter finanziellen Gesichtspunkten arm sind. Fehlende finanzielle Ressourcen sind ein Faktor neben andern, bzw. hindert dieser Mangel sie manchmal daran, sich aus eigener Kraft aus ihrer unangenehmen Lage befreien zu können.

Das 5-Säulen-Modell nach H.G. Petzold

Um zu verstehen, wie die verschiedenen Kräfte in den individuellen Schicksalen unserer KlientInnen zusammenwirken, bedienen wir uns verschiedener theoretischer Erklärungsmodelle, die auch praktische Anwendung in Beratung und Therapie finden. Ein Beispiel: Das 5-Säulen-Modell, das H.G. Petzold für die Integrative Therapie entwickelt hat, eignet sich meiner Erfahrung nach sehr gut, um mit (jungen) Erwachsenen einen Zugang zu Selbstreflexion und Selbstwirksamkeit zu finden. Die 5 Säulen werden gemalt, beschriftet und besprochen.

Die 5 Säulen der Identität – Leib/Leiblichkeit, soziales Netzwerk/soziale Bezüge, Arbeit und Leistung, materielle Sicherheit, Werte und Normen – bauen, stützen und tragen die Identität eines Menschen. Im Folgenden werde ich sie näher erläutern:

1. Säule: Leib/Leiblichkeit

Der Leib ist mehr als nur Körper, das Gefäß, das ich bin, in dem ich lebe. Unter Leiblichkeit versteht man alles, was das körperliche Sein in der Welt ausmacht. Gesundheit und Krankheit, Sport, Beweglichkeit, Wohlbefinden, Sexualität, Selbstwahrnehmung, Körperpflege, Hygiene, Unfälle, Verletzungen, Schlaf, Ernährung, Umgang mit Essen, Trinken, Drogen, Gewalt, Entspannung, Kraft, etc.

2. Säule: soziales Netzwerk/soziale Bezüge

Umfasst das gesamte soziale Netzwerk einer Person, d.h. Familie, FreundInnen, KollegInnen, Liebesbeziehungen, Zugehörigkeit zu Berufsgruppe, Vereine o.Ä., wo fühlt sich jemand zugehörig oder ausgegrenzt, wer gehört dazu? Warum?

3. Säule: Arbeit und Leistung

Bezahlte und unbezahlte Arbeit, Lohnarbeit und Versorgungsarbeit. Was arbeite ich? Wie viel Platz/welche Bedeutung hat Arbeit und Leistung in meinem Leben? Welche Traditionen gibt es dazu in meiner Familie? Stichworte dazu sind: körperliche Arbeit und Leistung, geistige Arbeit und Leistung und deren Bewertung. Ehrgeiz, Ziele, faul und fleißig, etc.

4. Säule: materielle Sicherheit

Einkommen, Geld, Besitz und ebenso die Abwesenheit dieser Dinge, inklusive

Konstanze EPPENSTEINER

ist Psychotherapeutin und Leiterin des Caritas Familienzentrum Wien sowie Lehrtherapeutin für Integrative Therapie an der Donau-Uni Krems.

persönlicher Bewertung. Sozialer Status aufgrund von (fehlendem) Besitz, Erbe, Schulden, Wohnung, Haus. Ansprüche auf und an materielle Dinge, Sehnsüchte, Hoffnungen, Erfahrungen mit Armut und Reichtum, Neid, Geiz, Gier, etc.

5. Säule: Werte und Normen

Moral, Ethik, Religion, Traditionen, Glauben, Sinnfragen (gesellschaftliche und persönliche und ihr Verhältnis zueinander). Persönliche Werte und Normen. Das, was jemand für wichtig hält, von dem er/sie überzeugt ist, wofür er/sie eintritt und von dem er/sie glaubt, dass es auch für andere Menschen wichtig sei. Religiöse oder politische Überzeugungen, die „persönliche Lebensphilosophie“, wichtige Grundprinzipien, aktuelle und abgelegte Ideologien.

Die fünf Säulen der Identität sind ein Modell, um Zusammenhänge im Leben eines Menschen sichtbar zu machen. Dahinter steht die Annahme, dass die fünf Säulen nie alle gleich stark bzw. ausgeprägt sind. Je nach Lebens- und Entwicklungsphase kann die eine oder andere Säule stärker in den Vordergrund treten, z.B. in den Teenagerjahren: spannende körperliche Prozesse (Säule 1), viele FreundInnen (Säule 2), wenig Geld (Säule 4), Leistungstief in der Schule (Säule 3), radikale Werte (Säule 5). Krisenhafte Phasen bestehen darin, dass mehrere Säulen akut beschädigt oder nicht mehr tragfähig sind.

In Beratung und Therapie kann das Modell dazu dienen, einen Gesamtüberblick über die aktuelle Lebenssituation zu bekommen, und dazu zu erarbeiten, an welchen Säulen mit wessen Unterstützung gearbeitet werden muss, um wieder auf die Beine zu kommen. Ist die Säule „materielle Sicherheit“ sehr schwach ausgebildet, kann das für den einen durch ein gutes soziales Netz, kräftige körperliche Konstitution und klare Werte eine vergleichsweise geringe Belastung darstellen. Für den anderen ist eine schwache 4. Säule der Ursprung allen Übels: schlechte Gesundheit, wenig soziale Kontakte, wenig Leistungsfähigkeit, Tendenz zur politischen Radikalisierung.

Wie sich die Ressourcenverteilung auf die Entwicklung bzw. die Sozialisation von Kindern auswirkt, hängt (nach Petzold) darüber hinaus vom Zusammenspiel von Risiko- und protektiven Faktoren ab.

Risikofaktoren

Risikofaktoren beinhalten ein potenzielles Risiko, die kindliche Entwicklung zu verzögern, zu behindern oder zu verhindern. Das heißt: Wir sprechen nicht von Wenn-dann-Kausalitäten, sondern von erhöhten Wahrscheinlichkeiten. Einige exemplarische Risikofaktoren sind:

- psychiatrische Diagnose/Erkrankung eines Elternteils (inkl. Sucht)
- Teenagermutter/-eltern
- geringes Bildungsniveau der Eltern
- Arbeitslosigkeit einer oder beider Elternteile
- geringe finanzielle Mittel bzw. Möglichkeiten
- Alleinerziehender Elternteil = Abwesenheit eines Elternteils
- vier oder mehr Geschwister
- Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit/Randgruppe
- schlechte Interaktion zwischen Kind und Hauptbezugsperson (in der Regel die Mutter)
- eigene Behinderung oder schwere/chronische Erkrankung oder die eines Geschwisters

Potenzielle Risikofaktoren können bei geringer Ausprägung auch als Herausforderung, als Entwicklungsaufgabe gesehen und wirksam werden. Sie sind keine eindeutig schädigenden Faktoren, wie es z.B. erlebte Gewalt oder massive Naturkatastrophen sind.

Protektive Faktoren

Zentral für die Bewältigung von Risikofaktoren ist es, welche Kompensationsmöglichkeiten und protektive Faktoren ihnen gegenüberstehen. Protektive Faktoren schützen und unterstützen das Kind in seiner Entwicklung (und natürlich auch Erwachsene), können Risikofaktoren in ihrer Wirkung abschwächen, bzw. das Überwinden von Benachteiligungen ermöglichen. Beispiele für protektive Faktoren sind:

- gute soziale Vernetzung der Familie und Unterstützung im Umfeld
- ein „significant caring adult“ in- oder außerhalb der Familie (z.B. auch Patin bzw. Pate)
- positive Temperamenteigenschaften wie emotionale Flexibilität, Kontaktfähigkeit, gelungene Affektregulation
- positives Erziehungsklima (Wärme, Offenheit und Akzeptanz) in Segmenten der Lebenswelt (ein Elternteil, Schule; Kirchengemeinde, Sportclub)
- Möglichkeitsräume, um Selbstwirksam-

keit erfahren zu können, so dass sich positive Selbstüberzeugungen entwickeln können

- soziale Vorbilder, die Werte und Sinnbezüge vermitteln und die konstruktives Bewältigungsverhalten vorleben
- dosierte Belastungen, die Immunisierungen und das Ausbilden von Bewältigungsstrategien ermöglichen, weil sie die vorhandenen Ressourcen nicht überfordern
- Angebote für sinnvolle Aktivitäten (Hobbys, Sport, Spielmöglichkeit) die Entlastung, Erfolgserlebnisse und Kreativitätserfahrung bieten
- Möglichkeiten, Natur zu erleben
- Haustiere (sind besonders hoch einzuschätzen!)

Das Konzept der Resilienz

In der Arbeit mit KlientInnen im Caritas Familienzentrum Wien wird versucht, individuelle Wege aus der aktuell hoch belasteten Lebenssituation zu finden. In der Eingangsphase kommt nicht nur der Anamnese, also der Erhebung der Krankengeschichte, sondern auch der Salutogenese eine bedeutsame Rolle zu. Der Begriff „Salutogenese“ stammt von Aaron Antonovsky und beschreibt ursprünglich ein Präventionskonzept zur Entstehung und Erhaltung von Gesundheit. Der Fokus im Gespräch liegt dabei auf den Ressourcen und Potenzialen, die jeder Mensch genauso mitbringt wie seine Leidensgeschichte. Die Erwähnung und Würdigung dieser oft verschütteten Anteile bewirken eine Stärkung und Unterstützung des oft schwer beschädigten Selbstwertes unserer KlientInnen.

Manche Menschen entwickeln sich trotz Armut und Vorhandensein weiterer Risikofaktoren zu selbstständigen, liebevollen, verantwortungsbewussten und erfolgreichen Erwachsenen.

Sie verfügen über eine natürliche Widerstandsfähigkeit, die viele SozialwissenschaftlerInnen zu Forschungen veranlasst hat: die Resilienz:

Resilienz (von lateinisch *resilire* = „zurückspringen, abprallen“, deutsch etwa Widerstandsfähigkeit) beschreibt die Toleranz eines Systems gegenüber Störungen (Wikipedia). Ein anschauliches Beispiel aus den Naturwissenschaften ist das Stehaufmännchen, das sich, egal in welche Lage es gebracht wird, immer wieder in die Senkrechte aufrichtet.

Das Wort Resilienz wird in verschiedenen Kontexten verwendet. Wenn es um die Entwicklung von Kindern und um Sozialisation geht, stößt man unweigerlich auf den Namen Emmy Werner, eine Kinderpsychologin an der Uni von Nebraska, USA, die die erste Längsschnittstudie zu dem Thema ab 1955 auf der hawaiianischen Insel Kauai durchführte, mit dem Ziel, Entwicklungsrisiken von Kindern aus armen Familien zu untersuchen.

Es stellte sich heraus, dass ein Drittel der untersuchten Gruppe (alle 698 Kinder, die 1955 auf der Insel geboren wurden) infolge von chronischer Armut, Disharmonie und Psychopathologien in der Familie hohen Entwicklungsrisiken ausgesetzt waren. Bei ca. zwei Drittel dieser Kinder schlug sich das auch in den Biografien nieder. Ein Drittel aber hob sich deutlich ab: die resilienten Kinder. Trotz der belastenden Ausgangsbedingungen entwickelten sie sich zu leistungsfähigen, zuversichtlichen, fürsorglichen Erwachsenen. In dieser Gruppe gibt es im Vergleich mit der Altersgruppe die niedrigste Rate an Todesfällen, chronischen Gesundheitsproblemen und Scheidungen.

Welches Geheimnis steckt da dahinter? Emmy Werners Arbeiten sowie die darauf aufbauenden Arbeiten zeigen, dass es verschiedene Faktoren gibt, die dazu beitragen, dass Kinder sich trotz widriger Lebensbedingungen gut entwickeln.

Resilienz ist das Ergebnis eines Prozesses, der sich in der Interaktion zwischen Individuum und seiner Umwelt vollzieht. Es geht also um erlernte Fähigkeiten, wobei angeborene Persönlichkeitsmerkmale ebenfalls eine Rolle spielen:

- Eine vererbte Veranlagung zur Vitalität, die eine gewisse Unempfindlichkeit gegenüber Belastungen ergibt, d.h., eine eher robuste Konstitution.
- Die Fähigkeit, Belastungen und Risiken effektiv zu bewältigen.
- Die Fähigkeit, sich nach traumatischen Erfahrungen schnell und nachhaltig zu erholen.
- Die Fähigkeit, Situationskontrolle und Kompetenz unter akutem Stress und in Konfliktsituationen aufrechtzuerhalten.
- Die Fähigkeit, sich an Belastungssituationen so anzupassen, dass die Möglichkeit besteht, in ihnen zu überleben, ohne psychische oder psychosomatische Schädigungen davon zu tragen.
- Die Fähigkeit, Belastungssituationen zu kommunizieren und Schutzpersonen zu mobilisieren.

Um Resilienz entwickeln zu können, benötigt es sowohl protektive Faktoren als auch Risiken und Belastungen, d.h. wer „mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wird“, was wohl als Synonym für Wohlstand, Schutz und Geborgenheit zu verstehen ist, hat weniger Notwendigkeit, Resilienz zu entwickeln – aber auch weniger Chancen. In der Integrativen Therapie, meiner therapeutischen Herkunft, wird insofern darauf Bezug genommen, als der Mensch immer als aktives, gestaltendes Subjekt in seiner Lebenswelt vor dem Hintergrund sozialer, ökonomischer und historischer Bedingungen zu betrachten ist. Diese aktiven gestaltenden Anteile zu entdecken, zu stärken und zum Einsatz zu bringen ist, unter anderem, Ziel unserer Arbeit mit KlientInnen. Das Erkennen, die Verarbeitung und die abschließende (mögliche) Außensicht über das eigene Schicksal führen im besten Fall zu gesellschaftspolitischem Engagement, weil Zusammenhänge erkannt werden und die Menschen anhand der eigenen Veränderung auch an gesellschaftliche Veränderung glauben können.

In sozialwissenschaftlichen Kreisen gibt es inzwischen eine, aus meiner Sicht recht abgehobene Diskussion über Resilienzkonzepte, die man wie folgt zusammenfassen könnte: „Wenn man weiß, was arme Kinder stark macht, werden alle in Richtung Resilienzförderung unterstützt. Dann werden die Armen fit gemacht, um ihr Schicksal zu erdulden, ohne groß Probleme zu machen. Eine widerstandsfähige Unterschicht entsteht und verdrängt jene, die trotz Förderung schwach sind, noch weiter an den Rand der Gesellschaft.“

In der Praxis stellt sich mir das ganz anders dar. Resilienz bedeutet, dass Menschen, die unter widrigen Bedingungen aufwachsen, ihr Leben gut meistern, emotional gesund sind und liebevolle Beziehungen leben können. So etwas ist in jedem Fall unterstützenswert. Zu diesen Menschen zähle ich jene, die zu uns ins Familienzentrum kommen, weil sie weniger Scheu und Scham haben, sich kompetente Hilfe zu holen, wenn sie welche brauchen. Wir unterstützen sie professionell dabei, wieder aus eigener Kraft ihren individuellen Weg weitergehen zu können. Dabei gibt es keine Normen und Ziele, die wir vorgeben würden, sondern subjektives Empfinden und persönliche Anliegen stehen im Vordergrund.

Ein Beispiel für die Förderung von Resilienz aus dem Alltag des Familienzentrums:

Ein 14-jähriges Mädchen, nennen wir sie Sunny, ist bei unserer Kindertherapeutin in Betreuung. Sie stammt aus einer großen Familie, hat fünf Brüder von fünf verschiedenen Vätern. Ihre Mutter ist chronisch krank und schwer überfordert. Die Familie ist seit langer Zeit vom Jugendamt betreut. Sunny hat eine sehr offene kommunikative Art. Sie kommt meist zu früh und unterhält sich sowohl mit der Sekretärin als auch mit allen KollegInnen, die ihr über den Weg laufen. Sie fragt und plaudert und verbreitet gute Stimmung, alle kennen sie, alle begrüßen sie mit Namen. Bei uns haben alle MitarbeiterInnen einen Magneten mit ihrem Namen drauf, der ins Feld „anwesend“ gesteckt wird, wenn sie im Haus sind. Sunny hat sich inzwischen auch so einen Magneten organisiert, als einzige unserer KlientInnen. Ihr Defizit an positiver Zuwendung und emotionalem Genährtwerden ist enorm. Wir können diesem Bedürfnis Raum geben, und Sunny kann sich hier noch viel mehr holen als „nur“ in der Therapiestunde von ihrer Therapeutin. Trotz widriger Lebensumstände entwickelt sie sich gut, schafft heuer ihren Schulabschluss und begibt sich anschließend auf Lehrstellensuche. Sunny lebt mit dem Entwicklungsrisiko materielle Armut und in schwierigen Familienverhältnissen, ihre lebendige, fröhliche und kommunikative Art eröffnet ihr jedoch Zugang zu protektiven Faktoren.

Viele Kinder und Jugendliche leiden sehr darunter, weniger materielle Mittel zur Verfügung zu haben als andere. Markenkleidung, Handy, Schulsachen, an all diesen Dingen sehen die MitschülerInnen, ob zu Hause viel oder wenig Geld zur Verfügung steht. Die Werbung, die Kosmetikindustrie, der Kult um Schönheit und Gestylt-Sein, erfasst Kinder immer früher. Manche Eltern verzichten selbst auf viel, um den Kindern zu helfen, eine heile Fassade aufrechtzuerhalten bzw. um sich nicht in die Karten schauen zu lassen. Aber spätestens wenn die Kinder niemanden zu sich nach Hause einladen können, weil sie sich schämen für beengte Wohnverhältnisse und schäbige Möbel, schöpfen MitschülerInnen Verdacht. Die Scham der Kinder für Tatsachen, die sie weder verursacht haben, noch an deren Veränderung sie mitwirken können, ist ein großer Belastungsfaktor. Die LehrerInnen sind hier sehr gefordert, mit dem Thema sensibel umzugehen. Für Kinder, Jugendliche (und Erwachsene) ist es sehr wichtig, dazuzugehören. Im schulischen Kontext gibt es

viele Möglichkeiten, Zusammengehörigkeit zu inszenieren, erlebbar zu machen, ohne dass alle Kinder über gleiche finanzielle Ressourcen verfügen müssen. Armut bedeutet Stress und Scham, wenn Kinder und Jugendliche dem Vergleich nicht standhalten. Ärmer zu sein, ausgegrenzt zu werden, nicht dazuzugehören, zählt zu den schmerzhaftesten Erfahrungen, die Menschen mit Menschen machen.

Solidarität zu erfahren, Interesse und Anteilnahme zu erleben, kann das wieder heil machen. Unsere Möglichkeiten im Familienzentrum sind begrenzt, deshalb ist es uns ein großes Anliegen, mit unseren KlientInnen und deren Angehörigen Strategien zu entwickeln, wie sie in ihrem Alltag wieder gute zwischenmenschliche

Erfahrungen machen können, wo es gleichgesinnte Menschen gibt, wie sie selber gegen Vorurteile und Ausgrenzung antreten können.

Quellen:

Hilarion G. Petzold; „Weggeleit, Schutzschild und ko-kreative Gestaltung von Lebenswelt“ in Metzmacher, Petzold, Zaepfel (Hrsg): Therapeutische Zugänge zu den Erfahrungswelten des Kindes, Junfermann Verlag

Hilarion G. Petzold, Integrative Therapie Band I bis III, Junfermann Verlag



Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität. Globale und lokale Strategien.

In reichen Ländern wie Österreich- wird Armut kaum mit Hunger gleichgesetzt. Mit der Verbreitung von Tafeln und Sozialmärkten, die „Wegwerf-“ bzw. „Restware“ verbilligt an Bedürftige vergeben, mehren sich die Zeichen für eine Bedrohung dieser Situation. Zugleich gibt es viele Bauern und Bäuerinnen, die ihre frischen und biologischen Produkte nicht kostendeckend verkaufen können. Ausgaben für Ernährung zählen neben Wohnen und Energie zu den Hauptposten im Haushaltsbudget von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Fragen nach den Ernährungsmöglichkeiten gehören zum Standardrepertoire der Armutsstatistik und -forschung. Neben der physischen wird dabei auch die soziale Dimension von Ernährung in den Blick genommen.

Sozialmärkte, Tafeln und ähnliche Projekte sind als – im wahrsten Sinne des Wortes – Notlösung zu verstehen. Sie dienen der unmittelbaren Linderung von Not; Systemprobleme wie Überproduktion und Spekulation und die Politik großer Lebensmittelkonzerne werden dabei genauso außer Acht gelassen wie stigmatisierende Wirkung auf Betroffene. Im Folgenden wird erörtert, inwieweit Ernährungssouveränität, wie sie von Kleinbauern und -bäuerinnen des Südens entwickelt und gefordert wird, um das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen in der Ernährungspolitik zu stärken, auch in Österreich und insbesondere von und mit armutsbetroffenen Menschen entwickelt werden kann.

Gertrude KLAFFENBÖCK, Irmis SALZER, Michi SCHÜTTE, Alexandra STRICKNER, Nadine ZIELONKE

Kommentar zum Forum

Maria MOSER

ORF TV, Abteilung Religion,
moderiert das Forum.

Ernährung – ein Thema, das jeden und jede betrifft. Jede und jeder braucht Nahrung. Das heißt auch: Jeder und jede muss sich darum kümmern, dass er/sie etwas zu essen hat. Jeder und jede muss entscheiden, welche Nahrungsmittel er/sie kauft – eine Entscheidung, die für manche heißt: Biobauer oder Diskonter? Und für andere: heizen oder mehr als Kartoffel essen?

Dass sich letztere Frage im reichen Österreich verschärft stellt und sich immer mehr Menschen die grundlegenden Lebensmittel nicht mehr leisten können, zeigt die rasante Entwicklung am „Nahrungsmittel-Hilfe-Markt“: Lebensmittelausgaben für Armutsbetroffene, Tafeln und Sozialmärkte haben Hochkonjunktur. Sie sind Strategien, um Menschen, die ansonsten nicht ausreichend zu essen hätten, rasch und weitgehend unbürokratisch Zugang zu Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Aber: Ist damit das Recht auf Nahrung angemessen umgesetzt? Ist es nicht stigmatisierend, vielleicht sogar entwürdigend, sich Nahrungsmittelspenden abzuholen? Wie fühlt man sich, wenn man im Sozialmarkt zwar Filet-Soße zum kleinen Preis bekommt, aber kein Filet dazu (Michi Schütte)? Und noch weiter

gedacht: Wie schauen die Lebens- und Arbeitsbedingungen jener Menschen aus, die produzieren, was wir essen? Was passiert sonst noch alles entlang der Produktionskette? Und was bedeuten diese Fragen für die Frage nach dem Recht, sich zu ernähren? Fragen, die beim Forum „Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität“ aufgeworfen wurden. Wären sie beim Forum auch gelöst worden, Podiumsdiskutantinnen und TeilnehmerInnen müssten auf der Stelle den Nobelpreis bekommen.

Was sich jedenfalls deutlich gezeigt hat beim Forum: Ernährung ist ein Thema, das jeden und jede direkt betrifft – an dem sich zeigt, wie sehr jeder und jede in ökonomische Strukturen nolens volens eingebunden ist. Und Ernährung ist ein Thema, bei dem – wenn es im Kontext von Armutsbekämpfung diskutiert wird – die Spannung zwischen grundsätzlicher Systemkritik und der Notwendigkeit etwas zu tun, damit sich die konkrete Situation von Menschen mit Armutserfahrungen verbessert, besonders virulent wird. Die folgenden Beiträge der PodiumsteilnehmerInnen geben einen Einblick in diese Problematik.

Jeder Mensch hat das Recht, frei von Hunger zu sein

Wenn von Hunger die Rede ist, haben wir meist Situationen vor Augen, die von Naturkatastrophen oder Kriegen geprägt sind und in weit entfernten Ländern liegen. Selten denken wir dabei an Menschen verschiedenster Altersgruppen in hochentwickelten Ländern. Zwar leben nach wie vor die meisten Menschen, die Hunger ausgesetzt sind in den sogenannten Entwicklungsländern, in den letzten Jahren sind jedoch auch in verschiedenen Industrieländern diese Zahlen dramatisch im Steigen begriffen. Laut FAO leben 80% der Menschen weltweit, die chronischem Hunger ausgesetzt sind, auf dem Land – also jenen Regionen, wo eigentlich Nahrungsmittel erzeugt werden.

Bei Weitem mehr als die Hälfte von ihnen sind Frauen. 90% des weltweiten Hungers zeigt sich in chronischer Unter- und Mangelernährung, mit entsprechenden Folgen für Gesundheit, physiologische Entwicklung und Lebenserwartung – insofern ist Hunger durchaus mit Folter zu vergleichen. Chronische Unterernährung bzw. Hunger ist mit Abstand am häufigsten strukturell bedingt – nur etwa 10% des weltweiten Hungers wird durch Kriege oder Naturkatastrophen verursacht. Es sind also gesellschaftliche Machtverhältnisse, die Menschen, soziale Gruppen und/oder ganze Teile der Bevölkerung diskriminieren, marginalisieren und ausgrenzen – und zwar so weit, dass ihre Existenzgrundlagen dauerhaft gefährdet oder ihnen gar entzogen sind. Die Gründe sind also meist in der (nationalen und internationalen) Gesellschaftsordnung, die täglich Millionen von Menschen des Rechts auf ein Leben in Würde zu suchen beraubt, zu suchen.

Mit der Erklärung der Menschenrechte von 1948 erkennt die UN-Staatengemeinschaft unter anderem das grundlegende Recht jedes Menschen, frei von Hunger zu sein, an. Im Jahr 1976 trat der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in Kraft, inzwischen bekennen sich mehr als 150 Staaten zum Recht jedes Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard, wie er in Artikel 11 festgelegt ist. Ein angemessener Lebensstandard umfasst Grundbedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung, Wohnen und die Möglichkeit, gegen Not- und Krisenfälle vorzulegen zu können. Mit dem Bekenntnis der

Paktstaaten zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechten jedes Menschen wird die Befriedigung von Grundbedürfnissen nicht mehr „nur“ zur Frage von Ethik und Moral – sie wird zu einer Frage von Gesetz und von Recht. Regierungen, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekennen, stehen vor allem gegenüber jenen Menschen in der Pflicht, die aufgrund herrschender Strukturen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Recht auf Nahrung wird u.a. als eines der grundlegenden Menschenrechte betrachtet, weil dessen Erfüllung als Voraussetzung für den Genuss weiterer Menschenrechte wie Gesundheit, Bildung oder Teilnahme am kulturellen Leben gilt. Während Staaten verpflichtet sind, diese Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten und diese durch Mittel des Rechtsstaates um- und durchzusetzen, sind alle Akteure und Akteurinnen der Gesellschaft gleichermaßen verantwortlich, dazu beizutragen, dass diese Menschenrechte für alle erfüllt werden.

Grundlegende Elemente zum normativen Charakter zum Recht auf angemessene Nahrung beinhalten verschiedene Dimensionen: etwa jene des ökonomischen und physischen Zuganges zu angemessener Nahrung sowie die (direkte und indirekte) Verfügbarkeit derselben. Der ökonomische Zugang umfasst jene wirtschaftlichen Aspekte, nach denen adäquate Nahrung leistbar bleiben muss, ohne andere Grundbedürfnisse (etwa Wohnen, Kleidung, Hygiene etc.) zu gefährden. Der physische Zugang spricht Behinderungen bzw. Hindernisse an, mit denen sich Menschen einzeln oder in Gemeinschaft konfrontiert sehen, wenn sie sich nicht adäquat ernähren können. Dies können zum einen ältere und/oder pflegebedürftige und/oder physisch beeinträchtigte Menschen sein, Opfer von Katastrophen oder lokale/indigene Gemeinschaften, die auf verschiedenste Weise von Territorien abgeschnitten sind, die für ihre adäquate Ernährung wesentliche Bedeutung haben.

Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln erlegt dem Staat die Pflicht auf, sowohl die direkte als auch die indirekte Verfügbarkeit durch Gesetze, Programme oder andere rechtsstaatliche Mittel zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Die direkte Verfügbarkeit beinhaltet beispiels-

Gertrude KLAFFENBÖCK
ist Sektion Koordinatorin von FIAN Österreich, FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

weise produktives Land und andere natürliche Ressourcen, die notwendig sind, um Menschen adäquat ernähren zu können. Mit indirekter Verfügbarkeit sind funktionierende Verteilungs- und Verarbeitungssysteme angesprochen. Dazu gehören auch Marktssysteme, die Produktion und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen: auf Haushaltsebene sowie lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Regierungen haben darüber hinaus sicherzustellen, dass Nahrung in entsprechender Qualität (z.B. frei von gesundheitsgefährdenden Inhalten) und den altersgemäßen physiologischen Erfordernissen erhältlich und zugänglich ist.

Neben den genannten qualitativen Aspekten ist auch jener der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung: Staaten müssen dafür sorgen, dass Zugang und Verfügbarkeit sowohl von Ressourcen als auch von Nahrung im engeren Sinne nachhaltig gestaltet sind. Dieses normative Element verpflichtet Regierungen zu einer Politik, durch welche die Voraussetzungen und die Befähigung der Gesellschaft sowie einzelner Menschen, sich zu ernähren, mittel- und langfristig nicht gefährdet werden. Das Recht auf Nahrung betrifft schließlich auch kommende Generationen, die einen Anspruch darauf haben, dass dieses grundlegende Recht für sie gewahrt bleibt.

Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität

Irmi SALZER

ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der ÖBV-Via Campesina Austria (Österreichische Bergbauern- und Bäuerinnen Vereinigung) und Mitglied der Arbeitsgruppe „GAP und Ernährungssouveränität“ der Europäischen Koordination der globalen KleinbäuerInnen- und Landlosenbewegung La Via Campesina (ECVVC).

Was ist Ernährungssouveränität? Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde von La Via Campesina, einer internationalen Organisation der KleinbäuerInnen, Landlosen und LandarbeiterInnen, entwickelt. Ernährungssouveränität impliziert weit mehr als der technische, Menschen und ihre Bedürfnisse ausblendende Begriff der Ernährungssicherung. Das Konzept der Ernährungssouveränität besagt, dass die Bevölkerung einer Region oder eines Landes ihre Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst bestimmen kann, sofern dabei nicht die Rechte anderer Länder verletzt werden (wie es beispielsweise durch Dumping geschieht). Staaten und Regionen haben die Möglichkeit, ihre Produktion zu schützen, sowie die Produktionsweise und die Herkunft ihrer Lebensmittel zu kontrollieren. In welchem Ausmaß produziert, importiert und exportiert werden soll, darf also nicht von global geltenden Freihandelsregeln abhängen, sondern wird von BäuerInnen, KonsumentInnen und lokalen PolitikerInnen demokratisch entschieden. Auch die Verfügungsgewalt über Land und Ressourcen unterliegt der lokalen Kontrolle. Ernährungssouveränität bedeutet eine Aufwertung der BäuerInnen. Sie bekommen kostendeckende Preise und verringern die Abhängigkeit vom Großhandel. Im Gegenzug verpflichten sie sich dazu, gesunde und kulturell angepasste Lebensmittel unter sozial und ökologisch nachhaltigen Bedingungen zu produzieren.

Viele Menschen sind der Meinung, Ernährungssouveränität sei ein Konzept nur für den Süden. Doch auch bei uns kann und soll Ernährungssouveränität verwirk-

licht werden – eine angesichts der weltweiten Nahrungsmittelkrise sowie der steigenden Armut in den Industrieländern hochaktuelle Forderung. KritikerInnen der Ernährungssouveränität verunglimpfen das Konzept meist als rückständig, als protektionistisch oder gar chauvinistisch. Doch „Freihandel oder Ernährungssouveränität“ beschreibt eine falsche Alternative, wie Thomas Gröbly treffend meint. Ernährungssouveränität bedeutet nicht, jegliche Ein- oder Ausfuhren zu verbieten, sie wendet sich jedoch gegen die Abhängigkeit von Export- bzw. Importmärkten. Sie steht für ein Primat der Selbstversorgung mittels einer ökologisch und sozial nachhaltigen Produktion. Auch wenn wir Lebensmittel billig(er) importieren könnten, sprechen zahlreiche Argumente dafür, die lokale bzw. regionale Selbstversorgung zu erhalten bzw. wiederzuerlangen.

Ernährungssouveränität ist kein Rezept, das man Schritt für Schritt nachkochen kann. Sie ist ein politisches Konzept, das auf der Mitbestimmung von VerbraucherInnen und ProduzentInnen aufbaut, auf demokratischer Kontrolle, Transparenz und Glaubwürdigkeit. Insofern stellt Ernährungssouveränität einen wichtigen Baustein im Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung dar – auch und gerade bei uns. Alle Menschen sollen demokratisch und miteinander entscheiden dürfen, wie, von wem und unter welchen Bedingungen die Lebensmittel erzeugt werden sollen, die wir alle essen. Priorität hat die Verfügbarkeit von gesunder, kulturell angepasster und qualitativ hochwertiger Nahrung für alle Menschen – das bedeutet natürlich auch, dass diese Nahrung für alle leistbar sein soll.

KonsumentInnen müssen nicht nur ihr Einkaufsverhalten prüfen, sondern sich als aktive BürgerInnen der Gesellschaft begreifen. Wir sind gegen die KonsumentInnen-demokratie! Politisch korrekte einkaufen allein reicht nicht. Wir müssen gemeinsam Alternativen zu diesem Lebensmit-

telsystem, das auf unfairen Bedingungen entlang der ganzen Wertschöpfungskette beruht, schaffen. Also politisches und gesellschaftliches Engagement, Alternativen leben, solidarische Ökonomie. Zuerst hier bei uns was ändern, bevor wir uns im Süden einmischen.

Praktisch betrachtet

Als reger Teilnehmer an Workshops, Seminaren und anderen Veranstaltungen, die sich mit Themen rund um Armut, Armutserfahrung und Armutsbekämpfung (nicht ARMENbekämpfung!) befassen, war ich bereits vom 20.11.–22.11.2009 zu einer interessanten Veranstaltung unter dem Motto „Wir schaffen ein nachhaltiges Lebensmittel- und Agrarsystem“ in Freistadt, Oberösterreich, eingeladen. Und da inzwischen viele Organisationen unter dem Mäntelchen der Armutskonferenz vernetzt sind, hat es mich nicht überrascht, dass ich mich bei der 8. Armutskonferenz als Referent zum Thema „Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität“ gefunden habe. Also, die gleichen Menschen wie in Freistadt wieder zu treffen, hat mich nicht gewundert. Dass man mir zutraut, dass ich zum Thema etwas beitragen kann, allerdings schon!

Nahm ich also meine Schreibmappe in die Hand, den Mut zusammen und am wirklich runden Tisch Platz. Als einziger Mann und einziger Betroffener unter fünf Damen im ReferentInnenteam einschließlich der Moderatorin fühlte ich mich seltsamer Weise bald recht wohl. Vermutlich, weil ich unvorbelastet von meinen eigenen Erfahrungen berichten durfte. „Michi, was sagst du dazu?“, war bald mein Lieblingssatz unserer Moderatorin Maria Moser. Ja, was sage ich dazu? Zunächst einmal gar nichts, denn ich hörte aufmerksam zu, wie viele Ansätze und Überlegungen es gibt, Lebensmittel gerecht zu verteilen. Gerecht für die VerbraucherInnen, die Zwischenhändler, denn nicht alles kann auf direktem Wege zum Verbraucher gelangen, und natürlich für die ProduzentInnen. Das ist ein großes Thema, und Lösungen sind nur ansatzweise gefunden worden. Sozialmärkte, Bauernmärkte, Genossenschaften, Arbeit gegen Naturalien, Guerrilla Gardening, auch die Tafeln, die gespendete Lebensmittel an Bedürftige verteilen. Das war mir jetzt nicht neu, aber was ich dann hören musste, hat mich doch überrascht. Wie viele Lebensmittel vernichtet werden, weil sich der Transport nicht lohnt oder

um die Preise stabil hoch zu halten. Wie viel die Supermarktketten verdienen, und wie wenig die ErzeugerInnen. Wie viel Monopol schon hinter dem Saatgut steckt, wie viel Urwald für die Erzeugung von Palmöl zerstört wird.

Menschen in prekären Lebenssituationen haben eine andere Normalität als ein Gut- oder Normalverdiener. Ich sehe mir nicht die Preise im Reisebüro an, mich interessieren die Benzinpreise nicht ansatzweise, ich schaue nicht nach der Farbe sondern nach dem Preis von Kleidungsstücken. Und ich wundere mich, dass biologische Nahrung günstiger sein kann als gedankenlose Einkaufen von irgendwas. Nur – das gilt, wenn ich z.B. 400 anstatt 600 Euro ausgeben kann. Mir selbst bleiben nach Abzug aller Fixkosten 300 Euro im Monat, allerdings für alles: Lebensmittel, Kleidung, Möbel, eben alles. Das bedeutet, ich kann mich überhaupt nicht gesund ernähren und denke auch selten darüber nach. Denn meine Normalität besteht aus Minimalbedürfnissen. Schlimmer ist es, wenn ein Mensch obdachlos wird. Dann wird das Leben teurer, weil man nichts mehr kühlen oder überhaupt sicher lagern kann. Die Frage, ob ich einen Besuch bewirten kann, muss ich mit ja beantworten. Allerdings nur, wenn er oder sie auch gerne Brot mit Extrawurst mag.

Ein wichtiger Punkt für mich war die Entscheidungsmöglichkeit und nicht der Zwang durch Geldmangel. Wenn ich Bio essen will, muss ich das tun können. Wenn ich gerne koche, muss ich das tun können, und wenn ich ins Restaurant gehen möchte, und wenn es nur ist, weil ich zu müde zum Kochen bin, muss ich das tun können. Die freie Wahl und Entscheidung ist ein wichtiger Bestandteil des Selbstwertgefühles und dieses verliert man leider schnell, wenn sich Grundbedürfnisse, um nicht zu sagen Menschenrechte wie Wohnen, Heizen, Essen, Kultur und Kunst, die auch zum lebenswerten Leben gehören, nur unter großen Schwierigkeiten erfüllen lassen.

Michi SCHÜTTE

ist Mitarbeiter im Vertrieb und der Theatergruppe der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar werden“ der Armutskonferenz aktiv.

Vom Sozialmarkt zum Solidarmarkt?

Alexandra STRICKNER

ist Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von Attac Österreich mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Welthandel, europäische und internationale Vernetzung.

Trotz prall gefüllter Supermärkte gibt es heute in Österreich und Europa immer mehr Menschen, die über zu wenig Einkommen verfügen, um sich ausreichend und gut ernähren zu können. Hunger und mangelhafte Ernährung – etwas, was viele von uns vor allem als Thema aus dem globalen Süden kennen – ist auch in Österreich und Europa für eine immer größer werdende Gruppe von Menschen tägliche Realität.

Zugleich kennen wir die Bilder und Berichte über Lastwägen voll Lebensmitteln, die zwar noch gut sind, jedoch aufgrund mangelnder Frische (im Falle von Brot und Backwaren) oder eines (fast) abgelaufenen Haltbarkeitsdatums in den Müll entsorgt werden. Der Mangel auf der einen und der Überfluss auf der anderen Seite haben zur Entstehung von neuen Einrichtungen geführt, welche eine unmittelbare Antwort auf das alltägliche Problem von armutsbetroffenen Menschen geben. Sozialmärkte und Tafeln, die in unterschiedlicher Weise eine Mittlerfunktion ausüben, um Überfluss und Mangel auszugleichen, sind aus der Perspektive der unmittelbar betroffenen Menschen eine wichtige und dringend notwendige Einrichtung.

Betrachtet man jedoch das aktuelle Lebensmittelsystem in seiner Gesamtheit, so wird sichtbar, dass diese Einrichtungen sich selbst zu brauchbaren Erfüllungshelfern eines Lebensmittelsystems machen, welches nicht mehr die Versorgung der Menschen mit guten und gesunden Lebensmitteln zum Ziel hat, sondern in erster Linie die Maximierung des Profits. Das heutige Lebensmittelsystem ist dadurch gekennzeichnet, dass entlang der gesamten Lebensmittelkette – von der Produktion des Saatgutes und Düngers über den Handel mit agrarischen Rohstoffen bis hin zu Verarbeitung und Verkauf von Lebensmitteln – eine Handvoll von meist transnational agierenden Unternehmen die Kontrolle besitzt. Dadurch besitzen diese Konzerne – wie z.B. Monsanto (Saatgut), Nestle (Handel und Lebensmittelverarbeitung) oder Metro und Rewe (Einzelhandel) eine enorme Macht: die Macht, Preise zu diktieren und auch den Konsum und Konsumgewohnheiten zu steuern. Und zwar gegenüber den Bauern und Bäuerinnen, die die Lebensmittel eigentlich erzeugen genauso wie gegenüber den KonsumentInnen. Die größte Macht in diesem

System besitzen die Supermarktketten. Bereits heute wird in ganz Europa fast der gesamte Lebensmitteleinzelhandel von ca. acht bis zehn Konzernen abgewickelt. In Österreich sind es im Wesentlichen zwei Supermarktketten, die sich den Markt teilen.

Diese Marktmacht einiger weniger Lebensmittelkonzerne führt dazu, dass Bauern und Bäuerinnen für ihre Produkte oft einen zu geringen Preis erhalten. Einen, der die tatsächlichen Kosten der Produktion und der geleisteten Arbeit nicht abdeckt. Zugleich zahlen KonsumentInnen oft immer höhere Preise. Laut den Daten der Weltbank sind global die Preise für Lebensmittel in den letzten drei Jahren um 80% gestiegen. Zugleich verzeichnen global agierende Lebensmittelkonzerne Rekordgewinne. Laut einem Bericht von Grain¹ vom April 2008 stiegen im Jahr 2007 die Gewinne von Monsanto, dem weltweit größten Samenhersteller, um 44%; die Gewinne von Syngenta, der Nummer eins bei den Pestizidproduzenten, stiegen um 28% allein im ersten Quartal 2008; und Cargill, einer der größten Getreidehändler weltweit, konnte für diesen Zeitraum stolze 86% plus ausweisen. Wal-Mart, der Mexikoableger der größten Supermarktkette Wal-Mart (USA), hatte im ersten Quartal 2008 einen Gewinnzuwachs von 11%, auch Tesco erfreute sich über ein Plus von 12.3% 2007.

Die Gewinne der Lebensmittelmultis und der Supermärkte steigen ständig, während immer mehr Bauern und Bäuerinnen ihre Höfe schließen und die Menschen immer weniger Zugang zu gesunden, nährhaften Lebensmitteln haben oder diese sich gar nicht mehr leisten können – auch in Österreich. Ein Teil der steigenden Kosten liegt auch darin begründet – um nur ein Beispiel zu nennen – dass Brotregale bis zum Ladenschluss mit frischem Brot und Backwaren gefüllt sind. Während also Sozialmärkte und Tafeln ein unmittelbares und vor allem grundlegendes Bedürfnis von Menschen, die von Armut betroffen sind, befriedigen – jenes nach Zugang zu Essen – werden sie jedoch durch das Verteilen von „Übriggebliebenem“ zum Teil eines dysfunktionalen Systems.

Es gibt jedoch immer mehr Menschen, KonsumentInnen und Bauern und Bäuerinnen, die versuchen, demokratische

Alternativen von unten zu entwickeln und umzusetzen. Anstatt der Macht der Supermärkte ausgeliefert zu sein, organisieren sie sich selbst. Lebensmittelkooperativen, in denen man einander kennt und wo letztlich die ProduzentInnen von Lebensmitteln einen gerechten Preis erhalten und „KonsumentInnen“ für ein gutes Lebensmittel dann meist weniger zahlen

als im Supermarkt, gehören dazu. Es stellt sich daher die Frage, ob Sozialmärkte z.B. nicht zu Solidarmärkten werden könnten, die anstatt dem „Übriggebliebenen“ der Supermärkte, lokalen Bauern und Bäuerinnen alternative Verkaufsmöglichkeiten bieten und Menschen mit geringem Einkommen gute und gesunde Lebensmittel.

1) Against the Grain. Making a killing from hunger. www.grain.org/atg

Die Wiener Tafel – eine lokale Strategie

In Österreich gibt es Lebensmittel im Überfluss, und dennoch haben nicht alle Menschen ihr täglich Brot. 1,1 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, während täglich bei Lebensmittelproduzenten und in Supermärkten große Mengen von Lebensmitteln anfallen, die – obwohl qualitativ einwandfrei – im Wirtschaftskreislauf nicht mehr verkauft werden können und oft im Müll landen. Dazu zählen Lagerbestände mit nahendem Mindesthaltbarkeitsdatum, Backwaren vom Vortag, Überproduktionen, falsch verpackte Ware oder Obst und Gemüse mit kleinen Schönheitsfehlern. Die Wiener Tafel bemüht sich, täglich und schon seit mehr als zehn Jahren um einen Ausgleich zwischen diesem Überfluss auf der einen und dem Mangel auf der anderen Seite, indem sie Über-Lebensmittel einsammelt und zu Armutsbetroffenen in anerkannten Sozialeinrichtungen in Wien bringt.

Damit agiert die Wiener Tafel lokal und ermöglicht Armutsbetroffenen Zugang zu möglichst ausgewogener Nahrung, denn das Recht auf Nahrung beruht ja auf der Erkenntnis, dass die Ursache von Hunger meist nicht aus Mangel an Nahrung resultiert, sondern vielmehr ein Mangel an Zugang zu Nahrung ist. Die Wiener Tafel vereint in ihrer täglichen Arbeit erfolgreich die Konzepte der Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, Wirtschaftlichkeit und der sozialen Verantwortung und schafft damit eine einmalige Win-Win-Win-Situation für

Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Eine Initiative, die niemandem etwas kostet, aber vielen etwas bringt!

Die Wiener Tafel greift bei ihren Hilfslieferungen auf ein Netz an anerkannten Sozialeinrichtungen zurück. Durch die professionelle Betreuung soll den Armutsbetroffenen nachhaltig geholfen werden, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen. Mit Almosen alleine geht das nicht. Dies bedarf professioneller und helfender Unterstützung. Gemeinsam mit der materiellen Versorgung durch die Wiener Tafel und der fachlichen Betreuung in den sozialen Institutionen kann das erreicht werden.

Mehr als zehn bewegte und abwechslungsreiche Jahre liegen hinter dem Verein für sozialen Transfer. Noch immer ist die soziale Spedition fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert und finanziert sich fast zur Gänze durch private Spendengelder und Sponsoring. Sie ist unabhängig und konfessionsübergreifend organisiert und setzt sich täglich für einen sinnvollen Umgang mit Ressourcen ein. Mittlerweile verteilt die Wiener Tafel bis zu 400 Tonnen Lebensmittel pro Jahr an über 9.000 Bedürftige in mehr als 75 Sozialeinrichtungen in Wien – dank der rund 180 PartnerInnenbetriebe, die Lebensmittel und Hygieneartikel spenden, sowie der über 150 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen.

Nadine ZIELONKE
ist Diplom-Demografin
und ehrenamtliche
Mitarbeiterin der Wiener Tafel.

Jetzt sind alle dran! Alternative Wege aus der Krise.

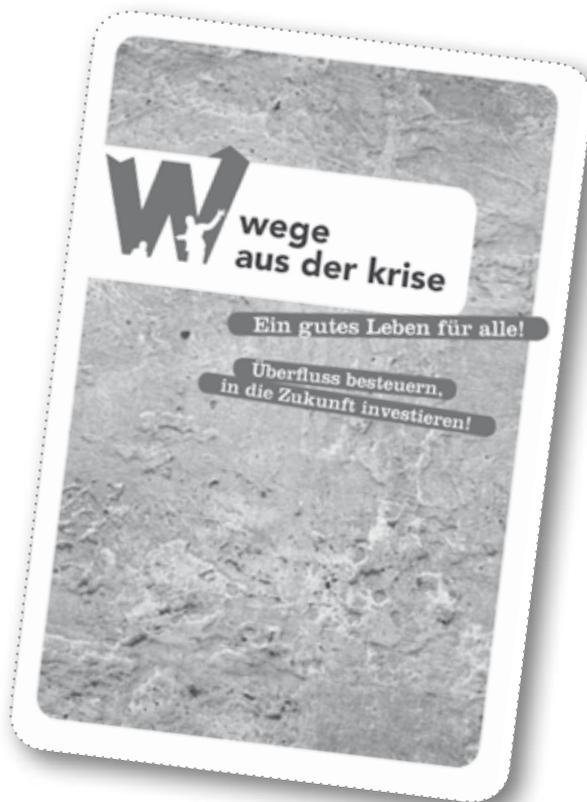
Die Krise, in der wir uns befinden, hat immer mehr Gesichter: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Verteilungskrise, Klimawandel, Hunger, Migration, Konsumrausch und Sinnverlust ... Sie zeigt sich als umfassende System- und Wertekrise, die mit den bisherigen Mitteln der Politik und Demokratie nicht mehr lösbar ist. Neue Antworten darauf sind notwendiger denn je, alternative Wege aus der Krise verlangen Investitionen in den ökologischen, sozialen und demokratischen Umbau der Gesellschaft und müssen unter breiter Beteiligung aller entwickelt werden. Im Forum wurden Hintergründe und Facetten der Krise mit Christian Felber (Attac Österreich), Brigitte Schwarz (Bürgermeisterin von Kapfenberg) und Philipp Sonderegger (SOS-Mitmensch) diskutiert. Im Folgenden werden die Kampagne „Wege aus der Krise“ vorgestellt, sowie ein konkretes Modell aus der Gemeinde Kapfenberg skizziert. Das Modell „Zukunft für alle“ nahmen Menschen mit Armutserfahrung bei einem Besuch unter die Lupe und berichten, wie mit sozialen Herausforderungen positiv umgegangen werden kann und welche Strategien und Wege aus der Krise auf kommunaler Ebene durchaus möglich und einzuschlagen sind.

Christian Felber, Brigitte Schwarz, Philipp Sonderegger

Wege aus der Krise: „Zukunftsgeld“ Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren.

Einige Milliarden Euro können für bessere Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung, für nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien, für lokale und globale Armutsbekämpfung sowie für die Reduktion des Budgetdefizits aufgebracht werden. Knapp 250.000 Arbeitsplätze in Zukunftsbereichen würden entstehen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine mutige Politik, welche Überfluss besteuert, Zukunftsgeld investiert und Arbeit neu verteilt. Eine Allianz aus Katholischer Arbeitnehmerbewegung, Armutskonferenz, Greenpeace, der Dienstleistungsgewerkschaft Vida, SOS Mitmensch, Attac und Global 2000 haben eine österreichweite Kampagne gestartet mit dem Ziel, „Überfluss zu besteuern und in die Zukunft zu investieren“.

www.wege-aus-der-krise.at/ueber-uns/allianz.html



Projekt „Zukunft für alle“

In der Gemeinde Kapfenberg wurde 2006 das Projekt „Zukunft für alle“ initiiert. Unter Beteiligung aller im Gesundheits- und Sozialbereich tätigen Organisationen werden Maßnahmen umgesetzt, die sich in erster Linie an Kapfenberger und Kapfenbergerinnen richten, die sich in schwierigen psychosozialen Situationen befinden. Familien mit Kindern und AlleinerzieherInnen zählen genauso zur Zielgruppe, wie ältere Personen, MindestpensionistInnen, Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen und MigrantInnen. Die Maßnahmen befassen sich mit den unterschiedlichsten Bereichen in Zusammenhang mit dem Thema „Armut“: geringes Einkommen, Schulden, Wohnprobleme, Pflegebedürftigkeit, Leistbarkeit von Schulaktivitäten, psychische Erkrankungen etc. Als zentrale Eckpunkte wurden umgesetzt: ein sozialer Lebensmittelladen, die Einstellung von zwei SozialarbeiterInnen, die Einführung der AktivCard mit Ermäßigungen in unterschiedlichen Bereichen.

Peter GACH, Traude LEHNER, Michi SCHÜTTE

Ein vorbildliches Sozialprojekt aus Kapfenberg

Anfang Juni 2010 waren Traude, Michi und ich als TeilnehmerInnen einer Delegation der Armutskonferenz in Kapfenberg, wo wir das Sozialprojekt „Zukunft für alle“ besuchten. Zuerst gab es einen Empfang im Rathaus von Kapfenberg, wo uns die Bürgermeisterin Brigitte Schwarz und einige ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen das Projekt „Zukunft für alle“ ausführlich beschrieben haben.

Abgesehen vom Projekt selbst finde ich geradezu vorbildlich den Zugang der Bürgermeisterin zum Thema Armut, die weltweite und menschenfreundliche Herangehensweise an ein Thema, das gemeinhin eher verdrängt wird und das trotz enormer Widerstände umgesetzt worden ist. Sehr deutlich wurde aber auch der Zusammenhang zwischen der Idee einerseits und der Unterstützung durch ein Team von gleich gesinnten Personen, was die Entstehung und den Erfolg eines solchen Projekts ja erst möglich macht. So kann festgestellt werden, dass innerhalb von wenigen Jahren ein ungewöhnliches Projekt nicht nur ins Leben gerufen worden ist, sondern mit der Zeit auch sehr wichtige und sinnvolle Erweiterungen erfahren hat.

Dazu gehört ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Menschen mit finanziellen Problemen dabei zu helfen, ihre Schulden abzubauen, ohne dass sie dabei zu kurz kommen und dass ihnen womöglich außer Zahlungen nichts mehr zum Leben übrig bleibt. Ein anderes be-

merkenswertes Projekt ist die Möbelbörse, wo nur gebrauchte Möbel übernommen werden, die auch tatsächlich brauchbar sind, und wo Betroffene eine komplette Wohnungseinrichtung für sage und schreibe 200 Euro erhalten können. Das ist aber noch nicht alles: Die Möbelbörse wird ausschließlich von ehrenamtlich tätigen HelferInnen organisiert, die sonst tageweise berufstätig sind, trotzdem werden in Kapfenberg pro Jahr etwa 52 Wohnungen für Menschen mit wenig Geld eingerichtet. Beim Räumen und Einrichten von Wohnungen helfen dann auch noch mehrere Leute mit, u.a. auch Langzeitarbeitslose und Sozialhilfebezieher, die so ein wenig dazuverdienen können.

Unglaublich, aber wahr: Es geht auch anders

Und auch was das AMS betrifft, läuft in Kapfenberg alles ein wenig anders ab als anderswo, denn es gibt durchaus positive Reaktionen der örtlichen AMS-Geschäftsstelle im Zusammenhang mit stundenweiser Beschäftigung von Menschen, die nicht mehr 40 Stunden pro Woche arbeiten können. Ein ähnlicher Zugang auch in anderen AMS-Geschäftsstellen wäre eigentlich im Interesse nicht nur der Betroffenen selbst wünschenswert, denn nur so kann einerseits krankmachender Druck abgebaut werden und so nebenbei bisher verborgenes Potenzial an Kreativität entdeckt und gefördert werden.

Peter GACH

ist Initiator einer „Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen“ und engagiert im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz.

Dass erwerbsarbeitslose Menschen ihre Arbeit verloren haben, bedeutet ja noch lange nicht, dass sie untätig sind. Umso schlimmer ist es für sie, wenn sie nicht nur keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, sondern auch noch mit ebenso unbegründeten wie boshaften Unterstellungen konfrontiert werden. Ich erlebe es immer wieder, dass erwerbsarbeitslose Menschen und Sozialhilfebezieher freiwillig ehrenamtlich tätig sind und zwar ganz besonders im sozialen Bereich. Das fängt an mit der Teilnahme in Selbsthilfegruppen oder Initiativen und hört mit Begleit- und Besuchsdiensten noch lange nicht auf. Daher wäre es wünschenswert, wenn diese Menschen für ihre Tätigkeiten wenn schon nicht fair entlohnt, so doch wenigstens insofern anerkannt werden, dass sie in keine unsinnigen Job- und Bewerbungstrainings gedrängt werden, wo sie sowieso nichts Vernünftiges lernen können, was ihre Qualifikation für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt auch nur ansatzweise verbessern würde. Und es macht natürlich auch wenig Sinn, wenn Menschen mit mehrfachen Beeinträchtigungen unter Androhung von existenzbedrohenden Sanktionen (Geldsperrn) in einen Arbeitsmarkt gedrängt werden, der in Wahrheit nur noch für Menschen offen ist, die 100% oder mehr an Arbeitskraft zu leisten imstande sind.

Was mir in Kapfenberg besonders wohlthuend aufgefallen ist: Es gab kein böses Wort wegen Sozialmissbrauch, keine Schuldzuweisung wegen angeblich selbst verursachter Armut, auch nicht im Zusammenhang mit Spielen und Sucht, und kein Schielen auf den Sessel der Bürgermeisterin nach der nächsten Wahl.

Alle(s) für alle: Die AktivCard

Um auch jenen Kapfenbergern, die arm sind, ein halbwegs würdevolles Leben bieten zu können, wurde die AktivCard eingerichtet. Anspruch auf die AktivCard haben alle KapfenbergerInnen mit Hauptwohnsitz in Kapfenberg und einem Einkommen von max. 13.200 Euro jährlich für Einzelpersonen. Mit der AktivCard erhalten die Inhaber zahlreiche Vergünstigungen, und die Vorteilskarte für Menschen mit wenig Geld ist vollkommen unkompliziert im Bürgerbüro erhältlich. Hier wird der menschenwürdige Umgang auch mit den Ärmsten, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, großgeschrieben, Barrieren werden nach Möglichkeit abgebaut, und es wird versucht, auch und vor

allem den Menschen zu helfen, die gewöhnlich alleine gelassen werden. Mit der AktivCard sind eine Reihe von Vergünstigungen erhältlich:

- 50% weniger zahlen für Kulturveranstaltungen, Museum und Galerie; nichts zahlen für die städtische Bücherei
- 45% weniger zahlen für Hexenfest und Ritterfest
- 50% weniger zahlen für Meisterschaftsspiele und das Nachwuchsmodell der KSV und des Sportvereins Austria Kapfenberg
- 30% weniger zahlen für Hallen- und Freibad, Eislaufen, Ausleihen der Eislaufschuhe, Sauna
- 30% weniger zahlen für Kinderkrippe und Essensbeiträge
- 17% bis 51% weniger zahlen für den Einkauf im „Einer für Alle“-Markt
- 50% weniger zahlen für Angebote des ISGS (Eltern-Kind-Zentrum, Angebote für SeniorInnen, Gedächtnistraining, PC-Kurse)
- weniger zahlen auch für MVG-Tarife (Ermäßigungen für Jahreskarten, Halbjahreskarten, Monatskarten und Wochenkarten der öffentlichen Verkehrsmittel)

Was es sonst noch im Sozialkreis Kapfenberg gibt

Ein Projekt mit dem schönen Namen „Zukunft für alle“ richtet sich an Menschen mit Migrationshintergrund. Ein interkulturell kompetenter Dolmetsch- und Vermittlerdienst steht auf Anforderung im Bürgerbüro Kapfenberg zur Verfügung. Entgegen den sonst üblichen Verdächtigungen und Abwehrreaktionen, wird in Kapfenberg versucht, das „Übel“ an der Wurzel zu packen. Dabei wird ebenso berücksichtigt, dass Menschen, die meist unfreiwillig ihre Heimat verlassen mussten, entwurzelt und folglich schwer traumatisiert sind. Da ist es natürlich nicht leicht, solch absurden Bedingungen zu entsprechen, zuerst in der Heimat die deutsche Sprache zu erlernen und dann auch noch von dort aus einen Einbürgerungsantrag zu stellen. Diese Menschen sind in extremer Not und ihnen muss geholfen werden, egal, woher sie kommen und welche Sprache sie sprechen. Dass unter den üblichen Voraussetzungen in Österreich gerade diese Menschen mit kleinlichen bis boshaften Vorschriften daran gehindert werden, ihre Erfahrungen und Eigenheiten für alle nützlich verwerten zu können, ist ein recht trauriges Kapitel in der österreichischen Sozialpolitik und grenzt in Wahrheit an

eine Vernichtung von Humankapital, wie wir es uns in Wahrheit nicht leisten können. Wer unnötig lange isoliert wird, der wird massiv daran gehindert, sich selbst zu erhalten, was die elementarsten Grundbedürfnisse betrifft, folglich wird er wohl auch dauerhaft ein Fall für die Sozialhilfe bleiben. Nicht gedacht wird daran, dass Menschen, die als Flüchtlinge nach Österreich kommen, sich hier in einer völlig fremden Welt wiederfinden, mit Regeln, die sie nicht kennen, mit einer Sprache,

die sie nicht beherrschen und überhaupt mit einem Leben, von dem sie bisher keine Ahnung hatten. Sie „sind nicht nur Hilfeempfänger“, wie in dem kleinen Folder zu lesen ist, „sondern auch Kundinnen, und Mitarbeiterinnen und Teil der Gesellschaft. Daher besteht Nachholbedarf bei der interkulturellen Öffnung und Adaptierung von Einrichtungen“. Genauso wie es in Kapfenberg getan wird.

Nachdenken im Supermarkt

Unter dem Namen „Einer für alle“ wurde aus einem Nah & Frisch-Laden ein Sozialmarkt mit Café, wo nicht nur Bedürftige sondern auch „Otto Normalverbraucher“ Lebensmittel einkaufen können. Diese Idee hatte zuerst die Bürgermeisterin Brigitte Schwarz und wurde schlussendlich mit deren Hilfe von Pro Mente (Stmk.) in die Tat umgesetzt. Menschen die eine AktivCard besitzen, brauchen nur zur Kasse gehen und bekommen eine Kundenkarte wie jeder andere, nur mit einem speziellen Code, somit ist gewährleistet, dass niemand als „arm“ erkannt wird. Es gibt alles, was man zum täglichen Leben braucht, zu kaufen. Alle Waren außer Alkoholika sind mit zwei verschiedenen Preisen angeschrieben, der Unterschied beträgt ca. 20%. Im Cafe können sich alle gemeinsam nach dem Einkauf zusammensetzen, wo es wieder Unterschiede gibt, für die AktivCard Besitzer gibt es Kaffee und Kuchen um 2,50 €. Zuerst sind mir die Preise nicht billiger erschienen als Clever-Produkte, aber man muss bedenken, daß in Kapfenberg die Sozialhilfe 14x ausbezahlt wird und es durch die AktivCard noch viele andere Vergünstigungen gibt, von denen wir in Wien nur träumen können. Außerdem bekommen alle Einzelpersonen bis zu 942,86 € und Ehepaare/Lebensgemeinschaften bis 1.285,72 € monatlich diese Vergünstigungen.

Wenn man nun an unsere sogenannten „Sozialmärkte“ denkt, die nicht nur diskriminierend sind, sondern schlichtweg, was das Sortiment betrifft, eine Frechheit, kommt einem nicht nur das Weinen, man wird auch zornig darüber, was in Wien unter „sozial“ verstanden wird. Ich werde ihnen nun erzählen, wie ich einkaufe. Doch zuerst sollten sie einiges über mich wissen. Ich bin Sozialhilfeempfängerin und verheiratet, mein Mann bekommt Notstands-

hilfe und gemeinsam haben wir im Monat ca. 700,- € Lebensbedarf zur Verfügung, von denen wir auch noch die Stromkosten bezahlen müssen. Überdies habe ich ein schweres Nervenleiden in beiden Armen und Händen, ich kann nichts Schweres tragen, folglich muss mein Mann mitgehen, der wiederum chronische Athrose und Gicht in den Füßen hat. Zuerst studieren wir gemeinsam die Prospekte sämtlicher Supermärkte in unserer Umgebung, wo es Sonderangebote gibt, die wir ohnehin nicht alle nützen können, da wir weder ein Tiefkühlfach in unserem Kühlschrank haben, noch über genügend Platz verfügen, um haltbare Lebensmittel einzulagern, darum müssen wir auch fast täglich einkaufen, was wir gerade brauchen. Da wir beide die Straßenzeitung „Augustin“ verkaufen, auch bei deren Theatergruppe sind und manchmal auch Artikel schreiben, uns bei der Armutskonferenz und politisch engagieren, fehlt uns oft die Zeit, von einem zum anderen Supermarkt zu gehen. Meistens kaufen wir beim Billa, wo wir auch die Kundenkarte haben und die Filialen fast überall zu finden sind, auch wenn wir unterwegs sind. Vorwiegend kaufen wir Clever-Produkte denn die sind wirklich günstig. Man bekommt Waschpulver, Toilettenpapier, Taschentücher und fast alle Lebensmittel, die man benötigt, nur Fleisch gibt es nicht. Wenn wir Zeit haben, gehen wir auch zu Hofer oder Penny, wo wir manchmal sogar günstige Kleidungsstücke finden. Auch beim Zielpunkt gibt es gute und preiswerte Lebensmittel. Leider ist frisches Obst und Gemüse überall teuer, Gemüse kaufen wir fast nur tiefgekühlt, denn das ist komischerweise relativ billig, doch bei Obst gibt es meist nur Bananen oder Äpfel im Sonderangebot. Zu allen unseren finanziellen Engpässen kommt noch, dass wir einen Kater haben, der eine Eiweißallergie

Traude LEHNER

ist Mitarbeiterin bei der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz

hat und eine Spezialkost benötigt, die es zwar etwas billiger bei Billa und Bipa gibt, doch sonst in keinem anderen Supermarkt zu finden ist.

Wie schön wäre es, wenn es auch bei uns so einen Supermarkt gäbe wie in Kapfenberg, wo man alle leistbaren Lebensmittel bekommt, ohne als „Armer“ erkannt zu werden, doch da Wien anders ist, werden wir sicher noch lange darauf warten müssen.

Aus der Würdigung der Jury – Stiftung „SozialMarie 2009“:

„Eine Kommune zeigt, wie ein von der Bürgermeisterin politisch klar definierter Auftrag in gesellschaftspolitisch eindeutige, partizipativ angelegte und konkret hilfreiche Aktionen umgesetzt wird. Entstanden ist eine beispielhafte Initiative mit einer gelungenen Mischung aus unmittelbar materieller Entlastung, präventiver Umverteilung und sensibilisierender Auseinandersetzung. Möge die vorgesehene Dauerhaftigkeit in Kapfenberg selbst und eine Signalwirkung in Richtung anderer Kommunen gelingen.“

Meinungen der KundInnen zu Sozialmärkten oder „Sozialmärkte und andere Halbfertigprodukte“

Michi SCHÜTTE

ist Mitarbeiter bei der Wiener Straßenzeitung „Augustin“ und im Projekt „Sichtbar Werden“ der Armutskonferenz.

893 € beträgt in Wien die Einkommensgrenze für die Berechtigung, im Sozialmarkt einzukaufen. Das ist ähnlich wie in Freistadt und nicht zu vergleichen mit Kapfenberg. Drei Modelle einer Idee, jedoch völlig unterschiedliche Zugänge. Kunden befragen oder auch nur ins Gespräch kommen erweist sich als schwierig, zumindest in Wien. Warum ist das so?

Nehmen wir den Sozialmarkt in der Neustiftgasse, zu dem auch ich Zugang habe. Bereits eine Stunde vor Ladenöffnung wartet eine Schlange, eher ein Chaos von etwa 50 Menschen vor der verschlossenen Tür. Das erklärt sich hauptsächlich durch das Angebot: Brot für den Tagesbedarf gibt es kostenlos, das brauchbare Obst und Gemüse ist schnell vergriffen, ich habe ein Einkaufssackerl mit unbrauchbaren Erdäpfeln bekommen, „aber nur, wenn ich alle nehme!“ Nicht die Schuld der MitarbeiterInnen, eher ein Bild von Wien. Super M***ifix für Filet gibt es hundertfach, leider keine Filets. Aber auch Nudeln in 5kg-Packungen oder Kartoffelgulasch in 8er-Packungen. Sehr schmackhaft, aber für Alleinstehende ohne Lagermöglichkeit leider relativ unbrauchbar. Man muss schon zum Experten werden, um das Sortiment

und die sich ergebenden Möglichkeiten nutzen und sich eine gesamte Mahlzeit zusammenstellen zu können.

Was ja in Freistadt auch nicht viel anders ist! Mit dem Unterschied, dass der dort gelegene Sozialmarkt mitten in der Altstadt liegt, einlädt zu Kaffee und Gespräch, liebevoll gestaltet ist und somit auch „NormalbürgerInnen“ anlockt zu verweilen. Und vor allem ist er von den AnwohnerInnen akzeptiert, weil von ALLEN WürdenträgerInnen unterstützt wird. Jedenfalls waren die Menschen, die uns bei unserem Besuch beobachtet und dann begleitet haben, überrascht von der liebevollen Gestaltung und der offenen Art der Mitarbeiter. Auch das trägt zu guter Atmosphäre bei, auch wenn das Angebot ebenfalls „überschaubar“ ist.

Kapfenberg geht einen völlig anderen Weg. Zunächst einmal liegt die Einkommensgrenze bei über 1300 € pro Person, so dass die „Neidschwelle“ empfindlich höher angesiedelt ist. Der Markt ist für jeden zugänglich, umfasst das ganz normale Sortiment eines Supermarktes, wird von TransferarbeitnehmerInnen (Pro Mente Steiermark) geführt und bietet die Waren

gestaffelt nach Einkommen an. Zunächst war diese Art des Angebotes gewöhnungsbedürftig, wird aber inzwischen im Umfeld positiv angenommen, wie ich selbst feststellen durfte.

Fazit: Thema: „Meinungen der Kunden/Kundinnen zu Sozialmärkten erfragen“ verfehlt! Weil Menschen in prekären Lebenssituationen nicht gerne über ihre Lage reden, weil sie zwar über die Einrich-

tungen, nicht aber über sich selbst richten möchten. Weil dieser ganze Horror in einem Land wie Österreich nicht nur nicht notwendig wäre, sondern immer mehr Menschen betrifft, die sich das nicht unbegrenzt gefallen lassen werden.

www.kapfenberg.at



Gemüse aus dem NAH & FRISCH-Markt „Einer für Alles“ in Kapfenberg. Ein Projekt von pro mente | steiermark.

08.30 FRAUEN-VOR!-KONFERENZ

09.00 REGISTRIERUNG

11.00 ERÖFFNUNG

11.30 REFERAT

Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

Richard WILKINSON, University of Nottingham/UK

Referat in englischer Sprache
mit deutscher Übersetzung.



13.00 MITTAGESSEN

14.30 FOREN

Weitere Informationen zu Inhalten und ReferentInnen der Foren
im Detailprogramm unter www.armutskonferenz.at



1: Why equal societies almost always do better.

The harmful effects of inequalities.

Richard WILKINSON, University of Nottingham/UK
Forum in englischer Sprache (ohne Übersetzung)

2: Mit Fakten gegen Mythen.

Empirische Argumentationshilfen für Reichums- und Armutsdebatten.

Martin SCHÜRZ, Österreichische Nationalbank
Martina KARGL, Die Armutskonferenz

3: Wem gehört Österreich?

Geld, Eliten und soziale Mobilität.

Michael HARTMANN, Uni Darmstadt
Harald KATZMAIR, FAS.research

4: Ein gutes Leben für alle.

Bedürftigkeit, Lebensqualität und Verwirklichungschancen.

Ursula KNECHT-KAISER, Labyrinthprojekt Zürich
Caroline KRÜGER, Philosophin
Franz EIFFE, Statistik Austria
Friedrich HINTERBERGER, Sustainable Europe Research Institute

5: Jenseits von Wachstum und Profit.

Eine Ökonomie des guten Lebens.

Rita TRATTNIGG, BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft
Adelheid BIESECKER, Uni Bremen
Fred LUKS, Bank Austria
Friederike HABERMANN, Ökonomin und Autorin

6: Schmutzige Geschäfte?

Systemlogik versus Regelverstoß.

Walter GEYER, Antikorruptionsstaatsanwaltschaft
Reinhard KREISSL, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie
Renate GRABER, Der Standard

7: Nichts gelernt?

Von der Weltwirtschaftskrise 1929 bis heute.

Peter EIGNER, Uni Wien
Michael KRÄTKE, Uni Amsterdam und Lancaster University
Helene SCHUBERTH, Österreichische Nationalbank

8: Weniger Konsum, mehr Lebensqualität?

Vom un/freiwilligen Verzicht.

Andrea ELLMEIER, Historikerin und Kulturwissenschaftlerin
Ferdinand HERNDLER, Schuldner-Hilfe Oberösterreich
Fabian KESSL, Uni Duisburg-Essen
Robert MISIK, Journalist und Autor
Susanne STOCKINGER, Verein Arbeitslose helfen Arbeitslosen

9: Geld und Macht im Sozialstaat.

Wer definiert, was andere brauchen?

Heiner GANSSMANN, Freie Universität Berlin
Christian STARK, Fachhochschule Linz
Maria KEMMETMÜLLER, ASB Schuldenberatungen GmbH

10: Nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren.

Was hilft gegen das Entwicklungsrisiko Armut?

Sozialisation, Resilienz und das glückliche Leben.

Uwe BITTLINGMAYER, Päd. Hochschule Freiburg
Konstanze EPPENSTEINER, Caritas Wien

11: Vom Recht auf Nahrung zur Ernährungssouveränität.

Globale und lokale Strategien.

Irmi SALZER, Österreichische Bergbauern und Bergbäuerinnen Vereinigung

Alexandra STRICKNER, Attac Österreich
Gertrude KLAFENBÖCK, Food First Informations- und Aktionsnetzwerk

Nadine ZIELONKE, Wiener Tafel

Michi SCHÜTTE, Augustin

12: Jetzt sind alle dran!

Alternative Wege aus der Krise.

Christian FELBER, Attac Österreich
Philipp SONDEREGGER, SOS-Mitmensch
Brigitte SCHWARZ, Bürgermeisterin Kapfenberg

18.00 ABENDESSEN

19.30 BUCHPRÄSENTATION

Das Gespenst der Armut.

Reportagen und Analysen zur Kritik der sozialen Vernunft.

Lutz HOLZINGER

Es reicht. Für alle. Wege aus der Armut.

Martin SCHENK, Michaela MOSER

20.30 MARIE ÜBT DIE ANARCHIE.

**Eine partizipative
Musik-Theater-Performance.**

von und mit Maren RAHMANN,
Schauspielerin, Musikerin, Clownin
Texte: M. Rahmann und Franz Schandel
Textzitate u. Lieder: Jura Soyfer, Karl Marx,
Georg Büchner u.a.
Musik u. Spiel: Maren Rahmann und Rudi Görnet

Weitere Information im Detailprogramm auf
www.armutskonferenz.at



22.00 MUSIK UND TANZ

Jelena Poprzan & Ljubinka Jokić

Eine Premiere exklusiv für die Armutskonferenz: Das klassisch geschulte Violaspiel und die exzentrische Stimmakrobatik der Jelena Poprzan sowie die filigrane Rockgitarre und expressive Soulstimme der Ljubinka Jokić ergeben einen explosiven Mix. Jelena stammt aus der Vojvodina und machte sich in Wien einen Namen unter anderem mit ihrem Duo Catch-Pop String-Strong, dem Quartett Midas Divas und Gastauftritten beim Vienna Art Orchestra.

Rockröhre Ljubinka kommt aus Bosnien und singt und spielt mit unbändiger Ausdruckskraft, u. a. mit ihrer Band YOK!, der Frauenband Gottfried und mit Otto Lechner.

Musik von zwei Balkanierinnen, aber nicht nur vom Balkan, sondern von Welt.



09.30 DISKUSSION

Geld.Macht.Glücklich.

Verteilungskämpfe, Verwirklichungschancen und Lebensqualität in Zeiten der Krise.

Adelheid BIESECKER, Uni Bremen
Michael KRÄTKE, Uni Amsterdam und Lancaster University
Karin KÜBLBÖCK, Attac Österreich
Ursula KNECHT-KAISER, Labyrinthprojekt Zürich
Uwe BITTLINGMAYER, Päd. Hochschule Freiburg
Heiner GANSSMANN, Freie Universität Berlin
Cornelia KOGOY, Initiative Minderheiten

11.30 ABSCHLUSSSTATEMENT UND VIDEOINTERVENTION

12.00 MITTAGESSEN

2010 BUILDING A
EUROPE FOR ALL
www.endpoverty.eu



13.00 – 16.00 AKTIONS- UND VERNETZUNGSWORKSHOP 2010

Zur Planung und Vernetzung gemeinsamer Aktivitäten, Medienarbeit, Forumtheateraufführungen und weiterer Interventionen im öffentlichen Raum von Armutskonferenz, Mitgliedsorganisationen und SympathisantInnen.

Website des EAPN mit Infos über NGO-Aktivitäten auf Länder- und EU-Ebene:
www.endpoverty.eu

Weitere Informationen zu geplanten 2010-Aktivitäten der Armutskonferenz unter:
www.armutskonferenz.at

BETROFFENEN-VOR!-KONFERENZ
Sichtbar werden! Sichtbar machen!

Montag, 22. Februar, 20.00
Austausch und Vernetzung von Initiativen und Selbstorganisationen von Frauen und Männern mit Armutserfahrungen.

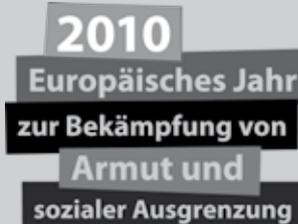
Detailprogramm: www.armutskonferenz.at

FRAUEN-VOR!-KONFERENZ
Wie gutes Frauenleben gelingen kann.

Montag, 22. Februar, 20.00
Gutes Frauenleben. Ein Begegnungsabend.
Ein Begegnungs- und Vernetzungsabend mit den Frauen der AG Frauen & Armut und Liedern von Maria Stern.

Dienstag, 23. Februar, 8.30 – 10.30
Wie gutes Frauenleben gelingen kann!
Frauen-Weltcafé-Frühstück mit Referentinnen der 8. Österreichischen Armutskonferenz.

Detailprogramm: www.frauenarmut.at



Europaweite Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) unter spanischer EU-Präsidentschaft.

Madrid, 21. Jänner 2010

Mehr Informationen: www.2010againstopoverty.eu

Österreichische Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010).

Salzburg, 22. Februar 2010

Mehr Informationen zu den österreichischen Aktivitäten:
www.2010gegenarmut.at

BÜCHER: Tipps und Neuerscheinungen

Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut.

Michaela Moser & Martin Schenk, Deuticke, 2010

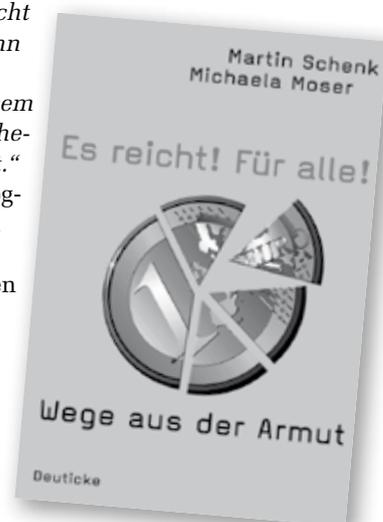
Die beiden SozialexpertInnen Michaela Moser und Martin Schenk setzen sich seit Jahren mit der Bekämpfung und Vermeidung von Armut auseinander. In ihrem neuen Buch nehmen sie uns mit – zu Elisabeth, George, Michi, Selina – und lassen sie alle erzählen, wie sie in die Armut geschlittert sind, wie sie jetzt leben und was sie von der Zukunft erträumen.

Es geht darum, die Schwächen des Sozialstaats zu korrigieren und seine Stärken zu optimieren. Es geht darum, Antworten auf die großen sozialen Herausforderungen und neuen sozialen Risiken, wie etwa prekäre Beschäftigung, Pflege, psychische Erkrankungen oder Migration, zu finden. Es geht um einen Freiheitsbegriff, der auch die Freiheit der Benachteiligten einschließt. Es geht um ein Verständnis von Autonomie, das Bedürftigkeit nicht als Gegensatz formuliert. Es geht um eine Politik des Sozialen, die Bürgerinnen und Bürger sieht, nicht Untertanen.

„Wie Richard Sennett – nur besser.“
Univ.-Prof. Ulrich Brand,
Inst. f. Politikwissenschaften

„Auf der Höhe der aktuellen
Wissenschaft, verständlich und
anschaulich geschrieben.“
Alois Guger, Wirtschaftsforschungsinstitut

„Schule ist nicht
alles, aber kann
viel bewirken.
Das ist in diesem
Buch präzise he-
rausgearbeitet.“
Barbara Herzog-
Punzenberger,
Akademie der
Wissenschaften



Aktuelle Publikationen sowie
Informationen und Hinter-
gründe zu Armut finden Sie
auf der Datenbank:
Alles über Armut auf:
www.armutskonferenz.at

Wendebroschüre „UM SO BESSER! Umwelt- und Sozialpolitik BESSER verknüpfen.“ Armutskonferenz & Ökobüro, Eigenverlag, 2010

Mit Armutsbekämpfung die Umwelt schützen und mit Umweltschutz die Armut bekämpfen. In dieser Broschüre werden soziale und ökologische Aspekte zu Arbeitsmarkt, Bildung, Energie, Ernährung, Gesundheit, Mobilität und Verteilung präsentiert, sowie Sofortmaßnahmen und langfristige Strategien für eine sinnvolle Verknüpfung von Sozial- und Umweltpolitik aufgezeigt.



Das Gespenst der Armut. Reportagen und Analysen zur Kritik der reinen Vernunft. Lutz Holzinger & Hansjörg Schlechter, Edition Steinbauer, 2010

Armut ist eine Geißel der Menschheit. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung deutet alles darauf hin, dass dieses Gespenst in Europa weiter entfesselt wird und immer größere Kreise der Gesellschaft erfasst. 2010 wurde als Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen.

Lutz Holzinger und Hansjörg Schlechter haben sich auf die Suche nach dem Bild der Armut heute gemacht. Sie schildern den intensiven Alltag in den Hilfsorganisationen, sie zeigen, was dort geleistet wird und was für Möglichkeiten es gibt, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Sie berichten über die Lebensgeschichten und Probleme der Betroffenen und bieten dem Leser die Möglichkeit, sich mit dieser Realität zu befassen. Sie durchleuchten die gesellschaftlichen Hintergründe und reflektieren über mögliche Strategien für den Kampf gegen die Armut. Sie sehen den klassischen Einstieg in die Armut von Langzeitarbeitslo-

sigkeit ausgelöst und kritisieren die Unfähigkeit der Gesellschaft, allen Menschen geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Statt an der nachhaltigen Lösung dieses Problems zu arbeiten, wird den Betroffenen von der Gesellschaft subjektives Versagen unterstellt.



Handbuch Armut in Österreich.

Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann & Martin Schenk (Hg.) Studienverlag, 2009

Die Armutsbedrohung breiter Schichten auch des Mittelstandes ist eines der großen sozialen Probleme unserer Wohlstandsgesellschaft. Die Beiträge dieses Bandes geben einen umfassenden und systematischen Überblick über den aktuellen Stand der Armutforschung in Österreich. Sie beschreiben Ursachen und Folgen der Armut, wobei sie zwischen Risiken (z.B. Geschlecht, Alter, Bildungsdefizite, Migration), Erscheinungs- und Bewältigungsformen differenzieren. Einen weiteren Themenschwerpunkt bilden die bestehenden Instrumente der Armutsbekämpfung in Form von Initiativen privater und öffentlicher Träger. Ausblicke auf die künftigen Herausforderungen der Sozialpolitik im europäischen Kontext schließen den Band ab. Eine unverzichtbare Grundlage für alle wissenschaftlichen, aber auch politischen Diskussionen über die Bewältigung der Armutproblematik in unserer Gesellschaft.



DIE ARMUTSKONFERENZ. im Netz



www.armutskonferenz.at

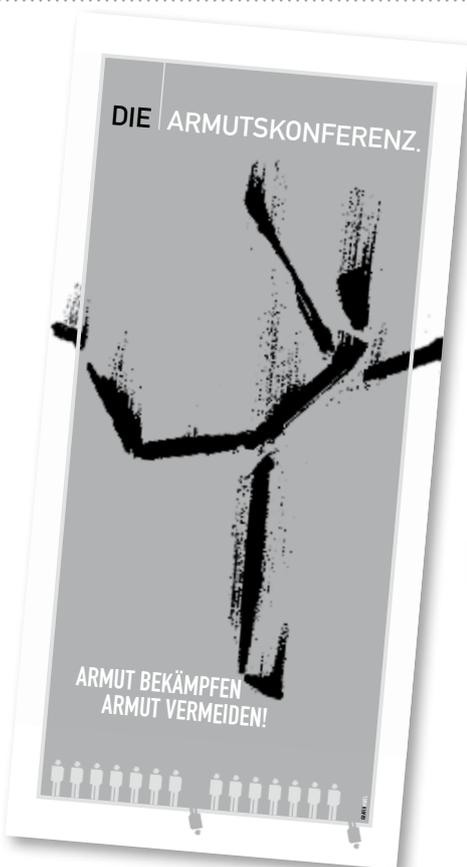
Armut bekämpfen.

Die Armutskonferenz ist seit 15 Jahren als Lobby derer, die keine Lobby haben, aktiv. Sie engagiert sich, um Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen zu und gegen Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich zu thematisieren und eine Verbesserung der Lebenssituation Betroffener zu erreichen.

Mindestsicherungsmonitoring Begutachtung der neun Sozialhilfenovellen

Aktuelle Infos, Sozialhilfenovellen und kritisches Monitoring und Begutachtung.

www.mindestsicherung.at



Seminar: Mit Recht gegen Armut

Armutsbetroffene zu sozialhilferechtlichen Ansprüchen zu beraten, zählt zum Alltag von Beratungsstellen sozialer Non-Profit-Organisationen. MitarbeiterInnen müssen dabei aber regelmäßig die Erfahrung machen, dass es nicht immer einfach ist festzustellen, was in der Sozialhilfe (und künftig in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung) rechtens ist. Weil Recht haben, nicht immer bedeutet, Recht zu bekommen, stellt sich zudem die Frage: Wie werden KlientInnen bei der Durchsetzung dieser Rechte am besten unterstützt? Ansprüche kennen und durchsetzen: ein zweitägiges Seminar zum Thema Recht der Sozialhilfe bzw. Bedarfsorientierten Mindestsicherung mit ExpertInnen aus Wissenschaft und sozialer Praxis.

Zweitägiges Seminar:
30. Sept. und 1. Okt. 2010 in Wien

Armut vermeiden.

Die in der ARMUTSKONFERENZ zusammengeschlossenen sozialen Organisationen betreuen und unterstützen über 500.000 Hilfesuchende im Jahr.

www.armutskonferenz.at



Mail-Kampagne Machen Sie 2010 zum tatsächlichen Jahr der Armutsbekämpfung!

„Schreiben Sie dem Finanzminister und dem Regierungschef. Fordern Sie diese auf, das Jahr 2010 zu einem tatsächlichen Jahr der Armutsbekämpfung zu machen. Und setzen Sie sich für eine Mindestsicherung ein, die aus der Armut führt und zum Leben reicht“, so beginnt der Aufruf der Armutskonferenz an alle, die das Europäische Jahr der Armutsbekämpfung 2010 gut genützt wissen wollen.

<http://gegen.armut.at>

Die Mitgliedsorganisationen:

Anton-Proksch-Institut
 Arbeiter Samariter Bund Österreich
 ARGE MigrantInnenberatung Österreich
 ARGE Österreichische Tafeln
 Autonome Österreichische Frauenhäuser
 ASB Schuldnerberatungen GmbH
 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
 Bundesdachverband für Soziale Unternehmen
 Caritas Österreich
 Dachverband Berufliche Integration
 Diakonie Österreich
 Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
 Evangelische Akademie Wien
 Forum Kirche und Arbeitswelt
 Die Heilsarmee
 Katholische Aktion der Erzdiözese Wien
 Katholischer Familienverband Österreichs
 Katholische Frauenbewegung Österreichs
 Katholische Sozialakademie Österreichs
 Kolping Österreich
 Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
 Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit
 Österreichische HochschülerInnenschaft
 Österreichische Plattform für Alleinerziehende
 Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen
 Österreichischer Gewerkschaftsbund/Frauenabteilung
 Österreichischer Verein für Drogenfachleute
 pro mente austria
 SOS Mitmensch
 St. Virgil Salzburg
 Telefonseelsorge
 Vertretungsnetz: Sachwalterschaft, Patientenanzwaltschaft & Bewohnervertretung
 Volkshilfe Österreich
 Wiener Hilfswerk
 Regionale Armutsnetzwerke

- * Salzburg
- * Oberösterreich
- * Kärnten

Spendenparlament: Stimmen gegen Armut!

Über 180.000 Euro an Initiativen für Menschen in Not

Das Wiener Spendenparlament, unterstützt seit mehr als zehn Jahren Projekte gegen Armut, Isolation und Einsamkeit: „Spenden mit Stimmrecht“ und „Stimmen gegen die Armut“. Seit Gründung des Wiener Spendenparlaments vor mehr als zehn Jahren wurden 180 000.- € an über 50 Initiativen für Menschen in Not vergeben.

Mut Machen – wir fördern soziale Initiativen, wollen Isolation durchbrechen und zur Selbsthilfe anregen.

Stimme gegen Armut – wir machen soziale Not öffentlich und tun etwas dagegen.

Spenden mit Stimmrecht – Wir bestimmen mit, wo unsere Spende eingesetzt wird. Es geht um die Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Menschen.

Was ist das Wiener Spendenparlament? - Wer mindestens im Jahr 75,- Euro spendet, erwirbt einen Sitz im Wiener Spendenparlament. In jährlichen Versammlungen wird gemeinsam diskutiert und abgestimmt, welche Projekte wieviel Geld bekommen sollen.

www.spendenparlament.at

Stimmen gegen Armut
Das Wiener Spendenparlament

Mit dem Kulturpass Grenzen überwinden!

„Armutsgrenze“ – Start der Kampagne von „Hunger auf Kunst und Kultur“

Die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ setzt mit der Kampagne „Armutsgrenze“ ein kräftiges visuelles Zeichen im öffentlichen Raum. Die ersten „Armutsgrenzen“ laufen in Wien quer durch das MuseumsQuartier Wien, in Graz vor dem Landhaus und in Salzburg zwischen Schranne und Toi Haus. Denn es gibt viele Grenzen und Barrieren für Menschen, die von Armut betroffen sind. Und es gibt viele Möglichkeiten sie zu überwinden.

Die Teilhabe am kulturellen Leben ist ein Grundrecht. Kultur ist jedoch für viele Menschen Luxus und ein Kulturbesuch nicht leistbar. Es gibt keinen Grund, warum Menschen das kulturelle Angebot vorenthalten werden sollte, nur weil ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlen. Prekäre Einkommensverhältnisse schränken ein und schaffen für sozial benachteiligte Menschen Grenzen, die für andere unsichtbar bleiben.

Die Kampagne „Armutsgrenze“ zeigt die Grenzen auf und macht Barrieren sichtbar. In Wien sind mehr als 140 Kultureinrichtungen solidarisch mit Menschen, die sich einen Kulturbesuch nicht leisten können und gewähren freien Eintritt. Österreichweit sind es mehr als 450 Kulturpartner.

Die Initiative „Hunger auf Kunst und Kultur“ ermöglicht Menschen, die in prekären finanziellen Verhältnissen leben, einen unentgeltlichen Zugang zu Kunst und Kultur in mittlerweile mehr als 140 Kulturinstitutionen in Wien, 450 in ganz Österreich. Derzeit gibt es ca. 20.000 KulturpassbesitzerInnen in Wien, rund 31.500 in ganz Österreich. In Österreich haben sich die Bundesländer Salzburg, Steiermark, Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg und die Stadtgemeinde Tulln der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ angeschlossen, die 2003 von Schauspielhaus Wien und Armutskonferenz ins Leben gerufen wurde.

Die Idee hat auch über die Grenzen Österreichs hinaus Nachahmer gefunden. In Frankfurt (2008), Jena (2007), Stuttgart (2010), Darmstadt (Herbst 2010) und Luxemburg (2010) haben sich in den letzten drei Jahren Initiativen gebildet, die das Modell des „Kulturpasses“ aufgegriffen und in ähnlicher Form umgesetzt haben bzw. umsetzen werden.

www.hungeraufkunstundkultur.at



Sei bei mir. **Diakonie**

In Österreich sind hunderttausend Kinder von Armut betroffen. Doch wer in Armut aufwächst, hat es im Leben deutlich schwerer. Deshalb machen wir uns für diese Kinder besonders stark. Und für Eltern, die ohne Arbeit oder alleinerziehend sind.

www.diakonie.at



Spendenkonto PSK 23.96.444

Menschlichkeit braucht Unterstützung.

Die einfachste Bewegung



zu Österreichs
größter online-Jobbörse
www.ams.at/ejobroom

HINSCHAUEN UND HELFEN! ARMUT IN ÖSTERREICH



bmask.gv.at
BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

2010

**Europäisches Jahr
zur Bekämpfung von
Armut und
sozialer Ausgrenzung**

**Armut nimmt
Perspektive**

WAS TUT ÖSTERREICH GEGEN ARMUT?

- » Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung
- » Drei umfassende Arbeitsmarktpakete zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- » Zahlreiche Maßnahmen im Bildungsbereich
- » Steuerreform 2009: Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs
- » Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei Einkommen unter 1.350 Euro

VertretungsNetz

Muss es wirklich Sachwalterschaft sein?

VertretungsNetz – Sachwalterschaft erhält vom Gericht den Auftrag zu beraten und Alternativen zu prüfen

Wir

- ermöglichen persönliche Kontakte zwischen den Beteiligten
- ersparen oder erleichtern den Betroffenen das Verfahren
- sammeln Informationen für die Verfahrensentscheidung
- ermutigen Angehörige zur Übernahme einer Sachwalterfunktion
- beraten und schulen Angehörige

»Nicht zuviel und nicht zuwenig – Das Richtige finden«

NEUSTART

Sozialpolitik
ist die beste Kriminalpolitik.

Deshalb:
Zugang zu den sozialen
Sicherungssystemen für alle!

... LEBEN OHNE KRIMINALITÄT. WIR HELFEN.

... www.neustart.at



Alles rund um Beruf und Weiterbildung. Wir beraten Sie. Kostenlos.

Das **waff Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung** begleitet Sie, wenn Sie sich beruflich weiterentwickeln wollen. **Infos, Coaching, Bildungsberatung und Fördermöglichkeiten.** Alles aus einer Hand und kostenfrei.

Speziell für **neu Zugewanderte:**
Anerkennungs- und Weiterbildungsberatung
und muttersprachliche Berufs-Erstinformation.

Einfach anrufen und Beratungstermin vereinbaren: **217 48 - 555**

Ein Fonds der
Stadtwien

www.waff.at

Wiener ArbeitnehmerInnen
Förderungsfonds

waff

WAS WÜRDEN SIE GERNE WISSEN
UND ERFORSCHEN >

Welches Medikament
hält meine Omi fit ?



BM Dr. Beatrix Karl

Die Gesundheit ist eines der wichtigsten Anliegen der Menschen. Pro Jahr investiert das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung über 670 Millionen Euro in den Betrieb der Medizinischen Universitäten, ihre Kliniken und medizinische Forschungsprojekte. Ein wichtiger Beitrag, um neue Medikamente gegen Krebs, Diabetes oder Alterskrankheiten zu entwickeln. Mit dem Forschungsprogramm GEN-AU verfügt Österreich über einen Schwerpunkt, der diesen Weg konsequent vorantreibt. Mehr darüber erfahren Sie auf www.bmwf.gv.at.

Wissen schafft > Gesundheit.

BM.W.F[®]

Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung



bundesdachverband
soziale unternehmen
Association of Social Enterprises Austria

www.bdv.at

Die Publikationen des Fonds Gesundes Österreich

Das Magazin **gesundes österreich** thematisiert die Gesundheitsförderung und Prävention. Es erscheint viermal im Jahr und gibt einen umfassenden Überblick über aktuelle Aktivitäten und Themen.

Tagungsbände zu den vom Fonds Gesundes Österreich veranstalteten Konferenzen.

Alle zu den Themen: Bewegung, Ernährung, Seelische Gesundheit sowie Alter werden, aktiv leben, mit unserer Tugend und Können.

Alle Publikationen erhalten Sie gratis beim **Fonds Gesundes Österreich**, ein Geschäftsbereich der Gesundheits Österreich GmbH, Alpensträßchengasse 2, 1020 Wien, Tel.: 0711 891 04 30, Fax: 0711 891 04 30 20, E-Mail: info@fgo.org, Web: www.fgo.org



Ohne Furche wär's zu glatt.

Auch für Heinz Nußbaumer, Herausgeber.

JETZT TESTEN

Jetzt 6 Wochen gratis lesen:
www.furche.at, furche@furche.at oder Tel.: 01-512 52 61

BUNIK | Foto: diegossamango.com

SALZBURG
ST. VIRGIL

Bildungs- und Kongress- zentrum Seminar- hotel

Auswahl an eigenen
Programmschwerpunkten:

- ▶ Dialog der Religionen und Kulturen
- ▶ Gesellschaftspolitik
- ▶ betrifft: frauen

📧|@:

Wir senden Ihnen
unser Programm
kostenlos zu

▶ St.VIRGIL Salzburg
Ernst-Grein-Straße 14, A-5026 Salzburg
Tel.: +43 (0)662/65901-514 · Fax: DW -509
office@virgil.at · www.virgil.at

Jede und jeder Arme ist für mich je eine oder einer zu viel. Aber: Dass es in Wien deutlich weniger Armut als in allen anderen europäischen Metropolen gibt, ist das Ergebnis harter Arbeit.

Soziale Dienstleistungen sind für die Stadt Wien der Schlüssel zu konkreter Armutsprävention - ein starkes öffentliches Spitalswesen, ein starkes öffentliches Bildungswesen und der beitragsfreie Kindergarten, ein leistbarer öffentlicher Verkehr, ein starkes städtisches Engagement bei den Gemeindebauten und im geförderten Wohnbau.

Mit 1. September wird die Bedarfsorientierte Mindestsicherung Wirklichkeit: Sie bringt Wiener Sozialstandards für alle ÖsterreicherInnen.



Sonja Wehsely

Sonja Wehsely
Stadträtin für
Gesundheit und Soziales

frauen akademie

der Katholischen Sozialakademie Österreichs

Lehrgang 09_2010 – 06_2012

GELD UND LEBEN

WIRTSCHAFTSKOMPETENZ ENTWICKELN

Lehrgangsort: Bildungshaus St. Virgil, Salzburg | Nähere Informationen und Anmeldung: www.ksoe.at, office@ksoe.at

övdF

Österr. Verein für Drogenfachleute

unparteilich – unabhängig – überregional

www.oevdf.at

oevdf@oevdf.at

stories for tomorrow

rewalk.net 

15 JAHRE AUGUSTIN

Erfolgreiche Abhängigkeit

Die Synergie zwischen
450 VerkäuferInnen
und Qualitätsjournalismus
der anderen Art
macht es möglich!

ANGST AUSGRENZUNG ARMUTSBEKÄMPFUNG



Die Heilsarmee Österreich: Seit über 80 Jahren im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung!

Die Heilsarmee fordert im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:

- Entstigmatisierung und Bewusstseinsänderung
- Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Förderung des Sozialen Wohnbaus

Einsatz in Haiti

Aktuell ist das Katastrophenhilfsteam der Heilsarmee in Haiti, bestehend aus über 700 freiwilligen und fachlichen MitarbeiterInnen. Dort wird auch nach dem Beben mit großem Einsatz gearbeitet, um das Überleben der Erdbebenopfer sicherzustellen.

Bitte unterstützen auch Sie die Heilsarmee: Spendenkonto Raiffeisenlandesbank NÖ/W
Kontonummer: 108128910 • BLZ: 32000; Kennwort: Haiti

WWW.HEILSARMEE.AT

2010 – Europäisches Jahr der Armutsbekämpfung

Wege aus der Kinderarmut

Enquete: Kinder in Alleinerziehenden-Familien

Freitag, 8. Oktober 2010, 9.30 bis 16.30 Uhr
Linz, Wissensturm, Kärntnerstraße 26

Programm:

Prof. Dr.ⁱⁿ Margherita Zander, Politikwissenschaftlerin
Weder Zauberwort noch Politikersatz: Resilienzförderung als eine Form der Armutsprävention?

Mag.^a Ingrid Kromer, Kindheits- und Jugendforscherin
Armut hat viele Gesichter – Die Bedeutung von Armut aus der Sicht von Mädchen und Buben in Österreich.

Mag. Martin Schenk, Sozialexperte
Arme Kinder, reiches Land. Was aus der Armut führt.

Mag.^a Ursula Till-Tenschert – Statistik Austria
Armut und benachteiligte Lebenslagen von Kindern in Österreich – Zahlen, Daten, Fakten

Szenische Reflexionen mit dem **SOG.Theater**

Podiumsdiskussion

Maria Stern singt Lieder vom Leben als Alleinerzieherin

Mit Kinderbetreuung und eigenem Kinderprogramm



Österreichische Plattform
für Alleinerziehende

Interessenvertretung für allein erziehende und getrennte Mütter/Väter und ihre Kinder

Infos: www.oepa.or.at

KEIN KIES ZUM KURVEN KRATZEN RELOADED

Österreich-Tournee.
Brisant. Aktuell. Politisch. Mit-Wirkung.
Forumtheater zur Bekämpfung von Armut.

Im europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung können Organisationen und Institutionen in ganz Österreich zu MitveranstalterInnen werden, bevor das Stück seinen Weg ins Parlament findet. Auch zahlreiche Straßentheater-Aktivitäten sind geplant. Alles über die aktuelle Neufassung und andere Aktivitäten im Rahmen des EU-Jahres zur Armutsbekämpfung unter www.interact-online.org

INTERACT

die Werkstatt für Theater und Soziokultur

Neubaugasse 94, 8020 Graz

T, F 0316 72 09 35 / M 0650 72 09 35 0

office@interact-online.org / www.interact-online.org

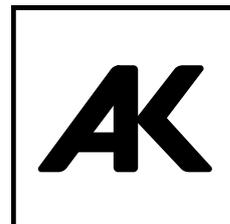
Rat.Info.Service.Recht.

**DAS INTERNET-ANGEBOT
DER AK WIEN**



- 24-Stunden-Arbeitsrechtsberatung
- AK Onlineratgeber und Service-rechner
- Beruf und Familie
- Bildung
- Wohnen
- Konsumentenschutz
- Angebote für AK Mitglieder
- AK Broschüren und Publikationen

wien.arbeiterkammer.at



Margit APPEL
Cornelia AUER
Adelheid BIESECKER
Uwe H. BITTLINGMAYER
Franz F. EIFFE
Peter EIGNER
Andrea ELLMEIER
Konstanze EPPENSTEINER
Christian FELBER
Peter FLEISSNER
Peter GACH
Gabriele GOTTWALD-NATHANIEL
Friederike HABERMANN
Michael HARTMANN
Ferdinand HERNDLER
Friedrich HINTERBERGER
Heiner GANSSMANN
Walter GEYER
Martina KARGL
Harald KATZMAIR
Maria KEMMETMÜLLER
GERTRUDE KLAFFENBÖCK
Ursula KNECHT-KAISER

Barbara KRAUS
Reinhard KREISSL
Caroline KRÜGER
Traude LEHNER
Robert MISIK
Maria MOSER
Michaela MOSER
Lisl NUSSHOLD
Klaudia PAIHA
Irmis SALZER
Martin SCHENK
Helene SCHUBERTH
Martin SCHÜRZ
Michi SCHÜTTE
Brigitte SCHWARZ
Philipp SONDEREGGER
Christian STARK
Maria STERN
Alexandra STRICKNER
Rita TRATTNIGG
Richard WILKINSON
Michael WRENTSCHUR
Nadine ZIELONKE